

56. Sitzung

Donnerstag, 9. September 1982

Mainz, Deutschhaus

Tagesordnung:

	Seite
1. Fragestunde	3178
- Drucksachen 9/2453/2454/2457/2458/2461	
<i>Die Mündliche Anfrage - Drucksache 9/2453 - wird von Staatsminister Professor Dr. Schreckenberger beantwortet. Keine Zusatzfragen.</i>	3178
<i>Die Mündlichen Anfragen - Drucksachen 9/2454 und 9/2458 - werden gemeinsam aufgerufen und von Staatsminister Holkenbrink beantwortet. Zusatzfragen.</i>	3179
<i>Die Mündliche Anfrage - Drucksache 9/2457 - wird von Staatsminister Holkenbrink beantwortet. Zusatzfragen.</i>	3181
<i>Die Mündliche Anfrage - Drucksache 9/2461 - wird von Staatsminister Böckmann beantwortet. Keine Zusatzfragen.</i>	3182
2. Regierungserklärung zu aktuellen politischen, insbesondere wirtschaftspolitischen Fragen	3182
<i>Die Regierungserklärung wird von Ministerpräsident Dr. Vogel abgegeben.</i>	
<i>Aussprache.</i>	3190
3. Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz wegen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1980	3232
dazu:	
a) Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1980	3232
Antrag der Landesregierung	
- Drucksache 9/1907 -	

b) Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1980 Antrag des Rechnungshofs – Drucksache 9/1998 –	3232
c) Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1980 Unterrichtung durch den Rechnungshof – Drucksache 9/2061 –	3232
d) Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie der Haushaltsrechnung 1980 (Drucksache 9/2061) Unterrichtung durch die Landesregierung – Drucksache 9/2117 –	3232
dazu:	
Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 9/2452 – Berichtersteller: Abg. Thorwirth	3232
<i>Die in der Drucksache 9/2452 unter Nr. 1 enthaltene Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses wird in Einzelabstimmung wie folgt angenommen:</i>	3253
<i>Nummern 1 bis 3 mit Mehrheit angenommen, Nummer 4 einstimmig angenommen.</i>	3253

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel; die Staatsminister Böckmann, Gaddum, Dr. Gölter, Holkenbrink, Meyer, Prof. Dr. Schreckenberger und Dr. Wagner; Staatssekretär Schleyer.

Entschuldigt fehlte:

Abgeordneter Lück

Rednerverzeichnis:

Präsident Martin	3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3190, 3194, 3195, 3197, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3207
Vizepräsident Schweitzer	3207, 3211, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3219, 3222
Vizepräsidentin Frau Hermans	3223, 3225, 3226, 3227, 3229, 3230, 3231, 3232, 3234, 3237, 3241
Vizepräsident Dr. Eicher	3243, 3246, 3248, 3250, 3251, 3252, 3253
Bardong, Prof. Dr. Otto (CDU)	3227
Bojak, Detlef (SPD)	3253
Eicher, Dr. Hermann (F.D.P.)	3234
Gerster, Florian (SPD)	3203, 3213, 3232
Heinz, Hans-Günter (F.D.P.)	3215
Hoppe, Karl (CDU)	3241
Keller, Emil (CDU)	3227, 3230
Klein, Werner (SPD)	3190, 3251
Mohr, Fritz (CDU)	3195
Preuss, Prof. Dr. Fritz (SPD)	3237
Reimann, Manfred (SPD)	3223
Rothley, Willi (SPD)	3229, 3232
Scharping, Rudolf (SPD)	3180, 3181, 3202, 3208
Schmalz, Ulrich (CDU)	3194
Scholl, Dr. Hans-Otto (F.D.P.)	3197
Schweitzer, Hans (SPD)	3226
Thorwirth, Karl (SPD)	3232, 3243, 3250
Volkert, Dr. Heinz Peter (CDU)	3219
Wilhelm, Hans-Otto (CDU)	3201, 3248
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel (CDU)	3182, 3216, 3222, 3250
Böckmann, Kurt (CDU), Minister des Innern und für Sport	3182
Geil, Rudi (CDU), Minister für Soziales, Gesundheit und Umwelt	3200
Gölter, Dr. Georg (CDU), Kultusminister	3211
Holkenbrink, Heinrich (CDU), Minister für Wirtschaft und Verkehr	3179, 3225, 3226
Meyer, Otto (CDU), Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten	3246, 3252
Schreckenberger, Prof. Dr. Waldemar (CDU), Minister der Justiz	3178, 3231
Wagner, Dr. Carl-Ludwig (CDU), Minister der Finanzen	3211

**56. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 9. September 1982**

Die Sitzung wird um 9.32 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 56. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz. Zu Beisitzern der heutigen Vormittagsitzung berufe ich den Abgeordneten Lautenbach und Frau Abgeordnete Düchting; die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Düchting.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zu dieser Plenarsitzung ordnungsgemäß zugegangen. Ich mache darauf aufmerksam, daß im Ältestenrat verabredet worden ist, in jedem Falle die morgen stattfindende 57. Plenarsitzung ungeachtet des Standes der Abwicklung der Tagesordnung mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 8 zu beginnen. Erhebt sich gegen die Ihnen vorliegende Tagesordnung und diese Aufteilung auf die beiden Tage der Plenarsitzung Widerspruch? – Das ist nicht der Fall, dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich mache ferner darauf aufmerksam, daß zum Tagesordnungspunkt 2 „Regierungserklärung und Aussprache zur Regierungserklärung“ Redezeitverlängerung beantragt worden ist. Dem ersten Redner stehen 45 Minuten Redezeit zur Verfügung. Für den zweiten Redner ist ebenfalls Redezeitverlängerung beantragt worden. Ähnliches gilt für die Behandlung des Tagesordnungspunktes 3; hier wurde eine Redezeitverlängerung von 30 Minuten beantragt.

Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, daß im Ältestenrat gewisse Anhaltspunkte über die Abwicklung der Debatte getroffen worden sind; selbstverständlich wird dadurch das Recht der Rede keines Abgeordneten eingeschränkt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung

Fragestunde

– Drucksachen 9/2453/2454/2457/2458/2461 –

auf. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Dauer der Fragestunde in jedem Falle nur eine Stunde beträgt; gegebenenfalls würden Fragen, die heute nicht beantwortet wurden, morgen aufgerufen werden.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage** der Abgeordneten **Dr. Eicher, Dr. Danz, Krall und Dr. Scholl** von der Fraktion der F. D. P., den **Strafvollzug in Rheinland-Pfalz** betreffend, auf. Die Mündliche Anfrage liegt Ihnen in der **Drucksache 9/2453** vor. Ich erteile das Wort zur Beantwortung Herrn Staatsminister Prof. Dr. Schreckenberger.

Prof. Dr. Schreckenberger, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung ist der Auffassung, daß der Strafvollzug in Rheinland-Pfalz den gesetzlichen Sicherheitsanforderungen entspricht. Sie unternimmt alle Anstrengungen, um im Rahmen der tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten die Sicherheit des Strafvollzugs zu gewährleisten. Gleichwohl sind vereinzelte Ausbrüche, auf die die Mündliche Anfrage Bezug nimmt, in einem der Resozialisierung verpflichteten Strafvollzug nicht völlig auszuschließen. Es trifft auch nicht zu, daß der Strafvollzug in Rheinland-Pfalz Auffälligkeiten bezüglich seiner Sicherheit im Verhältnis zum Strafvollzug anderer Länder aufweist; im Gegenteil.

In der Statistik der Ausbrüche liegt Rheinland-Pfalz erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. In den Jahren seit 1977, also nach Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes, lag die jährliche Ausbruchszahl im Bundesdurchschnitt zwischen 1,51 % und 1,08 % der jeweils einsitzenden Gefangenen, während sie sich in Rheinland-Pfalz zwischen 0,76 % und 0,19 % bewegte. 1982 beträgt die Ausbruchszahl bisher 0,34 %. Sie können daraus ersehen, daß wir durchaus erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Die Landesregierung ist bestrebt, die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten auch weiter zu erhöhen.

Schon kurz nach meinem Amtsantritt als Justizminister habe ich eine Sicherheitskonferenz mit sämtlichen Anstaltsleitern des Landes durchgeführt. Das Ergebnis war eine Bestandsaufnahme der Sicherheitslage aller Justizvollzugsanstalten und die Erstellung eines Maßnahmenkataloges. Diese Maßnahmen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verwirklicht.

Meine Damen und Herren, haben Sie bitte Verständnis dafür, daß ich mich aus Sicherheitserwägungen von einer öffentlichen Mitteilung der Einzelheiten hierzu absehen möchte.

Beim Blick auf die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten darf man nicht nur die Zahl der gelungenen Ausbrüche sehen, sondern man muß auch die zahllosen Ausbruchsversuche und ihre Verhinderung an den Justizvollzugsanstalten des Landes in Betracht ziehen. Die Ausbrüche werden sehr oft unter gefährvollem Einsatz der Bediensteten verhindert. Das gehört zu den alltäglichen Aufgaben unserer Justizvollzugsanstalten.

Meine Damen und Herren, für den schweren Dienst, den die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten in unserem Lande vollbringen, gebührt ihnen besonderer Dank.

(Beifall im Hause.)

Zur Frage 1 möchte ich sagen, daß diese aus den dargelegten Gründen verneint wird.

Nun komme ich zur Frage 2: In den letzten Jahren ist das Personal in den Justizvollzugsanstalten erheblich verstärkt worden. 1971 waren in Rheinland-Pfalz 974 Personen im Strafvollzug beschäftigt, davon 144 in Diez. Heute beschäftigen wir 1 343 Personen, davon 213 in Diez. Trotz der angespannten Haushaltslage hat das Parlament dankenswerterweise, wie ich noch einmal anfügen darf, die Zahl der Vollzugsbediensteten in der laufenden Haushaltsperiode um 83 Stellen erhöht, obwohl in fast allen Haushalten Stelleneinsparungen vorgenommen werden mußten. Diese Personalverstärkung reicht allerdings nicht völlig aus, um die Überbelastung abzubauen. Dies ist einmal auf den personalintensiven Behandlungsvollzug und zum anderen auf die lang anhaltende Überbelegung der Anstalten zurückzuführen. Zum 1. September 1982 sind im allgemeinen Vollzugsdienst fast 100 000 offene Überstunden aufgelaufen.

Der Behandlungsvollzug hat durch das Strafvollzugsgesetz, das bekanntlich 1977 in Kraft getreten ist, einen besonderen Rang gewonnen. Meine Herren von der F.D.P., es bedurfte erheblicher Anstrengungen der Länder, und zwar auch gegen den heftigen Widerstand der F.D.P., den Sicherheitsgedanken in die Zielsetzung des Gesetzes wieder einzubringen. Das Resozialisierungsziel des Strafvollzugsgesetzes und die Sicherheitsaufgaben des Strafvollzugs stehen häufig in Konflikt. Der Behandlungsvollzug schafft zusätzliche Sicherheitsprobleme; daran kann es gar keinen Zweifel geben. Ich erinnere nur daran, daß die Besuchszeiten erheblich erweitert worden sind.

Dazu kamen Freigang und Urlaub sowie vielfach unüberwachte Kontaktmöglichkeiten der Gefangenen innerhalb der Anstalten.

Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen, und zwar derjenigen der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft, sind die Ausbrüche in Diez und Wittlich, auf die die Anfrage Bezug nimmt, nicht

(Staatsminister Prof. Dr. Schreckenberger)

die Überbelastung der Bediensteten zurückzuführen. Das gleiche gilt für die neuerlichen Ausbrüche in Mainz. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen führen den Ausbruch in Diez nicht auf Unzulänglichkeiten der Anlagen der Anstalt zurück. Danach ist vielmehr davon auszugehen, daß die Flucht durch einen Abwasserkanal erfolgte. Dieser Kanal war durch ein zweifaches Sicherungssystem gegen Einstieg geschützt. Es konnte bisher noch nicht geklärt werden, wie dieses Sicherheitssystem überwunden werden konnte.

Zur Frage 3: Für die Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten sind besondere organisatorische Vorkehrungen getroffen. In den Anstalten sind Sicherheitsinspektoren bestellt, denen Beamte aus dem allgemeinen Vollzugsdienst zugeordnet sind. Im Ministerium der Justiz ist ein besonderes Sicherheitsreferat eingerichtet. Die zuständigen Beamten nehmen die Fachkenntnis des Landeskriminalamtes und anderer Polizeibehörden sowie der Staatsbauverwaltung in Anspruch. Daneben findet ein reger Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern statt. Das Ministerium der Justiz führt regelmäßig Revisionen der Justizvollzugsanstalten durch, die sich auch auf Sicherheitsfragen erstrecken. Darüber hinaus finden besondere Sicherheitsbegehungen durch das Ministerium unter Beteiligung der Polizeibehörden statt. Über die Ergebnisse dieser Begehungen wird jeweils ausführlich — auch dem Minister — berichtet. Bei besonderen Vorkommnissen berichten die Anstalten ohne besondere Aufforderung von sich aus. Für alle Anstalten gibt es mit der Polizei abgesprochene Sicherheits- und Alarmpläne. Diese Organisation hat sich bewährt, gleichwohl werde ich die Sicherheitslage aller Justizvollzugsanstalten unter Heranziehung von Experten, insbesondere der Kriminalpolizei, noch einmal zusätzlich überprüfen lassen.

Mit dem Strafvollzug in unserem Lande befaßt sich auch intensiv die Strafvollzugskommission des Landtags. Es gibt keine Einrichtung des Landes, die einer so sorgfältigen und ständigen parlamentarischen Kontrolle wie die Vollzugsverwaltung unterliegt. Die Strafvollzugskommission hat die Möglichkeit, sich über alle Vorfälle, auch über Ausbrüche, eingehend zu informieren. Die Landesregierung war und ist stets bereit, die dazu erforderlichen Auskünfte jeweils unmittelbar zu geben. Die Strafvollzugskommission hat die Möglichkeit, Besuche vor Ort vorzunehmen; sie macht davon auch regelmäßig Gebrauch. Das Parlament hat auf diese Weise ein Gremium von großer Sachkenntnis eingerichtet. Der Vorwurf ungewöhnlicher Geschehnisse innerhalb der Justizvollzugsanstalten, die die Sicherheit berührten, sind aus diesem Gremium bisher nicht erhoben worden.

In diesem Zusammenhang sind auch die Anstaltsbeiräte zu nennen, die als Vertreter der Öffentlichkeit an der Gestaltung des Strafvollzugs mitwirken. Bei meinen zahlreichen Gesprächen, die ich mit diesen Gremien führe, sind bisher in keinem Falle Sicherheitsbedenken vorgetragen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung sieht in der Sicherheit der Allgemeinheit ein hohes Gut. Wir lassen uns in dieser Frage — das gilt auch für meine persönliche Amtsführung — von niemandem übertreffen. Ich sehe es als eine herausragende Aufgabe des Justizministers an, zur Sicherheit der Bürger beizutragen. Sie dürfen versichert sein, daß ich alle Anstrengungen unternehmen werde, um diese Verpflichtung auch künftig zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Martin:

Zusatzfragen werden nicht gestellt; die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die **Mündliche Anfrage** des Abgeordneten **Dr. Danz (F.D.P.) — Drucksache 9/2454** — auf,

die die **Zukunft der Optischen Werke Schneider** betrifft. Ich schlage vor, daß die weitere **Mündliche Anfrage — Drucksache 9/2458** —, die von den Abgeordneten **Körper, Frau Schneider und Scharping (SPD)** zu dem gleichen Themenkreis eingegangen ist, gemeinsam mit aufgerufen wird, damit bei der Beantwortung unter Umständen Überschneidungen vermieden werden können.

Ich rufe also die beiden Drucksachen 9/2454 und 9/2458 auf und erteile das Wort dem Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Danz und — wie es der Herr Präsident jetzt gerade bekanntgegeben hat — gleichzeitig die Anfrage der Abgeordneten Körper, Frau Schneider und Scharping wie folgt:

Zu dem Konkurs der Optischen Werke Josef Schneider in Bad Kreuznach ist es letztlich gekommen, weil aufgrund struktureller Marktveränderungen und damit erheblicher Absatz- und Umsatzeinbußen eine zunehmende Verlustentwicklung eintrat und Gegenmaßnahmen der Unternehmensleitung entgegen den Erwartungen nicht rasch genug wirksam geworden sind.

Ein vom Vorstand Anfang des Jahres vorgelegtes Umstrukturierungs- und Konsolidierungskonzept, das der damaligen Bemessung des Kreditbedarfs und dem ersten Landesbürgschaftsantrag zugrunde lag, ließ in der Tat eine langsame, aber stetige Gesundung der Produktionsstruktur als auch eine Verbesserung der Absatz- und Ertragsverhältnisse erwarten. Bereits im Verlauf des Sommers wurde deutlich, daß sich die dem Konsolidierungskonzept zugrunde gelegten Finanz- und Absatzplanungen nicht zeitgerecht erfüllen ließen und weitere Liquiditätseinbußen eingetreten waren. Die notwendig gewordenen Daten- und Planungskorrekturen machten deshalb eine weitere Liquiditätshilfe der Banken mit Unterlegung einer weiteren Landesbürgschaft erforderlich.

Wenn es jetzt dennoch zum Konkurs des Unternehmens und zur vollen Illiquidität gekommen ist, dann ist das offensichtlich deshalb geschehen, weil weder das veränderte Konzept noch die Maßnahmen der Unternehmensleitung gegriffen haben und weitere Verluste entstanden sind. Angesichts dieser Entwicklung gab es für das Land, das bereits mit der Gewährung von zwei Landesbürgschaften bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen war, keine Möglichkeiten, auf eine Vermeidung des Konkurses oder eine Verminderung der Konkursfolgen hinzuwirken, zumal die eingetretene Lage der Unternehmensleitung keinen anderen Weg als die Konkursanmeldung offenließ.

Zur Frage 1: Wenn behauptet wurde, die eingetretene Zahlungsunfähigkeit sei durch Zurückhaltung hinsichtlich des Bürgschaftsengagements des Landes entstanden, so ist dies völlig unzutreffend. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß in der Öffentlichkeit nicht zwischen der Kreditgewährung und der Bürgschaftsunterlegung unterschieden wird. Die fehlende Liquidität kann durch einen Bankkredit, nicht aber allein durch eine öffentliche Bürgschaftshilfe geschaffen werden. Mit der Gewährung einer Bürgschaftshilfe des Staates kann die zur Schaffung der Liquidität benötigte Bereitstellung eines Bankkredites bei mangelnden oder nicht ausreichenden Sicherheiten erleichtert oder begünstigt werden. Ich stelle fest, daß die im Falle der Optischen Werke Schneider gewährten Landesbürgschaften zu jeder Zeit zu Verfügung standen.

Es gab gegenüber der Landesregierung auch keine Bitte um konkrete Hilfen, die abgelehnt worden sind. Die Landesregierung hat vielmehr nach Eintreten des Konkurses von Anfang an erklärt, daß sie sich auf das äußerste bemühen und jede ihr mögliche Hilfe bereitstellen werde, um die Existenz des Werkes und eine größtmögliche Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu retten.

(Staatsminister Holkenbrink)

Zur Frage 2: Die Landesregierung hat unverzüglich mit dem Konkursverwalter und den zuständigen Kammern Verbindung mit dem Ziel aufgenommen, die vom Konkursantrag betroffenen Ausbildungsplätze zu erhalten. Sie hat mit dem Betriebsratsvorsitzenden des Unternehmens, Herrn Böll, mit dem Oberbürgermeister der Stadt Bad Kreuznach, Herrn Fink und mit dem Vertreter des Landrates von Kreuznach – das war in der Besprechung der erste Kreisdeputierte, Herr Schmidt – die Möglichkeiten für eine Sicherung der Ausbildungsplätze eingehend erörtert. Nach einem Gespräch mit dem Konkursverwalter am 3. September 1982 in unserem Ministerium kann davon ausgegangen werden, daß die vom Konkursantrag betroffenen Auszubildenden zumindest zunächst in diesem Betrieb weiter ausgebildet werden.

Auch die im Betrieb vorhandene Lehrwerkstatt mit ca. 65 Plätzen wird sicher – ich sage das auch zunächst nur aus Vorsicht – erhalten bleiben. Die Landesregierung ist bereit, aufgrund des bestehenden Sonderprogrammes für Auszubildende aus Konkursbetrieben die Fortsetzung der Ausbildungsverhältnisse finanziell zu unterstützen. Ich sage hier auch, daß wir uns dessen bewußt sind, daß im Falle Schneider, auch was die Ausbildung angeht, eine besonders schwierige Situation existiert, weil der Wechsel von einem Ausbildungsplatz zu einem anderen, wenigstens bei denen, die dort in der technischen Ausbildung stehen, viel schwieriger ist, als es nicht nur normalerweise sonst fast immer der Fall ist. Wir werden das berücksichtigen und werden dann über Richtlinien nicht stolpern, die nicht die spezielle Situation eines solchen Betriebes beinhalten. Wir werden das Äußerste tun, was unsererseits möglich ist. Das ist dem Betriebsratsvorsitzenden gesagt worden. Das ist dem Konkursverwalter gesagt worden. Und entsprechend werden wir handeln.

Zur Frage 3: Wie die Landesregierung bereits öffentlich erklärt hat, steht sie mit Konkursverwalter und Übernahmemeinteressenten in Kontakt und wird jede Möglichkeit nutzen, zu einer Lösung beizutragen, die die Weiterbeschäftigung einer größtmöglichen Zahl von Arbeitnehmern und Auszubildenden gewährleistet. Dabei ist auch die Möglichkeit einer Auffanggesellschaft eingeschlossen, für die bei Übernahme von Produktionsbereichen und der dauerhaften Weiterbeschäftigung von Arbeitskräften bestimmte Hilfen im Rahmen der Wirtschaftsförderung in Aussicht gestellt werden können. Gegen eine staatliche Beteiligung an einer solchen Auffanggesellschaft sprechen grundsätzliche Erwägungen.

Das ist die Antwort auf die Frage von Herrn Dr. Danz.

Ich komme jetzt zur Antwort auf die Frage der Abgeordneten Köpfer, Frau Schneider und Scharping. – Ich kann mich im wesentlichen auf die eben erfolgte Beantwortung der Mündlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Danz beziehen.

Zur Frage 1: Wie bereits ausgeführt, steht die Landesregierung mit Konkursverwalter und Übernahmemeinteressenten in Verbindung und wird jede Möglichkeit nutzen, zu einer Lösung beizutragen, die die Weiterbeschäftigung einer größtmöglichen Zahl von Arbeitnehmern und Auszubildenden gewährleistet. Diese Gespräche dauern noch an. Inwieweit diese Bemühungen erfolgreich sein werden, kann deshalb derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden.

Zur Frage 2: Die Landesregierung hat in einem Gespräch mit dem Konkursverwalter, wie eben bereits auch gesagt, ihre grundsätzliche Bereitschaft bekundet, einen Antrag auf Gewährung einer Bürgschaft wohlwollend zu prüfen, wobei sie davon ausgeht, daß der zu verbürgende Massenkredit von den Banken auch zur Verfügung gestellt wird. In der Zwischenzeit haben bereits, wie der Landesregierung bekannt ist, die Banken eine ebenso positive Behandlung des vom Konkursverwalter zu stellenden Massenkreditantrages signalisiert. Dem Konkursverwalter wird so die Möglichkeit gegeben, bestimmte Produktionsbereiche weiterzuführen und rund 300 Arbeitsplätze zunächst zu erhalten. Das ist das, was in der Presse ja auch bereits bekanntgegeben worden ist. Nach dem Gespräch

am Freitag vergangener Woche bei uns im Ministerium hat der Konkursverwalter erklärt, er werde damit für Montag für diese 300 Arbeitsplätze die Arbeit wieder aufnehmen.

Zur Frage 3: Wie auch in dem Falle bereits ausgeführt, kann davon ausgegangen werden, daß die vom Konkursantrag betroffenen Auszubildenden weiter ausgebildet werden und die im Betrieb vorhandene Lehrwerkstatt zunächst erhalten bleibt. Die Landesregierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um auf eine endgültige Sicherung der Ausbildungsplätze hinzuwirken.

Soweit die Beantwortung der beiden Mündlichen Anfragen.

(Beifall der CDU.)

Präsident Martin:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Scharping das Wort.

Abg. Scharping, SPD

Herr Minister! Darf ich noch einmal zur Verdeutlichung der Situation fragen, ob Sie mir in der Feststellung zustimmen, daß der Konkurs dieses Unternehmens auch vor dem Hintergrund, daß eine Prüfung der Bilanzen durch die entsprechenden Institutionen des Landes stattgefunden hat, erst absehbar wurde im Zusammenhang mit einer Prüfung, die von einem der Kreditgeber veranlaßt worden ist, und daß sich angesichts des dadurch deutlich sichtbaren massiven Mißmanagements in dem Betrieb, vor allem im kaufmännischen Bereich, auch die Frage stellt, ob man die Informationsgrundlagen, die bei der Gewährung staatlicher Hilfen notwendig sind, nicht entsprechend verbessern mußte, beispielsweise dadurch, daß man Arbeitnehmer mit ihren Kenntnissen aus dem Betrieb an solchen Gesprächen und Informationen beteiligt?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Kollege Scharping, ich kann sagen, daß in den letzten Wochen des Betriebes ein Generalbevollmächtigter bestellt worden ist, der die ganze Situation des Betriebes analysiert hat und dann festgestellt hat – ich will nicht sagen, entgegen und über die Feststellungen der Banken und des Bürgschaftsausschusses hinaus –, daß er bei der Entwicklung, so wie sie sich in den letzten Wochen zeigte, keine Chance mehr sähe, daß das mit der Bürgschaft erreicht würde, was dort beabsichtigt war. Ich glaube nicht, daß man den Banken oder dem Bürgschaftsausschuß einen Vorwurf machen kann, daß sie leichtfertig etwa in der Gabe dieser Bürgschaft gehandelt hätten. Ich sage das, und diese Ihre Frage gibt mir einen guten Anlaß, dies hier auszuführen, weil jedem, der dieses Werk und der dieses Unternehmen mit Weltruf kennt, klar ist, wie sehr wir an diesem Unternehmen und an der Erhaltung der Arbeitsplätze interessiert waren und deswegen bis ans Äußerste gegangen sind.

Das, was wir also auf diesem Gebiet weltweit – ich brauche nur das Stichwort der Offensive der Japaner zu nennen – auszustehen gehabt haben, und ein solcher Betrieb insonderheit, hat uns dazu veranlaßt und die Banken sicher auch, und zwar in voller Verantwortung. An der Bürgschaftshilfe waren alle politischen Kräfte beteiligt – ich denke, ohne dort Geheimnisse zu verletzen, darf ich das sagen –, so daß also für diejenigen, die dies etwa nicht wissen und meinen draußen, sie könnten da ein Süppchen kochen, indem sie einmal sagen, wir hätten zuviel gegeben, und die anderen sagen, wir hätten zuwenig gegeben, dies gar nicht zur Diskussion steht. Ich glaube dieser Streit kann gar nicht aufkommen.

Und den weiteren Teil der Frage, die Sie gestellt haben, ob nicht eine Umstrukturierung etwa des Bürgschaftsausschusses notwendig

(Staatsminister Holkenbrink)

sei, damit man klarer sähe, was los sei, dies glaube ich anhand der Erfahrungen über viele Jahre, nicht meine, sondern die dieses Land und die dieses Parlament mit der Sorgfalt, in der Bürgschaften vergeben worden sind, gemacht haben, nicht bestätigen zu können.

Präsident Martin:

Zu einer weitem Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Scharping das Wort.

Abg. Scharping, SPD:

Herr Minister! Darf ich noch einmal verdeutlichen, daß sich meine erste Frage nicht auf die Sorgfalt der Prüfung, sondern auf die Qualität der Informationsgrundlagen bezog, auf der diese Prüfung stattgefunden hat, und festhalten, daß bei einer Umsatzprognose, die im Mai 1982 abgeschlossen worden ist, und einer Prüfung, die im Juli 1982 durchgeführt wurde, eine Differenz von mehreren Millionen festgestellt wurde. Ich sage das, um die Qualität der Informationsgrundlage zu verdeutlichen, auf der die Entscheidungen getroffen worden sind, die ich im übrigen nicht kritisiere.

Darf ich fragen, ob die Landesregierung bereit ist, nachdem die Stadt Bad Kreuznach aus der Gemeinschaftsaufgabe ausgegliedert wurde, aus den entsprechenden Möglichkeiten des Landes das zur Verfügung zu stellen, was normalerweise auch im Wege der Gemeinschaftsaufgabe möglich wäre, um die Übernahme des Betriebes durch einen geeigneten anderen zu fördern?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Kollege Scharping, wir haben bis Ende dieses Jahres, bis zum 31. Dezember 1982, sowieso noch für diesen Raum, also auch für Kreuznach, die sogenannte Auslaufphase der Gemeinschaftsaufgabe. Wir sind daher in der Lage, in der dann fälligen Zeit noch zu handeln, als wenn sich Kreuznach in der Gemeinschaftsaufgabe befände.

Im übrigen wird die Landesregierung jedem, der übernehmen oder auffangen will, die Unterstützung geben, die möglich ist, weil wir hier einen äußerst prekären Fall vor uns haben. Wir werden unsererseits das Äußerste tun.

Präsident Martin:

Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt. Die Mündlichen Anfragen sind beantwortet.

(Beifall bei der CDU.)

Ich rufe die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Helzer (SPD), betreffend die Arbeitsmarktsituation im Kreis Altenkirchen Drucksache 9/2457, auf.

Das Wort hat der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Helzer wie folgt:

Zur Frage 1: Der südliche Teil des Landkreises Altenkirchen wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert. Mit Rücksicht auf die hohe Arbeitslosenquote im Arbeitsamtenbezirk Wissen, in dem

auch der Betrieb der Firma Krages, wonach hier gefragt ist, liegt, ist die Landesregierung bereit, aus der Titelgruppe 72 des Landeshaushalts Finanzierungshilfen für die Schaffung von Arbeitsplätzen bei Neuerrichtung und Erweiterung gewerblicher Produktionsbetriebe bereitzustellen, wie dies der Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 24. Juni 1982 mitgeteilt hat. Eine entsprechende Mitteilung hat der Regierungspräsident in Koblenz am 3. Juli 1982 von uns bekommen.

Im gesamten Landkreis stellt die Landesregierung Finanzierungshilfen für die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Umstellungs- und grundlegenden Rationalisierungsinvestitionen bereit. Zur Zeit liegt ein Antrag auf Sicherung von Arbeitsplätzen im Stahlstandort Wissen ein Antrag auf Gewährung der 10 %igen Investitionszulage für Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie vor. Ergänzend dazu ist die Gewährung von Investitionszuschüssen beantragt, die vom Bund und vom Land aufzubringen wären. Eine Entscheidung über den Antrag ist erst nach weiteren Erörterungen zwischen Bund und Land möglich. Das Land ist grundsätzlich bereit, diese Investitionen mit Landeszuschüssen zu fördern.

Im Jahre 1982 — da nicht nur nach bestimmten jetzt anstehenden Punkten im Landkreis Altenkirchen gefragt worden ist — wurden im Landkreis Altenkirchen Zuschüsse des Landes in Höhe von knapp zwei Millionen DM, von 1,89 Millionen DM, zur Schaffung und Sicherung von 250 Arbeitsplätzen gegeben.

Zur Frage 2: Die Unternehmensleitung der Firma Krages hat aufgrund der erheblichen Liquiditätsschwierigkeiten und des Angebotsüberhangs im Spanplattenbereich im Juli dieses Jahres geschlossen, das Werk in Ertzbach mit 255 Arbeitsplätzen sukzessive stillzulegen. „Sukzessive“ heißt, soweit das jetzt überschaubar ist, etwa Ende November 180 und im März 1983 etwa 30 Arbeitsplätze.

Das Land war bis zu diesem Zeitpunkt bemüht, die Liquiditätsschwierigkeiten des Werkes durch ein Bürgschaftengagement zu beheben, für das bereits die volle Unterstützung des Landes in Aussicht gestellt worden war. Durch den Stillelegungsbeschuß erübrigte sich diese Finanzierungshilfe. Sie ist nicht etwa zurückgezogen oder in Frage gestellt worden, sondern einfach von Seiten des Unternehmens abgemeldet worden.

Die Landesregierung steht seitdem mit der Unternehmensleitung der Firma Krages, mit den örtlich zuständigen Vertretern der Kommunalverwaltung sowie mit Interessenten in Verbindung, die sich zur Zeit bemühen, eine Konzeption zur Fortführung des Werkes, vor allem der Hartfaserplattenproduktion, zu erarbeiten, um einen Großteil der vom Verlust bedrohten Arbeitsplätze zu erhalten. Hierbei können seitens des Landes folgende öffentlichen Hilfen zur Erleichterung der Finanzierung eines solchen Konzeptes aufgezeigt werden:

Nach den Förderungsrichtlinien kann in Ertzbach bei der Übernahme eines von Stilllegung bedrohten Betriebes einschließlich etwaiger zusätzlicher Investitionen im Rahmen von Umstellungen ein Zuschuß aus Landesmitteln gewährt werden. Diese Zuschüsse können sich auf das Anlagevermögen beziehen bzw. auf zusätzliche Investitionen im Zusammenhang mit der Übernahme, sofern der Unternehmer in diesem Betrieb eine Produktion fortführt und einen wesentlichen Teil der Belegschaft übernimmt.

Die zehnprozentige Investitionszulage nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz zu den Investitionskosten käme gegebenenfalls für zusätzliche neue Investitionen im Zusammenhang mit der Übernahme in Betracht. Dies setzt voraus, daß für solche Investitionen Bestellungen bis spätestens zum 31. Dezember 1982 aufgegeben worden sind. Nach dem Gesetz ist das zeitlich so begrenzt.

Für Investitionen im Bereich der Energieeinsparung oder für Forschung und Entwicklung ist die Inanspruchnahme der jeweiligen Investitionszulage nach dem Investitionszulagegesetz möglich.

(Staatsminister Holkenbrink)

Für den Fall, daß der Übernehmer im Zusammenhang mit der Übernahme Investitionen oder sonstige weitere Investitionen, Bankkredite in Anspruch zu nehmen beabsichtigt, für die bankmäßige Sicherheiten nicht vorhanden sind, können Bürgschaftshilfen des Landes über die Hausbank beantragt werden.

Zur Frage 3: Die Krise auf dem europäischen Stahlmarkt, bedingt durch wachsende Stahlproduktionskapazitäten in den Schwellenländern und durch Aufrechterhaltung unrentabler Stahlproduktionsanlagen vor allem in einigen EG-Mitgliedstaaten mit Hilfe massiver Subventionen, hat auch die deutsche Stahlindustrie vor erhebliche Probleme gestellt.

Die Bewältigung dieser schwierigen Lage macht auch für die deutsche Stahlindustrie schwerwiegende Umstrukturierungen erforderlich. Im rheinland-pfälzischen Teil des Siegerlandes ist mit der Umstrukturierung bereits Ende der 70er Jahre begonnen worden. Sie hat zu einem erheblichen Verlust an Arbeitsplätzen geführt. Es handelt sich um ungefähr 700 Arbeitsplätze. In der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Umstrukturierung hat die Landesregierung Investitionen, die zur Erhaltung eines Großteils der Arbeitsplätze geführt haben, in Diversifikation zu dem, was an Arbeitsplätzen beim Stahl dort vor allem vorhanden gewesen war, gefördert.

Die Landesregierung geht davon aus, daß nach Abschluß dieser Maßnahmen, die zwar zum Verlust von weiteren Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie im Landkreis Altenkirchen führen werden, der weitaus größte Teil der dortigen Arbeitsplätze in der Stahlindustrie für die Zukunft dann als gesichert angesehen werden kann.

Ich stelle fest, weil danach gefragt worden ist, was die Landesregierung dort getan hat, daß in den 70er Jahren im Landkreis Altenkirchen Finanzierungshilfen für 6 793 neue Arbeitsplätze und für 6 737 gesicherte Arbeitsplätze bereitgestellt wurden. Bei den geförderten neuen Arbeitsplätzen steht der Landkreis Altenkirchen an zweiter Stelle aller 36 rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte und Landkreise; bei den gesicherten Arbeitsplätzen sogar an erster Stelle.

Für diese Verbesserung sind in dieser Zeit etwa knapp 40 Millionen DM Landeszuschüsse, knapp zwölf Millionen DM Bundeszuschüsse, 22 Millionen DM aus der Investitionszulage und 17,8 Millionen DM, Darlehen öffentlicher Stellen gegeben worden.

Soweit die Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Helzer.

Präsident Martin:

Zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Helzer das Wort.

Abg. Helzer, SPD:

Herr Minister, es ging aus Ihrer Antwort nicht so ganz klar hervor: Teilen Sie die Auffassung oder können Sie bestätigen, daß der Markt für Hartfaserplatten weiterhin aufnahmefähig ist in der Bundesrepublik?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Deswegen habe ich in der Beantwortung auch gesagt, daß wir vor allem nach Übernehmern suchen, die sich dieser Produktion im Rahmen der Etbacher Produktion annehmen sollen und annehmen wollen und hoffentlich auch annehmen werden.

Präsident Martin:

Weitere Fragen werden nicht gestellt. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage** der Abgeordneten **Wilhelm (CDU), Klein (SPD) und Dr. Scholl (F.D.P.)**, den **angeblichen Bau von Raketenrampen in der Eifel** betreffend, auf. Die Mündliche Anfrage liegt in der **Drucksache 9/2461** vor. Ich erteile dem Herrn Innenminister das Wort.

Böckmann, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Landesregierung ist für diesen Bereich nicht zuständig. Sie kann daher aus eigener Kenntnis nichts darüber sagen, ob Presseberichte über den angeblichen Beginn von Bauarbeiten einen amerikanischen Raketenstützpunkt in der Nähe von Bitburg im Oktober dieses Jahres zutreffen.

Nach dem NATO-Truppenstatut und dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland werden derartige Maßnahmen ausschließlich zwischen den Regierungen der ausländischen Vertragspartner und der Bundesregierung abgestimmt. Eine Information der Landesregierung über angebliche Pläne bei Bitburg ist nicht erfolgt. Auskünfte kann die Bundesregierung geben.

Die Landesregierung läßt allerdings keinen Zweifel daran, daß sie der Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses steht. Sie unterstützt diesem Punkt vorbehaltlos die Politik der Bundesregierung.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren, Zusatzfragen werden nicht gestellt. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Ich möchte, bevor ich den Tagesordnungspunkt 2 aufrufe —

(Unruhe im Hause. — Glocke des Präsidenten.)

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 2 aufrufe, begrüße ich als Gast der heutigen Vormittagssitzung Schülerinnen und Schüler der Erich-Klausener-Gymnasiums Adenau und die Teilnehmer des Landtagsseminars.

(Beifall des Hauses.)

Ich rufe den **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Abgabe einer Regierungserklärung zu aktuellen politischen, insbesondere wirtschaftspolitischen Fragen

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn unserer parlamentarischen Arbeit im Herbst 1982 finden wir uns mit mehr und drängenderen Problemen konfrontiert als je zuvor. Ich habe das Bedürfnis, im Namen der Landesregierung Rheinland-Pfalz zu einigen wesentlichen Fragen, die uns alle wohl besonders angehen, heute zu Ihnen zu sprechen. Ich bitte die Herren Fraktionsvorsitzenden um Verständnis, daß ich in meiner Gewohnheit, einen Entwurf dessen, was ich sagen möchte, am Abend vorher zuzuleiten, diesmal abgesehen habe. Aber ich habe heute Anlaß, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Bundes-

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

gierung und des Bundestages von gestern in das, was ich zu sagen habe, noch aufzunehmen. Darum war es mit leider erst heute morgen, zu Beginn dieser Sitzung, möglich, meine Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Im Vordergrund, meine Damen und Herren, steht unzweifelhaft die wirtschaftliche Entwicklung der jüngsten Zeit und der damit einhergehende besorgniserregende weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Zusammenbruch des Großunternehmens AEG, ausgerechnet im hundertsten Jahr seines Bestehens, gleicht einem Menetekel. Die wirtschaftliche Entwicklung spitzt sich offenbar bedrohlich zu. Eine durchgreifende Besserung der Konjunktur, zu Anfang dieses Jahres von vielen noch für den Herbst dieses Jahres prognostiziert, ist nirgendwo in Sicht. Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden bleiben hinter den Schätzungen und den Erwartungen zurück. Die Ausgaben der Arbeitsverwaltung steigen sprunghaft. Zaghafte Anfänge einer wirksamen Haushaltskonsolidierung geraten in Vergessenheit angesichts des immer lauter werdenden Rufes nach höherer Neuverschuldung des Staates. Umfragen der Meinungsforschungsinstitute über die Stimmung in der Bevölkerung signalisieren mit erschreckender Deutlichkeit, daß eine der Urängste, die die Menschen seit Anbeginn der Industrialisierung quälen, weiter in den Vordergrund rückt: die Angst vor der großen Arbeitslosigkeit.

Es leben, meine Damen und Herren, unter uns noch zahlreiche Mitbürger, bei denen Erinnerungen an die Zeit von vor 50 Jahren wieder wach werden; und das sind schlimme Erinnerungen, zu denen auch gehört, daß im Gefolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der innere Friede in Gefahr geriet. Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, daß sich dies in Deutschland nicht wiederholt.

(Beifall der CDU.)

Ich habe von dieser Stelle in den letzten Monaten mehrfach, genau wie der Herr Finanzminister und Herr Wirtschaftsminister, meine Auffassungen zu den Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise geäußert und ich fasse mich deswegen zu diesen Ursachen heute kurz.

Wir in der Bundesrepublik Deutschland haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt und einen beträchtlichen Berg von Staatsschulden angehäuft. Diese Entwicklung müssen wir stoppen, diese Fehlentwicklung müssen wir korrigieren.

(Beifall der CDU.)

Unsere gegenwärtige Misere ist sehr rasch beschrieben. Von 1970 bis heute ist der Anteil der Transferzahlungen am Sozialprodukt von 26 auf 31 % gestiegen, der Anteil der öffentlichen Investitionen jedoch von 26 auf 17 % gefallen. Die konsumtiven Staatsausgaben haben sich schneller erhöht als die Staatseinnahmen gestiegen sind. Hätte der Staat in einer Zeit guter konjunktureller Entwicklung sparsam gewirtschaftet, etwa nach dem Stabilitäts- und nach dem Wachstumsgesetz Konjunkturausgleichsrücklagen angelegt, hätte er jetzt den notwendigen Spielraum für mehr öffentliche Investitionen und zur Anregung privater Tätigkeiten.

(Beifall bei der CDU.)

Statt dessen wurden in den vergangenen Jahren die schnell steigenden Steuereinnahmen ebenso schnell wieder verteilt.

Was die Lage im Lande Rheinland-Pfalz betrifft: Wie alle Bundesländer spüren wir zunehmend, daß unser Handlungsspielraum in wirtschaftlicher Hinsicht begrenzt ist, weil die Rahmenbedingungen vorgegeben sind. Die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz ist bis Ende August auf 98 500 angestiegen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 6,7 % Ende Juli auf 7 % Ende August. Sie liegt damit allerdings immer noch unter dem Durchschnitt des Bundes von 7,4 %. Wir belegen nach Baden-Württemberg, Hessen und Bayern unverändert den vierten Platz, und das, obwohl, wie Sie alle wissen,

unser Land in früheren Krisen erheblich schlechter dastand, weil eine beharrlich betriebene Politik der regionalen Strukturverbesserung trotz aller Schwierigkeiten sichtbare Erfolge aufweisen kann.

(Beifall der CDU.)

Dadurch ermutigt, wird die Landesregierung sich weiter darauf konzentrieren, durch gezielte Hilfe zur Selbsthilfe den Unternehmen im Lande den Marsch durch die konjunkturelle Talsohle und die Bewältigung des wirtschaftlichen und technischen Strukturwandels zu erleichtern, mit dem Ziel, eine möglichst große Zahl von Arbeitsplätzen auf Dauer zu sichern. Hierzu bedarf es immer wieder neu der bewährten Anpassungs- und Leistungsfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes, der wesentlich dazu beigetragen hat, daß unser Land heute einen vergleichsweise guten Platz unter den Bundesländern einnimmt.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen im Lande sind allein 1981 aus Mitteln des Landesinzuschußprogrammes rund 700 Investitionsvorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 180 Mio. DM durch Zinszuschüsse gefördert worden. Besonders erfreulich ist dabei die Zahl von über 300 geförderten Existenzgründungsvorhaben. In diesem Jahr haben wir bisher über 200 Projekten Zinszuschüsse gewährt, womit ein Investitionsvolumen von knapp 65 Mio. DM gefördert wurde.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Arbeitslosenquote in unserem Lande steht die Ausbildungsplatzsituation der jungen Generation. Die Landesregierung hat durch den Herrn Wirtschaftsminister im Juni darüber berichtet und zusätzliche Maßnahmen zur Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes angekündigt. Meine Damen und Herren, wir stehen in diesem Jahr erstmals vor der besonderen Situation, daß sich das Angebot an Ausbildungsplätzen infolge der immer ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Lage gegenüber dem Vorjahr um 9,5 % verringert, während infolge der demographischen Gegebenheiten die Zahl der Bewerber um 7,6 % zunimmt. Zusätzlich stellt sich auf dem Ausbildungsstellenmarkt das schwierige Problem, daß eine immer größere Anzahl junger Leute durch den Konkurs ihrer Ausbildungsbetriebe ihren Ausbildungsplatz verliert. In solchen Fällen rasch zu helfen, sieht die Landesregierung als ihre dringende Aufgabe an, und ich betone ausdrücklich: Hierfür stehen die erforderlichen Mittel bereit.

(Beifall bei der CDU.)

Angesichts dieser Schwierigkeiten hat die Landesregierung die Voraussetzung für die Schaffung von knapp 3000 zusätzlichen Ausbildungs- und Praktikantenstellen im Jahre 1982 geschaffen. Darüber hinaus hat das Land — wie angekündigt — mit Unterstützung weiterer Bundesländer im Bundesrat Initiativen zum Abbau ausbildungshemmender Vorschriften ergriffen; der Landtag ist hiervon unterrichtet worden. Wir halten an diesen Vorschriften fest, weil wir es für besser halten, um 6.00 Uhr eine Lehrstelle zu haben, als um 7.00 Uhr davor geschützt zu sein, ausgebildet werden zu können.

(Beifall bei der CDU.)

Das von den Arbeitsämtern im Mai registrierte Ausbildungsplatzdefizit von rund 7 000 hat sich bis Juli um gut 2 000 verringert. Darüber hinaus sind noch mehr als 1 000 in den berufsbildenden Schulen zusätzlich eingerichtete Plätze offen.

Wie schon am 3. Juni in der Regierungserklärung erläutert, weist die Ausbildungsplatzbilanz nach wie vor große regionale Unterschiede auf. In den Engpaßgebieten ist besondere Aufmerksamkeit angebracht, da hier nach den Julizahlen immer noch eine beträchtliche Zahl von Bewerbern ohne Ausbildungsplatz ist. Neuere Zahlen über den Juli hinaus existieren zur Stunde noch nicht. Es kann aber

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre davon ausgegangen werden, daß das Defizit noch bis Ende September weiter ausgebaut werden kann. Die Landesregierung behält sich vor, dann erneut zu berichten und für den dann noch verbliebenen Teil der Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze weitere Initiativen zu ergreifen. Die Landesregierung erneuert in diesem Zusammenhang ihren Vorschlag, Mittel aus dem Bereich des Schüler-BAföG umzuschichten, um sie zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu verwenden.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzbilanz spiegeln die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz wider. Zwar war der Auftragsseingang beim verarbeitenden Gewerbe im ersten Halbjahr 1982 noch leicht höher als im Vorjahr, wobei insbesondere die Exporte herausragten, während sich die Inlandsnachfrage weiter abflachte. Inzwischen scheint jedoch auch die Nachfrage aus dem Ausland nachzulassen, von sektoralen Besonderheiten, wie etwa im Fahrzeugbau — aus äußerst betrüblichen Anlässen allerdings, wie ich hinzufüge — einmal abgesehen.

Auch wenn wir es wollten, könnten wir uns nicht von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Bundesgebiet abkoppeln. Die so heftig umstrittene Einführung einer befristeten 10 %igen Investitionszulage hat bisher nach zwei Dritteln ihrer Laufzeit — sie läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember — so gut wie nichts erbracht. Die erhoffte Belebung des Investitionsklimas in der Bundesrepublik ist für jederman sichtbar ausgeblieben. Meine Damen und Herren, das sieht ganz anders aus, als dies Herr Bundesfinanzminister Lahnstein bei der abschließenden Beratung im Vermittlungsausschuß beim Beschäftigungsförderungsgesetz hoffnungsvoll umschrieben hatte. Ich darf ihn aus der Niederschrift der 512. Sitzung des Bundesrates mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren. Bundesfinanzminister Lahnstein hat damals gesagt: „Inwieweit der öffentliche Beitrag, also die Investitionszulage, erfolgreich war, werden wir — in dieser Hinsicht bin ich sehr zuversichtlich — an den Statistiken in einigen Monaten ablesen können. Sie sind hier ein unbestechlicher Ratgeber. Diesem Ratgeber und diesem Test stellt sich die Bundesregierung mit Vertrauen. Damit sind wichtige Bedingungen für die wirtschaftliche Wiederbelebung in unserem Lande gegeben.“

Unsere Bedenken gegen diese Investitionszulage, die uns bekanntlich letztlich zur Ablehnung des Vermittlungsergebnisses im Bundesrat bewegt haben, haben sich voll bestätigt. Zum einen wird die Investitionszulage voraussichtlich am Ende mehr als die veranschlagten 4 Milliarden DM kosten, wobei wir den Anteil unseres Landes in unserem Landesetat mittragen müssen, und zum anderen haben die Voraussetzungen, unter denen die Investitionszulage gewährt werden kann, zu Mitnahmeeffekten geführt, die unsere Vorstellungen bei weitem übersteigen und die in die Nähe des Mißbrauchs rücken. Ich verweise hier nur auf die zahllosen neuen Leasingfirmen, die in vielen Fällen nur wegen der Investitionszulage gegründet wurden und die sich ausschließlich auf das Zulagen-Know-how spezialisieren. Diese Berater würden — so Staatssekretär Huonker aus dem Bundesfinanzministerium — den Unternehmen die Subventionen verschaffen, ohne daß wirklich ein Mehr an Investitionen per saldo herauskäme. — Recht hat Herr Huonker, nur haben wir vorher schon vor genau dieser Entwicklung gewarnt.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, Arbeitslosigkeit — lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen — bedeutet nicht nur eine Belastung für unsere Wirtschaft, sondern bedeutet für Millionen Menschen, weil Arbeit haben mehr ist als Geld verdienen, ein schweres Schicksal. Die gegenwärtig hohe und weiter ansteigende Arbeitslosigkeit muß durch eine Korrektur der gegenwärtigen Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik geändert werden.

(Beifall bei der CDU.)

Es bedarf einer raschen Kurskorrektur, die es den Unternehmen den Arbeitnehmern und unseren ausländischen Partnern erlaubt, wieder Vertrauen in die Zukunft zu gewinnen. Sicher ist bei eines: Die Grenzen der Belastbarkeit durch Steuern und Sozialabgaben für Arbeitnehmer und für die Unternehmen sind erreicht. Steuererhöhungen sind in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation der falsche Weg um Haushaltslücken zu schließen.

(Beifall bei der CDU.)

Was unserer Wirtschaft heute fehlt, ist die begründete Aussicht eine bessere Zukunft. Das wird nirgendwo so deutlich wie in der Baubranche, in der Branche also, die den größten Investitionsaufweist. Dies sind neben dem Wohnungsbau vornehmlich nach vor die Energieversorgung und die Verkabelung zur Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechniken.

In der Energieversorgung, meine Damen und Herren, kann der Staat durch klare Entscheidungen und durch gestraffte Genehmigungsverfahren neben der Investitionssicherheit zugleich Rechtssicherheit schaffen. Der Investitionsstau im Bereich der Energieversorgung hat inzwischen eine Ziffer von mehr als 30 Milliarden DM erreicht. Wenn man ihn einsetzt, kann man neue wirtschaftliche Impulse setzen.

(Beifall der CDU.)

Bei der elektronischen Industrie ist die Lage ähnlich. Der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken darf nicht länger behindert werden. Seine Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik, namentlich im Bereich der Investitionen und des Arbeitsmarktes, wird immer größer. Allein die Durchführung des Kabelpilotprojekts Ludwigshafen, das nach der Gründung der Anstalt nunmehr in vollem Gange ist, wird der dortigen regionalen Wirtschaft beachtliche Impulse geben. Die Verkabelung des Versuchsgebietes durch die Deutsche Bundespost wird Investitionen von zirka 40 Millionen DM bewegen und dies ohne den Einsatz auch nur einer einzigen Mark an öffentlichen Mitteln.

(Beifall bei der CDU.)

Bei einer ergänzenden Netzauslegung könnte dieses Volumen leicht und rasch verdoppelt werden. Allein eine Verkabelung der Stadt Neustadt könnte weitere Investitionen von 14 bis 16 Millionen DM bringen. Man muß nur dazu die politischen Entscheidungen fällen, meine Damen und Herren, dann kann man die Investitionen haben.

(Beifall der CDU.)

Bei den genannten Bereichen ist der innovative Anteil der zur Anwendung gelangenden Technologie von besonderer Bedeutung, und die Konkurrenzbestrebungen auf dem internationalen Markt sind dementsprechend groß. Nur der frühzeitige Einstieg in neue Technologien und Produkte kann indessen Unternehmen und ganzen Wirtschaftsbereichen davor Schutz geben, von hochinnovativen Anbietern aus dem Ausland aus dem Markt gedrängt zu werden. Selbst überlegene Finanzkraft, meine Damen und Herren, reicht nicht aus, um den einmal verpaßten Anschluß dann noch zu schaffen.

(Beifall der CDU.)

Mich bewegt beispielsweise im Falle Schneider nicht nur die Zahl der 500 oder 1 000 unmittelbar Betroffenen und ihrer Familien, sondern mich bewegt auch, daß Deutschland damit von einem seiner letzten Spezialbetriebe dieser Branche Abschied nimmt, und dieser Schaden ist mindestens so groß wie der Schaden, den wir selbst hier berücksichtigen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

Sie wissen, daß in unserem Land in jüngster Zeit durch eine ganze Reihe spektakulärer Finanzzusammenbrüche und Betriebsschließungen eine große Zahl von Arbeitsplätzen konkret gefährdet worden ist. Zusammenbrüche alteingesessener Firmen mit großen Namen verstellen jedoch nur allzu leicht den Blick darauf, wie ernst die Lage im mittelständischen Bereich ist. Meine Damen und Herren, es ist schlimm, wenn etwa in Bad Kreuznach mit einem Schlag 500 Menschen arbeitslos werden. Aber ist genauso schlimm, wenn in 20 mittelständischen Betrieben je 25 Menschen arbeitslos werden, auch wenn darüber nicht so ausführlich gesprochen wird.

(Beifall der CDU.)

Bei realistischer Einschätzung muß davon ausgegangen werden, daß zu den rund 300 Insolvenzen in der ersten Jahreshälfte in Rheinland-Pfalz in den kommenden Wochen und Monaten noch zahlreiche weitere hinzukommen. Mag dabei im Einzelfall auch nur eine kleine Zahl von Arbeitsplätzen verlorengehen, so bleibt eine derartig fortschreitende Entwicklung durch die Summierung der Fälle nicht ohne massive Folgen für den Arbeitsmarkt.

Ich hatte an sich die Absicht, an dieser Stelle etwas ausführlicher auf Schneider, Krages und Magirus-Deutz einzugehen. Nun war das in zwei Fällen vorhin Gegenstand der Mündlichen Anfrage; der Wirtschaftsminister hat darauf geantwortet. Was den Fall Magirus-Deutz betrifft, so ist ebenfalls hier in diesem Hause darüber gesprochen worden. Ich beschränke mich darauf zu sagen: Der Herr Wirtschaftsminister in besonderem Maße hat Dank dafür verdient, daß er alles, was von seiten der Landesregierung getan werden konnte, in Sachen Magirus-Deutz, Schneider und Krages getan hat und tut.

(Beifall der CDU.)

Die Landesregierung war und ist in allen Fällen drohender Arbeitsplatzverluste frühzeitig bemüht, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für alle Beteiligte tragbare Lösungen zu erreichen und insbesondere die Arbeitsplätze zu sichern. Aber, meine Damen und Herren, in allen Verhandlungen und Sanierungsgesprächen hat sich bisher immer wieder gezeigt, daß staatliche Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen zwar dankbar angenommen werden, daß diese Hilfen letztlich aber nur bedingt geeignet sind, die wirklichen Ursachen der in Schwierigkeit geratenen Werke zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU.)

Das liegt keineswegs immer im Managementbereich, vielmehr dürfte jedem, der mit wirtschaftlichen — — —

(Zuruf von der SPD: Aber auch dort!)

— Ich habe ja gesagt, keineswegs immer, Herr Kollege. Ich glaube, es ist jedermann verständlich, was ich damit sagen will.

Aber es dürfte jedem, der mit wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut ist, klar sein, daß hier wiederum die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich beispielsweise in den letzten Jahren einschneidend auf die Eigenkapitalbasis der Unternehmen ausgewirkt haben, eine ganz entscheidende Rolle spielen und über die Lebensfähigkeit eines Betriebes mehr entscheiden als die Hilfsmöglichkeiten, die der Staat hier hat.

(Beifall der CDU.)

Eine dieser wichtigen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung ist eine sichere und preisgünstige Energieversorgung. Dafür müssen alle Energiequellen sinnvoll und möglichst rationell genutzt werden. Dem elektrischen Strom kommt als qualitativ hochwertiger Energieform besondere Bedeutung zu. Von einer zuverlässigen Stromlieferung zu günstigen Preisen hängen zahlreiche Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und in der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie ist für unsere Lebensbedingungen entscheidend. Auf die Dauer, meine Damen und Herren, kann es nicht ohne

schwerwiegende Folgen bleiben, wenn Unternehmen etwa in Frankreich die Elektrizität 20 bis 30 % billiger als in Deutschland einkaufen können.

(Beifall der CDU.)

Der Anteil der Stromkosten an den Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern ist hoch; er beträgt z.B. beim Aluminium nicht weniger als 40 %. Für eine sichere und preisgünstige Stromversorgung ist die friedliche Nutzung der Kernenergie nach unserer Überzeugung unverzichtbar. Diese Überzeugung der rheinland-pfälzischen Landesregierung wird von der Bundesregierung geteilt. Alle Fraktionen dieses Hauses haben ihr zugestimmt. Nahezu alle Länder dieser Welt denken ebenso.

Im Grundlastbereich ist Kernenergiestrom auch unter Berücksichtigung der Entsorgungskosten wesentlich billiger als etwa Strom aus Steinkohle. So hätte z.B. der Strom, den das Kernkraftwerk Stade seit 1972 produziert hat, bei konventioneller Erzeugung eine Milliarde DM mehr gekostet.

Die Nutzung der Kernenergie für unser Land ist allerdings nur unter der Voraussetzung vertretbar, daß das damit verbundene Risiko nicht größer ist als bei anderen Arten der Stromerzeugung und sonstige Risiken des Lebens nicht übersteigt. Die Landesregierung trägt das ihre dazu bei, den beispielhaft hohen Sicherheitsstandard deutscher kerntechnischer Anlagen zu gewährleisten. Sie hat im Genehmigungsverfahren für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich, für das im Juli die sechste Teilgenehmigung ergangen ist, eine Vielzahl sicherheitstechnischer Auflagen festgesetzt. Sie wird für diese Anlage auch ein Fernüberwachungssystem einrichten, für dessen Einrichtung die Aufträge noch in diesem Jahr erteilt werden.

Meine Damen und Herren, wer die friedliche Nutzung der Kernenergie bejaht, muß im Rahmen seiner Möglichkeiten auch zur Lösung der Frage beitragen, was mit den abgebrannten Kernelementen geschehen soll. Die Wiederaufarbeitung ist dazu ein Weg, der den noch brauchbaren Teil des Brennstoffes einer Wiederverwendung zuführt und gleichzeitig die Menge des hochradioaktiven Abfalls erheblich vermindert. Es liegt im übergeordneten nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland, daß die Bundesländer ihren Teil zur Lösung dieses Problems beitragen. Deshalb hat sich die Landesregierung bereit erklärt, zu prüfen, ob auch in Rheinland-Pfalz eine Wiederaufarbeitungsanlage errichtet werden kann. Diese Bereitschaft hat die Bundesregierung ausdrücklich begrüßt; alle Fraktionen dieses Hauses haben sie gutgeheißen. Nach einem entsprechenden Antrag der DWK, die den Standort Kaisersesch ausgewählt hat und die Anlage bauen will, hat die Landesregierung in der vergangenen Woche ein raumplanerisches Verfahren, wie es ihre Pflicht ist, eingeleitet.

Am Anfang der Untersuchungen stehen dabei die drei für den vorgeschlagenen Standort wohl besonders bedeutsamen Punkte, nämlich die Frage der Verteidigungsanlagen, des Fremdenverkehrs und des Waldes. Falls die raumordnerische Eignung des Standortes zu bejahen ist und das Vorhaben Fortgang nimmt, werden die Landesregierung und die im atomrechtlichen Verfahren weisungsberechtigte Bundesregierung genauestens prüfen, ob die von der DWK geplante Anlage den deutschen Sicherheits- und Strahlenschutzbestimmungen entspricht. Sollten hieran Zweifel bestehen, wird es keine Genehmigung geben.

Die Landesregierung nimmt die Sorgen, die im Zusammenhang mit dem Projekt einer Wiederaufarbeitungsanlage bei den Bürgern vor Ort entstanden sind, ernst. Sie wird diese Bedenken bei den durchzuführenden Verfahren selbstverständlich in ihre Prüfung einbeziehen; eine Prüfung, an die sie ohne jede Voreingenommenheit herangeht. Der Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger hat Vorrang vor allen anderen dargestellten Erwägungen.

(Beifall bei der CDU.)

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

Die Landesregierung hält allerdings die Behauptung für falsch, daß Wiederaufarbeitung stets und unvermeidbar große Gefahren für Menschen und Umwelt mit sich bringt. Die Reaktorsicherheitskommission des Bundesinnenministers ist schon 1977 nach entsprechenden Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, daß es möglich ist, eine Wiederaufarbeitungsanlage sicher zu betreiben. Dieser Auffassung haben sich die Regierungschefs des Bundes und der Länder nach ausführlicher Beratung 1979 angeschlossen.

Meine Damen und Herren, der Deutsche Bundestag hat im Dezember 1981, also erst vor kurzem, bei nur drei Gegenstimmen und einer Enthaltung einen Beschluß in dieser Sache zu dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ gefaßt. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten diesen von allen Parteien des Bundestages getragenen Beschluß zitieren:

„Der Bundestag erwartet daher, daß Anträge auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage in einer Größenordnung, wie sie im Lande Hessen verfolgt wird, von den zuständigen Behörden zügig auf ihre Genehmigungsfähigkeit geprüft werden. Insbesondere geht der Deutsche Bundestag davon aus, daß die Bundesregierung entsprechend dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern und der Empfehlung der Enquete-Kommission der jeweiligen Landesregierung jede notwendige Unterstützung bei der zügigen Verwirklichung einer derartigen Wiederaufarbeitungsanlage gewährt.“

Meine Damen und Herren, ich habe die Absicht, noch in diesem Jahr mit den Regierungschefs der Bundesländer, die für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Rede stehen, zu einem Gespräch zusammenzutreffen, um zu erörtern, inwieweit es sinnvoll und notwendig ist, eine ganze Reihe von Vorhaben nebeneinander zu verfolgen. Ich möchte mir auch vorbehalten, die Regierungschefs von Bund und Ländern zu bitten, nicht erst wie vorgesehen in der Mitte der achtziger Jahre, sondern schon in Bälde sich erneut mit diesen Fragen zu befassen.

(Beifall bei der CDU.)

Im Zusammenhang mit dem Projekt Kaisersesch sind Vermutungen in Umlauf gesetzt worden, die Landesregierung habe auf eine Benennung dieses Standortes hingewirkt oder zumindest schon vor der offiziellen Benennung gewußt, daß die DWK diesen Standort ausgewählt hatte. Wir haben wiederholt erklärt, daß dies nicht zutrifft. Wir haben immer wieder und keinesfalls erst in den letzten Wochen genaue und exakte Angaben über die Anfang März dieses Jahres mit der DWK geführten Gespräche gemacht. Wir haben die Gesprächsteilnehmer genannt und dargelegt, über welche Themen gesprochen wurde und über welche Themen nicht gesprochen wurde.

Auch anläßlich der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage der Herren Abgeordneten der F.D.P. vom 8. Juli 1982 hat Herr Kollege Holkenbrink dargelegt, daß weder Mitglieder noch Mitarbeiter der Landesregierung auf die Standortauswahl Einfluß genommen haben, und daß von Dienststellen der Landesregierung lediglich Hilfe bei der Datenbeschaffung geleistet wurde. Um es noch einmal deutlich zu sagen, mache ich darauf aufmerksam, daß in einer Besprechung am 8. März 1982 die DWK mitgeteilt hat, daß sie die Standortprüfungen in Rheinland-Pfalz abgeschlossen habe. Sie hat die Frage gestellt, ob die Bereitschaft der Landesregierung, einen von der DWK vorgeschlagenen Standort zu prüfen, fortbestehe. Sie hat gefragt, ob mehrere Standorte wie in Hessen zur Auswahl durch die Landesregierung genannt werden sollten und wann die Standortbenennung erwünscht sei. Die DWK ist in diesem Gespräch aufgefordert worden, nur einen Standort — und diesen alsbald — zu benennen. Eine Mitwirkung des Landes bei der Auswahl ist von den Gesprächsteilnehmern, insbesondere auch von mir selbst, ausdrücklich abgelehnt worden.

Am 11. März 1982 hat Herr Dr. Salander Herrn Staatssekretär Dr. Brix aus der Sicht der Gesellschaft über die verschiedenen Stand-

ortsmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz informiert und einzelne Gesichtspunkte für die Standorte erläutert, die nach den Untersuchungen der Gesellschaft noch verblieben waren. Auch hierbei ist es zu keiner Mitwirkung an der Auswahl des Standortes gekommen. Eine solche Mitwirkung hätte auch aus den häufig genannten Gründen nicht im Interesse der Landesregierung gelegen. Wir haben von Anfang an nicht den hessischen Weg gewählt, selbst auszuwählen, wir haben von Anfang an darauf bestanden, daß der Betreiber auswählt und wir das Prüfungsrecht uneingeschränkt wahrnehmen.

Die DWK hat diese unsere Auskünfte mehrfach bestätigt. Die Verantwortlichen, Herr Scheuten und Herr Dr. Salander, welche die Gespräche im März geführt haben, haben in einem Fernschreiben an die Rhein-Zeitung am 9. Juli 1982 u.a. ausgeführt — ich zitiere —: „Die Ihnen vorliegenden Informationen, wonach — Zitat — ein maßgeblicher Vertreter der Landesregierung gegenüber der DWK Hannover dafür plädiert habe, unter den nach Vorauswahl letztlich übriggebliebenen drei bis vier Standorten in Rheinland-Pfalz aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit denjenigen vorzuziehen, der in dem von der CDU beherrschten Landkreis Cochem-Zell liege“ — Zitat Ende —, entspricht nicht den Tatsachen.“ So weit das Fernschreiben.

Am 1. September 1982 hat der Vorstand der DWK der Landespressekonzferenz eine Erklärung übermittelt, in der es u.a. heißt: „Annahmen, wonach die Landesregierung bereits mehrere Tage vor der Benennung des Standortes durch die DWK über den Standort unterrichtet worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Heinz durch Staatssekretär Schleyer ist seitens der DWK nichts hinzuzufügen.“

Meine Damen und Herren, die aufgetauchten Verdächtigungen sind bisher in keiner Weise durch irgendwelche Tatsachen unterlegt worden, obwohl die Landesregierung mehrfach dazu aufgefordert hat, Roß und Reiter zu nennen. Wer jetzt noch immer von verdächtigen Unklarheiten spricht, dem kann es nicht mehr um Aufklärung von Sachverhalten gehen, sondern dem geht es ganz offensichtlich darum, von der Hauptsache abzulenken.

(Beifall der CDU.)

Die Hauptsache ist die Frage, wie wir unsere Verantwortung für die Sicherung der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden. Ich wäre dankbar, wenn diejenigen die dazu etwas beizutragen haben, ihre Kräfte auch tatsächlich darauf konzentrieren.

(Beifall bei der CDU.)

Bestimmte Arten der Energieerzeugung werfen besonders hinsichtlich der Reinhaltung der Luft erhebliche Umweltschutzprobleme auf. Wir wissen, daß damit weitreichende Folgen, vor allem für unsere Wälder, verbunden sein können. Als Land mit dem zweithöchsten Waldanteil in der Bundesrepublik Deutschland sind wir uns darüber im klaren, in welchem Ausmaß uns Schäden materieller und ideeller Art langfristig belasten können. Deshalb hat Rheinland-Pfalz bereits frühzeitig die Bundesregierung intensiv an ihre Verpflichtung erinnert, bundeseinheitliche Rechtsgrundlagen für Maßnahmen zur Emissionsverminderung zu schaffen. Die für uns besonders wichtige Verordnung über Großfeuerungsanlagen, über die allein die Emission einheitlich begrenzt und wirksam gesenkt werden kann, ist zwar von der Bundesregierung immer und immer wieder angekündigt worden, aber nach wie vor ist dieses Versprechen nicht eingelöst. Die Entscheidung der Bundesregierung vom 1. September 1982 hat an dieser Situation zu unserem Bedauern nichts geändert. Auch am 1. September ist wieder nur eine unverbindliche Ankündigung gemacht worden mit dem einzigen Zusatz, daß diesmal die Realisierung dieser Ankündigung gleich um ein ganzes Jahr vertagt worden ist.

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

Über die entscheidende Frage der Altanlagen, über Übergangsvorschriften und über die Größe der betroffenen Kraftwerke ist nichts Konkretes gesagt. Völlig offen bleibt, wie der sogenannte Jahrhundertvertrag zwischen dem Steinkohlebergbau und der Elektrizitätswirtschaft verwirklicht werden soll, wonach über 50 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr zu verstromen sind. Zwar ist die Hoffnung geweckt, daß zumindest ab morgen kein Kohlekraftwerk mehr neu an das Netz geht, das einen Emissionswert von über 400 Milligramm pro Kubikmeter aufweist, damit ist uns aber noch nicht das Instrumentarium geliefert, daß wir beispielsweise in Bexbach zu einer Reduzierung der dort genehmigten Anlage brauchen. Im Gegenteil, die Antwort darauf ist auf das nächste Frühjahr vertagt. Meine Damen und Herren, was bis dahin bei denen, die das ausgemacht haben, passiert, kann heute nicht abschließend beurteilt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Die angesprochene wirtschaftliche Entwicklung hat nicht zuletzt erhebliche Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Die Landesregierung wird deshalb — wie bereits angekündigt — alsbald durch Vorlage eines Nachtragshaushalts 1982 die erforderlichen Anpassungen vornehmen. Der Nachtragshaushalt wird folgende Sachverhalte berücksichtigen, ohne daß ich jetzt schon abschließende Feststellungen treffen und endgültige Zahlen nennen möchte: Bei den Einnahmen aus Steuern ist aus heutiger Sicht mit Ausfällen in einer Höhe von mehr als 100 Millionen DM zu rechnen. Auf der Ausgabenseite sind beträchtliche Mehrausgaben absehbar, zum Beispiel bei den Sozialausgaben, vor allem und in Abhängigkeit von der höheren Arbeitslosigkeit bei den Aufwendungen für Sozialhilfe und für das Wohngeld. Mehrausgaben ergeben sich auch bei den Investitionen durch den Abbau von Ausgaberechten. Dadurch kann aber immerhin unser Investitionsniveau im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden. Die Kritik von Vertretern der Opposition, die Investitionsausgaben des Landes gingen stark zurück, ist unberechtigt, weil sie sachlich nicht zutrifft.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hofft, daß aus heutiger Sicht unter Ausklammerung von Unsicherheitsfaktoren, wie der anstehenden Neuverteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern, und unter Berücksichtigung von einmaligen Rückflüssen, das haushaltsmäßige Defizit unter 100 Millionen DM gehalten werden kann. Das ist ein Ergebnis, das bestätigt, was wir bei den Haushaltsberatungen gesagt haben. Wir müssen realistische Ansätze zugrunde legen, erkennbare Risiken gebührend berücksichtigen und dürfen auch beim Haushaltsvollzug das Ziel des Ausgleiches von Einnahmen und Ausgaben nicht aus dem Auge verlieren.

Die Entwicklung beweist auch, daß es richtig war, im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 1982/83 die beiden Haushaltsfinanzierungsgesetze vorzulegen. Die Leistungsbegrenzungen, beispielsweise beim Kindergartengesetz, beim Landespflegegeldgesetz oder bei der Schülerbeförderung, haben zu den notwendigen Einsparungen geführt. Meine Damen und Herren, es klingt etwas merkwürdig, daß diejenigen, die diese Einsparungen abgelehnt haben, jetzt am lautesten beklagen, daß Mehrausgaben unvermeidlich geworden sind.

(Beifall bei der CDU.)

Die Entwicklung zeigt schließlich, daß die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft die öffentlichen Haushalte entlasten kann. Bereits nach ganz wenigen Monaten ist aufgrund der vom Bundesrat erzwungenen Lockerung der Wohnungsbindung und der Zinsanhebung zu einer erheblichen Mobilisierung der Alt-darlehen für den Wohnungsbau beigetragen worden. Dieses Kapital steht somit in der nächsten Zeit zusätzlich dem Wohnungsbau zur Verfügung. Ein gleicher Effekt ist zum Beispiel von der Fehlbelegungsabgabe, die nach den Vorstellungen der Bundesregierung ursprünglich flächendeckend eingeführt werden sollte, nicht zu erwarten.

Die Wirtschaftsentwicklung wird auch Einfluß auf den Haushaltsplan 1983 nehmen. Wir werden deshalb auch für 1983 zur gegebenen Zeit einen Nachtrag vorlegen.

Meine Damen und Herren, der Bundeshaushalt hat selbstverständlich vielfältige Auswirkungen auf unser Land. Schon deshalb können die Auseinandersetzungen über diesen Etat nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Die Einnahmeansätze des Bundeshaushalts 1983 gehen von einem Wachstum des Bruttosozialproduktes in 1983 um real 3 % aus. Keine Frage, diese Annahme ist falsch! Wir dürfen froh sein, wenn das Wachstum die Hälfte dieses Ansatzes erreicht.

Die Aufgabenansätze für die Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit zu den Kosten der Arbeitslosigkeit gehen von einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer von 1,8 Millionen aus. Diese Annahme ist ebenfalls falsch! Wir müssen von einer Arbeitslosigkeit von 2 Millionen bis 2,2 Millionen ausgehen. Damit tut sich unter Berücksichtigung der ungünstigen Ausgangslage des Jahres 1982 eine Etatlücke von etwa 10 Milliarden DM auf. Diese Lücke kann man nicht hinwegdiskutieren. Über diese Lücke kann man nicht mit der Ankündigung hinweggehen, man werde im Bundestag die wenigen Sparansätze des Haushaltsentwurfs in den Beratungen wieder einschränken. Nein, meine Damen und Herren, es ist allerhöchste Zeit, den Haushalt auf solide Grundlagen zu stellen und die Gesundheit der Staatsfinanzen dadurch einzuleiten, daß man einen Haushalt macht, der auf den Zahlen von heute und nicht auf denen von vorgestern beruht.

(Beifall bei der CDU.)

Für den Bund kommt ein weiteres Risiko hinzu. Der Bund verhandelt zur Stunde mit den Ländern über die Neuverteilung der Umsatzsteuer. Die Länder müssen in diesen Verhandlungen zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben zugleich im Namen der Gemeinden eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer in Höhe von zwei Prozent-Punkten fordern. Das sind nach dem Umsatzaufkommen 1982 etwa 2 Milliarden DM. Darüber hinaus darf auch die ersatzlose Streichung der sogenannten Kindergeld-Milliarden nicht vergessen werden. Insgesamt ist es notwendig, daß der vorgelegte Haushaltsentwurf, bevor man ihn im Bundesrat verantwortlich beraten kann, grundlegend überarbeitet und die absehbare gesamtwirtschaftliche Entwicklung zugrunde gelegt wird sowie den berechtigten finanziellen Ansprüchen der Länder und Gemeinden Rechnung getragen wird. Ich begrüße in dieser Hinsicht die Ankündigung des Herrn Bundeswirtschaftsministers, die Folgerungen aus der neuen Situation zu ziehen, die Grunddaten zu korrigieren.

Und ich begrüße den Beschluß der Bundesregierung, die sogenannten fünf Weisen um ein Sondergutachten in dieser ersten Situation zu bitten.

Die Bundesregierung hat zum Haushaltsausgleich erneut neben dem Haushalt verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, die in den Entwürfen des Einkommensteueränderungsgesetzes, des 6. Rentenversicherungsänderungsgesetzes und des Gesetzes zur Änderung sozialrechtlicher Vorschriften zusammengefaßt sind. Damit gar kein Zweifel entsteht: Natürlich wird die Landesregierung diese Entwürfe eingehend prüfen, und sie ist auch selbstverständlich, wie bisher, bereit, im Rahmen eines sozial ausgewogenen und mittelfristig angelegten Gesamtkonzeptes zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte alle Maßnahmen mitzutragen, die zur Entlastung des Bundeshaushaltes auf der Ausgabenseite dienen. Das gilt auch für Maßnahmen im steuerlichen Bereich, sofern diese systemgerecht sind, nicht zur weiteren Komplizierung des Steuerrechts führen und die Gesamtsteuerlast aus den erwähnten Gründen nicht erhöhen.

Aber, meine Damen und Herren, genauso wenig möchte ich heute einen Zweifel daran lassen, daß wir einigen Vorschlägen der Bundesregierung in diesem Bereich mit Sicherheit nicht folgen werden. Dazu gehört die Änderung des Ehegattensplittings. Das Splitting-

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

verfahren ermöglicht den Ehegatten die Entscheidung, daß der eine Ehegatte Einkünfte erzielt, während der andere Kinder und Haushalt betreut. Diese Gestaltung der familiären Lebensverhältnisse steht nach Artikel 6 des Grundgesetzes unter dem besonderen Schutz des Staates. Das Steuerrecht darf diesen Schutz nicht durchbrechen,

(Beifall der CDU.)

Es darf, meine Damen und Herren, nicht dahin kommen, daß der erwerbstätige Ehepartner genauso besteuert wird wie ein Lediger, dessen Leistungsfähigkeit nicht durch die Belastungen für eine Familie beeinträchtigt wird. Die Einschränkung des Ehegattensplittings ist kein Solidarbeitrag gehobener Einkommenschichten zur Lösung von Finanzierungsproblemen, sondern wirkt wie eine familienfeindliche Steuer, meine Damen und Herren!

(Beifall der CDU. — Zuruf des Abgeordneten Gerster, SPD.)

Man kann mit uns, wie ich gerade deutlich gemacht habe, durchaus über die notwendigen Einsparungsmaßnahmen reden. Aber man kann nicht mit uns über eine neue einseitige Bestrafung von Familien mit Kindern zugunsten von Familien ohne Kinder oder Unverheirateten sprechen.

(Widerspruch bei der SPD. — Beifall der CDU.)

Außerdem lehnt die Landesregierung die erneute Erhöhung

(Zuruf des Abgeordneten Scharping, SPD)

der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab, weil in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation Abgaben und Steuererhöhungen die rezessiven Tendenzen stärken statt die Wiederbelebung der Wirtschaft zu fördern.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren — — —

(Scharping, SPD: Machen Sie doch einmal einen Vorschlag, was Sie machen wollen!)

— Ach wissen Sie, Herr Kollege Scharping, wir haben einen derartig langen und eindeutigen Vorschlagskatalog gemacht. Ich habe davon die wichtigsten Punkte heute wiederholt.

(Zuruf des Abgeordneten Scharping, SPD.)

Sie sind im Bundesrat seit 1978 mit großer Konsequenz immer wieder vorgetragen worden. Ich bin gerne bereit, sie Ihnen auch noch mal persönlich zu erläutern.

(Heiterkeit bei der SPD. — Zuruf des Abgeordneten Bojak, SPD.)

Aber ich bin nicht bereit, Herr Kollege Scharping, weiter hinzunehmen, daß getäuscht wird über die Tatsache, daß eine Umkehr in der gegenwärtigen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik die Voraussetzung einer Wende ist, weil sie sonst anders nicht herbeizuführen ist.

(Beifall der CDU.)

Verehrter Herr Kollege Scharping,

(Zuruf des Abgeordneten Reitzel, SPD)

wer 4 Milliarden DM im Jahre 1982 für eine völlig nutzlose Investitionszulage zum Fenster hinausschmeißt, braucht uns nicht zu fragen, wie man Geld sparen kann. Die 4 Milliarden kann man sparen.

(Beifall der CDU.)

Es ist, meine Damen und Herren, selbstverständlich gewesen,

(Zuruf des Abgeordneten Scharping, SPD.)

daß die Fragen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängen,

(Zuruf des Abgeordneten Scharping, SPD.)

sich derzeit besonders drängend stellen.

(Zuruf von der SPD.)

Aber, meine Damen und Herren, es gibt neben den wirtschaftlichen Problemen bei aller Bedeutung, die ihnen zukommt, auch noch andere Bereiche, von denen ich noch zwei herausgreifen möchte, weil sie in letzter Zeit für unser Land besondere Bedeutung gewonnen haben.

Die Ausweisung und Abschiebung iranischer Staatsangehöriger hat erhebliche Probleme aufgeworfen. Hier stießen wir an unvorhersehbare Grenzen der Durchsetzbarkeit deutscher und völkerrechtlicher Rechtspositionen gegenüber einem auswärtigen Staat durchaus eigener Prägung. Die zahlreichen Gespräche der letzten Monate zwischen Auswärtigem Amt, rheinland-pfälzischer Landesregierung und den Vertretern des iranischen Staates haben sehr viel Geduld verlangt. Und ich danke dem Herrn Innenminister und dem Chef der Staatskanzlei, daß sie diese Geduld aufgebracht haben.

(Beifall der CDU.)

Jeder Schritt, meine Damen und Herren, seit der Festnahme der iranischen Studenten ist mit der Bundesregierung, insbesondere dem Herrn Bundesaußenminister, abgestimmt worden. Die Landesregierung hat dabei auf Anraten des Auswärtigen Amtes ihre Bereitschaft gezeigt, den notwendigen außenpolitischen Rücksichtnahmen durch einen differenzierten Vollzug der Ausweisungsverfügung Rechnung zu tragen. Für Landesregierung und Bundesregierung ist es von großer Bedeutung, daß durch die Ausweisungsverfügung deutlich geworden ist, daß die Teilnahme an blutigen Auseinandersetzungen das Gastrecht der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Rheinland-Pfalz gröblich verletzt und daß solchen Verletzungen entschlossen begegnet wird.

(Beifall der CDU.)

Wir können, meine Damen und Herren, darauf hinweisen, daß bis heute alle behördlichen Verfügungen gegen die betroffenen Iraner gerichtlich bestätigt wurden, bis hin zum Bundesverfassungsgericht.

Nicht übersehen werden darf: Eine im Frühjahr 1982 drohende Eskalation politischer Schlägereien zwischen rivalisierenden Ausländergruppen in der Bundesrepublik ist gestoppt worden. In keinem Bundesland hat es seither wieder vergleichbare blutige Aktionen gegeben. Damit wird die Ansicht der Landesregierung bestätigt, das radikal denkende und handelnde Ausländergruppen nicht so sehr von der Aussicht auf ein mögliches Strafverfahren, sondern stärker von den im Ausländergesetz vorgesehenen Ausweisungsmöglichkeiten beeindruckt werden.

(Beifall der CDU.)

Die Landesregierung läßt sich dabei auch vom Interesse jener Ausländer leiten, die seit Jahren mit ihren Familien als Arbeitskollegen und Nachbarn unter uns wohnen.

(Beifall der CDU.)

Nichts, meine Damen und Herren, wäre auf Dauer so störend für den sozialen Frieden, als wenn die berechnete Empörung unserer deutschen Mitbürger über blutige Krawalle radikaler Ausländergruppen und eine daraus folgende Verärgerung sich mit der Zeit,

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

wenn auch zunächst vielleicht unbewußt, auf andere Ausländer in Deutschland übertragen würde.

(Beifall der CDU.)

Ich bedaure, Ihnen zur Stunde noch nicht mitteilen zu können, daß die iranische Regierung bereit ist, endlich die sich aus dem Völkerrecht ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, schließlich möchte ich noch auf eine Gelegenheit zu sprechen kommen, die bei der Debatte über Zweck und Grenzen der Rüstungsanstrengungen gegenwärtig in den Vordergrund rückt. Ich meine Berichte über die angebliche Lagerung chemischer Kampfstoffe der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte in Rheinland-Pfalz. Zunächst weise ich zum wiederholten Male darauf hin, daß die Lagerung von Waffen und Kampfstoffen auf deutschem Territorium im Einklang mit dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und mit dem NATO-Truppenstatut steht, die die Anwesenheit und die Rechtsstellung auch der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik regeln.

Nach diesem Abkommen ist für die Fragen der Verteidigung allein die Bundesregierung zuständig. Den Bundesländern kommt hierbei keine eigene Kompetenz zu.

Wer hiergegen Klage erhebt, klagt gegen die Bundesregierung und klagt gegen deren Bündnispolitik. Die Landesregierung hat jedoch von allem Anfang an deutlich gemacht — ich unterstreiche es noch einmal —, daß sie für die Sorge der Bevölkerung Verständnis hat. Sie hat der Bundesregierung gegenüber wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie im Zusammenhang mit der Lagerung von Munition größten Wert auf den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung des Landes legt. Die Bundesregierung hat daraufhin gegenüber der Landesregierung, aber auch im Plenum des Deutschen Bundestages, versichert, daß die Bevölkerung nach menschlichem Ermessen nicht gefährdet erscheint. Die Landesregierung vertraut auf diese Aussage und hat keinerlei Anlaß, an ihrer Redlichkeit zu zweifeln.

(Beifall bei der CDU.)

Im übrigen, meine Damen und Herren, teilt die Bundesregierung mit, daß alle Detailangaben strikter Geheimhaltung unterliegen. Sie gebe darum auf Anfragen keine Auskunft und dementiere auch Falschangaben nicht.

In der Diskussion um den Sinn westlicher Rüstungsanstrengungen wird jedoch nach meiner Auffassung häufig Ursache und Wirkung bewußt oder vielfach auch unbewußt verwechselt. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, auch die Bevölkerung weiß, daß vom westlichen Verteidigungsbündnis keine Kriegsgefahr ausgeht. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht durch die Stationierung amerikanischer Waffen in Gefahr geraten, sondern durch die Konzentration sowjetischer Raketen auf unser Staatsgebiet.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Situation, in der das Rüstungsgleichgewicht unser Land am ehesten davor bewahrt, daß die Waffen jemals eingesetzt werden. Der Frieden kann nicht durch einseitige Abrüstung gefestigt werden; es ist Aufgabe der westlichen Sicherheitspolitik, ihren Verteidigungswillen so glaubwürdig zum Ausdruck zu bringen, daß jeder potentielle Angreifer von vornherein die Aussichtslosigkeit militärischer Konfrontationen erkennt. Eine an den Grundsätzen unserer Verfassung orientierte Friedenspolitik kann sich jedoch nicht mit einer sich immer schneller drehenden Rüstungsspirale abfinden.

(Beifall bei der CDU.)

Sie muß, meine Damen und Herren, deswegen Verteidigungsbereitschaft mit der Bereitschaft zu Verhandlungen verbinden.

(Beifall bei der CDU.)

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits bei ihrem Eintritt in das westliche Bündnis vor Jahrzehnten aus freien Stücken auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen völkerrechtlich wirksam verzichtet und der Überwachung dieser Verpflichtung durch ihre Vertragspartner zugestimmt. Von einer entsprechenden Reaktion oder gar von einem entsprechenden Angebot auf östlicher nachbarschaftlicher Seite ist bis zur Stunde nichts bekannt.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt sich nach wie vor für eine Politik der Abrüstung ein, und sie hat aus diesem Grunde vor kurzem unter anderem den unverzüglichen Abschluß eines internationalen Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von chemischen Waffen und deren Vernichtung gefordert.

(Beifall bei der CDU.)

Sie bittet, einen solchen Vertrag zu schließen, aber sie wendet sich auch gegen eine Abrüstung ohne Sicherheit, weil dies dem Osten ein Arsenal der Einschüchterung, des Drucks und der Bedrohung verschaffen und letztlich einen Frieden in Freiheit verhindern würde.

Meine Damen und Herren, es täuscht sich, wer die Bemühungen um Frieden für eine Einbahnstraße hält. Es ist verführerisch, sich die Welt schön und bunt vorzustellen. Aber wer Verantwortung für andere trägt, darf die Realitäten nicht leugnen. Nur durch Verhandlungen mit dem Ziel der Abrüstung werden wir eine Rüstungskontrolle erreichen. Es bedarf erster vorsichtiger Schritte, um die Rüstungsspirale zurückzuschrauben, gleichwohl aber das Gleichgewicht nicht zu gefährden. Wir wollen den Frieden, aber wir wollen den Frieden in Freiheit.

(Beifall der CDU.)

Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich zum Thema Frieden dieser Tage in Düsseldorf gesagt: Wir wollen uns auch bei uns hier einsetzen, daß Menschen frei werden von Zukunftsangst, frei aus der Gefangenschaft schrankenlosen Besitzes und wachsender Raffgier, aus der Gefangenschaft der verschämten und der offenen Armut und der seelischen Not und frei von den Ketten der Drogen, des Alkohols und des willkürlichen Konsums. —

Meine Damen und Herren, das ist auch eine Zielsetzung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, und in erster Linie denken wir hier an die Verantwortung des einzelnen, an die Verantwortung der Familien, der Kirchen und der gesellschaftlichen Gruppen. Ihnen wollen wir die notwendigen Freiräume durch materielle und organisatorische Hilfe zur Selbsthilfe und durch Förderung des ehrenamtlichen Engagements schaffen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß trotz allem, was ich hier darlegen mußte, Einsatzbereitschaft, Solidarität, Leistungswille weiterhin das Normale in unserem Lande sind

(Beifall bei der CDU)

und daß Lethargie, Egoismus und Verweigerung die Ausnahme darstellen. Ich bin aber auch davon überzeugt, daß wir für die Gemeinschaftswerte streiten müssen, daß wir sie vorleben und die Praxis danach gestalten müssen, wenn sie nicht verkümmern sollen.

Meine Damen und Herren, es steht viel Arbeit vor uns. Je nüchterner und realistischer man die Schwierigkeiten sieht, je weniger Zeit man darauf verwendet, die Schwierigkeiten kosmetisch zu übertün-

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

chen, je rascher man an die Wurzelbehandlung geht, um so rascher wird man den notwendigen Gesundheitsprozeß auch einleiten.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. —

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich anmerken, daß der Vorstand Ihnen den Vorschlag macht, daß wir einen Redner jeder Fraktion in einem Durchgang vor der Mittagspause hören und dann eine Mittagspause einfügen.

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Klein.

Abg. Klein, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat ganz zu Beginn eine Entschuldigung ausgesprochen, daß er die Regierungserklärung, wie das sonst hier nicht üblich ist, so spät den Fraktionen in einem Exemplar übergeben hat. Ich nehme das so hin, Herr Dr. Vogel.

Es ist mir von Ihrem Referenten dazu auch eine Begründung geliefert worden. Dann weiß ich es wenigstens. Er hat mir gesagt, die Druckmaschine sei kaputt gewesen. Ich hatte schon geglaubt, an dieser Regierungserklärung müßte eine Menge geändert werden, nachdem sich der Herr Abgeordnete Albrecht gestern entschlossen hat, zur Konsolidierung der Finanzierung auch eine Besteuerung der Höherverdienenden in Vorschlag zu bringen. Nun weiß ich wenigstens, daß das nicht der Grund ist.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, es ist sicherlich richtig, daß schwierige Zeiten in der Bundesrepublik und in unserem Land bestehen. Die Schwierigkeiten sind größer und tiefgreifender als früher. Aber frei von Problemen und Schwierigkeiten war die Politik in der Bundesrepublik und in unserem Land nie und wird sie wohl künftig nicht sein.

Sie, Herr Dr. Vogel, haben sich auf die fünfziger Jahre bezogen.

Diejenigen, die die Aufbaujahre nach '45 mitgemacht haben, werden sich wohl an entsprechende Vorkommnisse und Verhältnisse erinnern. Allerdings, bei dem Bemühen, die heutigen Schwierigkeiten zu überwinden, gibt es im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren eklatante und entscheidende Unterschiede.

(Beifall bei der SPD.)

Und wenn es einer Begründung bedurfte — die Regierungserklärung hat es eindeutig bewiesen: Nicht Problemlösungen stehen heute im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen, sondern weitestgehend nur Schuldzuweisungen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß oft Schuldzuweisungen schon für Politik gehalten werden. Politik ist allerdings für mich — und so sehen es und wollen es auch die Mitbürger —, daß man, sollte man mit Vorschlägen und Vorstellungen nicht einverstanden sein, Alternativen aufzuzeigen hat, Herr Dr. Vogel!

(Beifall der SPD.)

Ich sage auch — ganz allgemein, ein Standpunkt, der mir jedenfalls seit Monaten durch den Kopf geht —, ich habe sogar den Eindruck, daß man heute von einer anderen politischen Moral sprechen muß. Früher, in den fünfziger Jahren — ich weiß, daß das zu Mißdeutungen führen kann, auch zu Polemik von diesem Pulte her, und dennoch sage ich es —, früher hat man sich auch die Frage gestellt, wie

man sich gegenseitig helfen kann, wenn es um Lebensinteressen unseres Volkes ging.

(Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren, damit kein Mißverständnis aufkommt: Diese Bemerkungen sollen und dürfen keinesfalls bestehende gegenteilige Interessen verwischen; das haben sie auch damals nicht getan. Aber was die veränderte Lage in der Praxis ausmacht, ist doch wohl, daß man den jeweiligen politischen Kräften, den Mehrheiten zunächst eine Chance gegeben hat, das, was sie für richtig hielten, auch in die Praxis umzusetzen. Heute erleben wir — die Bevölkerung steht staunend daneben und hört zu —, daß man bewußt sich so verhält, nur etwas zu verhindern, meine Damen und Herren!

(Beifall der SPD.)

Wenn es auch hier eines Beispiels bedurfte, so weise ich nur — das ist ja schon ein Drama — auf das Taschengeld hin. Hätte man dem Willen der Mehrheit des Deutschen Bundestages gerecht werdend, diese politische Entscheidung Praxis werden lassen, hätte gestern dieses Drama nicht beerdigt werden müssen, meine Damen und Herren! Das meine ich dabei!

(Zurufe von der CDU: Ha! — Welches Drama? — Ministerpräsident Dr. Vogel: Es wird aber nicht beerdigt!)

— Ich gehe davon aus, daß Sie, nachdem Sie sich einmal die Finger daran verbrannt haben, das nicht ein weiteres Mal tun wollen.

Das zweite: Alle politischen Parteien in der Bundesrepublik werden heute schlechter beurteilt als in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Die Gründe dafür sind mannigfach, natürlich; ich habe einen genannt. Im politischen Verhalten muß diesem verminderten Vertrauen entgegengewirkt werden. Das heißt in der Konsequenz nicht, Probleme verbal weicher oder härter anzusprechen, sondern es heißt, in konkreten Fällen mehr Wahrhaftigkeit an den Tag zu legen und zu sagen, daß ein Teil der heutigen Probleme eben kurzfristig und von uns allein nicht lösbar ist, meine Damen und Herren! Da darf man eben nicht sagen und behaupten, man habe allein ein gültiges Rezept. Die Bürger spüren das und wissen es, daß es eben nicht so ist.

(Dr. Volkert, CDU: Ja, das stimmt allerdings!)

— Ja, ja!

Ich will Ihnen auch dazu ein Beispiel sagen: Wann der Noch-immer-Kanzlerkandidat der CDU — CSU weiß ich nicht, aber CDU —, Herr Dr. Kohl, von den gleichgelagerten Interessen spricht, wenn er mit dem DGB verhandelt und bei diesem Gespräch die soziale Unausgewogenheit dieses Kompromisses beschwört und auf der anderen Seite dann, wenn er es könnte, noch härter in das soziale Netz einschneiden würde, ist genau hier der Punkt, was die Bürger nicht verstehen und was zum Vertrauensschwund beiträgt.

(Lebhafter Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich will auch — —

(Dr. Volkert, CDU: Was nützt ein soziales Netz, was völlig morsch ist?!)

— Entschuldigen Sie, ich greife das gerne auf. Wenn der Abgeordnete Volkert jetzt hier sagt, ich verteidige ein soziales Netz, was völlig morsch sei, erkläre ich für meine Fraktion: Wir haben dieses soziale Netz gewollt und stehen dazu, Herr Kollege!

(Lebhafter Beifall der SPD.)

Ich könnte auch mal ein anderes Beispiel nennen, um das zu verdeutlichen, was ich meine, weil es mir wirklich ernst um die Sache

(Klein)

ist, nämlich ein landespolitisches Thema, was ja in den sechziger Jahren sehr bedeutungsvoll, sehr gewichtig für unser Land war. Ich meine die Verwaltungsreform. Ich muß Ihnen gestehen: Ich mußte ja, 1971 in den Landtag kommend, eine Menge von Protokollen aus der damaligen Zeit nachlesen, und ich habe Respekt vor dem Verhalten dieses Parlaments in diesen Jahren. Man hatte sich auf einen Grundkonsens über die Notwendigkeit einer territorialen Verwaltungsreform geeinigt, und man hat sich eben nicht — kleinkariert, je nachdem, wie es einem paßte — parteitaktisch verhalten. Das hat dieses Parlament damals ausgezeichnet, meine Damen und Herren! Und so hat sich seinerzeit auch die Opposition verhalten.

(Wilhelm, CDU: Damals!)

— Damals und heute, bis zum heutigen Tag, sage ich für die Opposition! Sie werden es erleben!

(Wilhelm, CDU: Nun, ich war nicht dabei!)

Ich will, Herr Dr. Vogel, zunächst kurz zu drei Problemen, die auch Sie angeschnitten haben, die Meinung meiner Fraktion äußern; zu allen Problemen kann ich das nicht, weil einfach die Zeit dafür nicht zur Verfügung steht. Ich will mich also zunächst mit den drei Problemen beschäftigen: Wiederaufarbeitungsanlage, iranische Schlägertruppe und — möglicherweise — Giftgaslagerung.

Zur Wiederaufarbeitungsanlage, Herr Ministerpräsident: Was die Öffentlichkeit und besonders die Bürger im Raum Cochem/Kaisersesch bei der Diskussion um die Frage erlebten, wer aus dieser Landesregierung auf den Standortvorschlag Hambuch/Illicher wann und wie Einfluß genommen habe, hat ein Stück an der Glaubwürdigkeit der Landesregierung geknabbert, hat sie ins Ziellicht gebracht. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Es ist an sich nicht bedenklich, wenn eine Landesregierung im Vorfeld einer so wichtigen, weil höchst umstrittenen Entscheidung wie der eines Standortvorschlages für eine Wiederaufarbeitungsanlage sich informiert und den potentiellen Antragsteller über das erkennbare Für und Wider unterrichtet, etwa auch über die politische Durchsetzbarkeit, also die parteipolitische Landschaft. Finde ich ganz in Ordnung! Selbst der Informationsbesuch des Cochemer Landrats bei der DWK in Hannover gute drei Wochen vor der Entscheidung für den Standort im Kreis Cochem-Zell ist nichts, was normalerweise zu beanstanden wäre; denn sicher gab es da auf beiden Seiten, nämlich Landrat und DWK, zu Kaisersesch Fragen zu stellen und Antworten zu geben. Drei Wochen vorher!

Was die an sich bescheidenen Vorgänge zum Politikum, vielleicht sogar zu einem politischen Skandal werden läßt, ist die Art und Weise wie die Öffentlichkeit informiert wurde, meine Damen und Herren,

(Beifall der SPD)

ich möchte eigentlich sagen: irritiert wurde. Denn die Kontakte unmittelbar vor der Standortentscheidung wurden nur nach und nach eingeräumt,

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Das ist unwahr!)

und dann auch noch mit dem Hinweis, daß die bevorstehende Wahl des Standorts Hambuch/Illicher bei den Gesprächen keine Rolle gespielt habe. Wer sollte das eigentlich glauben! Wir Sozialdemokraten konnten das nicht und haben deshalb am 14. Juni mit dem Vorstandsvorsitzenden Scheuten ein Gespräch geführt; denn es ging auch um die politische Durchsetzbarkeit und die Proteste von CDU-Bürgermeistern; es wurde damals bei uns lang und breit darüber gesprochen. Herr Scheuten sagte uns, mir und meinen Kollegen, das sei im vorher auch anders dargestellt worden. — Auch daran finde ich nichts, finde daran überhaupt nichts!

Wir wissen, und ich weiß es, daß Herr Dr. Scheuten sich so oder ähnlich auch gegenüber anderen Gesprächspartnern geäußert hat.

Ich bin nicht der einzige. Mich würde eigentlich interessieren, ob der Landrat von Cochem der Landesregierung über das Gespräch in Hannover etwas gesagt hat, eine Notiz gemacht oder auf andere Weise die Staatskanzlei informiert hat. Das wäre doch auch nichts Ungewöhnliches. Ich schließe dies daraus, daß im Januar oder Februar 1980 der Landrat eines anderen Landkreises nichts davon wußte, daß sich ein Gebiet in seinem Zuständigkeitsbereich unter den letzten ernsthaft überdachten Standorten befand. Niemand aus der Landesregierung hat sich mit diesem Landrat ins Benehmen gesetzt und niemand hat ihn nach Hannover eingeladen. Aus der Zeitung mußte er erfahren, daß seinerzeit Meisenheim unter den vorgeesehenen Standorten war. Auch daraus schließe ich, daß die Landesregierung rechtzeitig hat erkennen lassen, wo ihre Präferenzen lagen. Daß die Landesregierung nicht dazu steht, sondern scheinbarweise den Termin, aber nicht die Gesprächsinhalte bestätigt, spricht Bände und bestätigt jene Kräfte, die staatlicher Autorität mißtrauisch bis ablehnend begegnen. Das beklage ich.

Ich beklage noch ein weiteres. Im Vorentwurf für den regionalen Raumordnungsplan Mittelrhein/Westerwald, der im Mai gedruckt wurde — landesplanerische Feststellungen müssen dann über die Staatskanzlei dort mitgeteilt werden, sonst geht das nicht, ich gehöre ja von Anfang an dem Vorstandsgremium an — und bereits im Juni allen mitgeteilt wurde — das Zeitmaß ist Mitte März, Mai, Juni —, steht folgendes zu lesen: „Der Bau eines Steinkohlekraftwerkes bei Weitfeld, Landkreis Altenkirchen, und einer Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe bei Kaisersesch, Landkreis Cochem-Zell, unter Einhaltung strengster Umwelt- und Sicherheitsbedingungen sind Ziele der regionalen Raumordnung.“ Was müssen denn eigentlich die Bürger draußen in den betroffenen Gebieten, die Ortsbürgermeister und die Kommunalvertreter denken?

Wie geht es denn dann später, wenn das Ziel jetzt schon vorgegeben wird, mit der Neutralität des raumordnerischen Verfahrens weiter, wenn wenige Wochen nach der Antragsankündigung der DWK für den Standort Kaisersesch und viele Wochen vor Einreichung des offiziellen DWK-Antrages und schließlich Monate vor Einleitung des raumordnerischen Verfahrens der leitende Planer der Bezirksregierung den doch bei weitem nicht feststehenden Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage bei Kaisersesch bereits zum Ziel der Planung erklärt? Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bezirksregierung diese Zielprojektion festlegt, ohne daß da jemand nichts gewußt haben will. Ich sage noch einmal: Ich beklage überhaupt nicht, wenn das so wäre, und möglicherweise hätte ich es auch gar nicht anders gemacht, wenn ich Verantwortung in diesem Bereich zu tragen hätte. Ich meine aber: Dann sagen Sie es doch, und stehen Sie zu Ihrer Entscheidung.

(Beifall bei der SPD.)

Dies gehört zu den vertrauensbildenden Maßnahmen. Die Zweifel werden vor Ort nur gemehrt, übrigens nicht nur bei uns Sozialdemokraten, sondern auch bei Ihren politischen Anhängern im Raum Kaisersesch, Herr Dr. Vogel. Ich sage, im Grundsatz — Ihre Unterstellungen können Sie sich sparen — bleibt es bei der Auffassung meiner Fraktion, die ich hier damals vorgetragen habe. Ich sage allerdings dazu, weil ich bisher keine Gelegenheit hatte, dies vor dem Hohen Hause auszusprechen, daß ich von den vier Verfahren die zur Zeit laufen, nichts halte und daß es gut wäre, wenn nicht an allen Ecken und Kanten unserer Republik eine Situation heraufbeschworen wird, die möglicherweise hinterher dahin führt, daß einige ausscheiden müssen, und es dann heißt: „Es tut uns leid“ oder „Gott sei Dank“.

Ich komme nun zum zweiten Punkt, zu den iranischen Schlägertruppen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird selbstverständlich die Bemühungen des Landes unterstützen, mit der iranischen Regierung zu einem positiven Verhandlungsergebnis zu kommen. Ich weiß, daß die Rechtslage, insbesondere das internationale Recht, so schwierig und kompliziert sind, daß die Bevölkerung kaum in der Lage sein dürfte, die einzelnen Notwendigkeiten nachzuvollziehen. Hinzu kommt zugegebenermaßen — in voller Unter-

(Klein)

stützung dessen, was Sie hier gesagt haben, Herr Ministerpräsident, ich kann das vielleicht aus meiner Rolle im Parlament deutlicher sagen — die Unberechenbarkeit eines despotischen und diktatorischen Regimes. Dennoch bleibe ich dabei, daß diejenigen ausländischen Gäste auch fürderhin, die sich nicht an unser Recht halten, ihr Gastrecht in der Bundesrepublik verwirkt haben.

(Beifall bei der SPD und CDU.)

Ich bedaure zutiefst, das es leider auch böartige Kräfte in unserem Lande gibt, die die damaligen Vorgänge an der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität in unzulässiger Weise dazu nutzen, die Diskussion über ausländische Mitbürger zu belasten, obwohl beides wirklich und absolut nichts miteinander zu tun hat.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und CDU.)

Nun komme ich zum dritten Punkt, zum Problem der C-Waffen. In der Frage der Lagerung von sogenannten C-Waffen handelt es sich um ein politisches und juristisches Problem. Meine Fraktion hat sich mehrfach damit beschäftigt und genauso wie die Partei durch Parteitagebeschlüsse bei uns ihre grundsätzliche Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Deshalb sage ich für die SPD-Landtagsfraktion: Wir begrüßen es, daß es einen neuen Vorstoß der Bundesregierung gibt, zu einem weltweiten C-Waffenverbot zu gelangen. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich nach Vorlage der Gutachten von zwei Professoren, die mir nicht bekannt sind, und der Vorlage der Klageschrift des Landesbezirks des DGB, die ich ebenfalls noch nicht kenne, erneut mit der Frage beschäftigen und eine intensive Beratung vornehmen. Ich sage allerdings auch die politische Bewertung. Wir stehen im Rahmen des gesamten Bündnisses der NATO — ich sage dies auch an die Adresse aller NATO-Mitglieder, von den anderen ganz zu schweigen, denn wir haben in den eigenen Reihen über die Notwendigkeit, die Funktionsfähigkeit der NATO zu erhalten, nachzudenken — auf der Seite derjenigen, die durch intensive Verhandlungen kontrolliert und gleichgewichtig das Ziel haben, abzurüsten und nicht aufrüsten wollen. Wir hoffen, daß es in Ost und West gleichgewichtig gelingt.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zu den Schwerpunkten der heutigen Regierungserklärung, und zwar zur Wirtschaftslage und Beschäftigungspolitik. Die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen haben sich weltweit verschlechtert. Es gibt geringeres Wirtschaftswachstum in allen führenden Industrienationen, Abschottung vieler Länder gegen die internationale Arbeitsteilung, ein Millionenheer von Arbeitslosen und ein immer noch zu hohes internationales Zinsniveau, vor allem auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nur ein Utopist kann dem Bürger vormachen, bei einem Außenhandelsanteil von fast einem Drittel unseres gesamten Sozialproduktes hätten diese Schwierigkeiten keine Rückwirkungen auf unsere Republik allgemein und die Handlungsspielräume der Finanzpolitik im besonderen. Es ist das Verdienst gemeinsamer Anstrengungen, daß das Schiff Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern bisher die Klippen der weltwirtschaftlichen Rezession vergleichbar gut überstanden hat. Dabei soll nichts beschönigt werden. Ich nenne zwei Beispiele.

(Zurufe von der CDU.)

— Ja, ich versuche die Beispiele dafür zu bringen. Der Geldwertschwund in den letzten 25 Jahren beläuft sich bei uns auf 59 %, bei allen anderen Nationen liegt er darüber, und zwar in der Schweiz 61 %, in den USA 71 %, in Japan 79 %, in England 85 % und in Italien 67 %.

Die Bundesrepublik lag Ende Juli 1982 — das sind die letzten Zahlen der Europäischen Gemeinschaft — deutlich unter dem Durchschnitt der gesamten europäischen Arbeitslosenquote von 9,6 %; auch dies ist viel zuviel. Alle Länder, egal ob Frankreich, Italien, England oder Belgien, haben deutlich mehr Arbeitslosigkeit aufzuweisen, leider. Die Zahlen schwanken zwischen 8,4 und 14,2 %, unsere Zahl kennen Sie.

Wenn ich diese Zahlen nenne, dann unterstellen Sie mir bitte keine Verharmlosung, ganz im Gegenteil. Die wirtschaftlichen Sorgen unseres Landes sind ernstzunehmen.

Ich weiß, daß auch unsere Rezepte und unsere Vorstellungen, meine Damen und Herren, und die Vorstellungen der Bundesregierung nicht ohne Risiko sind, dies soll nicht verschwiegen werden. Ich weiß aber auch gleichzeitig, daß die konservativen Rezepte nach meiner Auffassung so falsch sind, wie sie es immer waren, und eigentlich aus der Gruschkammer des Kapitalismus stammen.

(Beifall bei der SPD. — Heiterkeit bei der CDU.)

In Ländern mit konservativer Regierung verlaufen die Konsequenzen wesentlich drastischer. Die englischen und amerikanischen Rezepte vollziehen sich leidvoller an den Bürgern. Amerika erlebt unter seinem Präsidenten die größte Neuverschuldung und zugleich die größte Steuererhöhung seiner Geschichte.

Wir sind hier gefordert, uns den Problemen zu stellen, sie deutlich auszusprechen und Lösungen zu entwickeln und diese mit Realismus umzusetzen. Dies ist die bewußte Gegenstrategie zur sich ausbreitenden Resignation und zu jenem Zynismus, der von vielen geschürt, anstatt bekämpft wird.

Angesichts der weltweiten und innenpolitischen Rahmenbedingungen erfordern Lösungen Opfer von allen, aber keine Gewaltkuren als Heilmittel. Sie erfordern Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen, der Starken mit den Schwachen, aber keineswegs und keinesfalls die Auflösung der Republik in egoistische Interessengruppen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD.)

Wo Opfer und Solidarität verweigert werden, droht dem sozialen Frieden und der sozialen Gerechtigkeit große Gefahr. Die Politik ist gefordert, und nur das kann sie, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Recht auf Arbeit und den sozialen Frieden sichern.

Ich habe auch die Hinweise verstanden.

(Keller, CDU: Dazu haben Sie doch zwölf Jahre Zeit gehabt, um die Rahmenbedingungen zu schaffen!)

— Entschuldigen Sie, möglicherweise gehören Sie zu denjenigen, Herr Keller, dann stehen Sie auf, und dann bekommen Sie Ovationen, die sagen können: Ich weiß das Rezept! — Sie, Weltbürger Keller! Schön.

(Beifall bei der SPD. — Heiterkeit bei der CDU. — Zurufe aus dem Hause.)

— Armes Volk, so würden Sie sagen, ich auch.

Ich will keinen Vergleich zu 1933 heraufbeschwören, dies wäre so nicht richtig. Aber eines müssen wir wissen, daß nämlich die Zerstörung des sozialen Friedens auch in den dreißiger Jahren eine Ursache dafür war, daß es zu diesem Debakel gekommen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich nehme an, hierüber sind wir auch einer Meinung.

Die Bundesregierung hat mit der Vorlage ihres Haushalts 1983 den Versuch gemacht, einen Ausgleich zwischen diesen Forderungen zu erzielen. Unter erschwerten ökonomischen Bedingungen galt es, die wirtschaftlichen Sachzwänge mit sozialer Verantwortung zu koppeln. Der mittelfristige Prozeß der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muß eben fortgesetzt werden.

1. Der Standard des sozialen Sicherungssystems bleibt aufgrund der Vorschläge erhalten.

(Klein)

2. Die Einsparungen und Abgabenerhöhungen sind schmerzlich, aber für alle Betroffenen vertretbar.
3. Die Neuverschuldung wird soweit als möglich begrenzt.
4. Die Beschäftigungs- und investitionsfördernden Maßnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden DM werden bereitgestellt.

Ziel des Kompromisses war, und darum stehen wir auch dazu: Mehr finanzieller Spielraum für Investitionen und eine gerechte Verteilung der Lasten auf starke und schwache Schultern.

Die Besserverdienenden werden aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit diesmal spürbar zur Kasse gebeten.

Die Haltung der Christdemokraten ist bis zur Stunde allerdings, alles andere als eindeutig; auch in Ihrer Regierungserklärung habe ich keine eindeutigen Antworten gehört.

(Beifall bei der SPD.)

Sie ist so verschwommen und widersprüchlich, daß selbst die katholische Arbeitnehmerbewegung scharfe Kritik übt. Die KAB verlangt endlich Klarheit über den Kurs der eigenen Parteifreunde; wie richtig diese das gesehen haben.

(Beifall der SPD. — Wilhelm, CDU: Das bezieht sich auf den Bildungsurlaub!)

Die Bürger fragen ebenso wie ich: Was gilt denn nun? Das, was der bayerische Ministerpräsident sagt, anklagend und warnend, aber keine Rezepte? Oder gilt, was Heiner Geißler sagt: Eine — wie Sie es ja sagen, dieser große Vorschlag im Bundesrat — pauschale 5 %ige Kürzung der staatlichen Leistungen sei nicht realisierbar? Dann sagen Sie einmal wenn pauschal 5 % nicht geht, wo dann 7 %, wo 10 % und wo nichts. Oder gilt, was Pieroth, was Blüm, was Biedenkopf, was Stoltenberg oder was Späth sagen? Was gilt denn eigentlich?

(Beifall der SPD. — Ministerpräsident Dr. Vogel: Jedenfalls nicht, was Schmidt hierzu gesagt hat!)

Der einzige Vorschlag, den Sie gemacht haben, ist hochinteressant. Sie haben gesagt: Teile des BAföG für das Lehrstellenprogramm in Anspruch nehmen. — Hier sage ich mit Helmut Schmidt: Wir haben unsere Schulen und Hochschulen nicht dafür ausgebaut, daß dort ausschließlich die Kinder der Besserverdienenden lernen sollen, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall der SPD. — Widerspruch bei der CDU.)

Die Bundesregierung und auch wir in den Diskussionen in den Parteien waren bemüht, Rahmenbedingungen zu setzen,

(anhaltende Unruhe im Hause)

die es der Wirtschaft erlauben müßten, Investitionen zu tätigen und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die Konsolidierungspolitik wurde das Vertrauen in die Deutsche Mark gestärkt. Die Leistungsbilanz ist fast ausgeglichen. Wir haben darüber hier diskutiert.

(Anhaltende Unruhe im Hause. — Glocke des Präsidenten.)

An der Zinsfront ist eine erste Entlastung spürbar, leider nicht genug. Objektiv sind die Voraussetzungen besser, daß die Pferde eigentlich saufen könnten, aber sie tun es nicht.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! — Wilhelm, CDU: Das Wasser ist nicht klar genug!)

Wenn das so sein soll, daß hier darüber gegrint wird, weil man sich offensichtlich darüber freut, dann sage ich Ihnen, meine Damen und

Herren: Wenn das so ist, wenn man über Investitionszurückhaltung eine Regierung stürzen will, dann ist das ein verhängnisvoller politischer Streik, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall der SPD. — Zuruf des Ministerpräsidenten.)

Dann werden Sie erleben, welche Konsequenzen, die wir alle nicht wollen, andere gesellschaftliche Gruppen daraus ziehen!

(Rocker, CDU: Das ist eine Drohung! Dann wird geholt!)

Man muß die Tatsachen sehen. Wie sind diese denn? Die Kapitalanlagen sind im letzten Jahr nicht gesunken, sondern immerhin um 16 Milliarden DM auf nunmehr 54 Milliarden DM gestiegen, während gleichzeitig die Summen der Investitionen um ein rundes Drittel gefallen sind. Der Grund liegt doch wohl darin, daß Gewinne aus Kapitalanlagen derzeit schneller und umfassender zu erzielen sind als aus Investitionen. Dies ist doch wohl auch eine Auswirkung der amerikanischen Zinspolitik, leider. Nun schön.

Ziel der staatlichen Politik muß es also sein, Geld für Anlagen und den privaten Konsum steuerlich zu belasten, Geld für Investitionen aber steuerlich zu entlasten. Genau das hat die Bundesregierung getan.

Verehrter Herr Dr. Vogel, ich weiß nicht, wo Sie die Statistik herhaben. Ich hoffe, daß ich Sie bei dem mißverstanden habe, was Sie so alles über diese Investitionszulage gesagt haben. Nach meinen Informationen hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz im Bundesrat für diese Investitionszulage gestimmt, allerdings die Finanzierung über die Mehrwertsteuer abgelehnt. Aber dann müssen Sie das auch hier sagen.

(Zurufe von der CDU. — Wilhelm, CDU: Nein!)

— Gut, das kann man ja klären. Was Sie gesagt haben, werden wir feststellen, das ist ja kein Problem.

(Staatsminister Geil: Fragen Sie das nächste Mal uns, dann bekommen Sie die richtige Auskunft!)

— Nein, ich kann Sie nicht nach den richtigen Auskünften fragen, weil das hier, was über die Investitionszulage gesprochen worden ist, absolut falsch ist.

(Beifall der SPD.)

Ich muß Ihnen, sehr verehrter Herr Dr. Vogel, sagen, daß ich Ihren Zahlen nicht glaube, wie Sie da über diese Investitionslage polemisieren. Ich glaube vielmehr einer Zeitschrift für mittelständische Unternehmen, die sich auf Umfragen von 3 000 Unternehmern stützt. Hier heißt es: „Gleichwohl hat die Befragung ergeben, daß aufgrund der zusätzlich angereizten Investitionen der Personalbestand um 0,7 % aufgestockt wird. Dieses Ergebnis wird annäherungsweise auf die Gesamtwirtschaft übertragen und bedeutet, daß die Investitionszulage einen Beschäftigungseffekt von 150 000 neuen Arbeitsplätzen ergibt. „Ich glaube den Unternehmern mehr als Ihnen. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD.)

Was Sie zu dem Ehegattensplitting gesagt haben . . .

(Schmalz, CDU: Dann glauben Sie aber nicht an die Bundesregierung, wenn Sie das sagen! — Ministerpräsident Dr. Vogel: Wir haben den Huonker zitiert.)

— Sie haben den Huonker nur in dem Sinne zitiert, daß in der Tat in dem Gesetz eine Lücke ist, daß diese Leasinggesellschaft gegründet wurde. Das ist richtig; da haben weder Sie noch andere darauf hin-

(Klein)

gewiesen. Das ist ein großer Mangel im Gesetz. Das ist gar keine Frage.

(Staatsminister Dr. Wagner: Da gibt es aber Lücken!)

— Es gibt bei Ihnen auch Lücken, vor allen Dingen Gedächtnislücken, Herr Dr. Wagner.

Dann hat Herr Dr. Vogel etwas über das Ehegattensplitting gesagt. Das ist ja halbsbrecherisch. Sie haben so geredet, als wenn irgend jemand in Bonn das Ehegattensplitting abschaffen wollte. Davon kann doch überhaupt gar keine Rede sein. Das Ehegattensplitting trifft doch nur — — —

(Beifall der SPD.)

Bei dem Vorschlag geht es doch nur um diejenigen, die über 95 000 DM jährlich verdienen. Sie erfahren eine Steuervorteilsminderung von maximal 4 000 DM. Dann müssen Sie doch auch dazu sagen, wofür Sie reden.

(Starker Beifall bei der SPD. — Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich sage deutlich für meine Fraktion, daß wir uns ein paar Tage mit dem Thema sehr eingehend beschäftigt haben. Wir sehen dieses Paket von Bonn in der Gesamtheit und wollen es auch in der Gesamtheit über die parlamentarischen Hürden bringen. Wenn wir durch andere Mehrheiten gezwungen werden, andere Möglichkeiten zu nennen, jene Mittel zu beschaffen, die zur Sicherung der Verbesserung der Wirtschaftslage notwendig sind, dann werden wir dies tun. Sie müssen uns sagen, wo Sie kürzen, wann Sie kürzen und wieviel Sie kürzen wollen. Das sage ich auch hier zur Klarheit in der Politik und in unserem Land für die Diskussionen draußen. Wenn dieses Paket an der Ecke scheitern sollte, wo Sie es hier angedeutet haben, dann muß man sich darüber klar sein, daß wir einen anderen Weg bereits aufgezeigt haben, nämlich die zeitlich befristete Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer von Besserverdienenden. Das soll gleichzeitig gesagt werden.

(Beifall der SPD.)

Ich bin ja jetzt von einer unkeuschen Forderung befreit, nachdem Herr Albrecht das auch schon gestern gesagt hat. Ich muß sagen, als ich es aus dem Radio gehört habe, stellte ich fest, dieser Herr Albrecht — man muß ja wirklich zweimal hinhören und hingucken — hat für sich ein ausgewogenes Verhältnis von politischer Intelligenz und politischer Taktik. Das muß man dem Mann lassen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmalz?

Abg. Klein, SPD:

Ja!

Abg. Schmalz, CDU:

Herr Kollege Klein, Sie wissen, daß wir schon einmal die zeitlich befristeten Ergänzungsabgaben hatten; sie haben damals nach meinen Erinnerungen in einem Jahr einen Betrag von 696 Millionen DM erbracht. Nun muß man dazusagen, daß man die neuen Einkommensgrößen berücksichtigen muß. Könnten Sie dem Parlament einmal sagen, wie hoch Sie die Summe quantifizieren, die sich aus einer solchen Ergänzungsabgabe ergeben könnte, und ob Sie sie

für angemessen hielten, die Haushaltsprobleme des Bundes mit zu lösen?

Abg. Klein, SPD:

Sie sagen fairerweise „mit zu lösen“, nicht allein. Was Sie sagen ist richtig. Nein, ich gebe Ihnen eine Zahl aus der Errechnung des Vorschlages des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es ist die, die mir geläufig ist. Bei einer 6 %igen Abgabe zur Einkommensteuer werden dies jährlich 3,2 Milliarden DM sein, die dann ausschließlich für Investitionen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen genommen werden. Das ist die Zahl des DGB. Sie ist bisher nicht bestritten worden, und ich muß sie zunächst hinnehmen. Nachrechnen kann ich sie nicht.

(Dr. Volkert, CDU: Das waren immerhin 6 %, das ist ja ein Brocken!)

— Ja wissen Sie, bei aller Polemik, die man ja ab und zu macht, fünf sechs oder drei, wir haben ja einen Taschenrechner.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, daß der Bund, aber auch die Länder, in den letzten Jahren nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt, tätig zu sein und die Beschäftigung anzureizen, die Ausgaben drastisch gesteigert haben. In den letzten zehn Jahren stiegen die Ausgaben des Bundes um 164,8 %, die der Länder um 178,6 %. Im gleichen Zeitraum zahlte der Bund über 298,8 Millionen DM über die Gemeinschaftsausgaben und Finanzhilfen an die Länder zurück. Er hat somit einen wesentlichen Beitrag für Land, Bund und Gemeinden zur Erfüllung des Verfassungsgebotes der Schaffung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse geleistet. Gleichzeitig stiegen die Gesamteinnahmen des Bundes um lediglich 120,6 % während die Einnahmen der Länder um immerhin 155,1 % anwuchsen. Nun sieht man auf der einen Seite die vielfältigen Aufgaben — Ausbau des sozialen Netzes — von Bund und Land. Das führte zu einer großen Inanspruchnahme des Kapitalmarktes. Die Schulden des Bundes erhöhten sich in den letzten zehn Jahren um 657 % und die der Länder um 698 %. Unser Land und insbesondere die Landesregierung haben keinerlei Veranlassung, Herr Dr. Vogel, in dieser Situation, die bei uns ja genauso ist, mit dem Zeigefinger nach Bonn zu zeigen.

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Das habe ich auch nicht getan!)

Ende 1982 wird Rheinland-Pfalz nach den alten Haushaltszahlen mit 3 193 DM Schulden je Einwohner einen „stolzen“ dritten Platz unter den Flächenländern nach dem Saarland und Schleswig-Holstein einnehmen. In den letzten vier Jahren stieg die Verschuldung um 70,9 %, und die Kreditfinanzierungsquote beläuft sich im Jahre 1982 immerhin auf 11,8 %.

Der Rechnungshof des Landes Rheinland-Pfalz hat uns allen, das habe ich freimütig gesagt, auch in aller Öffentlichkeit, vor Augen geführt, daß jene Grenze der Landesverfassung in erreichbare Nähe gerückt ist, die die absolute Verschuldungsgrenze darstellt. Ich muß immer wieder sagen, daß wir hier und auch der Bevölkerung klar sagen müssen, daß das, was die Koalitionsfraktionen, die Bundesregierung, vorgeschlagen haben, sich für das Rechnungsjahr 1983 zur Haushaltsverbesserung auswirkt. Das schlägt ja mit 480 Millionen DM auf die Länder und die Gemeinden durch. Wo nehmen Sie es denn weg, wenn Sie diese nicht haben wollen? Dann müssen Sie andere Vorschläge machen.

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Einen Teil wollen wir ja haben!)

Das kann man nicht mit pauschalen Dingen tun. Dann müssen wir schon einmal an das Eingemachte gehen. Vielleicht hören wir das heute noch. Dennoch ist das Land gefordert, Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen, sich den Problemen zu stellen und nicht mit dem Mantel der Anklage eigenes zu kaschieren. Es stünde der Landesregierung gut zu Gesicht, wenn sie wirtschaftspolitisch weniger Vorwürfe und deshalb bessere Vorstellungen entwickeln würde.

(Klein)

Ich möchte das einmal an einem Beispiel aufsagen. Nun komme ich zu etwas anderem, das wir ja alle dieser Tage beklagen. Sie sind ja auch darauf eingegangen, und deshalb will ich auch einen Satz dazu nennen. Es kann doch wohl nicht alles von der Bundesrepublik und von der Bundesregierung abhängig sein. Wir haben uns in der Diskussion unserer Fraktion gefragt, wer denn den Arbeitsplatzverlust der Mitarbeiter bei Magirus-Deutz oder Schneider Optik zu verantworten hat. Ist das die Bundesregierung? Ich sage Ihnen, daß bei diesen Werken unzulängliches Management die Hauptsache ist. Da geht gar nichts daran vorbei.

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Bei AEG, meinen Sie!)

Ich habe gesagt: Bei Magirus und bei Schneider.

(Wilhelm, CDU: Und die 100 000 Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz?
— Dr. Scholl, F.D.P.: Auch bei AEG!)

— Ich bin auf das eingegangen, was hier gesagt wurde. Hinsichtlich der anderen 100 000 habe ich zu erklären versucht, wie die Lage in der Welt, in der Bundesrepublik und in Rheinland-Pfalz ist. Wir haben hier Probleme.

Meine Damen und Herren, es soll gar nicht verschwiegen werden, daß wir Wirtschaftswachstum wollen und daß Rahmenbedingungen — ich habe sie Ihnen genannt — notwendig sind. Mich bedrückt auf der anderen Seite sehr, wenn in einem Vortrag des rheinland-pfälzischen Vorsitzenden der Unternehmerverbände von dorthier die Bestätigung kommt, daß über den Einsatz der Mikroprozessoren und der Rationalisierung selbst bei einem Wirtschaftswachstum von hohem Maße in den nächsten Jahren 500 000 Arbeitsplätze verschwinden werden. Meine Damen und Herren, das gibt mir sehr zu denken, wenn man berücksichtigt, daß das bei uns das Baugewerbe und den Dienstleistungsbereich betrifft.

Die Insolvenzanfälligkeit dürfte zum einen auf eine zu geringe Kapitalausstattung vieler Unternehmen und zum anderen auch auf eine falsche Einschätzung der Marktsituation durch viele junge Unternehmen zurückzuführen sein.

Man muß aber auch respektieren, daß die Arbeitnehmer mit ihren Gewerkschaften zur Verbesserung der Rahmenbedingungen ein erstaunliches Maß von Verantwortungsbewußtsein gezeigt haben. Man muß sich eigentlich bei den Tarifvertragsparteien für das bedanken, was dort als Vorleistung erbracht worden ist.

(Beifall bei der SPD.)

Die Insolvenzanfälligkeit der Bauindustrie dürfte nicht zuletzt auf die verringerte Investitionstätigkeit gerade der öffentlichen Hände zurückzuführen sein; ich denke an den Hoch- und Tiefbau.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Herr Abgeordneter Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Mohr?

Abg. Klein, SPD:

Ja, gern.

Abg. Mohr, CDU:

Herr Kollege Klein, es ist fast unerträglich, wenn man hier immer wieder — — —

(Zurufe von der SPD: Frage! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren, auch ohne die Mahnung aus den Reihen des Parlaments hätte ich Herrn Abgeordneten Mohr darauf hingewiesen, daß nach unserer Geschäftsordnung Zwischenfragen keine Wertungen enthalten dürfen.

Abg. Klein, SPD:

Haben Sie trotzdem etwas zu fragen?

Abg. Mohr, CDU:

Herr Abgeordneter Klein, war die Fehleinschätzung durch junge Unternehmer geringer oder größer als die Fehleinschätzung der Bundesregierung, die über ein erhebliches Nachfragepotential in ihren Apparaten verfügte?

Abg. Klein, SPD:

Ich will Ihnen folgendes sagen: Vor zehn oder 15 Jahren gehörte ich wohl auch zu denjenigen, die den Daten der Wirtschaftsinstitute und all dem, was von den Planungsämtern herauskam, mehr Glaubwürdigkeit geschenkt hatten. Wenn ich heute sehe — ich will es Ihnen genau sagen —, was jede Woche von irgendeinem Institut an neuen Daten kommt und mich frage, welche Daten ich nehmen würde, dann muß ich sagen, daß sich heute jeder diejenigen Daten nimmt, die für ihn passen. Das ist leider der Fall und eine schreckliche Geschichte. Darum unterstütze ich das, was Sie, Herr Dr. Vogel, gesagt haben, daß die Bundesregierung jetzt erklärt, bei den vielen Vorstellungen, die entwickelt werden, soll jetzt ein Gutachten erstellt werden. Die Daten, verehrter Herr Kollege Mohr, werden jede Woche nachgeliefert. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Wilhelm, CDU: So etwas trauen Sie der Bundesregierung zu? Sie nimmt immer die falschen Zahlen?)

— Das habe ich nicht gesagt! Mögen Sie das auf sich beziehen. Das ist nicht meine Sache. Da müssen Sie sich mit sich selbst auseinandersetzen. Das ist nicht mein Bier.

Was hat denn die Wirtschaftspolitik zur Aufgabe? Ihr Ziel muß es doch sein, fehlende private Investitionen soweit wie möglich zu kompensieren. Hier liegt eben der Unterschied zur Angebotspolitik von Thatcher und Reagan. Was tut die Landesregierung? Ich komme damit zu dem Punkt, der hier im Hause diskutiert werden muß. Was tut die Landesregierung? Sie verhält sich ebenfalls antizyklisch, kürzt ihre Investitionen und die Zuweisung an die Gemeinden. Statt eines Beitrages zur Lösung und Überwindung der Probleme zu leisten, vermehrt sie das Übel, meine Damen und Herren!

(Schmalz, CDU: Falsch!)

So hat sie die Investitionsquote erneut gesenkt, wie ich das hier in den Mitteilungen habe; denn immerhin stehen in diesem Jahre 2,5 % weniger Mittel für Investitionen und Investitionsmaßnahmen zur Verfügung. Nach Schleswig-Holstein macht Rheinland-Pfalz den negativen Spitzenplatz streitig. Gleichzeitig verringern Sie die Zuweisungen des Landes an die kommunalen Gebietskörperschaften um über 4 %. Wo bleibt denn die Bereitschaft der rheinland-pfälzischen Landesregierung, Konsequenzen zu ziehen? Wo bleiben die Maßnahmen zur Erhöhung der Investitionsquote?

(Schmalz, CDU: Können Sie mir ein Land nennen, in dem das Investitionsvolumen erhöht worden ist?)

Ich will Ihnen sagen, welche Vorstellungen meine Fraktion heute hier zu erklären hat. Ich hoffe, daß Sie bei Ihren Kreisbereisungen die glei-

(Klein)

chen Fragen gestellt bekommen, wie das anderen ja auch geht. Qualifiziertes Wirtschaftswachstum in unserem Lande wäre auch, wenn wir den Investitionsstau auch an anderen Stellen abbauen würden, wo Sie das nicht gesagt haben. Meine Damen und Herren, viele Gemeinden würden Investitionen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung tätigen, wenn Sie die Genehmigung des entsprechenden Ministeriums erhielten. Die Gemeinden sind ja zur Vorfinanzierung bereit. Vor allen Dingen könnten viele Bebauungspläne genehmigt werden. Da haben wir doch in der Wasserwirtschaft einen Stau von ca. 7 Milliarden DM, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD.)

Wo bleiben die Mittel des Landes, um Maßnahmen der Dorferneuerung in den Ortskernen zu ergreifen, wenn die Bürger das selbst durchführen wollen? Wo bleiben die entsprechenden Genehmigungen?

Wo bleibt denn die Antwort der Landesregierung auf die Herausforderung der Arbeitslosigkeit, indem endlich einmal gesagt wird, alle Nebentätigkeiten und alle Überstunden der Beamten streichen zu wollen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, auch auf das Hauptproblem der Solidarität mit der jungen Generation habe ich keine Antwort gehört.

(Dr. Volkert, CDU: Nicht zugehört!)

Die Hauptsorge der jungen Mitbürger ist nämlich nicht der Aufstieg, sondern der Einstieg in unsere Gesellschaft mit einer qualifizierten Ausbildung und mit einem qualifizierten Arbeitsplatz. Gerade die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt auf den Arbeitsmarkt drängen, bedürfen unserer Solidarität!

(Rocker, CDU: Machen wir!)

Über 10 000 junge Menschen dürfen nicht im Regen stehen bleiben und zum Abfallprodukt unserer Wohlstandsgesellschaft werden!

(Rocker, CDU: Na, na!)

Die wenigen Ausgaben haben bisher zu keiner wesentlichen Verbesserung dieser Probleme geführt.

Dies gilt ebenfalls für den nach wie vor katastrophalen Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen und ihrer sträflichen Vernachlässigung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Nach Niedersachsen hat Rheinland-Pfalz mit einer Schüler-Lehrer-Relation von 60,9 – so der Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen – den schlechtesten Platz in dieser Republik, obwohl ursprünglich eine Schüler-Lehrer-Relation von 44 bereits für das Jahr 1980 im Bildungsgesamtplan ausgewiesen war. Diese Zahlen sind ebenso erschreckend wie die Tatsache, daß fast 2 000 Berufsschüler keinen Unterricht erhalten und landesweit immer noch jede fünfte Stunde an unseren Berufsschulen ausfällt, meine Damen und Herren!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Wir werden diese Benachteiligung der Jugendlichen und die Verweigerung dieser Bildungschancen für diesen Personenkreis nicht hinnehmen!

Alle politischen Parteien haben die Bemühungen zum Ausbau des Bildungsweges unterstützt. Heute haben wir es nun mit Folgen zu tun, die der Antwort harren. Wir dürfen uns nicht aus der Verantwortung stellen, wenn eine ständig steigende Zahl von Hochschulabsolventen auf den belastenden Arbeitsmarkt drängt und der öffentliche Dienst ihm weitestgehend verschlossen bleibt. Die arbeitslosen

Lehrer sind ja nur die Spitze eines Eisberges. Wir müssen hierauf eine Antwort finden.

Unsere Universitäten sind gefordert, eine flexiblere Ausbildung zu praktizieren, um die späteren Berufschancen der Hochschulabsolventen zu erhöhen. Viele Denkansätze – auch von gewerkschaftlicher Seite – müssen ernsthaft und zielstrebig zu Ende gebracht werden.

Unsere Antwort als Sozialdemokraten besteht allerdings nicht in der Klage über eine sogenannte Überqualifikation. Wir meinen, daß wir nicht genug gebildete und kreative Bürger haben können, um mit den vor uns liegenden Problemen fertig zu werden. Wir brauchen aber unkonventionelle Maßnahmen, um dieses Kapital für die Zukunft zu sichern.

(Dr. Volkert, CDU: Das sind doch Schlagworte!)

Ich fasse zusammen:

1. Die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten treffen auch unser Land. Wir müssen uns den Problemen mit Realismus und Phantasie stellen. Wer mehr und Besseres in den Auswirkungen des Bundeshaushalts haben wollen, soll hier konkrete Gesetzesinitiativen in Gang setzen und Widersprüche beseitigen.

(Beifall bei der SPD.)

2. Die Bundesregierung hat mit dem Bundeshaushalt 1983 den Weg der mittelfristigen Konsolidierung weitergeführt. Sie hat starke und leider auch schwache Schultern belastet sowie Maßnahmen zur Belohnung der Investitionstätigkeit und damit zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ergriffen. Herr Dr. Vogel, immer dann, wenn es darum ging, daß der eine oder andere belastet wird, kamen Sie mit Vorbehalten. Die Abgaben wollen Sie auch nicht erhöhen.

Dann sage ich Ihnen, dann erklären Sie mir mal in diesem Termin, wie Sie die Erhöhung der Rundfunkgebühren eigentlich damit begründen wollen, daß davon ein Teil für das Kabelpilotprojekt ist. Das ist auch ein Problem.

(Rocker, CDU: 20 Pfennig!)

3. Die Landesregierung muß trotz engster finanzieller Spielräume – – –

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Warum ist das ein Problem?)

– Da wollen Sie doch 20 Pfennig davon haben, oder? Sie wollen doch keine Erhöhung der Abgaben. Sie sagen doch nein zur Erhöhung der Rundfunkgebühren. Die Landesregierung muß doch trotz enger finanzieller Spielräume und trotz einer hohen Verschuldung eigene Maßnahmen ergreifen,

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm, CDU.)

um ihrer wirtschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Hierzu gehören:

1. Keine weitere Absenkung der Investitionen.
2. Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen.
3. Abbau des Investitionsstaus bei Wasser- und Abwassermaßnahmen, der heute 7 bis 8 Milliarden DM beträgt.
4. Qualifizierte Berufsausbildung und Abbau der Benachteiligung der Berufsschulen.
5. Maßnahmen zur weiteren Qualifikation der Hochschulabsolventen und Abbau der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst des Landes.

(Klein)

6. Überlegungen, der älteren Generation einen akzeptablen und früheren Ausstieg aus dem Berufsleben zu ermöglichen, mit in Gang setzen, denn wir müssen uns darüber im klaren sein — ich sagte es schon —, daß selbst bei relativ hohem wirtschaftlichem Wachstum Einbrüche in den Arbeitsplatzbereich durch Mikroelektronik und Rationalisierung nicht vermieden werden können. Und letztens: Die politischen Rahmenbedingungen sind durchaus vorhanden, auf denen mehr investiert werden könnte zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Vor allen Dingen gehört dazu, daß aus parteitaktischen Gesichtspunkten nicht weiter Verdruß herbeigeredet werden darf. Und ich stehe für meine Fraktion zu der Meinung, die der Bundesverband der deutschen Banken so formuliert hat — ich darf zitieren —:

Zwar zeigt unsere Wirtschaft manche Schwächesymptome, doch im Kern ist sie gesund. Wir sollten uns daher nicht die Laune und unseren Leistungswillen selbst zerreden, auch nicht zerreden lassen. Mit Mißmut ist kein Staat zu machen.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. — Ich bedanke mich!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Volkert, CDU. — Beifall der SPD.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren! Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Scholl.

Abg. Dr. Scholl, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Ängsten Stimmungsmache zu betreiben, ist nicht seriös. Diese mit aktuellen Bezügen begründete Aussage des Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union auf dem Deutschen Katholikentag mache ich mir zu eigen, und ich möchte sie noch schärfer formulieren: Wer Ängste schürt, handelt politisch unverantwortlich und verläßt die politische Gemeinschaft, die sich zum demokratischen Grundkonsens bekennt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Volkert, CDU.)

Er handelt unverantwortlich, weil er den Kräften hilft, die nur Destruktion betreiben, in der Diffamierung aller zukunftssträchtigen Konzeptionen schwelgen und deren erklärtes Ziel darin besteht, die Unregierbarkeit der Bundesrepublik Deutschland zu bewirken. Ängste, die vorhanden und verständlich sind, Sorgen vor der Zukunft, die wir alle kennen, müssen ernst genommen, aufgegriffen und kritisch erörtert werden. Sie dürfen aber keinesfalls verstärkt oder auch nur als unabdingbar hingegenommen werden. Politiker, denen Verantwortung übertragen ist, sind verpflichtet, Ängste uns Sorgen zu entkräften, nicht mit schönen Worten, nicht mit billiger Schönfärberei und nicht mit unrealistischen Prognosen, sondern durch die erkennbare und glaubwürdige Anstrengung, die Tatbestände zu verändern und den Entwicklungen zu begegnen, aus denen Ängste resultieren. — Für Liberale hat diese Verpflichtung stets gegolten. Wir glauben an die Zukunft, und wir lehnen Fatalismus ab.

Weit verbreitete und um sich greifende Sorge gibt es heute, von der Sorge um Frieden abgesehen, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage. Die Angst, seither als sicher empfundene Arbeitsplätze zu verlieren, nach Arbeitslosigkeit keinen neuen Arbeitsplatz zu finden oder gleich vom Beginn der Arbeitsmündigkeit an arbeitslos zu bleiben, ist bei vielen Menschen spürbar, und sie eskaliert.

Die Fraktion der Freien Demokraten hält es deshalb für richtig, daß die Landesregierung dieses Thema aufgegriffen hat und daß sie ihm eine Regierungserklärung widmet. Es ist nützlich, daß damit auch der Landtag aufgerufen ist, die Vorstellungen zu erläutern, wie dem Problem begegnet werden kann.

Ich stimme der Aussage in der Regierungserklärung zu, daß die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland als besorgniserregend bezeichnet werden muß und daß sich die aller Voraussicht nach weiter steigende Arbeitslosigkeit von jetzt 1,8 Millionen Menschen der Grenze dessen nähert, was finanziell und politisch überhaupt noch verkraftet werden kann. Wirtschaftliche Belebung, die zu neuen Arbeitsplätzen führt und vorhandene Arbeitsplätze sichert, ist deshalb unbedingt geboten. Jede überhaupt denkbare Möglichkeit, wirtschaftlichen Aufschwung auch mit politischen Entscheidungen zu fördern, muß wahrgenommen werden; in den kommenden Jahren noch konsequenter als seither.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß es solche Möglichkeiten politischer Einflußnahme auf ökonomische Sachverhalte gibt, daß wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum also auch durch parlamentarische Entscheidungen begünstigt werden können. Die vom Ministerpräsidenten so massiv kritisierten Investitionszuschüsse dienen diesem Zweck. Die nur negative Bewertung dieser Zuschüsse ist objektiv durch nichts gerechtfertigt. Auch Mitnahmeeffekte, Herr Ministerpräsident, die Sie angesprochen haben, führen natürlich zu konjunktureller Belebung.

Wichtiger allerdings als alles andere ist eine Politik

(Zuruf von der Regierungsbank)

die verstärkt zu unternehmerischem Wagnis und zu investivem Kapitaleinsatz ermutigt. Diese Politik wird insbesondere garantieren müssen, daß die Abgabenbelastung für mehrere Jahre nicht mehr steigen wird, daß Steuererhöhungen nicht erwartet werden müssen, daß überzogene Kreditaufnahme unterbleibt, daß ein Abbau bürokratischer Investitionshindernisse als sicher angesehen werden kann und daß die öffentliche Hand, zumindest in ihrem Bereich, beitragen wird, Lohnentwicklungen zu begrenzen.

Die F.D.P. im Bund und in diesem Land setzt auf diese Politik, und sie lehnt alle Forderungen ab, deren Verwirklichung mutmaßlich zur Folge hätte, daß Investitionsbereitschaft weiter gemindert und Arbeitslosigkeit vollends ausufern würde. Exakt aus diesem Grund, Herr Kollege Klein, will die F.D.P. zusätzliche Belastungen durch Ergänzungsabgaben oder ähnliches verhindern. Ich sehe hier keinen Spielraum für Kompromisse.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU.)

Derartige weitere Abgaben würden Risikokapital endgültig vertreiben, das wir dringend brauchen. Das gleiche gilt, und dies zu betonen, erscheint mir wichtig,

(Klein, SPD: Ich habe das alternativ gesagt — — — !)

das gleiche gilt für Lebensarbeitszeitverkürzung ohne Rentenreduzierung oder für Arbeitszeitverkürzung sonst, wenn voller Lohnausgleich erwartet wird.

Gleichermaßen wichtig, meine Damen und Herren, und jetzt unaufschiebbar, ist der immer wieder beschworene Durchbruch zu einer grundlegend neuen Haushaltspolitik im Bund, in den Bundesländern und auf kommunaler Ebene.

(Beifall bei der CDU.)

Eine Kürzung konsumtiver Ausgaben ist weit über das hinaus erforderlich, was schon beschlossen wurde.

(Wilhelm, CDU: Jawohl! —
Dr. Volkert, CDU: Sehr richtig!)

Jedes Zögern wird die wirtschaftliche Stagnation verlängern. Mittel für investive Zwecke müssen in den kommenden Jahren in ganz anderer Dimension ausgegeben werden können, wenn auch über öffentliche Aufträge und Zuschüsse spürbar zur Konjunkturbelebung

(Dr. Scholl)

und, was noch wichtiger ist, zur Anpassung an Strukturveränderungen beigetragen und wenn zugleich Vorsorge getroffen werden soll, daß Zukunftsinvestitionen rechtzeitig und ausreichend vorgenommen werden.

(Vereinzel Beifall bei der CDU.)

Investitionen — — —

(Wilhelm, CDU: Scholl, voll auf der Wende!)

— Herr Kollege Wilhelm, nicht ich liege auf der Wende, andere liegen auf meiner Welle.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der CDU.)

Darauf hinzuweisen, erscheint mir immer wieder erforderlich.

(Wilhelm, CDU: Jetzt haben Sie es Genscher aber gesagt!)

Meine Auffassung ist in diesem Punkt seit vielen Jahren unverändert.

Investitionen, die Natur- und Umweltschutz verstärken, Energie unter Verzicht auf Erdölimporte sichern, Trinkwasser in ausreichender Qualität und Menge auch für kommende Generationen garantieren, umweltbewußte und wirtschaftlich vernünftige Entsorgung ermöglichen, trotz zunehmender Automatisierung neue Arbeitsplätze bieten und ganz umfassend neue Technologien fördern, natürlich auch den Bereich der Medientechnologie, zu dem wir uns seit langem vorbehaltlos bekennen.

Einsparungen, meine Damen und Herren, sind in vielen Bereichen denkbar. Ich gebe einige Möglichkeiten zu bedenken, wobei ich mir im klaren bin, daß in jedem Falle Für und Wider im Detail noch sorgfältig erörtert werden müssen. Ich nenne an erster Stelle den Bereich des öffentlichen Dienstes, der nach Meinung der F.D.P. auf absehbare Zeit in der Summe der Mitarbeiter nicht mehr wachsen darf, der in allen Bereichen auf Rationalisierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen ist und dem ganz generell ein Beitrag zur neuen „Haushaltspolitik“ zugemutet werden kann. Die F.D.P.-Landtagsfraktion lehnt zwar eine Arbeitsmarktabgabe und andere Sonderopfer nur für Beamte ab, meint aber, daß die Bezüge aller Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den kommenden Jahren nicht mehr immer im gleichen Verhältnis steigen müssen wie außerhalb des öffentlichen Dienstes.

(Beifall bei der F.D.P.)

Jeder Prozentpunkt, der sich sparen läßt, führt immerhin zu einer Ausgabenminderung von brutto 1,3 Milliarden DM für Bund, Länder und Gemeinden, was gewaltig zu Buche schlagen würde. Die totale Sicherheit des Arbeitsplatzes in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist nach Auffassung der F.D.P. ein so eklatanter Vorteil, daß dafür vorübergehend und quantitativ begrenzt eine besondere Solidarität mit dem jeweiligen Dienstherrn und Verständnis für das Anliegen der Haushaltssanierung erwartet werden können sollte.

Ich erwähne das weite Feld staatlicher Subventionen, deren Rechtfertigung sich häufig nur noch aus der Tradition ergibt. Die F.D.P. will keine pauschale Kürzung um fünf oder zehn Prozent, wie dies neuerdings empfohlen wird, aber eine unvoreingenommene und sorgfältige Prüfung jeder einzelnen Subventionskategorie und ihre Streichung insgesamt, wenn sie volkswirtschaftlich nicht mehr unerlässlich ist. Erhaltungs-Subventionen sollten überhaupt nicht mehr bewilligt werden, und mit dieser Feststellung spreche ich mich ausdrücklich auch gegen jede Landesbürgschaft aus, wenn sie Unternehmen zugestanden wird, die kein tragfähiges Konzept besitzen, Strukturveränderungen auf Dauer zu bestehen.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU.)

Meine Damen und Herren, maroden Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ohne dauerhafte Chance noch einige Zeit zu überleben

und gesunde Mitbewerber möglicherweise zu gefährden, hätte mit Marktwirtschaft bestimmt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU.)

Ich spreche schließlich auch den Bereich sozialer Leistungen und finanzieller Hilfen an, in dem es Reduktionsreserven gibt, die zu nutzen ein Gebot politischer Weitsicht und der Haushaltswahrheit ist, weil das Volk belogen wird, wenn die politisch Verantwortlichen so tun, als ob ausgerechnet hier alles bleiben könnte wie seither.

Ich will mit wenigen Beispielen belegen, was meine Fraktion für unbedingt korrekturbedürftig hält.

1. Unerlässlich erscheint der Fraktion der F.D.P. eine Neuordnung des gesamten Systems der finanziellen Förderung im Bereich der Bildung. Für die F.D.P.-Landtagsfraktion in diesem Hause gibt es kein einziges überzeugendes Argument dafür, finanzielle Förderung nach wie vor ohne jede Rückzahlungsverpflichtung zu gewähren.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU.)

Wir denken überhaupt nicht daran, finanzielle Förderung als solche in irgendeiner Weise zu beschränken. Wer studieren, eine Fachoberschule besuchen oder sich sonst fortbilden will, soll nicht behindert werden, weil er nicht bezahlen kann. Er soll aber später, wenn er beruflich tätig ist und Gehalt bezieht, die Mittel zurückerstatten müssen, von mir aus ohne Verzinsung, mit denen ihm die Möglichkeit gegeben wurde, seine beruflichen Chancen entscheidend zu verbessern.

(Beifall bei der F.D.P. und CDU.)

Gelder des Steuerzahlers individuell zu verschenken, gibt es keinen Grund. Zumindest im Bereich der Schulen sollten Hilfen im übrigen nur für diejenigen vorgesehen werden, die darauf angewiesen sind.

(Rocker, CDU: Sehr richtig!)

Lernmittelfreiheit beispielsweise ganz generell jedem Schüler ohne Berücksichtigung der häuslichen Einkommensverhältnisse zuzugestehen, gibt es keinen Grund. Es ist eine Übertreibung, die endlich beendet werden muß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Jede finanzielle Förderung sollte darüber hinaus nur noch leistungsbezogen zugestanden werden. Ihr besonderer Wert würde damit mehr als seither verdeutlicht.

Meine Damen und Herren, mir ist völlig unbegreiflich, daß der Schüler einer Berufsoberschule, dies ist ein konkretes Beispiel aus den letzten Tagen, der wegen miserabler Leistungen nach einem Jahr anstehende Prüfungen nicht besteht, BAföG ohne weiteres und in gleicher Höhe auch für das Wiederholungsjahr erhält. Hier werden staatliche Leistungen zu Lasten des Steuerzahlers pervertiert.

2. Längst überfällig ist eine Korrektur der Leistungen, die demjenigen zugestanden werden, der formal verlangen kann, als schwerbehindert angesehen zu werden. Die Thematik wurde von mir schon einmal aufgezeigt. Ich will Wiederholungen vermeiden. Ich bekenne mich aber erneut zu meiner Feststellung, daß erhebliche Beträge eingespart oder für bessere Zwecke verwendet werden könnten, wenn endlich nur noch diejenigen eine im Kern vernünftige Förderung erhielten, die wirklich darauf angewiesen sind, weil ihre Behinderung ihre Erwerbsfähigkeit wesentlich beschränkt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die heutige Inanspruchnahme der Schwerbehindertenförderung ist ins Groteske überzogen. Sie hat das System insgesamt in Mißkredit gebracht.

(Dr. Scholl)

3. Der im Juli dieses Jahres innerhalb der Bonner Koalition vereinbarte Einstieg in eine Selbstbeteiligung an Aufwendungen für die Gesundheit wird Schritt für Schritt ausgeweitet und eines Tages auch auf den Bereich der Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall ausgeweitet werden müssen. Koalitionsloyalität schließt aus, daß darauf schon jetzt bestanden wird. Selbstbeteiligung bleibt aber eine wichtige liberale Forderung, weil mit ihr das Prinzip der Selbstverantwortung unterstrichen wird, zu dem sich die F.D.P. bekennt. Der Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, Professor Gutowski, hat gestern mit überzeugender Begründung dargelegt, daß Selbstbeteiligung in einem freiheitlichen Sozialsystem eigentlich überhaupt nicht fehlen dürfe.

4. In Rheinland-Pfalz sollte endlich das Landespflegegeldgesetz zurückgenommen werden, für das es seit dem Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes keine Berechtigung mehr gibt. Die Fraktion der F.D.P. begrüßt es sehr, daß ihre Forderung jetzt auch vom Landkreis vertreten wird, wie sein Vorsitzender kürzlich nachdrücklich bekundete.

Meine Damen und Herren, ich bin mir darüber im klaren, daß jede Forderung nach einer Korrektur sozialer Leistungen und finanzieller Hilfen politisch umstritten ist und streitig bleiben wird. Viele Sozialpolitiker glauben noch immer an die Illusion, daß an der Politik sozialer Glückseligkeit vergangener Jahre festgehalten werden könnte, mit der überhaupt erst dazu beigetragen wurde, daß sich Anspruchsdanken im Exzeß verfestigte. Unterschiedliche Auffassungen hierzu sind nichts anderes als ganz natürlich, und sie werden ausgetragen werden. Illegitim ist aber die anhaltend gehässige Diffamierung derer, die Einsparungen auch bei sozialen Leistungen für unerlässlich halten und dafür in aller Offenheit politisch werben. Klassenkämpferische Parolen, die in diesem Zusammenhang immer polemischer verbreitet werden und die ständige Wiederholung des dümmlichen Schlagwortes „soziale Demontage“ fallen im übrigen auf die zurück, die außerstande sind, ihre Auffassung sachbezogen zu begründen.

Freie Demokraten werden ohne Rücksicht auf Attacken auch weiterhin in aller Deutlichkeit erklären, daß sie eine Sanierung öffentlicher Haushalte überhaupt nur dann für denkbar halten, wenn auch in den Katalog sozialer Leistungen eingegriffen wird. Maßnahmen gegen Mißbrauch reichen mit Sicherheit nicht mehr aus. Das System selbst bedarf der Korrektur.

Soziale Symmetrie, von der in diesem Zusammenhang gesprochen und die mit Recht gefordert wird, muß über ein gerechtes Steuersystem und dadurch gefordert werden, daß Kosten für Bedürfnisse des täglichen Lebens in Grenzen gehalten werden. Falsche Sozialleistungen schaffen keine soziale Symmetrie.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Sicherheit von Arbeitsplätzen hängen aber nicht nur vom Ausmaß steuerlicher und aus Abgaben resultierender Belastung ab, die der Staat bestimmt. Wettbewerbsfähigkeit läßt sich auch dadurch stärken, daß zu einer Verbesserung sonstiger Rahmenbedingungen beigetragen wird, die die sogenannte Standortqualität bestimmen.

Als einen aus der Sicht der F.D.P. ganz besonders wichtiger Aspekt nenne ich die staatliche Mitwirkung an der Vorsorge für Energie zu Bedingungen, die ökonomisch tragbar sowie wettbewerbsorientiert und ökologisch sinnvoll sind. Für die Fraktion der F.D.P. in diesem Hause habe ich immer wieder dargelegt, daß Kernenergie als künftig vorrangiges Energiepotential angesehen wird, weil nur so der wichtige Kostenfaktor Energie beeinflusst werden kann, der heute ungünstiger ist als in vielen anderen Ländern, mit deren Industrie wir konkurrieren.

Ich wiederhole das eindeutige Bekenntnis zu einem schnellen Ausbau des Kernenergieangebots auch in Rheinland-Pfalz. Das Verfahren der Genehmigung eines zweiten Kernkraftwerks sollte beschleunigt vorangetrieben werden. Wir bedauern sehr, daß der ursprüngliche Zeitplan für die Inbetriebnahme nicht einmal mehr annähernd verwirklicht werden kann, sondern um viele Jahre verzögert werden wird.

Auch Wiederaufarbeitung von Kernbrennelementen als eine Stufe der Entsorgung vor der späteren Endlagerung wird von der Landtagsfraktion der F.D.P. in Rheinland-Pfalz nach wie vor als zwingend erforderlich betrachtet. Wir sehen bis zur Stunde weder ökonomisch noch ökologisch akzeptable Alternativen zu diesem Prozeß wirtschaftlich sinnvoller und umweltbewußter Wiederverwertung nuklearen Abfalls. Eine Wiederaufarbeitung an einem dafür geeigneten Standort in Rheinland-Pfalz wird von meiner Fraktion nach wie vor politisch mit getragen werden.

Was wir, wie schon im Zusammenhang mit anderen Projekten, fordern, ist die absolute Garantie, daß optimale Sicherheit gewährleistet und daß auf volle Transparenz aller wesentlichen Verfahrensschritte geachtet werden wird, damit Entscheidungen ausnahmslos nachvollziehbar bleiben. Die Bereitschaft weiter Kreise der Bevölkerung — und davon bin ich überzeugt, daß eine Mehrheit der Bevölkerung so denkt —, sich Kernenergieanlagen auch in unmittelbarer Nähe nicht zu widersetzen, kann nur erwartet werden, wenn von Anfang an eine offene und glaubwürdige Informationspolitik betrieben wird.

Versuchen, meine Damen und Herren, jeden Fortschritt zu verhindern und mit Gewalt einen technischen Stillstand zu erzwingen, werden wir Freien Demokraten auch künftig offensiv begegnen.

(Beifall der F.D.P. und der CDU.)

Ich bin mir ganz sicher, daß die große Mehrheit der Bevölkerung politische Standfestigkeit auch in dieser Frage wünscht und sie honorieren wird.

(Erneuter Beifall bei der F.D.P. und der CDU.)

Ein anderer Faktor, der zu Buche schlägt und insbesondere mittelständische Unternehmen vielfach stark belastet, ist der nach wie vor überzogene Papierkrieg, Herr Ministerpräsident, der unternehmerische Flexibilität erschwert, Mitarbeiter für unrentable Arbeit bindet und Investitionen häufig stark verzögert. In der Regierungserklärung war hierzu nichts zu hören, zumindest habe ich davon nichts vernommen, obwohl natürlich neben dem Bund auch die Bundesländer Möglichkeiten haben, Reglementierung und bürokratischen Aufwand weit über das hinaus zu reduzieren, was an Ansätzen schon geschehen ist.

Auch in Rheinland-Pfalz hätte nach Auffassung der Fraktion der F.D.P. wesentlich mehr vereinfacht und auf viele Anregungen zur Verwaltungsvereinfachung eingegangen werden können, wenn diesem leidigen Thema die notwendige Bedeutung beigemessen worden wäre. Parteienverdruß resultiert nicht zuletzt aus der Erkenntnis oder aus der Annahme, daß der mündige Bürger zwar ständig eröhnt und verbal umworben wird, daß er in der Verwaltungspraxis aber weithin als unmündig, gelegentlich geradezu als beschränkt behandelt wird, als Petent, dem alles im Detail vorgeschrieben werden müsse. Konkrete Anregungen für notwendige Korrekturen können den Erhebungen entnommen werden, die der Politik von Organisationen der Wirtschaft immer wieder vorgehalten werden. Auch bei uns wären weitere Möglichkeiten denkbar, Entscheidungen verstärkt dem einzelnen zu überlassen und staatliche Aufsicht auf die nachträgliche Mißbrauchskontrolle zu beschränken.

Ein dritter Faktor schließlich, der auf die volkswirtschaftliche Entwicklung einwirkt, ist die Qualifikation der Mitarbeiter, die in einem Unternehmen tätig sind und seine Leistungsfähigkeit bestimmen. Es ist eine Binsenweisheit, daß staatliche Vorgaben für die berufliche Bildung mit entscheidend sind, ob der Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen werden. Jeder Fehler bei politischen Entscheidungen kann sich als auf lange Zeit gravierend nachteilig erweisen.

Für die Fraktion der F.D.P. betone ich, daß wir den staatlich bestimmten Rahmen für die berufliche Bildung derzeit als sachgerecht betrachten. Änderungen zu empfehlen sehen wir keinen Grund. Die

(Dr. Scholl)

Tatsache, daß in diesem Jahr besondere Schwierigkeiten aufzutreten scheinen, allen daran interessierten Jugendlichen Ausbildungsplätze zu beschaffen, hat nichts mit dem System zu tun. Es gibt nach unserer Auffassung kein anderes System beruflicher Bildung, das gewährleisten könnte, quantitative Engpässe immer zu verhindern. Einmalige Schwierigkeiten lassen sich schnell und flexibel über Sonderprogramme überwinden, wie wir sie auch in Rheinland-Pfalz schon hatten und denen selbstverständlich erneut beigezpflichtet werden wird, wenn ihre Notwendigkeit wirklich nachgewiesen ist.

Die F.D.P.-Fraktion äußert allerdings Zweifel, ob das Ausbildungsplatzangebot wirklich derart ungenügend ist, wie öffentlichen Zahlen entnommen werden könnte. Die Statistik der Arbeitsämter ist schon seit langem ungenau. Der frühere Wirtschaftsminister in Hessen, Heinz Herbert Karry, hat diesen Zustand jahrelang moniert und ein zuverlässiges Verfahren für die Arbeitsmarktstatistiken verlangt. Bis jetzt hat sich nichts geändert. Unzuverlässig ist insbesondere die Erfassung offener Ausbildungsplätze und die Nachfrage, wie jeder Praktiker bestätigt; und wir haben in den letzten Tagen viele Praktiker nach ihrer Auffassung befragt.

Nur vorsorglich stelle ich deshalb fest, daß die F.D.P.-Landtagsfraktion jedes ergänzende Engagement des Landes unterstützen wird, die Zahl der Ausbildungsplätze auch mit öffentlichen Geldern zu erweitern, falls Angebotslücken sonst keinesfalls geschlossen werden könnten. Daß Auszubildenden aus Unternehmen, die in Konkurs gegangen sind, in erster Linie geholfen werden muß, ihre Ausbildung zu beenden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Rheinland-Pfalz hat in diesen Tagen kritisiert, daß endlich etwas unternommen werden müsse, damit jeder lernwillige Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalte, und er hat an Regierung und Wirtschaft appelliert, neue Wege zu beschreiten. Ich bedauere sehr, meine Damen und Herren, daß nicht zugleich vorgetragen wurde, was der DGB eigentlich konkret empfiehlt. Meines Erachtens wäre es nützlich gewesen, wenn zum Beispiel bekanntgegeben worden wäre, daß für einige Zeit keine Erhöhung der Ausbildungsvergütung mehr gefordert werden wird, deren Höhe heute viele kleinere Betriebe zögern läßt Ausbildungsplätze anzubieten. Daß der DGB auf konkrete Anregungen verzichtet und statt dessen mit Formulierungen operiert, „Arbeitslose Jugend darf nicht zum Sperrmüll werden“, macht für uns leider deutlich, daß zu einer ernsthaften Diskussion offenkundig gar nicht beigeztragen werden soll.

Ein Kostenfaktor wird im Kern unverändert bleiben und allenfalls quantitativ gemindert werden können; eine Entlastung über Korrekturen staatlicher Forderungen wird es hier nicht geben dürfen. Ich spreche von den Kosten für den Umweltschutz und hebe ausdrücklich hervor, daß diese Belastung als unausweichlich angesehen wird. Auf konsequenten Umweltschutz wird nach Meinung der F.D.P. auch in Zeiten schwieriger Wirtschaftslagen nicht verzichtet werden können, weil irreparabler Schädigung der Umwelt unter allen Umständen begegnet werden muß. Eine ökologische Pause darf nicht zugestanden werden.

(Beifall der F.D.P.)

Wir stellen uns aber vor, daß Einsatz für Umweltschutz steuerlich noch gezielter vergünstigt, die besondere Belastung also gemindert werden könnte. Der Hinweis darauf, den man häufig hört, daß Aufwendungen über den Preis weitergegeben werden könnten, hört sich zwar vernünftig an, ist aber wenig hilfreich, wenn Wettbewerb mit ausländischen Gütern bestanden werden muß, von deren Herstellern in ihren Ländern sehr viel weniger Umweltschutz gefordert wird. Auf gravierende Verzerrungen des Wettbewerbs muß auch steuerlich Rücksicht genommen werden, weil es hier nicht um Strukturveränderungen geht, die wirtschaftlich aus eigener Kraft bewältigt werden müssen. Die Ausführungen in der Regierungserklärung zur Reinhaltung der Luft, Herr Ministerpräsident, insbesondere zum Abbau von Schwefeldioxydemissionen bei der Erzeugung von Energie aus

Kohle, sind falsch, wenn damit der Eindruck hervorgerufen werden sollte, eine Senkung der Grenzwerte unter 850 Milligramm pro Tonne scheitere daran, daß es noch keine Großfeuerungsverordnung gebe. Falsch war auch die entsprechende Aussage in einer Presseerklärung des Herrn Umweltministers.

(Staatsminister Geil: Nein!)

mit der er die Bundesregierung attackierte.

(Staatsminister Geil: Nein!)

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts – – – Also, ich habe dann das gleiche wie Herr Klein gemacht, auch ich habe meine Bonner Freunde konsultiert, Herr Minister,

(Heiterkeit)

und mir vom Minister, seinem Staatssekretär und dem zuständigen Abteilungsleiter erklären lassen, daß Ihre Darstellung zumindest irreführend sei, weil Sie nur auf die formale Komponente abheben, nicht aber auf den Aspekt der Rechtsprechung eingehen; und die Rechtsprechung besage eben heute schon – und dabei stützt man sich auf Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts –, daß geringere Grenzwerte zugrunde gelegt werden können, sofern die Genehmigungsbehörde das verlangt.

(Reitzel, SPD: Aber selbstverständlich!)

Die Tatsache, Herr Kollege Geil – so darf ich jetzt sagen –, daß im Saarland für Bexbach eine Genehmigung erteilt worden ist, bei der man eben von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat, dürfen Sie, wenn ich das so sagen darf, der Bundesregierung nicht anlasten; das ist Sache der Landesregierung des Saarlands.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Geil?

Abg. Dr. Scholl, F.D.P.:

Ja, gern.

Abg. Geil, CDU:

Herr Kollege Dr. Scholl, ist Ihnen klageworden, daß ich mit meiner Presseerklärung vor allem die Bundesregierung als den Mehrheitsaktionär, ich darf vielleicht sagen, als den Eigentümer, angesprochen habe und darauf hingewiesen habe, daß über eine Entscheidung im Aufsichtsrat selbstverständlich auch unabhängig von aller Rechtsprechung und unabhängig von allen gesetzlichen Regelungen eine Nachbesserung möglich wäre, und zwar eine Nachbesserung in dem Sinne natürlich, was technisch möglich ist.?

Abg. Dr. Scholl, F.D.P.:

Das war mir aus Ihrer Presseerklärung nicht klageworden, aber wenn Sie diesen Aspekt jetzt nachtragen, nähern Sie sich unserer Auffassung sehr stark an.

(Unruhe im Haus. – Glocke des Präsidenten.)

(Dr. Scholl)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen, was die F.D.P.-Landtagsfraktion für bundes- und landespolitisch machbar und geboten hält, damit die anhaltende Phase konjunktureller Schwäche überwunden und Arbeitslosigkeit verringert wird:

1. Haushaltspolitisch wird am Kurs extremer Sparsamkeit festgehalten werden müssen. Ein Anstieg konsumtiver Ausgaben muß für einige Zeit total verhindert werden, und Haushaltsansätze für Zukunftsinvestitionen müssen ausgeweitet werden. Kreditaufnahme durch die öffentliche Hand sollte, falls überhaupt erforderlich, ausschließlich zur Finanzierung investiver Zwecke, nicht aber zur Schließung von Haushaltslücken dienen.
2. Sozialpolitisch werden alle Leistungen zurückgenommen oder neu festgesetzt werden müssen, auf die davon Begünstigte nicht wirklich zwingend angewiesen sind.
3. Wirtschafts- und steuerpolitisch werden verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, die langfristig verlässlich sind und zur Investition von Risikokapital auch großer Dimension ermutigen. Leistung wird sich noch mehr lohnen müssen als seither, wenn überdurchschnittlicher Einsatz erwartet werden soll.
4. Staatspolitisch wird allen Faktoren begegnet werden müssen, die investives und innovatives Wagnis hemmen. Die kontrollierende Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung darf Flexibilität und Kreativität unternehmerischen Handelns nicht behindern.
5. Direkte staatliche Förderung der Wirtschaft muß sich auf die vorübergehende Hilfe zur Anpassung an Strukturveränderungen reduzieren. Erhaltung um jeden Preis kann in einem System wettbewerbsorientierter Marktwirtschaft nicht zugestanden werden, selbst dann nicht, wenn ein Verlust von Arbeitsplätzen droht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen, daß für die F.D.P. wirtschaftlicher Aufschwung und dauerhaftes Wachstum politische Ziele von ganz vorrangiger Bedeutung sind, weil nur Aufschwung und Wachstum stabile Arbeitsplätze sichern und sozialen Frieden garantieren, den eskalierende Arbeitslosigkeit bedroht. Aus diesem Grund muß auch mit staatlichen Mitteln der Weg geebnet werden, der zu Aufschwung und Wachstum führen kann. Diese Forderung ist keineswegs ein Widerspruch zur liberalen Grundeinstellung, daß Volkswirtschaft als primär private Veranstaltung angesehen werden muß, an der sich Staat und Politik allenfalls subsidiär beteiligen. An diesem Grundsatz hält die F.D.P. auch in wirtschaftlich schwierigen Perioden fest. Bessere Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaft zu schaffen, sind Staat und Politik aber in jedem Wirtschaftssystem verpflichtet.

Natürlich, Herr Kollege Klein, werden sich Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage mit Sicherheit nicht kurzfristig herbeizaubern lassen, und die Bewältigung struktureller Probleme wird viele Jahre dauern. Die von mir erwähnten Entscheidungen werden aber kurzfristig getroffen werden müssen, wenn es überhaupt zu Verbesserungen kommen soll. Nur wechselseitige Kritik an Fehlern der Vergangenheit führt mit Sicherheit zu keinem positiven Resultat.

Die Fraktion der Freien Demokraten in diesem Hause ist vorbehaltlos bereit, jetzt und künftig alle Entscheidungen mit zu unterstützen, die den Standort Bundesrepublik Deutschland wirtschaftspolitisch optimieren. Daß Verbesserungen möglich und sicher auch notwendig sind, kann nicht bestritten werden, wird von uns jedenfalls bejaht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU.)

Präsident Martin:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Wilhelm.

Abg. Wilhelm, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich Regierungschef einer Regierung wäre, müßte ich an sich jetzt Herrn Dr. Scholl ausdrücklich sagen, wir bedanken uns, denn die Ausführungen, die Sie gemacht haben, könnten zumindest in großen Teilen auch aus den Reihen der CDU gekommen sein. Wir bedanken uns, daß auch in der einen oder anderen Frage in letzter Zeit etwas verstärkter größere Gemeinsamkeit erkennbar wird.

(Beifall bei der CDU. —

Dr. Danz, F.D.P.: Aber das können wir vergessen, weil Sie kein Regierungschef sind!)

Meine Damen und Herren, dadurch werden meine Ausführungen nicht ganz überflüssig, denn wir setzen vielleicht den einen oder anderen Akzent doch etwas anders.

(Zuruf des Abgeordneten Schweitzer, SPD.)

— Der Adrenalinpiegel des Herrn Kollegen Schweitzer erhöht sich regelmäßig, wenn ich hier vor gehe. Ich weiß gar nicht warum, wir haben uns doch noch nie etwas getan.

(Reitzel, SPD: Das ist unrealistischer Optimismus, Herr Kollege. — Heiterkeit bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie, daß ich zu meinen Ausführungen komme. Ich beabsichtige, zu zwei Aspekten, nämlich der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik und zur DWK und zur Wiederaufarbeitungsanlage, etwas zu sagen.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat meines Erachtens zutreffend die Schwierigkeiten der ökonomischen wirtschaftlichen Situation dargestellt. Die SPD hat dies partiell auch getan, logischerweise zum Teil mit einem anderen Blickwinkel. Die Fakten für das Land Rheinland-Pfalz sind genannt worden. Sie geben Anlaß zur Sorge, zum Beispiel was die Zahl der Arbeitslosigkeit anbelangt, wobei man sicher voller Stolz auch sagen kann, daß wir es immer noch besser als andere haben. Nur, meine Damen und Herren, das ist ein schlechter Trost für die, die arbeitslos sind. Unsere Möglichkeiten als Land sind begrenzt. Wir haben einen Fehlbedarf im Haushalt in der Größenordnung von 100 Millionen DM, und die Frage kommt auf uns zu, wie wir diese 100 Millionen finanzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Krall, F.D.P.)

— Ich bedanke mich, daß Ihr Interesse so groß ist, daß Sie mich hören wollen, Herr Krall.

Es kommt dann die schwierige Frage auf uns zu — und ich muß jetzt schon bekennen, daß mich dann die Haltung der Opposition in besonderer Weise interessiert —, ob Sie die Quadratur des Kreises, die in den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden heute erneut deutlich wurde, nämlich konsumtive Ausgaben nicht zu kürzen und dennoch auf Kreditzunahme zu verzichten, letztlich auch bei Nachtragshaushaltsberatungen zu bewerkstelligen beabsichtigen.

Meine Damen und Herren, ein besonderes Problem — und deswegen will ich ein paar Sätze länger daran verweilen — im Zusammenhang mit dieser wohl mehr düsteren Betrachtung konjunktureller Entwicklung ist die Ausbildungsplatzsituation. Herr Kollege Klein hat mahnend den Ministerpräsidenten in seine Ausführungen darauf hingewiesen, daß er von der Solidarität mit der Jugend nichts gehört habe. Lieber Herr Kollege Klein, wir handeln lieber nach dem Grundsatz: Weniger reden und eine Idee mehr handeln. — Ich hoffe, daß es Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen ist, daß wir konkret etwas für die jüngere Generation in diesem Land getan haben, indem hier eine Regierungserklärung vorgestellt wurde, bei der gesagt wurde, daß Ausbildungsplätze in einer Größenordnung von 3 000 in diesem Land gefördert

(Wilhelm)

wurden. Ich finde, Taten sind besser als Sprüche. Wir handeln danach.

(Scharping, SPD: Wie sieht denn der Vollzug aus?
Wie sehen die Taten aus?)

— Die sehen hervorragend aus, Herr Kollege Scharping. Die Tatsache, daß Sie eine Kleine Anfrage gestellt haben, die Sie heute hier behandeln lassen wollten und dann doch wieder zurückzogen, widerspricht dem offenbar nicht.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Herr Abgeordneter Wilhelm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Scharping?

Abg. Wilhelm, CDU:

Ja.

Abg. Scharping, SPD:

Herr Kollege Wilhelm, könnten Sie mir bestätigen, daß ich Ihre Fraktion gestern davon unterrichtet habe, daß die Kleine Anfrage, wenn auch erheblich verspätet, aber gestern beantwortet worden ist und daß ich deshalb und aus keinem anderen Grund auf die Beantwortung heute hier verzichtet habe? Könnten Sie zweitens zur Kenntnis nehmen, daß von den 1 800 einzurichtenden Plätzen an Berufsschulen nur 1 300 eingerichtet worden sind? Halten Sie das für Taten?

Abg. Wilhelm, CDU:

Ich nehme das, was Sie gesagt haben, zur Kenntnis. Mehr ist dazu nicht zu sagen, Herr Scharping.

(Scharping, SPD: Dann könnten Sie vielleicht Ihre Aussage noch korrigieren.)

Meine Damen und Herren, ich teile die Besorgnis des Kollegen Klein insoweit, als bei allen Problemen, die mit Arbeitslosigkeit entstehen, wohl das noch größere Problem das der Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen ist, weil wir bei dem ungeheuer schwierigen Übergang von jungen Leuten in die Welt der Erwachsenen keine Mauern errichten dürfen.

Hier ist eine echte Bewährungsprobe für die Politik. Wir müssen unsere ganze Phantasie, auch Geld und die Bereitschaft anderer einsetzen und fordern, damit im Bereich der Ausbildungsplätze niemand vor der Tür stehen bleibt.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich habe noch Sorgen. Vielleicht hat der lange Ferientermin etwas damit zu tun, daß es hier noch gewisse Überhänge gibt. Aber ich kann nur noch einmal auffordern, auch die, welche die Ausbildung draußen betreiben, die duale Ausbildung nicht nur als Recht, sondern auch als Pflicht zu betreiben und in diesen schwierigen zwei bis drei Jahren alles, nein, mehr zu tun, als sie in der Vergangenheit schon in positiver Weise getan haben.

Der wirtschaftliche und auch der finanzpolitische Handlungsspielraum des Landes wird, wie wir alle wissen, überwiegend von außen bestimmt. Dennoch, so glaube ich, kann man mit gutem Gewissen sagen, daß das Land und dieser Landtag Vieles und Wichtiges getan haben, um bestimmten Tendenzen begegnen und auch eigene Akzente setzen zu können. Ich erinnere an die Anträge, die wir gestellt haben und die hier verabschiedet worden sind, in denen wir einen eigenen kleinen Beitrag zu konjunkturpolitischen Maßnahmen getroffen

haben. Herr Kollege Klein hat zwei genannt, die im wesentlichen Inhalt dieses Antrages waren. Ich würde dies nicht unterschätzen, meine Damen und Herren, nur, natürlich können wir auch keine Wunder davon erwarten. Ich sage dies ganz bewußt auch mit einer gewissen Resignation. Wir werden hier in diesem Landtag die Probleme der ökonomischen Entwicklung und der Arbeitsmarktentwicklung nicht lösen können. Der Schlüssel für die Lösung dieser Fragen liegt nicht in Mainz, er liegt in Bonn, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU.)

Natürlich ist es auch unbefriedigend, wenn man die Ergebnisse unserer Bemühungen in der konkreten Umsetzung betrachtet, wenn wir uns beispielsweise gemeinsam dafür einsetzen — ich sage dies durchaus auch einmal mahnend —, daß die Praxis der Sicherheitsleistung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zugunsten der Unternehmen im Baugewerbe überprüft wird, und wenn dann die von den Betroffenen in eigener Verantwortung zugesagte Regelung außerhalb staatlicher Kompetenzen monatelang auf sich warten läßt und bis heute nicht vorliegt. Ich finde, ein bißchen mehr Impulse in diesem Bereich, gerade für die Bauwirtschaft, wären doch unerhört wichtig.

Meine Damen und Herren, wir haben nach dem Motto gehandelt, daß jeder, auch der kleinste Versuch, sich lohnt. Wir haben gehandelt in dem Bemühen, daß der Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz ein wichtiger Kampf ist.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir werden dies auch im Rahmen unserer eingegrenzten Möglichkeiten dieses Landesetzes in Zukunft so machen. Das Land kann helfen, vorausschauen im strukturpolitischen Bereich, und deshalb liegen wir in den Arbeitslosenzahlen auch so da, wie wir liegen. Das Land kann aktuell helfen im Setzen von Prioritäten, indem wir konsumtive Ausgaben streichen, indem wir investive Ausgaben zu erhalten versuchen. Meine Damen und Herren, bei einer solchen Haushaltsstruktur aber, die sich entscheidend von der des Bundes abhebt, bei einem Haushalt, der zu 43 % von den Personalausgaben aufgeessen wird, der zu 15 % von den Sachausgaben aufgeessen wird, der durch den kommunalen Finanzausgleich bestimmt wird, der durch von uns nicht beeinflussbare Bundesgesetze bestimmt wird, mit zweistelligen Steigerungsraten im Landeshaushalt und vor allen Dingen in den kommunalen Haushalten, sind unsere Möglichkeiten des Umschichtens und des Setzens von Prioritäten naturgemäß entsprechend weiter eingeschränkt als beim Bund, weil dort der konsumtive Bereich und der Gestaltungsspielraum ungleich größer sind. Ich bitte die Opposition, in unserer Diskussion auch diesen Aspekt nicht so häufig unter den Tisch fallen zu lassen.

(Beifall der CDU.)

Natürlich ist auch der SPD nicht verborgen geblieben, daß die Situation insgesamt und natürlich auch in unserem Lande schlimm ist oder schlimmer geworden ist. Entschiedene Worte zu dieser Frage vor besorgten und vor der Betriebsschließung stehenden Belegschaftsmitgliedern, meine Damen und Herren, lösen natürlich die Probleme nicht. Es gibt da bemerkenswerte Beispiele, wie hier Versuche unternommen werden, mit einer sehr vordergründigen Kapitalismuskritik Probleme wegreden zu wollen.

(Dr. Volkert, CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich bin auch in diesem Bereich der Auffassung: Die Arbeitnehmer legen viel mehr Wert auf die Taten handelnder Politiker als auf die Sprüche handelnder Politiker!

(Beifall der CDU.)

Leider wird die SPD in all ihren Reaktionen in diesem Haus meines Erachtens ihrer Rolle als Opposition nicht ganz gerecht. Sie leisten häufig keinen konstruktiven Beitrag zur Bewältigung der Probleme.

(Wilhelm)

Sie verlangen von der Regierung Aktionismus, Handeln um des Handelns willen, und Sie scheinen nach dem Motto vorzugehen: Halte den Dieb! —, womit Sie häufig vom Versagen Ihrer Parteifreunde in Bonn ablenken wollen.

(Beifall der CDU.)

Hierzu einige Beispiele, meine Damen und Herren, die mich nachdenklich stimmen. Da gibt es eine ungeheure perspektivische Erklärung vom 18. Juni mit der Aussage, wir hätten ein Millionenloch im Haushalt und landespolitische Konsequenzen seien unausweichlich. Diese fundamentale Feststellung, von niemandem bestritten, vom Finanzminister öfter wiederholt, und zwar nur diese Aussage war Gegenstand einer Presseerklärung. Der Kollege Scharping hat vorhin bei der Rede des Ministerpräsidenten zu einer Passage gerufen: Zum Reden gehört ein Vorschlag. — Dieser kam dann auch! Nur, meine Damen und Herren, „Millionenloch im Haushalt“, wo sind denn da die Perspektiven der Opposition? Nur zu dieser Feststellung, dazu brauchen wir keine Opposition. Das weiß sowieso jeder im Lande.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, in einer weiteren Pressemeldung jüngeren Datums wird vom Verfassungsbruch der Landesregierung gesprochen, dies bezüglich des Verhältnisses der Kreditfinanzierung zu den Investitionsausgaben. Nur, wenn man die Unterlagen, die jeder hat, auch die Opposition, wirklich liest, ist doch feststellbar, daß diese Relation eindeutig und Gott sei Dank noch zugunsten der Investitionen spricht. Ist dies nicht mehr eine Retourkutsche auf das, was die Bundestagsfraktion der CDU in Bonn machen mußte, weil es dort umgekehrt ist, meine Damen und Herren? Ich finde es nicht so ganz sinnlos, was in diesem Bereich geschehen ist.

Die konstruktiven Ansätze vermissen ich vor allen Dingen dann, wenn ich mich daran zurückerinnere, welche Forderungen Sie bei den letzten Haushaltsberatungen, aber auch, wenn man Ihre Presseerklärungen danach liest, ständig oder häufiger stellen. Da waren zwar auch Sparmaßnahmen dabei, aber insgesamt gesehen hätte es zu einer Mehrbelastung im Haushalt geführt.

(Dr. Volkert, CDU: 50 Millionen!)

300 neue Lehrerstellen, Durchschlüsselung bei der Polizei, der Kriminalpolizei usw.; die Reihe ließe sich fortsetzen.

Und dann wird gesagt: Wir haben eine zu hohe Fremdfinanzierung im Haushalt! — Diese Rechnungen gehen nicht auf, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU. —

Zurufe von der SPD: Es waren Deckungsvorschläge vorhanden! Diese waren in Ordnung!

Dr. Volkert, CDU: Wir kennen die Milchmädchenrechnung! —

Zuruf von der CDU: Über Mehreinnahmen!)

Die Risiken, meine Damen und Herren, die durch die Führerrolle entstehen, die der Bund in Sachen Ökonomie und Arbeitsmarkt hat, werden in der einen oder anderen Form auch weiterhin mit Macht auf die Länder und die Kommunen durchschlagen. Steuermindereinnahmen werden wir sicher direkt spüren, anderes über verminderte Transferleistung, über einen noch kälteren Wind in unserer Wirtschaft. Der Bund hat bei seinen sogenannten Operationen immer dafür Sorge getragen, daß er sich selbst bedient, und hat seine Fürsorgepflicht den Ländern, den Kommunen und den Bürgern gegenüber sträflich vernachlässigt.

(Beifall der CDU.)

Fehlendes wirtschaftliches Wachstum ist es letztlich, was uns deutlich vor Augen führt, daß der Staat sich selbst überfordert, weil er zu

viele Aufgaben an sich gezogen hat. Wollen wir das vordringlichste Problem der Arbeitslosigkeit wirklich wirksam bekämpfen, so müssen wir tatsächlich, Herr Scholl, eine Wende in der Politik herbeiführen. Wir brauchen eine Bewußtseinsveränderung, die veränderte materielle Rahmenbedingungen und stark rückläufiges Wachstum zur Kenntnis nimmt und in ihrem täglichen Handeln berücksichtigt. Der erforderliche Handlungsspielraum bei der öffentlichen Hand, der notwendig ist, um unserer Wirtschaft Impulse durch Investitionen zu geben, kann nur zurückgewonnen werden, wenn auf der anderen Seite Opfer gebracht werden. Diese Opfer — zwangsläufig nennen wir sie „Streichung von Subventionen oder von sozialen Leistungen“ — müssen durchsetzbar sein, das heißt, alle Politiker in diesem Lande müssen den Bürgern klaren Wein einschenken.

(Beifall der CDU.)

Diejenigen, meine Damen und Herren, die immer so tun, als müsse nur dem Reichen etwas weggenommen werden, fördern die Einsichtsfähigkeit meines Erachtens auf keinen Fall. Im Gegenteil, sie bereiten einen Boden, der schwierig und strukturell notwendige Einschnitte unmöglich macht. Wer Klassenkampf betreibt, wer den Neid zum Inhalt seiner Politik erhebt, meine Damen und Herren, der versündigt sich an unserem demokratischen Gemeinwesen!

(Beifall der CDU.)

Wir brauchen die politische Kraft, den Willen zum Konsens. Meine Damen und Herren, wer sich der Einsicht versperrt, — — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Herr Abgeordneter Wilhelm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Gerster?

Abg. Wilhelm, CDU:

Ja!

Abg. Gerster, SPD:

Herr Kollege Wilhelm, würden Sie einem früheren Sozialminister dieses Landes, der zum Hauptthema seines sozialpolitischen Credo die zielgerichtete Sozialpolitik zugunsten der Schwachen und zu Ungunsten der Starken in unserem Lande mit ganz konkreten Auswirkungen in der Verteilungspolitik gemacht hat, Klassenkampf vorwerfen?

Abg. Wilhelm, CDU:

Ich vermute, daß Sie den früheren Minister für Soziales, Geißler, meinen, und ich finde, daß der Bezug, den Sie hier im Zusammenhang mit den sozialen Fragen ansetzen, mit dem, was ich jetzt gesagt habe, aber auch nicht das geringste zu tun hat, meine Damen und Herren.

Das, was Herr Geißler in einer Studie nachgewiesen hat, war der seriöse Versuch, deutlich zu machen, in welcher Situation bestimmte Bevölkerungsgruppen leben.

(Zuruf von der SPD.)

Die Formulierung, wir müssen den Reichen wegnehmen und den anderen geben, ist für mich ein Gerede, das in diese Diskussion nicht hineingehört.

(Beifall bei der CDU.)

(Wilhelm)

Ich weiß, Die Einfallslosigkeit feiert bei Ihnen fröhliche Urständ', Ihnen fällt halt nichts anderes dazu ein.

Meine Damen und Herren, nur dann sind Sie doch bitte so offen und ehrlich und sagen Sie, mit dem, was Sie politisch beabsichtigen, und zwar in Kenntnis dessen, daß 89 % der Bevölkerung unter 50 000 DM im Jahr verdienen, wie Sie auf die gewaltigen Beträge, die nicht finanziert sind, kommen wollen, wenn Sie in dieser Weise an die sogenannten Reichen herangehen. Ich habe die Befürchtung, deshalb wehre ich mich gegen diese Art der Politik, daß die Reichen im Ergebnis auch die Facharbeiter sein werden, weil Sie sonst keine Mark in Ihren Steuerminderereinnahmen hereinbringen. Sie können das nicht beschränken, wenn es Wirkung haben soll, auf die Ärzte und Zahnärzte. So reden Sie doch draußen. Sie müssen ganz tief hineingehen, Facharbeiter bei BASF, die letzten Endes auch noch die Ergänzungsabgabe zahlen müssen. Wir sind gegen eine weitere Erhöhung der Belastung der Bürger durch Abgaben: das ist ein Verlust von Freiheit, dem wir uns entgegenstemmen. Wir können uns über Umstrukturierung und andere Gewichtung unterhalten, aber insgesamt darf die Abgabenbelastung nicht zunehmen.

(Beifall bei der CDU. —
Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Scharping?

Abg. Wilhelm, CDU:

Nein! Meine Damen und Herren, wer sich der Einsicht versperrt, daß sogenannte soziale Besitzstände dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel unterworfen sind, und wer in jedem Falle auch um den Preis des wirtschaftlichen Niedergangs festschreiben möchte, der ist in der Tat ein Neokonservativer.

(Beifall bei der CDU.)

Insoweit verstehe ich den SPD-Vorsitzenden Willi Brandt auf dem Münchner Parteitag eigentlich nicht, wenn er ausruft „Unser Volk darf nicht unter die Fuchtel derer geraten, die ihm heute neokonservative Gewaltkuren als Heilmittel anpreisen“. Ich glaube, daß unser Volk bedauerlicherweise in der Hand von Konservativen ist, die veränderte Bedingungen nicht zur Kenntnis nehmen wollen und die in ihrer Erstarrung, in ihrer Regungslosigkeit, Erfolglosigkeit noch zur Tugend erheben.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit verwirklicht man nicht, wenn man durch zu hohe staatliche Defizite, durch zu hohe Belastung der Wirtschaft und der Bürger und durch staatliche Schuldenpolitik die wirtschaftliche Fruchtbarkeit eines Landes verkommen läßt. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen einen neuen Ansatzpunkt. Ich muß Ihnen auch sagen, daß ich das verzweifelte Bemühen eines Diplom-Volkswirtes, nämlich des Bundeskanzlers, dem deutschen Volk einzureden, „Nehmt's mal nicht so schlimm, das Ifo-Institut prognostiziert 2 Millionen Arbeitslose, den anderen geht's noch schlechter“, für einen Hohn halte. Das ist genauso, wie wenn der Arzt zum Asthmatiker kommt und sagt „Mach dir nichts daraus, daß du dein Asthma hast, nebensächlich liegt einer, der hat Asthma und Migräne.“

Meine Damen und Herren, wir können doch so unseren Mitbürgern nicht begegnen. Die volkswirtschaftlichen Rechnungen, die der Bundeskanzler aufmacht, sind nach allen seriösen Untersuchungen objektiv falsch.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir sind, das sage ich doch bedauernd, keine ökonomischen Weltmeister in dieser Welt; leider Gottes nicht. Denn die Arbeitslosenzahlen, die verglichen werden, taugen nicht zum Vergleich. In Amerika wird jeder, der die Zeitung austrägt und einmal nicht austrägt, im Gegensatz zu uns als Arbeitsloser geführt. Hier werden Männer im biblischen Alter bis zu 100 Jahren als Arbeitslose geführt.

(Zurufe von der SPD.)

-- Entschuldigung, Sie sollten sich einmal mit diesen Dingen vertraut machen, und nicht nur Ihren Emotionen nachgeben. Man muß schon ein bißchen sachkundig sein.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, die behaupteten Wachstumsraten bei uns und ---

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Martin:

Es ist so schwer zu merken, wann der Satz zu Ende ist. Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Schweitzer?

Abg. Wilhelm, CDU:

Nein, Meine Damen und Herren, ich kenne das Spiel. Jetzt kommen während der ganzen Rede ununterbrochen Zwischenfragen, und zum Schluß habe ich nicht das gesagt, was ich will. Ich bitte um Nachsicht. Wir machen gern einmal irgendwann eine Runde, wo wir nur Zwischenfragen zwischen uns austauschen können.

(Beifall bei der CDU.)

Auch die Frage des Wachstums -- wir haben so viel, ich frage mich, wieviel wir überhaupt haben, und die anderen haben nur so wenig -- ist überhaupt nicht vergleichbar, denn das Wachstum rechnet das gesamte Heer der Beamten ein, immer unterstellt, jeder Beamte erwirtschaftet Wohlfahrt in diesem Lande. Hier wird ein fiktiver Grundbetrag angenommen. Dieser ist in Amerika völlig anders als bei uns. Da kann jeder rechnen wie er will. Das wird dann als Beweis angeführt, daß wir ökonomische Weltmeister sind. Genauso ist es bei der Inflation. All diese Vergleiche taugen nichts.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt der entscheidende Punkt. Es gibt auch objektive Kriterien, etwas zu vergleichen, nämlich nur die Zunahme oder Abnahme von Beschäftigungsmöglichkeiten. Stellen Sie sich vor, wo wir stehen: an letzter Stelle aller Industrieländer der Welt, hinter England, hinter Italien und hinter Amerika, also an letzter Stelle. Das ist der richtige Maßstab der Beurteilung dieser Politik.

(Beifall bei der CDU.)

Deutschland ist im Gegensatz zu dem, was unser Bundeskanzler sagt, kein ökonomischer Weltmeister; bedauerlicherweise. Um im Sport zu bleiben, möchte ich sagen, daß er schon in den Vorkämpfen ausgeschieden ist.

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit ---

(Zuruf des Abgeordneten Schweitzer, SPD)

-- Ja wissen Sie, ich weiß nicht, Herr Kollege Schweitzer, wie lange diese Selbstprogrammierungsprozesse bei Ihnen noch anhalten. Ich wundere mich sowieso darüber, wie in agitatorischer Weise -- vorhin

(Wilhelm)

ist es nur sehr partiell geschehen — der Union der Schnitt ins Netz der sozialen Sicherheit vorgeworfen wurde. Das war ein kleiner Blick auf einen Zwischenruf von Herrn Dr. Volkert. Ich habe so den Eindruck, als wäre an Ihnen völlig vorbeigegangen, was in der Operation 81, in der Operation 82 und in der jetzt vorgesehenen Operation 83 passiert. Da müssen Ihnen doch als Sozialpolitiker die Haare zu Berge stehen. Was hier alles gestrichen ist, wie hier die Maschen des Netzes der sozialen Sicherheit erweitert wurden, das ist die Verantwortung der jetzt handelnden Bundesregierung, es nicht mehr finanzieren zu können.

(Beifall bei der CDU. —

Gerster, SPD: Wer hat die Sozialhilferegelsätze gekürzt?)

— Entschuldigen Sie, ich will Sie nicht zu sehr belasten, sonst würde ich das Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen. Da muß doch ein richtiger Sozialdemokrat zusammenzucken, und Sie lassen das doch zu und unterstützen auch noch Ihre Bundesregierung und wollen ablenken, indem Sie sagen, „Warte nur, wenn die Kapitalisten von der CDU drankommen, dann zerreißen sie das Netz.“

(Gerster, SPD: Ich nicht.)

— Sie nicht, ich kenne aber andere. Meine Damen und Herren, wir von der CDU, die dieses Netz der sozialen Sicherheit bis 1969 gestrickt haben, sind die Väter dieses Netzes. Wir lassen uns von niemanden sagen, wir hätten mit dem Netz nichts zu tun. Wir werden es bewahren.

(Beifall bei der CDU. —
Zurufe von der SPD.)

Soziale Gerechtigkeit kann man nur verwirklichen, wenn man den Mut zu strukturellen Veränderungen hat. Wir im Lande Rheinland-Pfalz haben diesen politischen Mut. Wir haben auch die politische Kreativität, es zu tun. Wir betreiben zum Beispiel konsequent Entstaatlichung. Betrachten Sie unsere Anträge. Durch alle diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden — ich sage bewußt roter Faden — das Bemühen, die Staatsquote, ich meine dies nicht nur im finanztechnischen Sinne, zu mindern. Ich muß bekennen, daß die Sozialdemokraten in der einen und der anderen Frage sogar mitzugehen bereit sind auf diesem Weg. Aber das Vertrauen der SPD in die heilsame Tätigkeit staatlicher Bürokratie ist ungebrochen. Wie anders ist beispielsweise der unsinnige Vorschlag eines Bundesministers zu verstehen, den Ausbildungsplatzproblemen mit der Einführung eines sogenannten Ausbildungspfennigs zu Leibe zu rücken?

Der Pfennig würde eingenommen, zwei Pfennige würden für die Verwaltung des einen Pfennigs ausgegeben. Die Bilanz: Die Jugendlichen ohne Ausbildung hätten nichts davon. Im Gegenteil, aus anderen Töpfen müßten noch die Ausgaben für die Verwaltung bestritten werden. Meine Damen und Herren, das ist kein richtiger Ansatzpunkt. Sie sollten sich in dieser Frage auch etwas von dem Ballast freimachen, den Sie über viele Jahre mitgeführt haben und der Ihnen manchmal den klaren Blick für das Richtige verstellt.

Meine Damen und Herren, jede Leistung, die man in Anspruch nimmt, erfordert eine Gegenleistung. Wer die Vorteile des Sozialstaates in Anspruch nehmen will, muß sich darüber im klaren sein, daß diese Vorteile erwirtschaftet und erarbeitet werden müssen. Wir brauchen deshalb eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Der Bundeshaushalt muß in Ordnung gebracht werden. Der Landeshaushalt darf nicht weiter notleidend sein. Der richtige Weg geht nicht über Schulden!

(Heiterkeit bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich habe gehofft, daß ich Ihnen die Zusammenhänge zwischen dem Bundeshaushalt, dem Landeshaushalt

und dem kommunalen Haushalt wenigstens etwas nahegebracht habe. Gehen Sie einmal in die Kommunen, wenn sie im nächsten Jahr wahrscheinlich kaum noch in der Lage sein werden, ihre Beamten zu bezahlen. Meinen Sie, das hätte mit dem Handeln der Kommunen etwas zu tun?

Wir brauchen mehr öffentliche und private Investitionen. Sie sind der Schlüssel für neue Arbeitsplätze. Ich teile nicht die Meinung, die der Fraktionsvorsitzender der SPD vorhin geäußert hat, daß öffentliche Investitionen private Investitionen ersetzen könnten. Das wird nie der Fall sein!

(Klein, SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Wir müssen eine Stimulans finden, daß private Investitionen wieder stärker zunehmen. Wir können nur maßvoll korrigierend eingreifen.

(Klein, SPD: Wogegen kämpfen Sie denn jetzt?
Das habe ich doch nicht gesagt!)

— Lesen Sie doch einmal nach!

(Zurufe von der SPD.)

— Lieber Herr Kollege Klein, bei mir mag möglicherweise das eine oder andere nicht funktionieren, aber mein Gedächtnis ist hervorragend in Ordnung; glauben Sie es mir.

(Klein, SPD: Sie benehmen sich wie ein Playboy!)

— Ach du liebe Zeit, ich abonniere diese Zeitschrift nicht, die Sie eben erwähnt haben, Sie können sie mir gelegentlich einmal geben.

(Klein, SPD: Ich habe das nicht gesagt!
Sie bauen hier einen Türken auf!)

Wir müssen Hemmnisse, die den Investitionen im Wege stehen, abbauen. Ich stimme dem Herrn Kollegen Dr. Scholl zu, was den Bereich der Schwerbehinderten anbelangt; das gilt auch im Bereich des BAföG. Sie müssen aber Ihre Meinung, was die Darlehensbasis angeht, auch an einen Teil Ihrer Fraktion in Bonn vermitteln, die diese Frage in der Vergangenheit abgelehnt hat. Aber dabei können sich ja noch zwangsläufig Entwicklungen ergeben.

Wenn wir die Arbeitslosigkeit abbauen wollen, brauchen wir risikobereite Unternehmer. Ich sage ausdrücklich, daß wir diesen Typ von Bürgern, der selbständig ist oder der sich selbständig machen will, nicht durch zunehmende Steuerbelastungen aussterben lassen dürfen.

(Beifall bei der CDU.)

Auch deswegen geht kein Weg an Ausgabekürzungen der öffentlichen Hand vorbei. Jede andere Alternative muß zur Erhöhung der Abgabelast führen.

Wir müssen weiterhin den Wohnungsbau fördern, bei dem wichtige Quellen für einen wirtschaftlichen Aufschwung liegen. Dazu gehört auch, obwohl hier Veränderungen feststellbar sind, eine Liberalisierung des Mietrechts. Dazu gehört darüber hinaus die Ehrlichkeit den Bürgern zu sagen, daß unsere gestiegenen Ansprüche an die Wohnqualität und an den Wohnraum auch finanzielle Folgen haben werden. Eine solche Ehrlichkeit muß doch noch nicht bedeuten, daß die soziale Komponente im Mieterschutz verlorengeht.

Wir müssen den technischen Fortschritt fördern. Die SPD darf in einigen Bereichen nicht konservativ im letzten Jahrhundert beharren und so tun, als sei die Dampfmaschine nicht erfunden. Wenn ich mir Teile Ihrer Partei zum Bereich der Kernenergie betrachte, so muß ich diesen Schluß ziehen. Wenn ich den größeren Teil Ihrer Partei betrachte, wenn es um die Frage der neuen Medien geht, ist dieser Schluß zulässig. Ich kann die Frage der neuen Medien nicht aus-

(Wülhelm)

schließlich um die Frage führen, ob wir einen fernsehfreien Tag haben sollen oder nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, die Tarifpartner müssen bei ihrer verantwortungsvollen Haltung bleiben. Sie müssen stärker als gelegentlich in der Vergangenheit ihre Pflicht nicht nur zur Tarifpolitik, sondern auch zur Beschäftigungspolitik empfinden. Über die maßvollen Tarifabschlüsse hinaus muß nach Möglichkeiten gesucht werden, wie durch Ausweiten der individuellen Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer auch Kapital für Zukunftsinvestitionen — nicht nur deswegen — in die Wirtschaft gelenkt wird. Herr Schweitzer, ich sage das nur, weil Sie dazu eine Presseerklärung abgegeben haben.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD.)

Meine Damen und Herren, wir müssen die Ausbildungsbereitschaft vor allem in kleineren und mittleren Betrieben erhalten und stärken. Dazu gehört es eben auch, so leidvoll und schwierig die Diskussion darüber ist, daß man über den Jugendarbeitsschutz nachdenkt, wie dies der Sozialminister unseres Landes getan hat. Keiner in der CDU will hier zum Manchester Kapitalismus zurückkehren, meine Damen und Herren, und kleine Kinder in finsternen Bergwerken beschäftigen.

In Wirklichkeit wollen wir eine zumutbare Anpassung an sich verschärfende wirtschaftliche Gegebenheiten. Nur das ist unser Ziel.

(Beifall der CDU. — Zuruf des Abg. Scharping, SPD.)

Meine Damen und Herren, dies sind einige wenige der markanten Punkte der notwendigen Wende in der deutschen Politik, die von der SPD in ideologischer Blindheit nicht ertastet wird.

Im Hinblick auf zukünftige Wahlergebnisse könnte man mit der konservativen Unbeweglichkeit der SPD ja durchaus zufrieden sein.

Meine Damen und Herren, aber es geht nicht um diese Art von Vorteilen. Es geht um die Frage, welche politischen Lösungsansätze die richtigen sind, um Probleme zu verringern und den Betroffenen eine Perspektive aufzuzeigen.

Wie die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, die in Bonn gemacht wird, das Schicksal unseres Bundeslandes so nachhaltig negativ beeinflußt, ist an den erschütternden Ist-Zahlen zu messen. Die Therapie, die Sie anbieten, ist für uns keine Therapie. Und deswegen gibt es in dieser Frage keine Kompromisse. Was Sie auf dem Parteitag in München beschlossen haben, ist für uns ein Weg in die falsche Richtung!

(Beifall der CDU.)

Dieser Weg muß abgestoppt werden!

Die Ergebnisse von einem Jahrzehnt aktiver Konjunktur-, Struktur- und Wirtschaftspolitik sollen durch noch mehr Aktivität in dieser Art ausgegült werden. Meine Damen und Herren, die Rechnung geht nicht auf, wenn Sie noch mehr Investitionskontrolle und Steuererhöhungen durchführen, wenn Sie die Vermögenssteuer und den Spitzensteuersatz erhöhen, wenn Sie eine regelmäßige Strukturberichterstattung erwarten, wenn Sie eine sorgfältige Erfassung geplanter privater Investitionen vornehmen lassen wollen, einen Bundesentwicklungsplan für private Unternehmen und einen Orientierungsrahmen darstellen. Meine Damen und Herren, das ist so erschreckend, daß sich wirtschaftliche Entwicklungen in unserem Lande vertiefen und verstärken werden. Wir müssen mit dieser Politik ein Ende machen! Dazu ist vor allem die F.D.P. aufgerufen!

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, es weiß niemand, wie diese Perspektiven wirken und wie schnell das geht. Es hat von uns niemand die Behauptung

aufgestellt, wenn die Union morgen die Regierung übernimmt, werden übermorgen die Arbeitslosen weg sein, das ist absoluter Unsinn, so etwas zu vermuten. Es wird ein langwieriger und mühsamer Gesundungsprozeß eintreten müssen, der uns noch erhebliche Belastungen auferlegt. Meine Damen und Herren, wir haben den Mut, diesen dornenreichen und holprigen Weg zu gehen. Erste Voraussetzung, das zu erreichen, ist, daß sich die Union darum drängt, wenn es geht, morgen die Regierungsverantwortung zu übernehmen und den leidvollen Weg, wie er jetzt eingeschlagen wurde, ab sofort abzustoppen! Das sind wir unserer Bevölkerung gegenüber verpflichtet, meine Damen und Herren!

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, aus den Regierenden sind Resignierende geworden. Aus dieser Haltung heraus kann keine Politik gemacht werden!

Ich will zum Abschluß dieses Teils das medizinische Bild des Ministerpräsidenten im Abschluß seiner Regierungserklärung aufgreifen. Er hat etwas von Zahnwurzelbehandlung gesagt. Ich möchte zu diesem medizinischen Vergleich, der auch in die einzelnen Operationsphasen der SPD/F.D.P.-Koalition überleitet, meine Auffassung darlegen. Meine Damen und Herren, die Operateure in Bonn stellen täglich sich widersprechende Diagnosen. Sie versagen in der Therapie. Die Zahl der Kunstfehler nimmt ständig zu.

(Klein, SPD: Alles dummes Gerede!)

Lösen Sie doch endlich die Gemeinschaftspraxis in Bonn auf. Die Approbation wird Ihnen sowieso entzogen werden, meine Damen und Herren! Nur so hat der Patient eine Chance, langfristig zu überleben.

(Beifall der CDU. — Klein, SPD: So dumme Sprüche haben Sie doch gar nicht nötig! Das sind dumme Sprüche, die Sie doch gar nicht nötig haben!)

— Herr Kollege Klein, ich habe mich sehr bemüht, mit aller Gelassenheit dem zu folgen, was Sie gesagt haben. Ich finde, wir sollten ein bißchen darauf achten, was wir uns gegenseitig zurufen. Ich finde, daß das, was Sie gelegentlich rufen, auf nicht besonders hohem Niveau ist.

Vielleicht sollte da ein innerer Einkehrprozeß bei Ihnen einmal stattfinden.

(Beifall der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, die Wiederaufarbeitungsanlage: Wir haben ja in diesem Haus unsere grundsätzlichen Positionen zu dieser Frage eindeutig und unmißverständlich dargelegt. Ich habe für die CDU-Fraktion damals erklärt, daß wir auf Kernkraft unverzichtbar setzen müssen, daß wir bereit sind, die Absichten der Landesregierung zu dieser Frage, hier ein Prüfungsverfahren für eine Wiederaufarbeitungsanlage zu prüfen, unterstützen. Ich wäre sehr dankbar, meine Damen und Herren, wenn wir heute über anderes reden, als wir heute reden müssen, wenn wir zum Beispiel über die Frage reden würden: Was macht die internationale technologische Entwicklung in diesem Bereich? Wann erwarten wir, daß endgültige Entsorgungskonzeptionen vorliegen? Wenn wir uns darüber unterhielten, ob der parallele Ansatz beispielsweise Wiederaufarbeitung behindern oder nicht behindern soll — ich bin der ersten Meinung —, wenn wir uns darüber unterhalten würden, wie der Zustand der SPD beispielsweise in dieser Frage ist, ob Sie jetzt dafür oder nicht dafür sind, ob Sie nur hier zum Teil dafür sind und draußen nicht dafür sind, eine reizvolle Frage, der man nachgehen müßte. Ich fände es viel reizvoller, die Frage zu erörtern — und der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß er beabsichtigt, die vier beteiligten Ministerpräsidenten zu einem Gespräch zu bitten —,

(Wilhelm)

wie wir die Haltung der DWK in dieser Frage letztendlich einschätzen. Sind wir der Auffassung, daß die DWK mit uns ein Spiel spielt? Sind wir der Auffassung, daß wir im Ergebnis vier Standorte brauchen, oder vielleicht brauchen wir nur einen? Sollten wir gemeinsam die Frage erörtern: Wenn wir nur einen brauchen, sind wir bereit, an den drei anderen Standorten über viele, viele Jahre – das dauert ja länger, als wir vermuten – solche Diskussionen weiterzutragen? Sollten wir nicht versuchen, die DWK zu stellen und präzisere Erklärungen in dieser Frage auch vor Beendigung von entsprechenden Verfahren – ich habe gewissen Zweifel, ob dies möglich ist – zu fordern? All dies wäre sicher reizvoller im Sinne dessen, was wir politisch zu tun haben in Fragen Kernkraft und Entsorgung. Nein, darüber wird in den letzten Wochen und Monaten relativ wenig diskutiert. Wir haben andere Diskussionen. Wir führen, meine Damen und Herren eine Geisterdiskussion vor dem Hintergrund dieser wichtigen Sachprobleme und wichtiger anderer drängender Probleme in unserem Land, nämlich eine Geisterdiskussion um die Frage, ob die Landesregierung vor Benennung des Standorts bereits etwas gewußt hat, ob die Landesregierung auf die Auswahl in irgendeiner Weise Einfluß genommen hat.

Nachdem ein Presseorgan monatelang, und zwar ein Presseorgan im nördlichen Bereich unseres Landes, die Behauptung aufstellte, daß der vorgesehene Standort in die Schutzzone militärischer Anlagen fällt – angeblich hätten Beweise vorgelegen – und diese Diskussion auf einmal beendet wurde durch die hilfreiche Mithilfe des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, durch Ihr Gespräch bei Staatssekretär Penner und die ergänzenden Gespräche, die von Herrn Schleyer mit Herrn Penner geführt wurden, war ab diesem Zeitpunkt dieses Thema, das wochenlang in dieser Form gehandelt wurde, auf einmal kein Thema mehr.

Es war dann schon bemerkenswert, wie ein anderes Thema zum Thema gemacht wurde. Und ich muß sagen, daß die jetzige Diskussion, die mit so viel Inbrunst geführt wird, gelegentlich und partiell gewisse kabarettistische Perspektiven aufweist,

(Rocker, CDU: Sehr gut!)

aber ausschließlich meines Erachtens nicht der Sache dient, sondern den Versuch beinhaltet, die Glaubwürdigkeit der Landesregierung zu verletzen. Ich vermute, daß das „Sommerloch“ nicht ganz unbeeinträchtigt war, daß ernsthafte Leute mit detektivischer Beharrlichkeit sich an der Schnitzeljagd beteiligten, ob und gegebenenfalls wer in der Landesregierung, und wenn es ein unschuldiger Pfortner eines Ministeriums war, mehr gewußt hat als andere. Meine Damen und Herren, ich weigere mich ausdrücklich,

(Zuruf des Abg. Scharping, SPD)

Gerüchte – verbunden mit Verdächtigungen, Unterstellungen – und kühne Schlußfolgerungen zum Gegenstand meines politischen Handelns zu machen.

(Beifall der CDU.)

Ich kann mich nur an das halten, meine Damen und Herren, was ist. Unstreitig liegen die mehrfachen Erklärungen der Landesregierung und die wiederholten Darstellungen der DWK in Fernschreiben und anderen Veröffentlichungen vor. Hier ist aber erkennbar kein Dissens in der Sachdarstellung vorhanden.

Es war zu vermuten, daß das – ja – Hochschreiben dieser Thematik auch Politiker verführen konnte, vielleicht auch sollte, Gerüchte zur Grundlage politischen Handelns zu machen. Die SPD hat dieser Versuchung bisher erstaunlicherweise im wesentlichen widerstanden. Ich sage dies durchaus anerkennend, obwohl der Kollege Klein in einem Interview im Südwestfunk bei der Darstellung eines Gespräches mit Herrn Scheuten ähnliche Auffassungen, die sich aus diesem Gespräch ergeben hätten, so weitergegeben hat. Die Konsequenz von Herrn Scheuten war ein entschiedenes Dementi. Und wir

können jetzt lange über die Frage nachdenken, wer nun wirklich gut berichtet hat. Ich will dies aber jetzt heute gar nicht tun.

Erlegen, das sind Sie nicht. Aber noch nicht ganz erlegen – wenn ich die Ausführungen des Kollegen Scholl richtig gehört habe – ist ihr die F.D.P. oder, besser gesagt, Teile der F.D.P. Der Promotor dieser Entwicklung ist wohl der Kollege Heinz, der auch in der Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen hat, wegen dieser Frage einen Untersuchungsausschuß einzuberufen. Und das Ergebnis, ob einer einberufen werden soll, soll wohl die heutige Regierungserklärung gewesen sein. Ihnen stehen also noch Beratungen bevor, meine Damen und Herren.

Sie haben zwar, Herr Kollege Heinz, Fragen gestellt. Aber der Wirtschaftsminister hat Sie in der Öffentlichkeit bisher vergebens gefragt und gebeten, Roß und Reiter zu nennen. Er konnte Sie in der Öffentlichkeit sogar bitten, sich dann wieder zu melden, wenn Ihnen mehr als Gerüchte vorlägen. Ich fand das eine bemerkenswerte Presseerklärung des Wirtschaftsministers.

Ich weiß nicht, Herr Heinz – Sie werden ja sicher nachher zu diesem Thema sprechen –, ob das, was Sie mit diesen Überlegungen verfolgen, nicht nur etwas mit dem Thema und mit Gerüchten zu tun hat, sondern sich vielleicht auch ein bißchen aus Ihrer konkreten Situation als Landesvorsitzender erklärt; denn Sie hatten ja vor Ihrem Landesverband einmal die härtere Gangart angekündigt. Und es fällt schon auf, daß Sie sowohl im „Wein“-Untersuchungsausschuß der Promotor auch innerhalb der F.D.P. waren für die Beteiligung der F.D.P. und daß Sie offenbar jetzt auch in dieser Frage sehr beharrlich und engagiert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fordern.

Wenn Sie „härtere Gangart“ dahingehend interpretieren, daß Sie sich so oft wie möglich an Untersuchungsausschüssen beteiligen, dann hatte ich ursprünglich Ihre Ankündigung der härteren Gangart anders verstanden.

(Beifall der CDU.)

Denn, meine Damen und Herren, das Risiko solcher Überlegungen liegt nämlich immer darin, daß man bei der härteren Gangart und der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen im Ergebnis auch, um das zu realisieren, Erfolg haben sollte. Es ist Ihnen überlassen, diese Erfolgsaussichten zu beurteilen. Meinerwegen soll die F.D.P. einen Antrag stellen. Wir werden halt mitmachen. Ich halte dies aber aufgrund der konkreten Sachdarstellung und der objektiven Tatsachen für überflüssig, auch deshalb, weil wir andere politische Bereiche in dieser kurzen Zeit noch abzudecken haben. Aber das soll kein Grund sein. Wir machen bereitwillig mit.

Lassen Sie mich, Herr Heinz, um vielleicht bei Ihnen gewisse Nachdenklichkeit zu programmieren, folgendes sagen: Es gibt ein Sprichwort zu Gerüchten. Ich will es Ihnen einmal vorlesen:

Von allem Wachsenden auf Erden wächst nichts so schnell wie das Gerücht, und dennoch ist es ein armer Findling, der seine eigenen Eltern nicht kennt.

Ich glaube auch nicht, Herr Heinz, daß der Untersuchungsausschuß, den Sie als Suchdienst offenbar mißverstehen, erfolgreicher sein wird. Ich kann Ihnen nur den Rat geben – und Sie gestatten, daß ich dies tue –: Adoptieren Sie den Findling ganz schnell. Wir vergessen dann gemeinsam die Sache. – Danke schön!

(Beifall der CDU.)

Präsident Martin:

Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen die Sitzung und unterbrechen zugleich die Aussprache zur Regierungserklärung zur Mittagspause und beginnen wieder um 14.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 13.29 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.32 Uhr.

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren, wir setzen die 56. Plenarsitzung des Landtags fort. Ich berufe zu Beisitzern die Abgeordneten Fink und Frau Schmitt. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Schmitt. Als Gäste begrüße ich auf der Zuschauertribüne Mitglieder des CDU-Stadtverbandes Remagen — herzlich willkommen.

(Beifall im Hause.)

Meine Damen und Herren, wir hatten den Tagesordnungspunkt 2, Regierungserklärung zu aktuellen politischen, insbesondere wirtschaftspolitischen Fragen, unterbrochen. Wir setzen die Aussprache fort. Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Scharping.

Abg. Scharping, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wäre der Kollege Wilhelm jetzt anwesend, dann würde ich die Feststellung treffen, daß zum Feuilleton Geist gehört, zum Kabarett Witz, zum Karneval Humor und daß deswegen seine Rede weder feuilletonistisch noch kabarettistisch noch humorvoll gewesen ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage das auch deshalb, weil ich den Eindruck habe, daß die Art und Weise, wie der Herr Kollege Wilhelm sich mit schwerwiegenden Problemen auseinandergesetzt hat, letzten Endes genau das fördert, was er zu bekämpfen vorgegeben hat, nämlich den Verdruß daran, daß Politiker sich nicht wirklich mit Problemen auseinandersetzen würden, sondern nur über Probleme mit der Zielsetzung reden, den jeweiligen Kontrahenten ins Unrecht zu setzen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich mache eine ganz kurze Bemerkung zu dem Thema „Wiederaufarbeitungsanlage“, nicht in der Sache, sondern in der Art des Vorgehens und mit der Frage, wieviel Glaubwürdigkeit ein bestimmter Vorgang eigentlich hat.

(Dr. Volkert, CDU: Das ist jetzt etwas ganz Konstruktives!)

Wenn der Vorstand der DWK am 5. März eine Entscheidung über einen Standort trifft und am 8. März hochrangige Herren dieser Gesellschaft und ebenso hochrangige Mitglieder dieser Landesregierung zusammensitzen, dann würde es ein bezeichnendes Licht auf die Art und Weise der Führung dieses Unternehmens werfen, wenn sie nicht über bestimmte Dinge reden würden; übrigens auch ein bezeichnendes Licht auf das Interesse der Landesregierung, Fragen zu stellen. Allein das wäre schon ein Vorgang.

Wenn am 11. März noch einmal ein Vorstandsmitglied und ein Staatssekretär der Landesregierung zusammensitzen und am 12. März dann Telegramme geschickt werden — Welch ein Zufall —, dann ist natürlich die Frage zu stellen, wie glaubwürdig die völlige Überraschung des Ministerpräsidenten über den Standort eigentlich ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage das auch deshalb, weil ich selber Gesprächsrunden miterlebt habe, in denen jedenfalls damals noch von Herren der DWK gesagt worden ist, sie könnten sich angesichts der **V o r g e s p r ä c h e** und der politischen Mehrheitsverhältnisse in diesem Raum den Widerstand gar nicht erklären, und sie seien ziemlich enttäuscht über die Entwicklung. Ich sage das hier nur, weil ich den Eindruck habe, daß diese Art des Vorgangs für sich genommen und die Interpretation, die daran geknüpft wird, kein besonders hohes Maß an Glaubwürdigkeit

beanspruchen können. Wenn man das Maß an Glaubwürdigkeit erhöhen will, gibt es ein sehr einfaches Mittel: Legen Sie doch die ganzen Unterlagen vor. Das ist doch das einfachste.

(Beifall bei der SPD.)

Es sind ja einige Fragen gestellt worden. Vielleicht werden die auch noch beantwortet.

Wenn ich jetzt sage, daß mich die Regierungserklärung enttäuscht hat, wird das niemand wundern. Sie hat nicht unter anderem deshalb enttäuscht, weil sie keine Klarheit über die Absichten der Landesregierung gebracht hat. Ich denke schon, daß eine Regierungserklärung in diesem Hause zuerst das Ziel haben sollte, Klarheit über die Absichten der Landesregierung und über ihr zukünftiges Tun zu schärfen.

Es könnte sein, daß Sie ein taktisches Ziel hatten, das mit anderen Debattenpunkten zu tun hat. Das weiß ich nicht. Darüber will ich auch nicht spekulieren.

Aber jedenfalls will ich ein bißchen in meinem Diskussionsbeitrag der Frage nachgehen, wieso eigentlich die Propagandisten der sozialen Marktwirtschaft, wieso eigentlich konservative Politiker immer davon reden, die Politik sollte sich nicht soviel in die Wirtschaft einmischen, in der heutigen Situation aber dauernd mit dem Anspruch und mit dem Verdacht auftreten, letzten Endes seien es immer nur politische Entscheidungen gewesen, die zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt hätten.

(Beifall bei der SPD.)

Das erste: Den Markt hätten wir kaputtgemacht. — Dazu werden wir gleich noch etwas hören. Im übrigen, Herr Ministerpräsident, ich komme gleich noch auf das Ehegattensplitting, und danach reden wir vielleicht noch einmal ein bißchen über das Problem der Sachkunde gerade in diesem Bereich.

Zuerst einmal kann der Staat, kann die Politik heute mit Sicherheit der Wirtschaft einen Ordnungsrahmen schaffen, er kann Rahmen-daten setzen, er kann den Versuch machen, die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Bereich zu stärken. In allen diesen Tätigkeiten ist der Staat aber nicht selbständig, sondern auch auf das angewiesen, was innerhalb der Wirtschaft selbst passiert. Dann möchte ich doch einmal, damit das auch einmal in diesem Hause ausgesprochen ist, sagen, was sich in den letzten zwei, drei Jahren in diesem Bereich getan hat. Die degressive Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter, § 7 Abs. 2 Einkommensteuergesetz, ist deutlich verbessert worden. Die degressive Gebäudeabschreibung, § 7 Abs. 5 Einkommensteuergesetz, ist um ein Drittel erhöht worden. Wegen der Kapitalschwäche kleiner und mittlerer Unternehmen und der daraus folgenden Probleme immer dann, wenn ein Unternehmen mit hohem Fremdkapital arbeitet und deswegen besonders auf hohe Zinsen reagiert, ist der Verlustrückgang auf zwei Jahre ausgedehnt worden. Es ist im Bereich von Kohle und Stahl eine Investitionszulage bis 1985 geschaffen worden. Über die andere Investitionszulage ist hier geredet worden. Ich möchte wenigstens auf den erstaunlichen Widerspruch hinweisen von Äußerungen des Finanzministers dieser Regierung im Bundesrat — der zwar Bedenken gegen die Investitionszulage geäußert hat, aber gesagt hat: Der Zielsetzung stimmen wir zu — und dem, was der Ministerpräsident heute morgen hier gesagt hat — ein ganz erstaunlicher Widerspruch.

(Beifall bei der SPD.)

Die eben zitierten Maßnahmen aus dem Zweiten Haushaltsstrukturgesetz waren zu einem großen Teil schon mit dem Steuerentlastungsgesetz 1981 eingeleitet worden — Einkommensteuertarif, Weihnachtstreibetrag, erhöhte Gewerbesteuermöglichkeiten, Abzugsfähigkeiten bei den Sonderausgaben usw. usw. —; übrigens, weil Sie über die Kommunen geredet haben, auch mit der Wirkung, daß die kommunale Finanzkraft im Gewerbesteuerbereich geschwächt worden ist.

(Scharping)

Aber man kann ja nicht das eine beklagen und auf der anderen Seite verschweigen, daß damit ein gutes Stück Rahmendaten für wirtschaftliche Tätigkeit verbessert worden ist, und zwar derjenigen Rahmendaten, die der Staat mit seiner nationalen Politik beeinflussen kann. Das kann er weder mit den Rohstoffpreisen noch mit den Ölpreisen, noch mit der internationalen Zinsentwicklung oder anderen Faktoren, die nur im Konzert mit anderen Ländern einflußbar sind.

Zu alledem hat der Ministerpräsident nichts gesagt, und das hat auch einen sehr einfachen Grund: Wenn er nämlich dieses erwähnen und die Entwicklung, die dahintersteckt, politisch würdigen würde, dann müßte er zugeben, daß es nur eine prinzipielle Alternative in der Wirtschaftspolitik gibt — und die hat der Kollege Wilhelm ja wenigstens etwas deutlicher angedeutet als der Ministerpräsident —, nämlich die Alternative, das Ruder in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik so vollständig herumzureißen, daß dann allerdings die Befürchtungen eintreten müßten, die wir in anderen Ländern zu beklagen haben, wo im Galopp der Wirtschaftspolitik von einer erst Nachfrage-orientierten dann zu einer Angebots- und Geldmengen-orientierten Politik, noch ergänzt um massive Ausgaben im Rüstungsbereich, und dann schließlich noch einmal im Galopp genau andersherum, nämlich Steuererhöhungen und Begrenzung des staatlichen Finanzierungsdefizits, die Wirtschaft einem Wechselbad ausgesetzt worden ist mit den bekannten Konsequenzen. Und ich sage hier: In allen Ländern, in denen konservative Politiker Gelegenheit hatten, diese Rezepte auszuprobieren, ist es wesentlich mehr auf den Rücken der Arbeitnehmer gegangen als in den Ländern, in denen Sozialdemokraten oder auch, wie in den Niederlanden, aufgeklärte Konservative Politik gemacht haben.

(Beifall der SPD.)

Ich knüpfe daran eine zweite Bemerkung: Alle diese Politik, die darauf abzielt, die Bedingungen für investiertes Kapital zu verbessern, ist politisch und sozial nur tragbar, wenn sie ergänzt wird um die im Bereich der sozialen Gerechtigkeit notwendigen Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb ist es unverantwortlich, auf der einen Seite der Kürzung sozialer Leistungen das Wort zu reden und sich auf der anderen Seite in diesem Landtag gegen eine Begrenzung, Herr Ministerpräsident — nun ist er nicht da —, gegen eine Begrenzung des Splittingvorteils, noch nicht einmal die Abschaffung desselben — davon redet ja gar keiner —, auszusprechen. Wirksam wird die ganze Sache bei Einkommen von über 95 000 DM steuerpflichtigem Einkommen. Dann wird der Splittingvorteil von über 14 000 DM auf 10 000 DM begrenzt. Wer das für familienfeindlich erklärt und noch nicht einmal weiß, daß das völlig unabhängig ist von der Kinderzahl — völlig unabhängig, hat mit Kindern überhaupt nichts zu tun —, der offenbart hier ein Maß an Sachkunde, das noch nicht einmal eine intelligente Polemik zuläßt, geschweige denn eine sachliche Beurteilung.

(Starker Beifall der SPD.)

Statt dessen betreiben Sie ein Konzept der allgemeinen Subventionskürzungen und verschweigen den Bürgern im Lande, daß Sie da natürlich auch bestimmte sogenannte Subventionen im Auge haben: Arbeitnehmerfreibeträge, beispielsweise zu Weihnachten, usw. usw. Und ich sage dazu, das genau wollen wir nicht: die lineare Kürzung aller Steuervergünstigungen, Subventionen und öffentlichen Leistungen, weil das nämlich dem Prinzip, daß der, der stärkere Schultern hat, auch stärker belastet werden kann, genau widerspricht.

(Beifall der SPD.)

Im übrigen habe ich mit Interesse vernommen, daß der Kollege Scholl von einer zusätzlichen Aufgabenbelastung gesprochen hat. Ich habe das deswegen mit Interesse vermerkt, weil die Diskussion um das Ehegattensplitting und die Begrenzung des Vorteils daraus natür-

lich einen politischen Hintergrund hat, den ich deutlich zu machen versucht habe: hoch verdienende Einkommen an den Lasten im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu beteiligen. Wenn die Union das im Bundesrat kaputtmacht — und dazu hat sie die Macht, das ist ganz unbestritten —, wird sich im Sinne dieser politischen Logik eine andere Frage stellen, nämlich die, welches Instrument der politischen Mehrheit aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten dann noch bleibt, um dieses politische Prinzip durchzusetzen. Und da fällt mir nun tatsächlich nur ein einziges ein: Das Stichwort heißt dann allerdings mit Nachdruck „Ergänzungsabgabe.“

Ich hatte etwas gesagt über die Frage, wie sich die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat, und der Kollege Wilhelm hat dafür auch Maßstäbe genannt; ich will die jetzt nicht alle im einzelnen aufzählen. Ich will nur eins in aller Friedensruhe sagen: Wir hatten 1960 als Bundesrepublik Deutschland 9 % Welt-handelsanteil: das hat sich bis 1969 auf knapp über 10 % erhöht, und wir werden 1982 einen Welt-handelsanteil zwischen 11,5 und 12 % haben. Dies angesichts der Tatsache, daß in diesem Zeitpunkt potente Mitbewerber, wie man so schön sagt, nämlich beispielsweise Japan, auf dem Weltmarkt sich zusätzliche Anteile erkämpft haben, die sie vorher gar nicht hatten. Wer angesichts einer solchen Zahlenreihe — und ich könnte die um viele andere Punkte ergänzen — davon redet, daß die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich schlecht abschneide — Erwerbstätigkeit und dergleichen mehr —, der kümmert sich nach meiner Beurteilung nicht wirklich um die Sache.

Zweite These: Der Staat kann in der heutigen Situation den Versuch machen, Nachfrage zu schaffen. Das ist besonders wichtig in der Bauwirtschaft; im Tiefbau sind rund zwei Drittel aller Aufträge vom öffentlichen Verhalten abhängig. Das ist auch wichtig im Hochbau; es wirkt sich aus im Wohnungsbau und an vielen anderen Stellen auch. Und ich zitiere:

„Beschäftigungspolitik muß daher verstärkt neue und gegebenenfalls unbequeme Wege der gezielten Wirtschaftsstrukturpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung, Nachfragebelebung und Arbeitsmarktpolitik gehen, um eine beschäftigungsintensivere Wachstumsstruktur zu erreichen. Diese qualitativ orientierte Beschäftigungspolitik fördert vor allem solche Wachstumssektoren, die im Verhältnis weniger Aufwand an Energie, Rohstoff und Kapital notwendig machen, aber verstärkt menschliche Initiative, Wissen, Innovations- und Organisationsfähigkeit erfordern. Ziel einer so verstandenen Nachfrage-orientierten Beschäftigungspolitik muß es sein, gerade solche notwendigen Bedürfnisse nachfragewirksam zu machen, die bisher am Markt nicht auftreten oder sich nicht durchsetzen konnten.“

(Dr. Volkert, CDU: Wo haben Sie das denn
abgeschrieben?)

— Das war ein sehr intelligenter Zwischenruf, lieber Herr Volkert. Ich habe die ganze Zeit verzweifelt auf den Beifall der F.D.P. gewartet; denn das sind die Kieler Thesen der F.D.P. zur Beschäftigungspolitik.

(Heiterkeit- und Beifall bei der SPD.)

Das sage ich auch deshalb, weil — ich mache daraus gar keinen Hehl, lieber Kollege Scholl — ich den Eindruck habe, daß es manchmal auch ein politisches Problem ist, daß der auf der Grundlage der Programmatik mögliche Konsens, auch im Wirtschaftspolitischen, auch im Ordnungspolitischen, heute etwas erschwert ist dadurch, daß sich, auch innerhalb der F.D.P., so hier und da, eine Entwicklung anbahnt, die diese programmatischen Grundsätze verläßt.

Ich stelle in aller Nüchternheit fest und will gleich anknüpfen, daß natürlich dies auch für die landespolitische Diskussion von einer gewissen Bedeutung ist. Wenn Sie nicht immer nur nach Bonn schielen würden, sondern mal gucken, was Sie hier in Rheinland-Pfalz wirklich tun, dann müßte Ihnen der erstaunliche Widerspruch zwischen

(Scharping)

Ihren Kritiken an Bonn und Ihrem wirklichen Verhalten in Rheinland-Pfalz auffallen. Es macht kein besonderes Maß an Glaubwürdigkeit, in Bonn immer an allem herumzunörgeln und in Rheinland-Pfalz das Maß seiner Möglichkeiten nicht entsprechend zu nutzen.

(Beifall der SPD.)

Oder: Wie ist denn das zu erklären, daß das Land Rheinland-Pfalz prozentual am stärksten von allen Bundesländern die Investitionszuweisungen für die Gemeinden gekürzt hat? Wie ist denn das zu erklären, daß in Rheinland-Pfalz die Investitionstätigkeit zurückgeht? Wie ist es denn zu erklären, daß x Anträge von Wirtschaftsunternehmen auf öffentliche Förderung im Wirtschaftsministerium und in den Kammern — die sich übrigens sonst immer über Bürokratie aufregen, nur über ihre eigene nicht — so lange herumliegen? Und wie ist es eigentlich zu erklären, daß die ganzen Bewilligungsbescheide durchhängen und daß es nicht möglich ist, die Gemeinden für die Investitionen, meinetwegen im Abwasserbereich, heute den Spielraum zu schaffen, damit die Bürger es morgen nicht als Gebühren bezahlen müssen, was Sie heute versäumen?

(Zuruf von der CDU: Polemik! —
Lebhafter Beifall der SPD.)

Nun kommt die dritte These: Der Staat kann dafür sorgen, daß es sozialen Ausgleich gibt. Die Kollegen von der F.D.P. mache ich schon gleich darauf aufmerksam, daß ich jetzt wiederum ein Zitat aus den Kieler Thesen vorlese: „Wenn nunmehr Wachstumsraten im bisherigen Ausmaß unwahrscheinlich sind, wächst die Gefahr, daß das quantitative Expansionsdenken umschlägt in Tendenzen quantitativer Einschränkung. Die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse vieler Bürger würden unter Hinweis auf angebliche Sachzwänge notfalls zwangswise eingeschränkt. Eine solche Politik würde zwar Opfer für alle propagieren, die tatsächlichen Auswirkungen jedoch würden zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheit und somit zu einer sozialen Polarisierung führen.“ Besser könnte es kein Sozialdemokrat sagen.

(Beifall bei der SPD)

und ich habe die Bitte, daß Sie das auch dieser Landesregierung sagen, denn sie betreibt genau diese Politik.

(Beifall der SPD.)

Oder wie ist es zu erklären, daß die Operation mit dem Landespflegegesetz so gemacht worden ist, wie sie gemacht wurde? Oder wie ist es zu erklären, daß es zu einer einkommensunabhängigen Erhöhung von Elternbeiträgen zu den Kindergärten bei gleichzeitig verschlechterter Leistung kam? Oder wie ist es zu erklären, daß Sie eine Position zum Ehegatten-Splitting und zur Kappung von Steuervorteilen bei Hochverdienenden haben, aber eine ebenso konträre, nämlich zustimmende Position immer dann einnehmen, wenn es darum geht, im sozialen Bereich das eine oder andere wegzuschneiden?

(Beifall der SPD.)

Alles das ist CDU-Politik. Dann hat der Ministerpräsident gesagt, —

(Abg. Schmalz begibt sich zu einem Saalmikrofon.)

— Machen Sie sich keine Hoffnungen, Herr Kollege Schmalz, ich folge dem schlechten Beispiel Ihres Fraktionsvorsitzenden,

(Beifall der SPD)

und das ist gerechtfertigt durch die Tatsache, daß mir nur 15 Minuten zur Verfügung stehen und er unbegrenzte Redezeit hatte.

Der Ministerpräsident hat so etwa den Satz gesagt, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, und hat das mit dem Transfer und der

Investitionsquote begründet. Dann will ich Ihnen aber doch wenigstens sagen, daß man Ursache und Wirkung nicht verwechseln darf. Die Ausweitung der staatlichen Sozialleistungen ist Folge und nicht Ursache der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung. Ich kann Ihnen dafür auch jede Menge einzelner Zahlen aus der Bundesanstalt für Arbeit, aus dem Bereich der Sozialhilfe, aus dem Bereich der Berufsförderung und aus vielen anderen Bereichen zur Verfügung stellen. Ich nenne hier nur zwei Zahlen. Zwischen 1974 und 1980 hat der Bund zur Sicherung der Altersversorgung bei Arbeitern, Angestellten, Knappschaft und Landwirtschaft — bei den letzten beiden übernimmt er es ja fast vollständig — insgesamt rund 178 Milliarden DM aufgewendet. Im gleichen Zeitraum hat er über 30 Milliarden DM zur Finanzierung der Folgen der Arbeitslosigkeit aufgewendet. Außerdem hat er in ganz erheblichem Umfang, nämlich weit über 20 Milliarden DM, aufgewendet, um in einem Zweijahreszeitraum beschäftigungswirksame Maßnahmen zu finanzieren.

(Dr. Volkert, CDU: Das ist auch seine
verdammte Pflicht!)

Ich sage dazu: Wer sich über öffentliche Schulden so unterhält, wie die CDU das tut, der verwischt das Problem um eines propagandistischen Effektes willen. Er verschweigt nämlich, daß wir Kreditaufnahme auch brauchen, um unverzichtbare Investitionstätigkeit zu finanzieren. Dann müssen Sie den Bürgern erklären, wieso es eigentlich beim Staat anders sein soll als in einem Wirtschaftsunternehmen. Auch dort werden langlebige Wirtschaftsgüter über Kredit finanziert, und es wäre eine massive soziale Ungerechtigkeit, wenn heutige Generationen jede Investition

(Zurufe von der CDU)

— Entschuldigung, hören Sie einmal einen Moment zu — bezahlen sollten, die mehrere Generationen benutzen sollen.

(Beifall bei der SPD.)

Das trifft für Straßen, Schulen, Abwasseranlagen, Kläranlagen und vieles andere mehr zu.

Ich möchte noch ein Viertes bemerken. Der Staat kann helfen, fördern und teilweise sogar private Tätigkeit ersetzen, aber nur teilweise. In Rheinland-Pfalz hat die CDU endlos und unverantwortlich lange gebraucht, um zu verstehen, daß der Appell an die Ausbildungsbereitschaft in den Betrieben nicht ausreicht, sondern daß eigene Anstrengungen des Landes dazu kommen müssen. Nachdem Sie ein halbes Jahr hin- und hergewankt und zu keiner Entscheidung gekommen sind, haben Sie sich dann im Frühsommer dieses Jahres, nachdem alle Bescheide bei den Berufsschulen heraus waren, entschlossen, unter anderem dort 1 800 Plätze einzurichten. Lieber Herr Kollege Wilhelm, die Antwort hat eine Woche länger als üblich auf sich warten lassen, und siehe da, die Landesregierung sagt, von den 1 800 Plätzen haben wir knapp über 1 300 einrichten können. Ich nehme das erst einmal so zur Kenntnis. Ich folgere daraus noch nicht, daß die Anstrengungen der Landesregierung unzureichend gewesen wären.

(Abg. Dr. Gölder begibt sich zu einem Saalmikrofon.)

Ich folgere hier an dieser Stelle nur — und lieber Herr Kollege Gölder, ich hatte eben schon etwas zu Ihrem Kollegen Schmalz gesagt, das sage ich auch zu Ihnen —, daß es nicht besonders sinnvoll ist, hier jetzt eine besonders große Lobpreisung der Anstrengungen angesichts des Ganges der Entwicklung und der tatsächlichen Ergebnisse zu machen. Im übrigen frage ich auch an dieser Stelle noch einmal, wie denn eigentlich Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union in den Sozialausschüssen rechtfertigen wollen, daß in einem Zeitraum mit höchster Jugendarbeitslosigkeit seit Jahrzehnten in Rheinland-Pfalz — es hat vorher noch nie eine so hohe gegeben — ausgerechnet die Hilfen für die Betriebe, die zusätzliche Lehrlinge einstellen können — siehe Engpaßprogramm —, gekappt werden? Wie ist es dann zu verant-

(Scharping)

worten, daß der Staat bzw. die Regierung in Rheinland-Pfalz mit ihren Anstrengungen zurückgeht, wenn auf der anderen Seite die Probleme wachsen? Ich frage mich auch in allem Ernst, welchen Sinn, Herr Kollege Geil, es eigentlich macht, ausgerechnet für Berufe eine Veränderung der Bestimmung über den Jugendarbeitsschutz zu fordern, in denen wir mehr Lehrstellen als Bewerber haben? Das schafft uns nicht einen einzigen Ausbildungsplatz, es verschlechtert nur die Schutzsituation für die betroffenen Jugendlichen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich mahne hier an, daß in der Debatte über die Regierungserklärung 1979 — und ich will ja eine Regierungserklärung im Rahmen des mir Möglichen auch ernst nehmen — die Landesregierung und die CDU-Fraktion mit großem Pomp erklärt haben, daß sie jedem Jugendlichen in Rheinland-Pfalz einen Ausbildungsplatz garantieren. Das ist seit drei Jahren eine hohle Phrase, und Sie haben noch ein bißchen Zeit, es einzulösen. Nutzen Sie bitte die Zeit.

(Beifall bei der SPD.)

Ich hatte am Anfang gesagt, daß für mich die Regierungserklärung enttäuschend gewesen sei. Am meisten hat mich gewundert, daß einer enttäuschenden Regierungserklärung eine noch enttäuschendere Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden nachgefolgt ist. So sollten Sie den Wettbewerb nicht aufnehmen, Herr Kollege Wilhelm.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Mir ist dabei eingefallen, daß in einem Schulaufsatz stehen könnte, daß es viele nette Menschen gibt, auch den Ministerpräsidenten, verbindlich und freundlich. Aber ich muß sagen, verehrter Herr Kollege Dr. Vogel, es reicht wohl nicht, verbindlich und freundlich Floskeln dahereden oder es wie der Kollege Wilhelm in der Art des Partygeschwätzes zu machen. So habe ich das aufgefaßt, was Sie in vielen Punkten hier gesagt haben.

(Beifall der SPD.)

Das reicht nicht. Sorgen Sie ein bißchen dafür, daß Ihren großen Worten und Ihrer großen Kritik an Bonner Entwicklungen auch bescheidene rheinland-pfälzische Taten folgen. Ein Stück Glaubwürdigkeit würde daraus entstehen.

(Anhaltender Beifall der SPD.)

Vizepräsident Schweitzer:

Das Wort hat Herr Kultusminister Dr. Gölder.

Dr. Gölder, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte lediglich einen Eindruck korrigieren, der heute vormittag schon einmal durch eine Zwischenfrage des Kollegen Scharping und aufgrund seiner Ausführungen, die er gerade eben gemacht hat, entstanden ist und der im Ablauf der Debatte in jedem Fall noch korrigiert werden mußte.

Herr Kollege Scharping, wir haben in der Tat 53 Klassen mit 1 800 Plätzen angeboten. Gemeldet hatten sich Mitte August 1 380. Besetzt worden sind am 2. September 1 322 Plätze. Weil ich Ihnen übrigens die Zahl der besetzten Plätze mitteilen wollte, hatte ich die Antwort in der letzten Woche noch nicht unterzeichnet, sondern wollte — so hatte ich es wenigstens von mir aus verstanden — das höflicherweise abwarten.

1 800 Plätze sind angeboten und stehen zur Verfügung, und dies geht auch im übrigen aus der Ihnen erteilten Antwort hervor. Ich verstehe nicht, wie vor dem Hintergrund meines Wortlauts Sie hier sagen können, daß wir nur 1 300 Plätze eingerichtet hätten. Ich habe zwar den

Text meiner Antwort in der Mittagspause drüben gelassen, weil Sie die Frage zurückgezogen haben, aber ich habe ihn in Erinnerung. Es ist mir unerfindlich, wie Sie hier sagen können, wir hätten nur 1 300 Plätze eingerichtet.

(Beifall der CDU.)

Wir haben 1 800 Plätze angeboten.

(Zuruf des Abgeordneten Helzer, SPD.)

— Ja, Herr Kollege Helzer, wir haben 1 800 Plätze angeboten. Davon sind 1 322 besetzt.

Alle Schulleiter aller Schulen, in denen es unbesetzte Plätze gibt, sind noch einmal angewiesen worden, die unbesetzten Plätze über die lokalen Medien mitzuteilen, damit diese Plätze noch besetzt werden können. Das ist der Zusammenhang, den ich doch hier der Richtigkeit halber kurz darstellen wollte.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsident Schweitzer:

Das Wort hat Herr Finanzminister Dr. Wagner.

(Klein, SPD: Wieso? Die Landesregierung war doch an der Reihe; die Landesregierung war doch da!)

Dr. Wagner, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Fangen wir mit der Beseitigung von Widersprüchen an. Herr Scharping, Sie haben erklärt — im Anschluß übrigens an Herrn Klein —, die Landesregierung habe der Einführung einer Investitionszulage im Bundesrat wohl zugestimmt, das heißt, ganz präzise hatte das nur Herr Klein gesagt, und Sie haben sich dann so ein bißchen an diese Aussage drangehängt und gesagt, hier gäbe es doch irgendwelche Widersprüche, denn der Finanzminister des Landes habe im Bundesrat erklärt, wir stimmten der Zielsetzung dieser Investitionszulage zu.

(Scharping, SPD: Ja.)

— In der Tat. Der erste Satz meiner Rede im Bundesrat — das haben Sie wahrscheinlich über Mittag rasch nachgeschlagen — lautete in der Tat: Der Zielsetzung, die mit der Investitionszulage verfolgt wird, stimmt die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zu. — Aber dann geht es wie folgt weiter: Allerdings ist die Landesregierung von Rheinland-Pfalz weiter sehr skeptisch bezüglich der Frage, ob mit dem Mittel der vorgeschlagenen Investitionszulage ein nennenswerter Beitrag zur Wirtschaftsbelebung erbracht werden kann. — Diese Zweifel werden dann weiter ausgeführt. Es wird dann dargestellt, daß die Investitionszulage sehr viel Geld koste, nämlich 4 Milliarden DM. Diese Passage lautet weiter wie folgt: Allein für das Land Rheinland-Pfalz dürfte sich eine zusätzliche Verschuldung von etwa 100 Millionen DM ergeben, für die Gemeinden unseres Landes nochmals eine zusätzliche Verschuldung von bis zu 300 Millionen DM. Einen beschäftigungspolitischen Nutzen, der dieser zusätzlichen Neuverschuldung entsprechen würde, vermag ich nicht zu erkennen. Im Gegenteil, man muß befürchten, daß die zusätzlichen Schulden keinen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigung liefern, sondern eher kontraproduktiv wirken. — Der Schluß meiner Ausführungen lautete dann: Wir bedauern daher, aus diesen Gründen dieser Initiative nicht zustimmen zu können. — Genau dasselbe wird in einer Replik, die ich dann noch an den Bundesfinanzminister geben mußte, wiederholt.

Wir haben also ganz deutlich gemacht, daß wir aus den vorgetragenen und einer Reihe von anderen Gründen dieser Maßnahme nicht

(Staatsminister Dr. Wagner)

zustimmen, und wir haben ihr auch nicht zugestimmt. Wenn das hier von uns gesagt wird, Herr Kollege Scharping, warum ist es Ihnen nicht möglich, das abzunehmen? Warum ist es Ihnen nicht möglich, auch einmal einzuräumen — Ihr Fraktionsvorsitzender war dazu in der Lage —, daß Sie offenbar einer Fehlinformation aufgesessen sind? Sie waren doch nicht dabei. Wenn man es Ihnen falsch erzählt hat, ist das doch nicht so ein Drama.

(Scharping, SPD: Ich habe es nachgelesen!)

— Sie haben es nachgelesen. Dann haben Sie auch gesehen, daß das wahr ist, was der Ministerpräsident gesagt hat, und daß dies vollkommen in Übereinstimmung mit den Tatbeständen steht.

Im übrigen möchte ich, auch im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten, schon sagen: Es zeichnet sich deutlich ab — die Ausführungen von Staatssekretär Huonker sind dafür ein Beleg, aber es gibt auch Belege aus unseren täglichen Erfahrungen —, daß die Befürchtungen, die wir in bezug auf diese Investitionszulage gehabt und zum Ausdruck gebracht haben, sich bewahrheiten werden. Es zeichnet sich ab, daß es wahrscheinlich schlimmer kommt, als wir uns dies vorgestellt haben, das heißt, die Phantasie der Betroffenen in der Wirtschaft — das muß man leider so sagen —, Umgehungen zu ersinnen, ist noch bedeutender, als man es sich vielleicht vorgestellt hat. Es war aber damit zu rechnen, daß Umgehungsmöglichkeiten erdacht würden; das ist immer so, wenn man versucht, auf diese Weise Gesetze zu basteln, mit denen man eine sogenannte Feinststeuerung betreiben will. In diesen Fällen kommt das ebenso, und wahrscheinlich werden die 4 Milliarden DM, mit denen wir gerechnet haben, nicht reichen, sondern es wird noch viel teurer werden. Und die 100 Millionen DM für das Land Rheinland-Pfalz werden dann auch nicht reichen, ebenfalls nicht die 30 Millionen DM für unsere Gemeinden. Es wird wahrscheinlich viel teurer werden, und der Nutzen wird genau der sein, den wir prophezeit haben, nämlich sehr, sehr gering, vielleicht Null. Wir fühlen uns also in unserer Einstellung zu dieser Investitionszulage vollkommen bestätigt.

Herr Kollege Klein und Herr Kollege Scharping, Sie haben beide anzudeuten versucht, dies zum wiederholten Male hier, wir hätten in der Wirtschaft und Finanzpolitik eigentlich keine Alternativen. Das wird oft gesagt. Es ist insbesondere, seitdem es so schlecht um Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland steht, die immer wiederkehrende Beschwörungformel. Sie sind längst davon abgekommen, für sich in Anspruch zu nehmen, daß Sie die Dinge im Griff haben, daß Sie es gut machen, daß es unter Ihrer Führung in Bonn in Ordnung geht. Das sagen Sie nicht mehr, weil Sie es nicht mehr vortragen können; die Tatsachen sprechen eine zu deutliche Sprache dagegen. Da bleibt als letzte Ausflucht nur, zu sagen: Es mag schlecht stehen, aber mit der CDU wäre es auch nicht besser! — Ein gutes Stück Bescheidenheit ist Ihnen da schon zugewachsen, aber auch diese Aussage ist falsch. Selbstverständlich unterstellt niemand hier, und das hat auch Dr. Vogel hier ganz klar gesagt, daß mit einem Regierungswechsel in Bonn wie durch Zauberschlag die wirtschaftliche Lage sich ändern würde. Daß man es aber besser machen kann und daß es wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gibt, die eine Umkehr auf dem jetzt verhängnisvollen Weg der Stagnation, der Entwicklung nach unten bringen können, davon sind wir allerdings überzeugt, und diese Alternativen haben wir viele Male auch hier im Landtag vorgetragen. Ich kann sie nicht im einzelnen wiederholen; der Herr Ministerpräsident hat Beispiele hierfür genannt, auch dafür, wie man die öffentlichen Haushalte sanieren kann und soll. Er hat auf unser Vorschlagspaket vom vergangenen Herbst, vom Oktober und November, im Bundesrat vorgetragen in Form von sieben wichtigen Punkten, die genau dargelegt waren, verwiesen und auch heute wieder Beispiele hierfür zitiert. Das ist doch wohl, wie ich hoffen möchte, bei Ihnen nicht in Vergessenheit geraten. Dies waren und sind mutige Alternativvorschläge.

Die Sanierung der öffentlichen Finanzen ist zwar nicht das einzige, was wir tun müssen, um die Wirtschaft wieder oder besser in Gang

zu bringen, aber ohne das wird es nicht gehen, das ist ganz klar. Auch das kann nicht auf einen Schlag geschehen; es muß so geschehen, wie der Sachverständigenrat es mehrfach gefordert hat, nämlich allmählich, aber verlässlich. An dieser Verlässlichkeit fehlt es jetzt.

Es ist auch völlig abwegig, immer wieder den Versuch zu unternehmen, die deutschen Bürger mit dem Verweis auf eine Politik à la Reagan oder Thatcher zu erschrecken. Die politische Konzeption, wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch, an der wir gemessen werden wollen und allein gemessen werden können, ist diejenige, die wir vortragen, nicht diejenige, die in anderen Ländern der Welt gemacht wird. Ich selbst habe mich in öffentlichen Reden häufig auch zu Einzelheiten der Politik von Präsident Reagan geäußert und gesagt, in welchen Punkten ich der Auffassung bin, daß sie nicht den richtigen Weg eingeschlagen hat. Es war offenbar ein Irrtum, durch massive Steuersenkungen — so hat es einmal angefangen, Herr Klein, nicht mit massiven Steuererhöhungen — das Haushaltsloch in die Höhe zu treiben, dies in der Erwartung, die Wirtschaft würde sich dann von selbst so beleben, daß auch die Steuermindereinnahmen ausgeglichen und mehr als ausgeglichen würden. Vielmehr hat sich im Wettlauf zwischen steigenden Zinsen aufgrund des gestiegenen Haushaltslochs und der belebenden Wirkung der Steuersenkungen der Zinsauftrieb wohl als stärker erwiesen.

All das sind Schreckgespenster, die Sie der Bevölkerung vorgaukeln. Sie wollen versuchen klarzumachen, daß es dann hier, wenn die CDU die Regierung in Bonn übernehme, so gehen würde wie in vielen Ländern, wo in der Tat die Verhältnisse nicht gut sind. Dieses sonderbare Spiel wird Ihnen nicht gelingen. Die Auseinandersetzung findet statt aufgrund unserer Politik und unserer Vorschläge, nicht aufgrund von Phantasiegebilden, die Sie von woanders herholen.

Ich muß ein Wort zum Splitting sagen. Es ist vollkommen abwegig, wenn die SPD, und so ein bißchen mit leider auch die F. D. P. in Bonn, dieses Vorhaben, das Splitting zu kappen, verkauft unter der Rubrik: Abbau von Steuervorteilen.

Das Splitting ist kein Steuervorteil. Das Splitting ist die ganz normale und die einzig korrekte und gerechte Form der Besteuerung von Ehegatten. So ist das und nicht anders. Das Splitting sorgt dafür, daß Ehepartner, die ein bestimmtes Einkommen haben, ebenso wie andere, in jedem Falle in gleicher Höhe zur Einkommensteuer herangezogen werden, und zwar unabhängig davon, ob dieses Einkommen durch zwei berufstätige Ehepartner erzielt wird oder ob es dadurch erzielt wird, daß nur ein Ehepartner berufstätig ist und der andere sich den Aufgaben zu Hause widmet. Dies ist die Wirkung des Splitting, und diese Wirkung ist richtig. Sie allein entspricht dem Familienbild des Grundgesetzes, und sie allein entspricht auch dem Familienbild der Christlich-Demokratischen Union.

(Beifall bei der CDU.)

Selbstverständlich hat der Ministerpräsident die Lage auch ganz richtig getroffen, als er das Beispiel der Familien mit Kindern herangezogen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Scharping, SPD.)

— Natürlich haben Sie vordergründig recht, Herr Kollege Scharping. Natürlich war das auch dem Ministerpräsidenten bekannt, als er hier sprach.

(Glocke des Präsidenten.)

— Ich möchte gerade den Satz gerne zu Ende sprechen. Natürlich war ihm bekannt, daß das Splitting nicht direkt von der Kinderzahl oder überhaupt von dem Vorhandensein von Kindern abhängt. Richtig ist aber doch auch, daß die Familien, bei denen ein Ehepartner zu Hause bleibt, eben im allgemeinen die Familien mit Kindern sind, weil hier der Hauptgrund dafür besteht, um sich eben der Erziehung der Kinder und dem Haushalt zu widmen, daß ein Partner zu Hause

(Staatsminister Dr. Wagner)

bleibt und daß infolgedessen in der Tat davon bis zu 90 % und mehr Familien mit Kindern von dieser Kappung des Splitting getroffen werden. Wenn der Ministerpräsident dies nicht ausführlich erklärt hat, dann zweifellos in der Erwartung und Hoffnung, daß Ihnen das schon bekannt wäre oder wenn nicht, daß Sie es auch in der verkürzten Form der Darstellung verstehen würden. Das war ein Irrtum. Ich habe es deswegen hier noch einmal deutlich gemacht. Jedenfalls ist das Splitting kein Steuervorteil, es sei denn, daß die Leute, für die inzwischen wohl jeder Steuersatz unter 100 %, unter Steuervorteil oder Subvention, fällt und die davon ausgehen, daß eigentlich das ganze Einkommen dem Staat zusteht und daß das, was übrig bleibt, in jedem Falle ein Steuervorteil ist – – –

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schweitzer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Gerster?

Dr. Wagner, Minister der Finanzen:

Ja, bitte.

Abg. Gerster, SPD:

Herr Minister Wagner, wollen Sie mit allem Ernst behaupten, daß es dem Verfassungsauftrag in Artikel 6 des Grundgesetzes „Schutz von Ehe und Familie“ widerspricht, wenn die spezifische Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs und hier insbesondere des Ausgleichs von Ehepaaren gegenüber alleinlebenden Alleinverdienern so korrigiert wird, daß der Steuervorteil für die Bestverdienenden von 15 000 DM auf 10 000 DM begrenzt wird? Wollen Sie wirklich behaupten, daß diese Begrenzung dem Artikel 6 des Grundgesetzes widerspricht.

Dr. Wagner, Minister der Finanzen:

Herr Kollege Gerster, ich möchte auch die Gelegenheit der Beantwortung noch dafür benutzen, um klarzustellen, daß ich mich des Verdachts nicht verwehren kann, daß dieser Einstieg in das Kappen des Splitting in der Tat nur ein Einstieg ist, daß man damit einmal anfängt und, wenn man einmal angefangen hat, dann demnächst eben den sogenannten Steuervorteil herunterzieht. Wenn 14 000 DM zuviel sind, wer kann denn dann behaupten, daß 10 000 DM nicht noch zuviel sind? Dann wird man doch demnächst wohl sagen können und müssen, wenn man einmal Geld braucht – Geld brauchen Sie immer – dann dürfen es nur noch 5 000 DM sein. Dann sind diese am Ende auch noch zuviel. Hier geht es um den Einbruch in das System; dieser Einbruch wird von uns nicht toleriert.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist meine persönliche Auffassung, daß es dann in der Tat besser, ehrlicher und korrekter gewesen wäre, die Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen vorzuschlagen. Das ist eindeutig besser als dieser sonderbare Umweg. Die Splittingkappung, die Sie hier machen, ist nichts anderes als eine verstärkte Ergänzungsabgabe, gezielt auf einen bestimmten Kreis von Familien.

(Beifall bei der CDU.)

In der Tat, Herr Kollege Gerster, ich bin der Meinung, daß das, was hier geplant ist, jedenfalls dem Grundgedanken des Artikels 6 und ganz bestimmt aber der familienpolitischen Konzeption, die wir haben, widerspricht. Auch Sie haben wieder vom Steuervorteil gesprochen. Ich muß das noch einmal wiederholen; ich weiß nicht wie

oft! Es handelt sich hier nicht um einen Steuervorteil. Es handelt sich darum, sicherzustellen, daß Ehegatten dann gleichmäßig besteuert werden, wenn Sie ein gleiches Familieneinkommen haben, und daß nicht das eine Ehepaar bei gleichem Einkommen dann mehr Steuern zahlen muß als das andere, nur weil die Herkunft der Einkommen unterschiedlich ist.

Ich glaube, das ist klar und sollte im Grunde genommen auch von Ihnen nicht bestritten werden. Generell muß ich Anstoß daran nehmen, daß Sie jetzt mehr und mehr Ihr Heil darin suchen, zu erklären, die Besserverdienenden müßten zur Kasse gebeten werden. Auch ich muß mich kurzfassen und nicht allzuviel dazu sagen.

(Zurufe bei der SPD.)

– Das hört man bei Ihnen schon ziemlich als eine Maßnahme im Vordergrund. Ich muß Ihnen sagen, daß dieser ganze Denkansatz, wie man Belastungen zu verteilen hat, wie man bei den Besserverdienenden jetzt noch über die hohen Belastungen hinaus, die es ja jetzt schon gibt, Geld holen kann, genau derjenige ist, der uns in diese wirtschaftliche Misere hineingeführt hat.

(Glocke des Präsidenten. –
Beifall bei der CDU.)

Es ist der Denkansatz, der davon ausgeht, daß das, was an Sozialprodukt zu verteilen ist, in jedem Falle da ist, daß das auch ungefährdet ist, daß das in jedem Falle weiter wachsen muß und daß die Aufgabe der Politik nur darin besteht, das möglichst schön zu verteilen und gerecht unter die Leute zu bringen. Genau in dem Denken hat sich ja die SPD all diese Jahre bewegt, und genau dieses Denken hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt sind.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schweitzer:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Gerster?

Dr. Wagner, Minister der Finanzen:

Ja, diese auch noch.

Abg. Gerster, SPD:

Herr Minister Wagner, wenn Sie diesen ordnungspolitischen Denkansatz kritisieren, wie würden Sie dann die Äußerungen des Ministerpräsidenten auf dem deutschen Katholikentag einordnen, wo er, wie ich finde, imponierend formuliert hat: „Ohne sinnvollen und zumutbaren materiellen Verzicht könne es in der Bundesrepublik keine soziale Gerechtigkeit geben“, und wo er konkret die Christen, die katholischen und auch die anderen Christen, gefragt hat „Würdest Du konkret bereit sein, Dich mit einem geringeren Einkommen zu begnügen, damit für andere Arbeit geschaffen werden kann“

Dr. Wagner, Minister der Finanzen:

Herr Kollege Gerster, ich fühle mich jetzt nicht berufen, Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten auf dem Katholikentag zu interpretieren. Ich weiß aber, daß der Ministerpräsident dies in der Auffassung, daß wir in dieser jetzigen Wirtschaftslage keine Abgabenerhöhung mehr gebrauchen können, weil diese Erhöhungen für die Wirtschaftsentwicklung Gift sind, und, daß ich mit ihm darin vollkommen übereinstimme, gesagt hat, und, daß es nicht den geringsten Unterschied in der Auffassung gibt.

(Staatsminister Dr. Wagner)

Es ist jetzt nicht in erster Linie die Frage zu stellen, was wir zu verteilen haben, sondern es ist die Frage zu stellen, wie wir aus der wirtschaftlichen Misere, in der wir sind und in die wir auch durch eigene Politik, die in Bonn gemacht wurde, hineingekommen sind, wieder herauskommen.

Das ist insbesondere dann der Fall, wenn man überlegt, was in den letzten zehn bis 15 Jahren für die strukturelle Entwicklung dieses Landes geschehen ist. Dadurch bedingt mußte auch eine Verschuldung stattfinden. Ich glaube, daß sich das Land mit dieser Verschuldungsposition durchaus sehen lassen kann.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Zuwächse in der Verschuldung in den letzten Jahren — egal, ob ich die letzten fünf Jahre oder die letzten zehn Jahre nehme — beim Lande Rheinland-Pfalz immer deutlich geringer als im Durchschnitt aller Länder waren. Im Durchschnitt aller Länder hat etwa im Zeitraum von 1970 bis 1981 die Verschuldung pro Kopf um 698 %, in Rheinland-Pfalz um 508 % zugenommen. Das ist ein beachtlicher Satz. Das ist auch besorgniserregend; ich will das überhaupt nicht wegdiskutieren. Auch unsere Verschuldung ist selbstverständlich zu hoch. Nur im Vergleich dürfen wir feststellen, daß der Anstieg geringer als der Durchschnitt war. Von 1975 bis 1981 lauten die Zahlen im Länderdurchschnitt 164 vom Hundert, in Rheinland-Pfalz 128 vom Hundert. Ich möchte damit klarmachen, daß es falsch ist, wenn hier die Behauptung aufgestellt wird, bei uns sähe es besonders schlecht aus. Das Gegenteil ist richtig.

Herr Kollege Klein, falsch ist auch, wenn von Ihnen und anderen mit der angeblichen Gefahr gespielt wird, wir kämen in Rheinland-Pfalz in die Nähe der verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenze. Wir haben diese verfassungsrechtliche Verschuldungsgrenze — ebenfalls wie der Bund — in Artikel 117 der Landesverfassung. Wir sind aber von ihr weit entfernt. Ich will Sie an die Zahlen für 1981 erinnern. Die Investitionsausgaben beliefen sich auf 2 076 000 000. Die Nettokreditaufnahme betrug 1 432 000 000; das sind mehr als 600 000 000 Unterschied. Auch wenn man, wie der Rechnungshof das tut und wie ich es nicht ohne weiteres bestätigen will, die Investitionszuweisungen des Bundes in Höhe von etwas über 400 000 000 DM von den Investitionsausgaben absetzt, bleiben wir 1981 weit weg von der bedrohlichen Marke. Herr Kollege Klein, wir bleiben also weit weg von der Notwendigkeit, uns auf die Generalklausel des Artikels 117 zu berufen, die enthält, daß das Überschreiten dieser Maximalverschuldung zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts statthaft ist. Sie wissen, daß die Bundesregierung in den letzten Jahren häufig genötigt war, sich auf diese Klausel zu berufen. Das Land Rheinland-Pfalz ist dies nicht. Insofern ist mir also wirklich absolut unbegreiflich, wie Sie zu diesen Anspielungen kommen, wenn ich mir unsere Lage und die des Bundes in diesem Punkte anschau.

(Klein, SPD: Ich mache mir die Sorge des Rechnungshofs zu eigen!)

— Auch der Rechnungshof hat nicht gesagt und hat nicht sagen können, wir hätten diese Grenze überschritten.

(Klein, SPD: Ich mache mir die Sorge des Rechnungshofs zu eigen!)

— Es ist eine Sorge, zu der ich sage, daß wir von dem Erreichen dieses Punktes deutlich entfernt sind. Ich füge hinzu: Der Bundesfinanzminister wäre sehr froh und hätte allen Anlaß, sehr froh in diesem Punkte zu sein, wenn er unsere Sorgen und nicht die seinen hätte.

Es ist weiter gesagt worden, Rheinland-Pfalz habe die Investitionen gesenkt, und zwar mehr als alle anderen. Es ist richtig, daß wir im Rahmen der Sparmaßnahmen für den Haushalt 1982 auch unsere Investitionen gesenkt haben, und zwar um 2,5 vom Hundert. Nicht richtig ist, daß dies eine stärkere Senkung als bei anderen Bundesländern gewesen sei. Ich kann Ihnen sofort zwei Bundesländer zitieren, die bei den Investitionen deutlich mehr gesenkt haben. Es sind

die Länder Bremen und Nordrhein-Westfalen. Insofern ist also diese Behauptung eindeutig zurückzuweisen.

Ich möchte vor allen Dingen sagen, daß wir namentlich beim Hochbau als dem empfindlichsten Zweig der Wirtschaft, der von staatlichen Aufträgen mit abhängig ist, darauf geachtet haben, die Aufträge verstärkt vergeben zu können. Wir haben das Sonderprogramm für den Wohnungsbau. Wir ziehen den Hochschulbau durch, obwohl wir in diesem Doppelhaushalt, wie Sie wissen, über 30 Mio. fehlende Bundesmittel vorfinanzieren müssen. Das allein ist ein Investitionsprogramm unseres Landes. Außerdem bauen wir Reste in einer Größenordnung von 50 Mio. DM ab. Allein dieser Resteaabbau, der ebenfalls ein zusätzliches Investitionsprogramm ist, bedeutet, daß damit der leichte Rückgang der Investitionen um 2,5 vom Hundert schon wieder ausgeglichen ist.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schweitzer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Klein?

Dr. Wagner, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, ich möchte jetzt gern im Zusammenhang fortfahren, weil ich mehrere Zwischenfragen nach und nach beantwortet habe.

(Klein, SPD: Ich weise die Behauptung, das sei falsch, mit gleicher Heftigkeit zurück! Sie können nicht hierher gehen und ex cathedra sagen, die Zahlen seien falsch. Ich würde mich als Finanzminister schämen!)

— Das, was ich gesagt habe, ist richtig!

(Klein, SPD: Es ist falsch, was der Herr Finanzminister gesagt hat!)

— Es ist genauso richtig wie das, was ich vorhin zum Ablauf der Investitionszulage gesagt habe. Und da ist ja wohl inzwischen geklärt, wer recht und wer nicht recht gehabt hat, Herr Kollege Klein!

(Klein, SPD: Ich stelle das jedenfalls fest! Seien Sie nicht so überheblich!)

— Es ist schon mehrfach in solchen Disputen geklärt worden, wer recht hatte und wer nicht!

Ich möchte noch eine Bemerkung zu dem Herrn Kollegen Dr. Scholl machen, der sich zum öffentlichen Dienst geäußert hat. Ich stimme der Grundtendenzen dessen, was Sie gesagt haben, durchaus zu. Nur folgendes noch: Sie sagten, die Zahl der Bediensteten im öffentlichen Dienst solle in den nächsten Jahren nicht mehr wachsen. Das ist richtig. Ich weise darauf hin, daß wir im Lande Rheinland-Pfalz uns mit dieser Erkenntnis nicht begnügen, sondern durch die Haushaltsbeschlüsse dazu übergegangen sind, die Zahl zu reduzieren, und zwar um ein halbes Prozent der Planstellen in diesem Jahr und um 1 Prozent der Planstellen im nächsten Jahr. Das ist also nicht nur ein Stillstand und keine weitere Vermehrung der Stellen, sondern es wird eine Zurücknahme vorgenommen.

Sie haben ferner gesagt, es müsse auch erreicht werden, daß die Bezüge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes künftig nicht mehr im Gleichklang mit der Privatwirtschaft wachsen.

(Dr. Scholl, F.D.P.: Nicht mehr immer!)

— Gut, nicht mehr immer. Auch dies ist durchaus vertretbar. Um der Klarheit willen möchte ich nur darauf hinweisen, daß das, was Sie ge-

(Staatsminister Dr. Wagner)

fordert haben, seit einer Reihe von Jahren die Wirklichkeit ist: Ich habe mich noch einmal vergewissert. Seit 1975 bleiben die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und folglich auch die Gehaltsanpassungen im öffentlichen Dienst

(Reitzel, SPD: Das ist genau falsch!)

hinter dem zurück, was durchschnittlich in der Privatwirtschaft vereinbart wird.

(Reitzel, SPD: Das „folglich“ ist unlogisch!)

– Das „folglich“ ist nicht unlogisch, weil bisher

(Reitzel, SPD: Die einen sagen Sozialabgaben und die anderen keine!)

die Beamtengehälter in der Tat immer im Gleichschritt mit den anderen erhöht worden sind. Also ist das in Ordnung.

(Zurufe von der SPD. – Klein, SPD:
Das ist schon wieder falsch!)

– Nein, das ist absolut richtig. Daß die einen Sozialabgaben haben und die anderen keine, gehört zur Struktur der beiden Vergütungs- und Besoldungsordnungen.

(Scharping, SPD: Der finanzielle Effekt ist,
daß der eine mehr hat als der andere!)

– Nein, das ist falsch, Herr Kollege Scharping. Wenn eine Sozialabgabe vor einer Tarifierhöhung da ist, dann ist sie nach der Tarifierhöhung auch vorhanden. Dann bedeutet die Tarifierhöhung in der Tat eine Erhöhung der Gesamtbezüge um den vereinbarten Prozentsatz. Das ist doch wohl klar. Genauso verhält es sich dann auch bei den Beamten.

(Reitzel, SPD: Das ist der Unterschied zwischen
Nennwert und Kaufpreis!)

– Es ist betrüblich, daß so einfache Erkenntnisse bei Ihnen nicht mehr anzubringen sind!

(Widerspruch bei der SPD. – Reitzel, SPD:
Das ist zu einfach!)

Ich kehre zu dem zurück, was ich gesagt habe. Seit 1975 wachsen also die Bezüge im öffentlichen Dienst langsamer als die in der Privatwirtschaft, und zwar im Durchschnitt um 1 Prozent. Das ist übrigens auch die Situation des Jahres 1982. Wir haben im öffentlichen Dienst eine Steigerung von 3,6 Prozent, aber mit der Verzögerung um die drei Monate. Ich klammere jetzt den Streit um die zusätzliche Verzögerung bei den Beamten einmal aus. Wir haben gewisse feststehende Besoldungsbestandteile, so daß sich eine Erhöhung von 3,05 bis 3,10 Prozent ergibt. Die Erhöhungen in der privaten Wirtschaft belaufen sich im Schnitt auf etwa 4,2 Prozent. Wir haben also auch hier in diesem Jahre diesen Unterschied von einem Prozent, so daß das, was Sie hier als notwendig erachtet haben, eigentlich schon in den vergangenen Jahren getan worden ist.

Ich halte dieses im Hinblick auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst auch für die Vergangenheit und, ich möchte hinzufügen, sicherlich auch noch für die Zukunft für durchaus vertretbar.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren! Es ist vorhin Kritik laut geworden, weil ich zwei Mitgliedern der Landesregierung hintereinander das Wort

erteilt habe. Ich weise auf § 26 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung hin. Danach müssen Mitglieder der Landesregierung und ihre Beauftragten auf ihr Verlangen jederzeit das Wort erhalten.

(Klein, SPD: Die Geschäftsordnung ändern! – Ministerpräsident Dr. Vogel: Das steht in der Verfassung, Herr Klein!)

Ich begrüße neue Gäste auf der Zuschauertribüne. Wir haben Mitglieder der Frauen- und Müttergemeinschaft Trier und Mitglieder der CDU, Kreis und Stadt Landau. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause.)

Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Heinz das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich ein paar kurze Anmerkungen zu Ihren Ausführungen, Herr Kollege Scharping, machen. Leider ist meine Redezeit sehr begrenzt, weil ich zu einem anderen wichtigen Thema noch Stellung nehmen möchte. Eines aber lassen Sie mich kurz sagen. Wir, die Freien Demokraten, lehnen weitere zusätzliche steuerliche Mehrbelastungen, ebenso etwaige Arbeitsplatzabgaben ab, weil wir der Meinung sind, daß das der Wirtschaft und all denen, die im Arbeitsprozeß stehen, nicht mehr zuzumuten ist. Und das ist natürlich auch erneut eine Empfehlung an unsere Freunde in Bonn, sich demnach zu verhalten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Zu den Ausführungen von Ihnen, Herr Kollege Wilhelm, zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten heute vormittag muß ich sagen, daß Sie durch Ihre spaßigen Anmerkungen nicht viel zur Sache selbst beigetragen haben. Ich habe in anderen Redebeiträgen bessere und sachlichere Hinweise von Ihnen vernommen. Aber das habe ich heute vermißt. Aber dennoch will ich auf zwei Anmerkungen eingehen.

Einmal: Sie sprachen davon, die Geisterdiskussion um die WAA, das heißt, um die Wiederaufarbeitungsanlage, zu beenden und wünschten sich statt dessen mehr Sachdiskussion. Genau dies, Herr Kollege Wilhelm, wünscht auch die F.D.P.-Fraktion. Aber wir brauchen zunächst in der Sache Klarheit und Wahrheit. Das wollen wir geklärt wissen. Und dann leisten wir unseren weiteren Beitrag in der Sachdiskussion.

Dann spöttelten Sie über Untersuchungsausschüsse und verwiesen dabei unter anderem auf den Untersuchungsausschuß „Wein“. Leider, Herr Kollege Wilhelm, muß ich sagen, ist es in Rheinland-Pfalz notwendig gewesen, um sich Wahrheit und Klarheit zu verschaffen, sich eines solchen Untersuchungsausschusses bedienen zu müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Dies, meine Damen und Herren, finde ich sehr bedauerlich, daß man einen solchen Weg einschlagen muß. Und seien sie ehrlich, es ist Ihnen ja nicht unbekannt geblieben, daß es heute Parlamentarier in diesem Hause gibt, die ebenso überrascht sind wie ich, indem sie sagen, was in einem solchen Ausschuß alles zu hören und zu erfahren ist. Dazu, nicht unbekannterweise, Herr Kollege Wilhelm, bekenne Sie sich auch. Und daß es in Kabinettsberatungen in der Sache WAA knallharte Vorwürfe darüber gab, daß Ressortminister über stattgefundene Gespräche nicht informiert wurden oder gar zu Besprechungen mit der DWK nicht eingeladen wurden, daß es darüber im Kabinett knallharte Auseinandersetzungen gab

(Klein, SPD: Hört, hört!)

ist Ihnen doch sicherlich nicht unbekannt geblieben.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! – Beifall bei der SPD.)

(Heinz)

Und zu den — — —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schweitzer:

Herr Abgeordneter Heinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Vogel?

Abg. Heinz, F.D.P.:

Bitte sehr, Herr Präsident!

Abg. Dr. Vogel, CDU:

Herr Abgeordneter Heinz, wären Sie so freundlich, Roß und Reiter, daß heißt, zu Ihrer Bemerkung Namen zu nennen?

(Zurufe von der SPD. — Heiterkeit bei der SPD.)

Abg. Heinz, F.D.P.:

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mir noch ein wenig Zeit.

Zu der von Ihnen gestellten Frage — — —

(Zuruf. — Reitzel, SPD: Ab der nächsten Periode — — — !)

— Sehr wohl Herr Minister Holkenbrink.

In den von Ihnen in Ihrer Regierungserklärung heute morgen gemachten Ausführungen, Herr Ministerpräsident, sprachen Sie davon, Sie lehnen es ab, von der Hauptsache abzulenken und statt dessen immer wieder nach Kleinigkeiten nachfragen zu lassen. Wir wünschen das auch nicht, Herr Ministerpräsident. Statt dessen aber wollen wir zunächst Klarheit in der Sache, und dann können wir offen und ehrlich miteinander in den Dingen weiter vorangehen.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Vogel.)

Dazu darf ich Ihnen folgendes sagen: Mir liegt ein Brief eines Vorstandsmitgliedes der DWK vor. Und da möchte ich einen Beitrag mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren wollen. Der sagt: „Es ist völlig unrichtig, daß ich wochenlang unter Politikern und Journalisten in Rheinland-Pfalz die Version verbreitet hätte, die Landesregierung selbst habe die DWK zur Auswahl des Standortes Kaisersesch ermuntert und dies mit den dort herrschenden politischen Mehrheitsverhältnissen der CDU begründet. Richtig hingegen ist aber, daß ich in Gesprächen mit Politikern und Journalisten meine große Enttäuschung über das Verhalten der örtlichen zuständigen Parteiorganisationen, auch der CDU und insbesondere der Jungen Union, deutlich zum Ausdruck gebracht habe. Dabei habe ich auch darauf hingewiesen, daß die besonders im Vordergrund stehende Frage des Zusammentreffens mit militärischen Einrichtungen bezüglich des von uns benannten Standortes Kaisersesch vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium vorab diskutiert und nach Maßgabe des rheinland-pfälzischen Kriterienkatalogs als nicht relevant bezeichnet worden ist. Diese beiden Umstände, nämlich die Stellungnahme der örtlich zuständigen Parteiorganisationen und die Hinweise auf die in der Region bereits vorhandenen militärischen Einrichtungen, standen im Vordergrund der Diskussion, so daß ich dazu mehrfach Stellung nehmen mußte.“

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Landtagsfraktion bedauert es, daß die Landesregierung mit der heutigen Regierungserklärung

(Zurufe. — Ministerpräsident Dr. Vogel: Von wem war das?)

Dem — — —

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Sie haben eine Zeile überlesen! Wer war denn das? Wer hat denn das gesagt?)

— Ich habe vorhin gesagt, „von einem Mitglied des Vorstandes der DWK“.

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Wer ist das Roß, und wer ist der Reiter? — Weitere Zurufe.)

Die Landtagsfraktion bedauert, daß die Landesregierung mit der heutigen Regierungserklärung den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf nicht widerlegt hat, daß im Zusammenhang mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Kaisersesch die Bevölkerung dieses Gebiets, ebenso aber das Parlament nach allen Regeln der Kunst verschaukelt worden sind.

(Zuruf von der CDU.)

Die völlige Überraschung des Herrn Ministerpräsidenten über die Benennung von Kaisersesch ist mit der völligen Überraschung in der Bevölkerung gleichzusetzen. Da nach dem Beschluß im DWK-Vorstand über den Standort Kaisersesch am 5. März. Sie, Herr Ministerpräsident, und andere Regierungsmitglieder am 8. März — dazu Anmerkung: Das haben wir erstmals aufgrund meiner schriftlichen Anfrage von der Landesregierung im nachhinein zu hören bekommen. — Darüber kein einziges Wort verloren haben, müssen wir folgende Fragen an Sie richten:

Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr wurde am 2. März über den Abschluß des Standortauswahlverfahrens durch die DWK mit der Maßgabe informiert, daß nun eine Entscheidung im Vorstand getroffen werden sollte.

Würde bei dieser brisanten Thematik die Landesregierung nicht über die anstehende Sitzung vom 8. März informiert? Hat sie auch nicht an dem Termin für diese wichtige Entscheidung — — —

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Vom 8.?)

— vom 5. März informiert.

Hat sie auch nicht nach dem Termin für diese wichtige Entscheidung nachgefragt?

Wenn am 8. März — und dieser Termin wurde uns ja erst nachträglich mitgeteilt — wirklich nicht über den Standort Kaisersesch gesprochen wurde, warum traf einer der Gesprächsteilnehmer — und hier meine ich Herrn Staatssekretär Dr. Brix — nur drei Tage später, nämlich am 11. März, erneut mit einem Vorstandsmitglied der DWK zusammen?

Welchen Sinn hatte dieses Treffen, wenn doch die Bekanntgabe des Standortes erst für den 12. März vorgesehen war und sich die Landesregierung von dieser Entscheidung wohl überraschen lassen wollte? Was hat ein DWK-Vorstandsmitglied zu der Aussage gegenüber mehreren Personen veranlaßt, die Landesregierung selbst habe die DWK zur Auswahl von Kaisersesch ermuntert und dies mit den dortigen Mehrheitsverhältnissen begründet?

(Staatsminister Holkenbrink: Wer hat das gesagt? — Zurufe von der CDU-Fraktion.)

Gab es demnach bei der Beschlußfassung im DWK-Vorstand noch zumindest ein als Standort in Frage kommendes Gebiet mit einem anderen politischen Mehrheitsverhältnis? Warum scheut sich die Landesregierung davor, einzuräumen, daß sie versucht hat, auf die Standortbenennung Einfluß zu nehmen? Wird das unterschiedliche Vorgehen anderer Landesregierungen in dieser Frage demzufolge etwa als falsch angesehen? Warum hat die Landesregierung in der Be-

(Heinz)

antwortung der Mündlichen Anfrage der F.D.P.-Fraktion nicht vollständig über geführte Gespräche mit der DWK berichtet und erst in einem Antwortschreiben der Staatskanzlei auf mein Schreiben vom 12. August weitere Informationen scheinbar nachgereicht? Ich erinnere an den Termin 2. März, der bis dahin nicht bekannt war; der Termin 8. März war bis dahin nicht bekannt. Teilt die Landesregierung die Befürchtung der F.D.P.-Fraktion, daß die restriktive Information der Öffentlichkeit durch die Landesregierung die Gegner einer Wiederaufbereitungsanlage in ihrem Vorwurf unterstützt, die Landesregierung und die DWK hätten an der Bevölkerung vorbei verdeckte Absprachen getroffen? Ist die Landesregierung nicht auch der Meinung, damit die Wiederaufbereitung insgesamt in Mißkredit gebracht werden kann?

Das bisherige Verfahren, meine Damen und Herren, bezüglich der Standortauswahl für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage im Raume Kaisersesch durch die DWK ist nach heutiger Feststellung sehr unglücklich verlaufen, und aufgrund der bisher angegebenen Erklärungen der Landesregierung und dankenswerterweise vieler Presse- und Medienberichte stellt sich hier ein sehr verworrenes Bild dar.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Deshalb braucht man sich nicht über die entstandene Unruhe in der Bevölkerung zu wundern, vielmehr muß man für den Unmut und die Verärgerung, die entstanden sind, Verständnis haben. Gerade dies ist unsere Aufgabe, sogar Verpflichtung, in der Sache weiter tätig zu werden.

Meine Damen und Herren, im nachhinein stellt sich mir die Frage: Was hat die DWK veranlaßt, am 12. März per Fernschreiben die Landesregierung über den Standort Hambuch/Illicherich bei Kaisersesch zu informieren? Sollte damit etwa bei dem am 16. und 17. März stattfindenden Anhörtermin im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr etwa bewußt schon über den Standort Hambuch/Illicherich diskutiert werden? Vermutlich ja;

(Zurufe von der CDU.)

denn sonst hätte die Landesregierung dazu sicher vorher etwas ausgesagt.

Im August 1981, meine Damen und Herren, hat die DWK bereits dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr 15 Standorträume vorgestellt und darum gebeten, diese einer Vorprüfung, gleichzeitig unter Gesichtspunkten der militärischen und zivilen Verteidigung, zu unterziehen. Im Oktober 1981 wurde der DWK der Wunsch der Landesregierung zur Kenntnis gegeben, das Rheintal und Moseltal bei der Suche nach geeigneten Standorträumen und -flächen auszuklammern und daß bezüglich der elf genannten Standortflächen nach dem Kriterienkatalog keine Bedenken aus der Sicht der militärischen und zivilen Verteidigung bestünden. Diese elf Standortflächen — dazu, meine Damen und Herren, gehört auch der Standort bei Kaisersesch — wurden von der DWK und von der beauftragten Landsiedlung, die für die DWK tätig ist, auf ihre Eignung unter den Gesichtspunkten des rheinland-pfälzischen Kriterienkatalogs untersucht. Als Ergebnis dieser Untersuchungen verblieben dann fünf geeignete Standortflächen, darunter auch Kaisersesch. Wir haben auch erstmals von der Landsiedlung Rheinland-Pfalz gehört, nachdem wir danach gefragt hatten. In der ersten Stellungnahme der Landesregierung wurde uns nicht mitgeteilt, daß die Landsiedlung Rheinland-Pfalz, die im übrigen eine Tochter der Landesregierung ist, — denn das Land Rheinland-Pfalz ist an der Landsiedlung mit 77,1 % beteiligt; das sollte man schlicht und einfach von der Sache her auch einmal wissen — beteiligt ist.

(Wilhelm, CDU: Das ist bekannt! —
Zurufe von der CDU. — Unruhe im Hause.)

Herr Ministerpräsident, Sie machten freundlicherweise den Einwurf: Gut, daß Sie das jetzt wissen. — Sie wußten das früher schon.

Diese Frage kommt nicht von ungefähr; denn das ist zum Beispiel eine Möglichkeit, über Standorte oder den Standort informiert zu sein.

Wenn ein Vater seine Töchter fragt, kann man in der Regel davon ausgehen, daß man auch eine Auskunft bekommt.

(Unruhe im Hause. — Keller, CDU: Haben Sie Töchter, und sagen die alles? — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe für den Redner.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Meine Damen und Herren, bereits am 19. Februar führte der Landrat des Kreises Zell, Herr Bartos, bei der DWK in Hannover Gespräche, vermutlich über den Standort Kaisersesch. Merkwürdigerweise aber sind Landräte aus anderen Standortgebieten nicht zur DWK nach Hannover eingeladen worden. Folglich wurde in Hannover nicht nur über das gute oder schlechte Wetter an der Mosel oder in der Eifel gesprochen, sondern ganz konkret über den Standort Kaisersesch. Dazu, so hoffe ich, werden Sie, Herr Ministerpräsident oder aber Herr Minister Holkenbrink, noch Auskunft geben;

(Staatsminister Holkenbrink: Ganz gerne!)

denn der Landrat ist nach dem Termin 19. Februar zu einem Gespräch bei Ihnen gewesen und hat Sie über den Inhalt seines Besuches in Hannover informiert. Uns würde interessieren, was da an wichtigen Informationen gelaufen ist.

Am 5. März, meine Damen und Herren, erfolgte der besagte Vorstandsbeschuß der DWK für den Standort Kaisersesch.

Erstmals erfuhren wir, daß bereits am 2. März das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr von der DWK informiert wurde, daß die Standortuntersuchungen zu Ende seien und dem Vorstand geeignete Standorte vorgeschlagen würden. Unter den dabei genannten Flächen befand sich wiederum Kaisersesch. Erstmals erfuhren wir dann vom Chef der Staatskanzlei am 27. August, daß bereits am 8. März Gespräche zwischen der Landesregierung und der DWK stattgefunden haben. Hier darf ich aus einem Fernschreiben der DWK zitieren. Hier sagt die DWK: Vor dem 12. März haben keine Gespräche über Standorte im größeren Kreis mit Vertretern der Landesregierung stattgefunden.

Daraufhin dämmerte mir,

(Heiterkeit im Hause.)

und ich habe schlicht und einfach gefragt: Könnte es denn ein kleinerer Kreis Interessenten gewesen sein? Und siehe da, der Chef der Staatskanzlei teilte mit: Jawohl, am 8. März haben Gespräche mit dem Vorstand der DWK stattgefunden. Als Vertreter der Landesregierung haben teilgenommen: der Herr Ministerpräsident, der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr, der Herr Staatssekretär Brix und ein Referent der Staatskanzlei, in Klammern: nicht aber der Minister für Umweltwesen.

(Hört, hört! bei der SPD. — Dr. Volkert, CDU:
Das grenzt an eine Verschwörung!)

Am 11. März fand ein Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär Brix und Herrn Salander von der DWK statt, wobei — so heißt es — über noch verbliebene Standorte gesprochen worden sei. Zur gleichen Zeit, am 11. März, weilte übrigens auch die CDU-Fraktion auf

(Heinz)

einer Klausurtagung im Kreis Cochem-Zell. Meine Damen und Herren, kein Einwand gegen Ihre Tagung in Cochem-Zell!

(Wilhelm, CDU: Aber?)

Merkwürdig dabei ist aber, daß in dieser Klausurtagung nach dem Standort Kaisersesch gefragt wurde

(Unruhe bei der CDU – Rocker, CDU: Wo?)

und, wie Sie wissen, der Herr Ministerpräsident bis zu diesem Zeitpunkt angeblich davon nichts gewußt hat.

(Zurufe von der CDU.)

Am 12. März kommt dann der gewünschte und erwartete Beschluß per Fernschreiben, nachdem Vorstand und Aufsichtsrat am 12. März getagt und dies der Landesregierung mitgeteilt haben.

Am Samstag, dem 13. März, bestätigte dann der Sprecher der Landesregierung den Eingang des Fernschreibens der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung. Am 17. März erklärte dazu der Herr Ministerpräsident vor Journalisten in Mainz, die Landesregierung sei über den Standortvorschlag genauso überrascht gewesen wie die Bevölkerung des betreffenden Gebietes. Ich, meine Damen und Herren, finde im nachhinein diese Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten als sehr und äußerst merkwürdig.

(Reitzel, SPD: Erbärmlich!)

Am 15. Juli wurde von der DWK der Antrag zum raumplanerischen Verfahren des Standortes bei Kaisersesch gestellt. Vorher ist laut Aussage des Herrn Ministerpräsidenten keinerlei Prüfung vorgenommen worden.

Am 27. Juli teilte der Chef der Staatskanzlei mit, daß das raumplanerische Verfahren erst Anfang September eingeleitet werden könne. Merkwürdig dazu ist die Aussage des zuständigen Referenten in der Staatskanzlei, der sagt: Wenn wir schnell entscheiden, werden wir negativ entscheiden; je länger das Verfahren dauert, desto wahrscheinlicher ist die Genehmigung des Projektes. – Und es geht weiter: In der Staatskanzlei rechnet man im Falle Kaisersesch allerdings nicht mit größeren Schwierigkeiten. – Gemeint: bei der Prüfung der atomrechtlichen Kriterien. – Die sicherheitstechnischen Probleme – so der Referent – seien mittlerweile abgeklärt. – Diese beiden Zitate sind nachzulesen in einer rheinland-pfälzischen Tageszeitung. Tatsache aber ist, meine Damen und Herren, daß atomrechtliche und sicherheitstechnische Genehmigungsverfahren von der DWK überhaupt noch nicht beantragt sind.

Und nun stellt sich uns die Frage – darüber müßte die Landesregierung Auskunft geben –: Wußte die Landesregierung vor dem 12. März über die beabsichtigte Standortentscheidung bei Kaisersesch zur Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage? Noch einmal, Herr Ministerpräsident: ja oder nein?

Weiterhin erlaube ich mir die Frage: Ist die Landesregierung inzwischen über den Besuch von Herrn Landrat Bartos vom 19. Februar 1982 informiert worden? Wenn ja, bitte ich um die inhaltliche Angabe dieser Information. Und ich ergänze: Oder wurde der Herr Landrat gar von Ihnen, der Landesregierung, dort nach Hannover hin entsandt?

(Staatsminister Holkenbrink: Nein!)

Nächste Frage: Bezieht sich die Erklärung des Ministers für Wirtschaft und Verkehr in der Plenarsitzung am 8. Juli 1982, in der nur von Mitgliedern der Landesregierung und Mitarbeitern der Ministerien die Rede war, auch auf Staatssekretäre im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr und im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt? Hat die Landesregierung inzwischen geklärt, ob vor

dem 12. März doch noch ein Kreis von weiteren, uns bisher nicht bekannten Personen von dem Vorschlag Kaisersesch wußte

(Staatsminister Holkenbrink: Das hat sie!)

und, wenn die förmliche Entscheidung in Hannover erst am Nachmittag des 12. März gefallen ist, dennoch davor informiert worden ist? Immerhin sagt hierzu die DWK in einem Fernschreiben, das ich vorhin schon einmal zitiert habe, daß vor dem 12. März kein größerer Kreis von Personen über den Vorschlag Kaisersesch informiert wurde.

Dazu meine Ergänzungsfrage: Hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz etwa auch die im Auftrag der DWK tätige Landsiedlung als Gesprächspartner an den Gesprächen mit der DWK eingeladen und zu Informationen gebeten?

Aufgrund des bisherigen Sachverhaltes, meine Damen und Herren, habe ich ernsthafte Zweifel, ob der Landtag in der Plenarsitzung am 8. Juli durch die Berichterstattung des Ministers für Wirtschaft und Verkehr objektiv richtig unterrichtet worden ist. Uns geht es wegen der Wichtigkeit der Sache darum, von der Landesregierung Klarheit zu erfahren, ob es in beiden Ministerien etwa Eigenmächtigkeiten gegeben hat, die uns bisher dennoch verschwiegen worden sind. Die Angelegenheit ist für uns, die F.D.P.-Fraktion, deshalb so wichtig, weil uns daran gelegen ist – und wir bestehen darauf –, eine umfassende Transparenz von Anfang an als gewährleistet ansehen zu können. Bedauerlicherweise aber bleibt bei der uns bislang gegebenen Information festzustellen, daß die Landesregierung bisher in dieser Angelegenheit noch nicht offen, korrekt und ehrlich genug informiert hat, wie dies bei einer solch wichtigen Aufgabe, bei einer solch wichtigen Anlage im Interesse der Bürgerschaft dieses Landes unbedingt hätte sein müssen. Ich mache keinen Hehl daraus, Herr Ministerpräsident, Ihnen zu sagen, daß ich sehr enttäuscht bin und daß wir sehr enttäuscht sind

(Staatsminister Holkenbrink: Was heißt „wir“?)

– wir, die F.D.P.-Fraktion –, daß gerade in dieser Sache ein großes Mißtrauen gegenüber der Landesregierung entstanden ist; und je nach dem weiteren Verlauf der Debatte wird sich die Fraktion überlegen müssen, was gegebenenfalls zu tun ist, um in dieser fast schon leidigen Angelegenheit Klarheit zu bekommen.

Nach dem 4. August, meine Damen und Herren, haben sich überdies noch ein paar Zusammenhänge ergeben. Am 11. August gibt der Ministerialdirektor Schreiner den Bürgerinitiativen Antwort auf ihre Resolution mit dem Hinweis, dennoch könne die Landesregierung das Vorhaben nicht ungeprüft ablehnen. Die Landesregierung gehe unvoreingenommen an diese Prüfungen. Am 12. März – einem Bericht der Rhein-Zeitung zu entnehmen – teilt Herr Dirksen Herrn Mohr der Bürgerinitiative Greimersburg mit, die Vorprüfung der Landesregierung hinsichtlich der militärischen Belastung sei der Grund für die Entscheidung zugunsten des Standortes Hambuch/Illerich gewesen. Dieser Behauptung setzt die DWK die Richtigstellung entgegen, die Landesregierung habe zu keiner Zeit in irgendeiner Weise Einfluß auf die vom DWK-Vorstand am 5. März getroffene Entscheidung genommen.

Meine Damen und Herren, am 18. August erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Kollege Klein, in einem Südwestfunkinterview in einem Gespräch mit Herrn Dr. Scheuten von der DWK mehr oder weniger offen, die Landesregierung sei der Auffassung, daß man dort in Kaisersesch einmal planen sollte. Dort seien die politischen Verhältnisse stark für die CDU, und man erwarte eigentlich in diesem Bereich keine allzu großen Widerstände.

Am 25. August erklärte Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, er erwäge mit seinen Amtskollegen in Hessen, Bayern und Niedersachsen, durch eine Übereinkunft die Zahl der Standorte zu reduzieren, an denen die DWK derzeit prüfen lasse. Inhaltlich haben Sie, Herr Ministerpräsident, heute morgen ähnliches auch erklärt.

(Heinz)

Meine Damen und Herren, demgegenüber erklärte der Minister für Wirtschaft und Verkehr, Herr Holkenbrink, im Plenum des Landtages am 8. Juli der F.D.P. auf ihre Anfrage: „Die DWK hat in Rheinland-Pfalz wie in anderen Bundesländern einen Rechtsanspruch auf ordnungsgemäße Prüfung ihrer Anträge. Daher sind Absprachen mit den in Betracht kommenden Bundesländern nicht möglich.“ Merkwürdigerweise finden wir auch einen Widerspruch im Pressebericht des TV vom 4. Mai, wonach zum raumplanerischen Verfahren drei Fragen zu klären sind, von denen ich nur die erste ansprechen möchte, bei der es heißt: Ist die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage im Hinblick auf die in diesem Raum vorhandenen Verteidigungsanlagen mit den Erfordernissen der Verteidigung vereinbar? Meine Damen und Herren, in mir vorliegender Korrespondenz ist diese Frage bereits vor der Standortentscheidung für Kaisersesch geklärt und geprüft worden. Auch hierin ist ein Widerspruch, und es fragt sich in der Tat, was das ganze Hin und Her noch soll und was wir tun müssen, um endlich einmal Klarheit in der Sache zu bekommen. Bei diesem inzwischen entstandenen Durcheinander stellt sich uns erneut die Frage, wie man nun hier Klarheit schaffen kann.

(Heiterkeit bei der CDU. — Dr. Volkert, CDU:
Kommen Sie noch klar?)

— Ich weiß nicht, was es hier zu lachen gibt, denn das sind doch in der Tat nachgewiesenermaßen scheinbar von Ihnen, der Landesregierung, abgegebene Erklärungen. Meine Damen und Herren, wäre das einmal inhaltlich chronologisch, korrekt und klar gesagt worden, hätten wir uns die Stunden hier und heute allesamt ersparen können.

(Beifall bei der SPD.)

Bitte haben Sie Verständnis, daß es Aufgabe einer Oppositionsfraktion sein muß, wenn die Landesregierung selbst nicht in der Lage ist, chronologisch zu berichten, dies selber durch Fragestellungen zu tun. Meine Damen und Herren von der CDU, daß Ihnen diese Fragen unpassend sind und daß Sie sich dabei langweilen, dafür habe ich sehr wohl Verständnis.

(Rocker, CDU: Da haben Sie recht!)

Ich möchte abschließend Ihnen, Herr Ministerpräsident, einen Hinweis geben. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, grundsätzlich dafür zu sorgen, daß, wenn Ihre Vertreter, Mitglieder des Kabinetts, in solch wichtigen Fragen hier informieren, wir, die Mitglieder des Landtages, offen, ehrlich und zusammenhängend informiert werden, denn dann können wir uns in Zukunft einen solchen Ärger wie heute ersparen, und das Ansehen des Landesvaters — damit meine ich Sie, Herr Ministerpräsident — würde in der Öffentlichkeit nicht so sehr geschmälert, wie dies in der Angelegenheit Kaisersesch geschehen ist. Ich bedanke mich dennoch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und SPD.)

Vizepräsident Schweitzer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Volkert.

Abg. Dr. Volkert, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Scharping, lassen Sie mich zunächst kurz auf Sie eingehen. Sie hatten vor allen Dingen den Beitrag unseres Fraktionsvorsitzenden als wenig konstruktiv bezeichnet. Wenn Sie allerdings der Meinung sind, daß das, was dann hinterher aus Ihrem Munde kam, konstruktiv gewesen sei, dann darf ich Ihnen versichern, daß Sie sich in einem schlimmen Irrtum befinden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Ich darf auch an dieser Stelle sagen, daß Sie einen derart persönlichen Ton in die heutige Debatte hineingebracht haben, wie das meines Erachtens dankenswerterweise alle Redner vorher vermieden hatten. Ich weiß allerdings, Herr Scharping, so wie ich Sie kenne, daß Sie überhaupt nicht in der Lage sind, zu erkennen, daß Sie einen solchen Ton hier hereingebracht haben.

(Zurufe von der SPD. —
Reitzel, SPD: Das war jetzt
gänzlich abstrakt, was Sie gesagt haben?)

— Das war völlig abstrakt.

(Reitzel, SPD: Gut, daß das gedruckt wird!)

Lieber Herr Heinz, Sie haben von einer sehr großen Verwirrung gesprochen. Ich glaube, ich kann Ihnen auch bestätigen, daß die Verwirrung offensichtlich bei Ihnen vorhanden ist. Ich darf Sie allerdings trotzdem fragen, ob Sie meinen, daß das, was hier ausgebreitet wurde — ich meine den Streit um angebliche Zeitpunkte von Informationen —, wirklich das ist, was die Menschen vor Ort an diesem Thema der Wiederaufarbeitungsanlage interessiert,

(Beifall bei der CDU.)

und ob Sie wirklich glauben, daß diese Wortklauberei in der Art einer mittelalterlichen Digestenexegese die adäquate Form ist, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren, ich habe eine ganz andere Sorge. Ich halte es für eine Kernfrage unserer Demokratie, wenn ich zum Beispiel in der Rhein-Zeitung lesen kann, daß am vergangenen Sonntag bei einer Demonstration die Landwirtin Gisela Krämer aus Hambuch/ Illerich gesagt haben soll: „Wir sind nicht bereit, Land herzugeben für eine Anlage, die Menschenleben bedroht oder gar zerstört.“ Meine Damen und Herren, wir müssen hier in aller Eindeutigkeit sagen: Hierzu ist niemand von uns bereit. Ich meine, daß wir es als politisch Verantwortung Tragende einfach nicht unwidersprochen hinnehmen können. Es hätte heute an dieser Stelle gesagt werden müssen, daß wir diese Unterstellungen nicht hinnehmen können. Wenn wir sie wortlos hinnehmen, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß die Menschen tatsächlich glauben, daß die Politiker in diesem Lande zu so etwas fähig sind.

(Beifall bei der CDU.)

Aber die Gefahren, die da herauskommen, sind erheblich größer. Ich hatte in den letzten Tagen und Wochen eine umfangreiche Korrespondenz mit den Bürgerinitiativen im Raume Kaisersesch. Sie haben es mir wohl übel genommen, daß ich in einer Zeitungsmeldung von „Volksverhetzung“ gesprochen habe. Ich meine, wenn demokratischen Politikern ohne weiteres im Zusammenhang mit einer Wiederaufarbeitungsanlage Profitsucht unterstellt wird, dann ist das incidenter die Behauptung, wir seien bestechlich. Ich glaube, das ist doch hier ein Punkt, wo wir alle laut aufschreien müßten. Wir können doch unmöglich hier in diesem Saale so weiterreden, zum Beispiel Sie mit Ihren verschiedenen Daten — ich bin sicher, daß Sie zuletzt selbst nicht mehr durchkamen, Herr Heinz —, und es werden auf dem öffentlichen Markt uns Politikern derartige Handlungsweisen oder Gesinnungen unterstellt. Ich bin nicht bereit, so etwas hinzunehmen, denn ich glaube, wir sind uns doch alle in einem einig: Wir nehmen sehr große persönliche Opfer für unsere politische Tätigkeit auf uns, und sollen wir dann auch noch den Eindruck erwecken, daß wir in dieser Art und Weise handeln? Ich bin der Meinung, daß es heute deshalb viel angebrachter gewesen wäre, über die Notwendigkeit einer solchen Anlage zu diskutieren.

Ich gebe gern zu — und das ist von verschiedenen Seiten gesagt worden —, daß die Wahrscheinlichkeit, daß ausgerechnet Rheinland-Pfalz einer der vier Plätze sein soll, zumindest maximal bei 25 % liegt, vielleicht sogar darunter.

(Dr. Volkert)

Lassen Sie mich noch in der einen oder anderen Frage auf die Schilderung der wirtschaftlichen Situation eingehen. Herr Scharping, Sie haben ja in Ihrer berühmten Art das eine oder andere hierzu gesagt. Sie haben beispielsweise gesagt, Sie wunderten sich — sehr wahrscheinlich unterstellen Sie den Kapitalisten da Bösen Willen —, daß bei all den schönen Gesetzen, degressive Abschreibung auf alles mögliche, Verlustrücktrag über so viele Jahre, die Wirtschaft nicht anspringe.

(Scharping, SPD: Das habe ich gar nicht gesagt!)

— Genau das, damit haben Sie Ihre Rede begonnen; ich habe es minutiös aufgeschrieben. Was nützen alle diese Abschreibungen, wenn ich überhaupt keine Gewinne mache? Ein Verlustrücktrag in einen Verlust hinein ist natürlich eine völlig uninteressante Sache.

(Reitzel, SPD: Das ist aber tiefgründig, was jetzt erklärt wird!)

Herr Scharping, wir haben uns politisch vor vielen Jahren, als wir noch Kandidaten waren, kennengelernt. Ich hatte im Verlaufe des Gesprächs gesagt, daß das, was Sie da wirtschaftspolitisch entwickelten, die Qualität einer Milchmädchenrechnung hätte. Ich brauche diesem Urteil, das ich vor über acht Jahren getroffen habe, nichts hinzuzufügen.

(Scharping, SPD: Sie lernen ja nichts hinzu; dann ist das berechtigt!)

Ein kurzes Wort zur derzeitigen politischen Lage. Es ist doch so: Die CDU hat im Augenblick Zulauf, weil immer mehr Bürger erkennen, daß die Warnungen, welche die CDU nun schon seit Jahren ausspricht, zutreffen. Wir freuen uns ja nicht darüber, daß sie zutreffen, aber sie treffen nun einmal zu.

Die F.D.P. ist seit zwei Jahren in einem schweren seelischen Kampf, bezeichnet mit „Wende“. Ich bin schon der Meinung, daß das, was Herr Dr. Scholl hier gesagt hat, zutiefst seiner inneren Erkenntnis entspringt, daß die Wende einfach notwendig ist; völlig einverstanden, auch wir sind dieser Meinung.

Wie handelt nun die SPD? Ich behaupte oder ich wage diese Behauptung, daß es auch in der SPD eine ganze Reihe von Vertretern gibt, die genau wissen, daß es so, wie es bis jetzt gegangen ist, nicht weitergehen kann. Das, was ich an Ihnen geißele, ist, daß Sie wieder besseres Wissen nicht den Mut haben, das dem Bürger offen zu sagen.

(Beifall der CDU.)

Herr Scharping, Sie haben es natürlich auch nicht gesagt, in keinsten Weise haben Sie das hier dem Bürger gesagt.

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen entsteht unter unseren Augen eine neue politische Gruppierung; ich brauche das Wort nicht auszusprechen. Ich meine, hier in dieser Gruppierung der Grünen

(Heiterkeit im Hause.)

versammelt sich heute eine Gruppe, die all das buchstäblich glaubt, was die SPD in den letzten 15 Jahren verbreitet hat, nämlich daß der Staat unbeschränkt in der Lage sei, Reichtum zu produzieren. Das ist so ein bißchen die Umkehrung des alten Spruches, daß Armut von der Poverité kommt; offensichtlich kommt Reichtum eben vom Staat. Genau das ist die Frucht, die Sie gesät haben, Herr Scharping, und Sie haben sich heute nochmals bemüht, das ein bißchen weiter zu verbreitern.

(Scharping, SPD: Vielleicht sollten Sie sich einmal ein kleines bißchen gründlicher informieren!)

Außerdem haben Sie hier so eine Art Arbeitsteilung betrieben. Der Herr Klein hat mit bewegten Worten die Verschuldung der Landes-

regierung gerügt, hat sie in die Nähe eines Verfassungsbruchs gebracht; Sie haben eben eine Fülle von Forderungen erhoben. Wenn ich das alles addiere, dann werden wir sicherlich weit über dem Verfassungsbruch sein.

Ich will es auch noch an einem anderen Punkt beweisen, der mich eigentlich in den letzten Wochen sehr viel beschäftigt hat, und ich habe mir auch die Mühe gegeben, hier eine große Zahl von Briefen zu schreiben. Es war nämlich der schüchterne Sparversuch der CDU im Kindergartenbereich. Hier ist doch, und ich sage das auch ganz ungeschützt, speziell von den örtlichen Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen eine Stimmung geschürt worden, als hätte sich tatsächlich auf diesem Gebiet eine pädagogische Katastrophe abgespielt. Was hat sich tatsächlich abgespielt? Wir haben das Vorrecht der Kindergärten mit ungeraden Gruppenzahlen, eine halbe Kraft mehr einzustellen, abgeschafft, und wir haben die Kindergärten mit ungeraden Gruppenzahlen auf die gleiche Ebene wie die Kindergärten mit geraden Gruppenzahlen gebracht. Daß wurde, Gott sei Dank größtenteils vergebens, von einem Teil von Ihnen als pädagogische Katastrophe dargestellt. Das ist Ihr konstruktiver Beitrag, wenn es um das Sparen geht!

(Beifall bei der CDU.)

Es ist genauso mit Ihren Forderungen, praktisch in extenso das Berufsschulwesen auszudehnen. Entweder können wir 1 800 Vollzeitplätze zu Verfügung stellen, oder wir sind in der Lage, den Teilzeitunterricht restlos zu erfüllen. Die CDU-Fraktion hat sich entschieden, in diesem Jahr, wo es darum geht, junge Leute von der Straße zu bringen, damit sie eine Ausbildung haben, das Vollzeitangebot auszudehnen. Dann dürfen Sie nicht vergessen, daß die angeblichen Fehlzahlen im Berufsschulwesen ja von einer ideal-typischen Vorstellung ausgehen. Es ist vielleicht ganz gut, daß wir in dem einen oder anderen Punkt diese Stundenzahlen nicht erreichen, weil sonst die Bereitschaft der Wirtschaft, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, vielleicht noch etwas schlechter aussähe.

Herr Scharping, ich könnte Ihnen hier eine Liste von Maßnahmen aufführen, welche die CDU unmittelbar nachdem sich diese Misere abzeichnete, ergriffen hat. In der Addition kommen wir auf insgesamt 3 000 Ausbildungsplätze; das sind gut und gerne 8 bis 9 % der insgesamt notwendigen Plätze in Rheinland-Pfalz. Das soll uns erst einmal ein nachmachen!

Hier wurde kritisiert, daß wir nicht genug an Investitionen getan hätten. Natürlich wissen wir alle, daß der größte wirtschaftliche Einbruch überhaupt im Bausektor stattgefunden hat. Ich will hier die Zahlen für den Hochbau nicht nennen; ich habe sie vorliegen. Aber ich will Ihnen eines sagen! Wenn Sie mit Tiefbaufirmen sprechen, dann sagen diese: Das, was überhaupt noch läuft, sind Landesmaßnahmen. Das, was überhaupt noch läuft, sind Maßnahmen im Bereich der Abwasserbeseitigung. — Wenn es diesen Bereich nicht gäbe, das kann ich Ihnen prophezeien, wäre die Tiefbauwirtschaft in diesem Lande völlig am Ende.

(Reitzel, SPD: Das sind Landesmaßnahmen? —
Bojak, SPD: Das sind alles Landesmaßnahmen
oder vom Land finanzierte Maßnahmen?
Das sind mischfinanzierte Ausgaben!)

— Der Herr Scharping hat gerügt, daß das Land nicht schnell genug die notwendigen Voraussetzungen für die Erstellung dieser Anlagen schaffe. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist im Tiefbau zur Zeit das einzige, was läuft.

(Reitzel, SPD: Mit welcher Verzögerung?)

— Es läuft doch!

(Zuruf des Abgeordneten Reitzel, SPD.)

(Dr. Volker)

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Wer ist denn ganz massiv aus dem Tiefbau herausgegangen? Der Bund! Ich behaupte sogar, dies, obwohl er teilweise das Geld hat. Sie können in diesen Tagen durch Gemeinden gehen, die größere Projekte für die Mitte der 80er Jahre geplant haben, für 1985 und 1986. Diesen Gemeinden flattern plötzlich Bewilligungsbescheide des Bundes in Höhe von mehreren zig Millionen auf den Tisch, obwohl natürlich ganz klar ist, daß eine Gemeinde, die sich erst für die zweite Hälfte der 80er Jahre auf so etwas vorbereitet hat, das nicht aus dem Stegreif machen kann. Woran mag das liegen? Das wird wohl sehr wahrscheinlich daran liegen, daß in so-und-so vielen Fällen der Bund einfach aufgrund von sogenannten Bürgerinitiativen nicht den Mut gehabt hat, die Planungen im Straßenbau und vor allen Dingen im Autobahnbau weiterzutreiben.

(Reitzel, SPD: Das ist ein Gewäsch!
Ein blasser Dunst ist das!)

Wenn Sie vielleicht auch die eine oder andere Zahl noch beachten wollen. Es wurde ja eben gesagt: Warum läuft die Wirtschaft nicht? Warum läuft sie nicht? — Es ist hier doch einmal ganz interessant zu wissen, daß es im Jahre 1970 in der Bundesrepublik 4 000 Konkurse gegeben hat und daß Kenner für das Jahr 1982 mit 16 000 Konkursen rechnen. Wir haben im Jahre 1981 insgesamt 75 Millionen DM mehr von Landesseite aus in die Sozialhilfe stecken müssen, nämlich insgesamt 645 Millionen DM, als im Jahr vorher; dies ist ein Anstieg von 14 %. Das sind die Rahmenbedingungen!

Natürlich ist ein ganz wesentlicher Punkt der Rahmenbedingungen, daß der Bund 1970 mit den Schulden praktisch bei Null stand und 1982 sehr wahrscheinlich mit einem Schuldenstand von über 300 Milliarden DM abschließen wird! Der Gesamtstaat, wir wissen dies alle, hat rund die doppelten Schulden. Meine Damen und Herren, wenn hier nicht die Wende kommt, dann ist es halt so, und das spürt der Bürger, daß der Staatsbankrott dann vorprogrammiert ist, und genau das ist der Grund, warum wir die Wende brauchen.

Wir hatten in den siebziger Jahren einen rapiden Zinsanstieg; Herr Wilhelm hat es schon einmal erwähnt. In den siebziger Jahren hat die Bundesrepublik eine Periode erlebt, die in die Wirtschaftsgeschichte dieses Landes als Zeitraum der großen Entindustrialisierung eingehen wird. Die größte Entindustrialisierung, die dieses Land überhaupt jemals erlebt hat, es sind nämlich in dieser Zeit 1,3 Millionen Arbeitsplätze absolut verlorengegangen, und das in einer Zeit, wo wir ein Plus von 1 Million gebraucht hätten. Herr Wilhelm hat es ja schon gesagt, daß wir damit absolut am Ende stehen. Selbst Belgien mit seiner katastrophalen Wirtschaftslage hat es in dieser Zeit fertiggebracht, in absoluten Zahlen die Arbeitsplätze zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, zu den Rahmenbedingungen gehört auch, daß die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie in den siebziger Jahren so stark abgesunken ist, daß schon allein aus diesem Grunde ausländisches Kapital nur noch sehr sparsam in unser Land fließt. Ganz einfach, weil eben das Interesse an unseren technischen Know-how massiv nachläßt.

Ich meine, man sollte an dieser Stelle auch noch einmal sagen, daß eine Firma — ich glaube, das hat der eine oder andere von Ihnen sogar heute schon gesagt — natürlich nicht ohne Gewinn arbeiten kann. Aber wer in diesem Lande weiß denn eigentlich, daß die deutschen Firmen den größten Brocken an Sozialleistungen überhaupt aufbringen, daß die deutsche Wirtschaft überhaupt der größte Leistungsgeber in punkto Sozialleistungen ist. Die Sozialkosten, also die sogenannten Lohnnebenkosten, in diesem Bereich betragen in der deutschen Wirtschaft 150 Milliarden DM, während zum Beispiel das Bundesarbeitsministerium einen Etat von 60 Milliarden DM hat. Wir haben augenblicklich einen Lohnnebenkostenbereich von über 70 %. Das heißt, bei einem durchschnittlichen Verdienst von 2 100 DM direktem Lohn müssen Sie 1 600 DM Lohnnebenkosten rechnen. Das ist es, was unsere Firmen in die Enge treibt. Das muß man einmal sagen, weil es kaum ein Arbeitnehmer weiß.

Auf die Frage der Ergänzungsabgabe ist in diesem Zusammenhang schon mehrfach hingewiesen worden. Ich meine, man sollte sagen, daß der Bereich der Verdienenden über 75 000 DM in der Größenordnung von um die 3 % liegt. Herr Wilhelm hat es ja schon gesagt. Wenn ich dann die Grenze bei 50 000 DM ansetze, komme ich gerade knapp auf die 11 %. Daß hier natürlich nicht die Beträge, die Herr Klein genannt hat, nämlich 3,6 Milliarden DM, herauszuholen sind, das ist ganz klar. Aber selbst 6 % ergeben nicht diese Summe, dann ergibt sich diese Summe nur, wenn bei 50 000 DM angesetzt wird und nicht etwa bei 75 000 DM, wie ja gerne suggeriert wird.

Das Problem ist doch, daß wir zur Zeit eine politische Handlungsunfähigkeit haben. Ich will jetzt gar nicht die Bereiche aufzählen, in denen die Bundesregierung angekündigt hat, daß sie etwas tut.

Hier wurde heute das Wort Schwerbehindertenrecht in den Raum gestellt. Die Bundesregierung behauptet seit Monaten, seit Jahren, daß sie hier etwas tun will, um diese Ausuferung — wir kennen ja die Zahlen — zu verhindern, aber heraus kommt absolut nichts. Ich wage auch die Behauptung, daß sie einfach nicht mehr die politische Kraft hierzu hat. Die wirtschaftliche und politische Talfahrt unseres Gemeinwesens hat bedrohliche Formen angenommen, und wir sind ja alle der Meinung, daß es so nicht weitergeht.

Zur ökonomischen Krise ist eine fast an Agonie grenzende politische Krise getreten, und wir werden alle Mühe haben, hier wirklich die Wende herbeizuführen. Sie dürfen allerdings nicht vergessen, daß auch in der Mentalität unserer Bürger mittlerweile doch eine starke Veränderung eingetreten ist. Ich behaupte, daß die Menschen nicht weniger kreativ, daß sie nicht weniger aktiv und daß sie nicht weniger auf ihren gesunden Vorteil aus sind, als das frühere Generationen auch waren. Wir haben doch politische Rahmenbedingungen geschaffen, die es heute für den einzelnen attraktiver machen, seine Energie zum Beispiel darauf zu verwenden, daß er die gesamte Steuergesetzgebung sozusagen unter dem Mikroskop untersucht, um seine Vorteile herauszuholen. Das ist ja genau das, was der Herr Ministerpräsident geschildert hat. Wo hat es denn in früheren Jahren das gegeben, daß man schon praktisch nach Wochen feststellen konnte, in welchem Ausmaß zum Beispiel eine Veränderung in der Steuergesetzgebung mißbraucht wird, wobei das ja ein Mißbrauch im Rahmen der Gesetze ist.

Es ist eben heute attraktiver, daß ich im Schwerbehindertenrecht die 25 oder 50 Paragraphen durchstöbere, was ich hier alles für Vorteile haben kann. Ich kann dann unter Umständen in einer Arbeitszeit von zwei Stunden erheblich mehr Geld herauszuholen, als wenn ich tatsächlich zwei Stunden gearbeitet hätte. Wenn es so ist, dann bin ich natürlich jetzt einmal im normalen Sinne wenig intelligent, wenn ich das nicht tue. Das ist eine Frage der Rahmenbedingungen.

Wir müssen die Rahmenbedingungen wieder so setzen, daß es sich für den einzelnen lohnt, produktiv etwas zu leisten. Wir haben aber zur Zeit einen Zustand, daß diese Bundesregierung nicht dazu in der Lage ist. Wir sind zwar hier heute nur eine sehr kleine Bühne, denn die Haupt- und Staatsaktion hat einige Kilometer weiter unterhalb von Mainz, genau 150 Kilometer weiter, stattgefunden. Ich meine aber, es ist doch wichtig gewesen, daß wir heute über diese wirtschaftlichen Dinge gesprochen haben.

Wir von der CDU sind der Meinung, daß die Landesregierung alles erdenklich Mögliche getan hat, um die großen Gefahren, die sich für unsere Wirtschaft in den letzten Wochen, Monaten und Jahren aufgetan haben, so gering wie möglich zu halten.

Wir müssen aber einfach wissen, daß die große Wirtschaftspolitik, daß die Daten und die Rahmenbedingungen in Bonn gesetzt werden,

(Glocke des Präsidenten.)

(Dr. Volkert)

und deshalb ist es notwendig, daß in Bonn die Wende kommt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Schweitzer:

Meine Damen und Herren, ich begrüße neue Gäste auf der Zuschauertribüne, und zwar Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Weyerbusch und Mitglieder des CDU-Seniorenkreises Koblenz. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause.)

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Vogel.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich zum Stichwort Wiederaufarbeitungsanlagen das Bedürfnis habe, noch ein paar Bemerkungen zu dem zu machen, was ich heute früh gesagt habe. Möglicherweise melde ich mich zu anderen Punkten aus der Debatte noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt zu Wort. Herr Kollege Klein hat seine Bemerkungen zu der Frage der Wiederaufarbeitung heute morgen eingeleitet mit der Sorge, die er sich um die Glaubwürdigkeit der Landesregierung mache. Ich stelle mir das so richtig plastisch vor, wie er nachts nicht schlafen kann vor lauter Sorge um die Glaubwürdigkeit der Landesregierung und des Ministerpräsidenten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das Gefühl, daß manchen die Sorge über die Höhe der Glaubwürdigkeit im Lande mehr umtreibt als die Sorge, daß diese Glaubwürdigkeit in Frage gestellt werden könnte.

(Beifall bei der CDU.)

Er hat dann als Begründung dafür auf eine Reise des Landrats von Cochem nach Hannover verwiesen. Einmal abgesehen von der Tatsache, daß man den Herrn Landrat fragen könnte, warum er nach Hannover gefahren ist, liegt es eigentlich auf der Hand, bzw. es stand in jeder rheinland-pfälzischen Tageszeitung, warum der Landrat von Cochem geheimnisvollerweise im Frühjahr nach Hannover gefahren ist.

Meine Damen und Herren, über die Wochen ist in allen rheinland-pfälzischen Zeitungen das Gerücht diskutiert worden, daß vier Standorte für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage möglicherweise genannt würden. Da war ein Bereich am Glan im Gespräch. Da wurden Bürger an der Mosel in Saarburg beunruhigt. Da war auch immer von einem Bereich nördlich von Cochem, wenn ich mich recht erinnere, die Rede. Ich finde es außerordentlich geheimnisvoll und dringend einer Untersuchung bedürftig, warum der Landrat von Cochem in der Zeit, in der das vier Wochen lang diskutiert und mit Kommentaren versehen worden ist, nach Hannover reiste.

Von dem Herrn Kollegen Klein ist angesprochen worden, nach und nach sei scheinbar die oder jene Information von uns gegeben worden. Andere haben in der Zeitung geschrieben, ganz überraschend sei dies oder jenes eingeräumt worden. Meine Damen und Herren, manche Dinge scheinen erst interessant zu werden, wenn der Verdacht erregt worden ist, sie seien geheim. Im Brief des Herrn Staatssekretärs Schleyer vom Ende August dieses Jahres steht nicht ein einziger Sachverhalt, der nicht zuvor Dutzende von Male von mir und anderen Kabinettsmitgliedern jedem, der danach gefragt hat, gesagt worden ist. So habe ich beispielsweise am 13. März vor etwa 200 Teilnehmern auf einem Bezirksparteitag der CDU in Trier mitgeteilt, daß in meinem Amtszimmer am 8. März 1982 ein

Gespräch stattgefunden und wer daran teilgenommen hat. Nur hat es damals keine aufregende Wahrnehmung gefunden, sondern es ist als ganz selbstverständlich zur Kenntnis genommen worden, wie die meisten anderen inzwischen angeblich scheinbar mitgeteilten Dinge auch.

(Schweitzer, SPD: Da waren wir nicht eingeladen!)

— Sie hätten mich ja fragen können. Wenn Sie etwas wissen wollen, bin ich bekanntlich nicht verlegen in der Bereitschaft, Auskunft zu geben.

Etwas später hat sich heute nachmittag der Herr Abgeordnete Heinz zu Wort gemeldet. Er hat seine Ausführungen zunächst mit seiner Benotung der Rede des Herrn Kollegen Wilhelm eingeleitet. Herr Kollege Heinz, Spaß wird man ja noch wohl haben dürfen. Geist mit Spaß ist mir lieber als Trockenheit mit Humorlosigkeit gemischt!

(Beifall bei der CDU.)

Herr Kollege Heinz, Sie haben auf meine Zwischenfrage, wer sich im Kabinett von Rheinland-Pfalz beschwert habe, nicht geantwortet. Sie haben die ausweichende Antwort gegeben, Sie müßten ein wenig Zeit haben und ich sollte mich ein wenig gedulden. Sie haben hier wahrlich eine lange Zeit gesprochen und diese Antwort nicht gegeben! Das ist genau dasselbe Verhalten wie gegenüber Herrn Kollegen Holkenbrink, der Sie öffentlich gebeten hat, von seinem Angebot als Wirtschaftsminister Gebrauch zu machen, wenn Sie beunruhigt seien, wenn Sie Verdachtsmomente und Fragen hätten. Sie haben das nicht getan, sondern sie haben neue Verdächtigungen in die Welt gesetzt und keine davon belegt!

(Beifall der CDU.)

Herr Kollege Heinz, auf das, was Sie gesagt haben, kann ich nur antworten: Was ich geschrieben und was ich heute morgen gesagt habe, habe ich gesagt. Ich bin nicht bereit, es nur deswegen zu wiederholen, weil Sie nicht in der Lage sind, es zur Kenntnis zu nehmen und Ihr Manuskript nach zwei Stunden auf das hin zu bearbeiten, was vorher zu den Fragen die davor gestellt worden sind, längst als Antwort gegeben worden ist.

(Beifall der CDU.)

Meine Aufgabe ist es, die Politik der Landesregierung darzustellen. Meine Aufgabe ist es, auch auf Fragen zu antworten. Meine Aufgabe ist es, den Parlamentariern ihre Arbeit zu ermöglichen, wozu ich in der Lage bin. Meine Aufgabe ist es nicht, einem Mann, der nicht in der Lage ist, zuzuhören und Antworten zur Kenntnis zu nehmen, die Antworten zwei Stunden später noch einmal zu deklinieren. Ich bin nicht in der Schule, sondern im Parlament von Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich bitte deswegen um Verständnis, daß ich nicht alle die Fragen, die meistens mit nicht näher nachvollziehbaren Datenangaben gestellt worden sind, jetzt neuerlich beantwortete. Herr Heinz, warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, was ich auf Ihre Fragen hin geantwortet habe? Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, was der andere Gesprächspartner dazu sagt? Warum sehen Sie neue Verdächtigungen? Ich habe Ihnen gesagt — und dabei bleibt es —, über die Frage des Standortes ist nicht gesprochen worden, und zwar deswegen, weil wir das nicht wollten. Ich habe Ihnen dargelegt, warum wir es nicht wollten. Ich wiederhole, daß Sie dort nachfragen können, wenn Sie an ein Mitglied der DWK eine Frage haben. Die DWK hat diesbezüglich immer geantwortet.

Daß die Landsiedlung eine Tochter des Landes ist, war 99 Abgeordneten schon vor Ihrem Beitrag bekannt. Daß die Landsiedlung an der Erfüllung des Kriterienkatalogs beteiligt war, ist hier in jeder Regierungserklärung zu diesem Thema immer wieder gesagt worden.

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

Sie fragen, was ein Mitglied der DWK veranlaßt habe, das und das zu sagen oder nicht zu sagen. Herr Heinz, ich fordere Sie auf, das Mitglied der DWK zum ersten zu nennen und zum zweiten selbst zu fragen.

Sie haben gefragt, warum wir nicht das hessische Verfahren gewählt haben. Ich habe das heute früh ausführlich begründet. Sie haben gefragt, ob wir es nicht gewählt hätten, weil wir es für falsch hielten. Ich habe in den letzten Monaten siebenmal begründet, daß ich das hessische Verfahren nicht für falsch, aber für anders halte und, daß es jedermanns Recht ist, von hier linksrheinisch oder rechtsrheinisch nach Bonn zu fahren, und daß es nicht dadurch falsch wird, daß ein anderer einen anderen Weg wählt.

Was Herr Heinz zu einem Referenten der Staatskanzlei gesagt hat, schnell oder langsam entscheiden, negativ oder positiv entscheiden, ist genau der Inhalt dessen gewesen, auf das wir uns hier in stundenlangen Diskussionen geeinigt haben, nämlich zuvor klären zu wollen, ob die größten Sorgen, die die Bevölkerung dort hat, berechtigt sind oder nicht. Sind sie berechtigt, braucht nicht ein jahrelanges Verfahren durchgeführt zu werden. Sind sie nicht berechtigt, muß – darauf hat die DWK einen Rechtsanspruch – dieses Verfahren durchgeführt werden. Es ist also logisch und selbstverständlich, daß eine schnelle oder eine langsame Entscheidung auch etwas mit dem Inhalt zu tun hat.

Herr Abgeordneter Heinz, Sie haben gesagt, die Vorwürfe, die Sie erhoben und nicht belegt haben, seien nicht widerlegt. Sie haben die Bemerkung gewagt, Sie seien nach allen Regeln der Kunst verschaukelt worden.

Sie haben ernsthafte Zweifel artikuliert, ob der Wirtschaftsminister den Landtag richtig unterrichtet hat. Sie haben auch mir indirekt Unwahrhaftigkeit unterstellt. Herr Heinz, wenn Sie weiter tätig werden wollen, dann kommen Sie hier an dieses Pult und beantragen einen Untersuchungsausschuß! Haben Sie den Mut, das im Namen Ihrer Fraktion zu beantworten, aber stellen Sie sich nicht hierher, machen die Leute scheu, erklären hier Sachen, die Sie nicht belegen können, verdächtigen und diffamieren teilweise ehrbare Leute durch unwahre Unterstellungen! Sie haben aber nicht den Mut, den Mund zu spitzen und auch zu pfeifen!

(Beifall bei der CDU.)

Ich bin nicht bereit, die Mitglieder des Kabinetts einer solchen Behandlungsmethode auszusetzen. Wir haben nichts zu verschweigen. Wir haben allerdings die Aufgabe, nicht über solche Nebensächlichkeiten unseren Hauptauftrag zu versäumen!

(Beifall der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Reimann.

Abg. Reimann, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und meine Herren! Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung die Leasing-Firmen und ihr unmoralisches Verhalten zum Alibi dafür gemacht, daß die Investitionszulage nicht greife. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, wie nennen Sie das eigentlich, wenn Firmen, die vor Erlaß der Investitionshilfen Maschinen gekauft haben, diese gekauften Maschinen an die Leasing-Firmen verkaufen, damit die Leasing-Firmen diese zehn Prozent abkassieren, um hinterher ihre Leistungen den Firmen zu leihen? Wie nennen Sie das?

(Dr. Volkert, CDU: Genau das hat er gesagt!)

– Das hat er eben nicht gesagt! Herr Dr. Volkert, er hätte sich von diesem Verhalten distanzieren müssen;

(Dr. Volkert, CDU: Er hat es als Mißbrauch bezeichnet!)

denn einem wirtschaftspolitisch verantwortungsvollen Verhalten in unserer Wirtschaft ist so nicht Rechnung getragen. Regen Sie sich ruhig auf, Herr Dr. Volkert das macht mir nichts aus.

(Beifall bei der SPD.)

Das zweite ist,

(Glocke des Präsidenten.)

meine Damen und meine Herren – – –

Nein, keine Unterbrechung, lassen Sie mich jetzt mal reden. Ich beantworte Ihnen ihre Fragen zum Schluß.

Das zweite ist, meine Damen und meine Herren: Wäre es nicht besser gewesen, wenn den Ministerpräsident die Gruppe, deren Interessen sie ja vorrangig vorgeben zu vertreten, ermahnt hätte, diesen Mißbrauch zu unterlassen, und auf drängende Maßnahmen unserer Zeit zu antworten, also

(Zuruf von Staatsminister Dr. Wagner.)

Wirtschaftshilfen zu gewähren,

(Dr. Volkert, CDU: Sie reden ja im luftleeren Raum!

Sie reden ja im luftleeren Raum!

Genau das hat der Ministerpräsident gesagt!)

um die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, statt mit dem Satz zu reagieren, die Bundesregierung werfe 4 Milliarden zum Fenster hinaus.

(Dr. Volkert, CDU: Ja!)

– Glauben Sie nicht, es wäre besser, wenn die Landesregierung sich Gedanken darüber macht, wie sie diesen von Ihnen zitierten Mißbrauch

(Dr. Volkert, CDU: Und wie wäre es mit der Bundesregierung?)

begegnen kann. Da haben sie schon lange genug drauf herumgeschimpft auf die Bundesregierung.

(Dr. Volkert, CDU: Ja, wie wär's – – –!)

Sie regieren doch hier, in Rheinland-Pfalz nicht die Sozialdemokraten.

(Beifall der SPD. – Zuruf des Abgeordneten Dr. Volkert, CDU.)

Das bedeutet doch, meine Damen und Herren, in der Konsequenz, daß den von der Bundesregierung ungewollten Bereicherung einiger weniger Leute in dieser Gesellschaft entgegengetreten werden muß.

(Dr. Volkert, CDU: Wer ist schuld?)

– Ja, Sie machen – – –

(Dr. Volkert, CDU: Wer ist schuld?)

– Wissen Sie, das kommt mir so vor, daß Sie den Erschossenen schuldig machen, weil er gerade dahin gelaufen ist, wo die Kugel gekommen ist, aber nicht den, der geschossen hat.

(Beifall der SPD. – Dr. Volkert, CDU: Das hält mein Kopf nicht aus!)

(Reimann)

Sie reden so viel von Mitnahmeeffekt.

— Ja, das ist parlamentarische Leistung, wenn man rausgeht.

(Beifall der SPD.)

Sie reden so viel von Mitnahmeeffekt hier. Ich bin erst ein Jahr in diesem Plenum. Was ich mir alles angehört habe in diesem Jahr von Ihren Rednern, wie hier mit den Interessen der arbeitenden Menschen umgegangen wird, wie hier Sozialleistungen runtergeredet werden. Hier wird mit einer Selbstverständlichkeit von Einschnitten ins soziale Netz gesprochen, ohne daß man den Mißbrauch, der einer Wirtschaftskriminalität nahekommt, auch nur im geringsten brandmarkt oder nur im geringsten verurteilt. Und ich meine, man kann es auch nicht damit abtun, daß — sinngemäße Feststellung — die Investitionszulage Unsinn ist.

Ich frage die Landesregierung weiter, wenn Sie mir das gestatten — ich habe immer gedacht, wenn man seine erste Rede hält, kriegt man ein bißchen Nachsicht —, und ich frage die Landesregierung weiter: Wo bleibt denn die Reaktion auf die Feststellung der Gewerkschaften, wenn sie bescheidene Tarifabschlüsse machen mit Reallohnverlust für die Arbeitnehmer, um der Wirtschaft zu helfen, a) um Mittel zu Investitionen zur Verfügung zu stellen und b) um der Wirtschaft über ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, wenn die gleiche Industrie nach Abschluß der Tarifverträge hingeht und ihre eigenen Investitionen um zehn Prozent kürzt? Wo bleibt denn da die verurteilende Aussage der Landesregierung?

(Beifall der SPD.)

Hier wäre es notwendig, einen Appell an die Verantwortlichen dieser in Rheinland-Pfalz lebenden Unternehmen zu richten. Wo bleibt der Appell an die Öffentlichkeit? Denn Sie gehen doch davon aus, daß Ihre Appelle gehört werden, daß sie hinausgetragen werden über Presse und Rundfunk in die Lande und daß sie auch dort gehört werden. Ich will von dem Betrug an den Arbeitnehmern, die mit diesen überzeugenden Argumenten, zum Stillhalten bewegt werden, gar nicht sprechen. Ich meine, es ist unerträglich, daß in einem Landesparlament immer wieder auf die Regierung eingepreßelt wird, nur nach der Devise, um jeden Preis drauf.

Der Kollege Scharping hat heute morgen gesagt: Sie registrieren gar nicht und wollen es gar nicht wahrnehmen, daß ein wesentliches Fehlverhalten in dieser Wirtschaft verursacht wird durch privatwirtschaftliche Entscheidungen — man tut so, als sei das gar nicht existent — und daß viele Fehlentscheidungen in der Wirtschaft aufgearbeitet werden müßten und daß dies eine sinnvolle Tätigkeit wäre, insbesondere wenn wir uns dieser Argumentation stellen würden.

Meine Damen und meine Herren, auch das sage ich Ihnen heute: Eine Wirtschaftsordnung, die 30 Millionen Arbeitslose in der westlichen Welt produziert hat,

(Zuruf von der CDU: Wollen Sie die abschaffen?)

bedeutet, daß ihr mit anderen Maßnahmen unter die Arme gegriffen werden muß als durch ständiges Zerreden von eingeleiteten Maßnahmen.

(Zuruf von der CDU: Welche Maßnahmen?)

Wenn Sie mir eine neue Redezeit geben, gehe ich auf Ihren Zwischenruf gerne ein, ich mache das; glauben Sie mir, damit können Sie mich nicht fordern. Gut gemeinte Maßnahmen dieser Bundesregierung für diese Gesellschaft sind von Ihnen ständig und immer wieder zerredet worden. Ich habe gedacht, wir würden uns hier in diesem Parlament zu diesen Fragen positiver äußern.

Und Sie sagen weiter, Wende heißt Abkehr von Sozialleistungen. Die Arbeitnehmer in dieser Gesellschaft haben doch schon acht Milliarden an Opfern eingebracht. Was wollen Sie denn noch alles strei-

chen insbesondere in diesem Lande? Was wollen Sie denn noch alles den Sozialbedürftigen wegnehmen, wenn Sie von der Wende in der Sozialpolitik sprechen? Warum sprechen Sie eigentlich nicht darüber, daß eine Wende in der Wirtschaftspolitik einzutreten hat,

(Zuruf von der CDU.)

und daß diese Wende in der Wirtschaftspolitik nicht der Regierungswechsel in Bonn sein kann. Der wär' mir in Rheinland-Pfalz lieber als in Bonn.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU. — Beifall der SPD.)

Das sage ich Ihnen so, weil es meine Meinung ist,

(Zuruf des Abgeordneten Keller, CDU.)

und weiter sage ich Ihnen, daß Sie einmal Ihren Sachverstand mobilisieren müßten, um sich den drängenden Problemen unserer Zeit zu stellen.

Wenn der Herr Wilhelm — er ist jetzt leider nicht da — sagte, daß ein neues wirtschafts- und beschäftigtenpolitisches Konzept aufgelegt werden muß, dann stimme ich ihm sogar zu. Nur ist es dann unredlich, wenn man jede Maßnahme, die der Auflegung einer solchen neuen Konzeption entgegen kommt, zerredet. Das ist unredlich. Aber Sie werden sagen, daß ist unser gutes Recht.

Und da wurde hier so viel von Energiepolitik gesprochen. Auch dazu erlaube ich mir eine Anmerkung aus der Praxis. Da heißt es, wir sollen alles dazu tun, um zur Versorgung beizutragen. Was hat der Ministerpräsident eigentlich damit gemeint? Gibt es eine Vorlage von dieser Landesregierung, die den Energiebedarf im Lande für die Zukunft berechnet hat, oder gar eine Aussage über den unversorgten Restbedarf, der an energiepolitischen Leistungen notwendig ist?

Ich möchte das an einem Beispiel erklären. In Ludwigshafen hat das größte Unternehmen, die BASF, Anfang der 70er Jahre gesagt: Wir müssen ein Kernkraftwerk bauen, sonst gehen Ende der 70er Jahre die Lichter aus, und die Arbeitsplätze sind gefährdet. — Welchem Gewerkschafter leuchtet ein solches Argument nicht ein? Ich brauche nicht besonders zu erwähnen, daß das Kernkraftwerk nicht gebaut wurde, daß weiß mittlerweile jeder.

Es wurde Anfang der 80er Jahre gesagt: Wir müssen ein Kohlekraftwerk bauen, sonst gehen die Lichter aus und die Arbeitsplätze sind gefährdet. — Es wurde auch nicht gebaut. Es hieß dann: Wir bauen eines unserer jetzigen Werke mit vier weiteren Kraftblöcken aus. — Auch das ist nicht geschehen.

(Dr. Volkert, CDU: Wer war daran schuld?)

Jetzt kommt was ganz Interessantes.

(Zuruf.)

— Die paar Umweltschützer, natürlich, die protestiert haben, die waren schuld. Die große BASF macht sich ja in die Hose, wenn die drei von den Grünen sieht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie glauben, daß die in der BASF zittern, dann nehme ich Sie einmal mit in die BASF, damit Sie sich eines besseren belehren lassen können.

Jetzt kommt das Interessante. Die BASF schließt eines ihrer drei Kraftwerke, und die Lichter gehen immer noch nicht aus. Was will ich damit sagen? Ich will damit feststellen — und ich sage jetzt, Gott sei Dank, daß das so ist —,

(Zuruf des Abgeordneten Reitzel, SPD.)

(Reimann)

daß neue Technologien, energiesparende Technologien, daß Wärmerückkopplung, Wärmekraftgewinnung Gott sei Dank dazu geführt haben, daß sich die Fachleute in den vergangenen zehn Jahren geirrt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Schmalz, CDU.)

Jetzt frage ich mich: Wo holt denn dann der Ministerpräsident den Mut her, von einer Konzeption zu sprechen, wenn sich innerhalb eines Jahres alles total ändern kann? Deshalb würde mich interessieren, wenn mir die Landesregierung

(Dr. Volkert, CDU: Wirtschaftspolitik — — —)

diesen Bedarf, von dem sie spricht, einmal darlegen würde. Ich würde damit gerne argumentieren in meiner Arbeit, die ich vor Ort im Wahlkreis zu leisten habe.

Ich will ein weiteres Beispiel geben, die Firma Alcan in Ludwigshafen. Der Wirtschaftsminister hat das Problem auf dem Tisch. Ihre Abgeordnete Frau Rickal, hat sich auch dazu geäußert. Hier wird ein Aluminium-Industriebetrieb in die Zwänge gebracht, von der Stromverwendung her unter Umständen das Unternehmen zu schließen, aber nicht, weil zu wenig Strom da ist — Energie ist genug auf Halde —, sondern hier geht es ausschließlich um den Preis, den sie für diesen Strom zahlen müssen. Jetzt werden Sie mir natürlich sagen, im Kapitalismus ist das der freie Markt, der diesen Preis bestimmt, okay. Nur, wenn dieser freie Preis dazu führt, daß immer mehr Strom auf Halde kommt, weil immer weniger gebraucht wird und dadurch die Industrien schließen müssen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Volkert, CDU.)

dann müssen Sie mich einmal aufklären, was das denn dann noch für einen wirtschaftlichen Sinn hat. Und dieser wirtschaftliche Sinn ergibt sich ja dann wohl auch aus den Fragen, ob Sie denn bereit sind, den Strompreis zu subventionieren oder nicht,

(Zuruf.)

oder ob Sie bereit sind, einen konkurrenz- oder wettbewerbsfähigen Strompreis für die Aluminiumindustrie herstellen zu helfen, oder ob Sie sagen, die kommen eh nicht zurecht, freier Markt, Bude dicht, 500 Arbeitsplätze weg.

(Dr. Volkert, CDU: Genau das wollen wir!)

— Genau das wollen Sie. Das werde ich mir aber gut merken und dies werde ich auch entsprechend publizieren in Ludwigshafen, daß Sie das wollen ist unerhört.

(Beifall der SPD.)

Da können Sie sich aber darauf verlassen.

Nur eines sage ich Ihnen da noch dazu.

(Dr. Volkert, CDU: — — Subventionen!)

Nur eines sage ich Ihnen da noch dazu. Dann haben Sie wahrscheinlich 90 Megawatt mehr pro Tag an Energieleistung auf Halde, die ausreichen würde, ganz Ludwigshafen außer der Industrie noch einmal mit dem gleichen Stromanteil zu versorgen, den die Stadt braucht, und dann brauche ich mir auch keine Gedanken darüber zu machen, wo ich neue Energien hernehme, denn dann tue ich lieber mal die Energie verwirtschaften, die wir dann als Überkapazitäten gespeichert haben.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und meine Herren, Sie werden mir jetzt zwar unterstellen daß ich Rundumschläge gemacht habe, das ertrage ich, aber in Wirklichkeit wurden die Rundumschläge

heute morgen am Rednerpult gemacht, auch in der Regierungserklärung. Daß es so im Grunde genommen nicht weitergeht und daß ich es lieber gesehen hätte wenn die Landesregierung und die Debattenredner Ihrer Partei beginnen würden, ihren Sachverstand zu mobilisieren, um wegweisende Alternativen aufzuzeigen und um insbesondere das zu verwirklichen, von dem Sie reden. Es hat keinen Sinn, alles auf Bonn abzuschieben, um ein Alibi für das zu haben, was Sie nicht tun wollen. —

(Glocke des Präsidenten. — Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Holkenbrink?

(Helzer, SPD: Eine Nachfrage!)

Abg. Holkenbrink, CDU:

Herr Reimann, können wir uns darauf verständigen, daß wir, wenn Sie von der Energie auf Halde sprechen, in den vergangenen Jahren, Sie auch, ich auch, viele andere, fast alle mit uns, mit einem Zuwachs im Strombereich von vier, fünf bis sogar sechs Prozent gerechnet haben, daß die Tatsache gesehen werden muß, daß wir zur Stunde einen Konjunkturverlauf haben, der diesen Zuwachs wie andere Zuwächse ebenfalls nicht erbracht oder danach nicht verlangt hat?

Zweite Frage: Wenn dies aber vor allem jetzt konjunkturell, auch aus Wärmedämmungsgründen, bedingt ist, wie Sie gesagt haben — Gott sei Dank, da haben wir alle dazugelernt; wir sollten über das froh sein, was wir dazugelernt haben —, dann können Sie natürlich kein Kraftwerk bauen, wenn in einem halben oder Dreivierteljahr die Konjunktur wieder positiv verläuft. Ich denke, darüber sind wir uns einig, Herr Reimann.

Dann heißt das mit der Halde — — —

(Zuruf von der SPD: Frage, Frage!)

— Ich frage ihn ja.

(Reimann, SPD: Ich höre Ihnen zu, Herr Minister.)

Vielleicht stören sich weniger diejenigen an Formfehler, sollte ich einen gemacht haben, denen es um die Sache geht.

(Zuruf von der SPD: Frage, Frage!)

— Danke schön. Ich melde mich zu Wort, dann ist das einfacher.

Abg. Reimann, SPD:

Herr Minister, ich würde Ihre zwei Fragen gerne wie folgt beantworten. Das eine ist die Frage des Zuwachses in der Berechnung der Energie auf jährlich vier bis sechs Prozent. Ich freue mich, daß Sie sachlich feststellen, daß diese Berechnungen falsch waren. Das bestätigt meine Theorie, und ich frage die Landesregierung, was sie getan hat, um bessere Berechnungen zu erhalten.

(Beifall der SPD.)

Der zweite Teil der Frage gipfelt darin, daß man glaubt, man hätte sich in der Konjunktur verschätzt und deshalb weniger Energie benötigt. Auch das ist inhaltlich falsch; denn wir produzieren in dieser Gesellschaft nicht weniger, sondern wir produzieren immer mehr.

(Reimann)

Nur, wir produzieren immer mehr mit immer weniger Menschen. Das heißt, der Energieverbrauch ist gestiegen, ohne daß man darüber in dieser Form nachgedacht hat.

(Beifall bei der SPD.)

Ich höre es gerne, wenn ich von einem Minister als Abgeordneter belehrt werde, und wenn der Herr Minister feststellt, daß wir alle klüger geworden sind und daß wir alle dazugelernt haben. Nur, ich hatte heute den Eindruck — darin dürfen Sie mich korrigieren —: Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat nichts dazugelernt. —

(Beifall der SPD.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Das Wort hat der Herr Staatsminister Holkenbrink.

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Es ist schwierig, nur in einer Fragestellung ein so differenziertes Problem, wenn man es wirklich sachlich angehen will, zu erledigen. Deswegen habe ich mich jetzt hier gemeldet. Ich will mich hier auf eine ganz kurze Bemerkung beschränken.

Herr Reimann, ich gehe dabei nicht auf Ihre letzte pflichtpolemische Schlußbemerkung ein. Sowohl Institute, wie Landes- und Bundesbehörden, haben feststellen müssen, wie sich der Energieverbrauch entwickelt. Dies ist keine Angelegenheit, die man theoretisch vorher feststellen kann. Man kann Annahmen treffen. Wieweit diese sich dann verwirklichen, hängt von vielen Faktoren ab, beispielsweise vom Know-how in der Wärmedämmung, um nur einen Fall zu nennen, vom wachsenden Bewußtsein des Energiesparens, um einen zweiten Faktor zu nennen. Hier ist das Bewußtsein sehr entwickelt worden. Gott sei Dank dürfen wir dies feststellen.

Drittens, das habe ich eben schon gesagt — Herr Reimann hat das auch nicht bestritten — spielt die gesamtwirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung eine Rolle. Dann müssen — Herr Reimann, in dem Zusammenhang komme ich auf Ihren letzten Satz doch noch einmal zurück — wir sicher dazulernen, daß sich das, was an Zuwachs, vier bis sechs Prozent, nicht kam und bei einigen großen Unternehmen, beispielsweise beim RWE, neuerdings bei 1,2 Prozent liegt, sehr rasch wieder ändern würde, wenn die Konjunktur, wie wir hoffen und alle wollen, positiv umschlagen würde. Dann aber können Sie nicht beim Umschlag einer Konjunktur die Stromquellen und die Energiewerke haben wollen, die Sie dann brauchen. Das muß man ganz deutlich sagen.

Letzte Feststellung in diesem Zusammenhang. Sie haben auf Alcan hingewiesen. Das ist in der Tat eine schwere Sorge für uns und speziell für die, die in Ludwigshafen zu Hause sind.

Ich würde hier gerne noch einmal den Zwischenruf von Herrn Dr. Volkert interpretieren.

(Zuruf von der SPD.)

— Ich weiß, daß Sie so sehr darum kämpfen, um aus ihm einen Kapitalisten nach Ihrem Zuschnitt zu machen. Daß Sie sich jetzt wehren und daß Sie sich darum bemühen — davon bin ich fest überzeugt.

(Zuruf von der SPD.)

— Nein, wenn es Ihnen um die Sache geht, dann hören Sie einmal an, was ich Ihnen dazu sage. Dann können Sie sich immer noch Ihre Meinung bilden. Sind Sie doch einmal offen und sehen Sie das nicht aus einem von Propaganda verklemmten Auge.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Gesagt hat er — das wollen wir —: Wir wollen billigeren Strom. — So habe ich das verstanden. Herr Dr. Volkert, wenn ich Sie falsch interpretiere, dann können Sie das richtigstellen. Das wollen wir.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Diesen billigeren Strom wollen wir, von dem bei Herrn Reimann die Rede war. Deswegen sind wir mit aller Deutlichkeit und Eindeutigkeit für Kernenergie, damit dieser billige Strom auf Dauer, auch dann, wenn er nicht mit dem Zuwachs von 1,2 Prozent, sondern mit dem Zuwachs von fünf oder sechs Prozent gebraucht wird, zur Verfügung stehen kann und die Aluminiumindustrie weltweit konkurrenzfähig ist.

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schweitzer?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ja, sofort, wenn ich diesen Satz zu Ende gebracht habe.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Herr Kollege Schweitzer, ich werde mir alle Mühe geben, es so kurz wie möglich zu halten, damit Sie nicht so lange zu warten brauchen.

(Heiterkeit im Hause.)

Also: Wenn Sie heute, was Strompreiskonkurrenzen angeht, die französische Konkurrenz etwa in einem Aluminiumwerk, aufgrund der Preise dort heute schon und in vier, fünf Jahren zweimal erleben, so weiß jeder, — ich vermute, auch Herr Reimann; da sind wir sicher gar nicht auseinander —, wie wichtig es ist, den billigeren Strom auch dann zur Verfügung zu haben, wenn er in harter Konkurrenz gegenseitig abgejagt wird. — Jetzt Ihre Frage, Herr Schweitzer! Ich bitte um Entschuldigung; es ist mir doch nicht so kurz gelungen, wie ich es um Ihrer Willen gerne gewollt hätte.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Minister, stimmen Sie mir zu, daß der Strompreisbezug von Aluminiumwerken ohne Subventionen überhaupt nicht möglich ist? Das gilt für alle Aluminiumwerke in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD.)

Zweite Frage! — — —

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Verzeihung, Herr Schweitzer, ich will Ihnen gleich Ihre erste Frage beantworten. Selbstverständlich weiß ich, daß bei Aluminiumwerken wegen des hohen Anteils des Stroms als Kostenfaktor das eine spezielle Geschichte ist. Aber dann ist es für das Aluminium nicht zweimal, sondern fünfmal wichtig, genügend billigen Strom durch Atomenergie zu haben.

(Beifall bei der CDU.)

Abg. Schweitzer, SPD:

Zweite Frage, Herr Minister, Sie wissen, daß sowohl Herr Reimann wie auch ich keine Kernkraftgegner sind. Aber woher nehmen Sie den Mut, hier festzustellen, daß, wenn die Entsorgung gesichert ist, Kernkraftstrom wirklich billiger ist als die Herstellung auf andere Weise? Ich möchte den Mut nicht haben.

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Schweitzer, wenn ich diese Überlegung nur auf eigene, ich gebe gerne zu, dann harmlose Berechnung stellen wollte, hätte ich den Mut nicht. Aber ich sehe zur Stunde in allen Fachkreisen keine Meinung, weder in der Bundesrepublik noch weltweit, die anders lautet als die, daß, eingeschlossen die Entsorgung, der Strompreis aus der Kernenergie wesentlich billiger ist und bleibt, in der Relation wahrscheinlich künftig noch mehr denn je.

(Schweitzer, SPD: Die völlige Entsorgung kennt ja doch noch gar niemand!

Wie kann dann denn jemand schon die Preise berechnen?)

— Ja, aber, lieber Herr Kollege Schweitzer, wenn Sie davon ausgehen wollen: Es wird in allen Fragen noch Restfragen geben. Wenn wir dort überall nicht was tun wollen, können wir überhaupt nichts machen!

(Teils Heiterkeit, teils Unruhe bei der SPD.
— Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Keller?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Gerne!

Abg. Keller, CDU:

Herr Minister, wenn die Entschwefelung bei der Stromerzeugung, auch bei alten Kraftwerken, durchgeführt wird, bedeutet das dann eine weitere Verteuerung des Stroms aus Kohle und Öl?

Holkenbrink, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Kollege Keller, es ist bei niemandem, der heute sich fachmännisch dazu äußert — ich will das für mich gar nicht in Anspruch nehmen, nur daß ich es lese und daß ich dem nachgehe — überhaupt ein Zweifel, daß dies so ist, wie Sie fragen.

(Henze, SPD: Und was ist das?)

So, und jetzt nutze ich die Gelegenheit, hier das Wort bekommen zu haben, zu einer ganz kurzen Bemerkung, die nicht mit dem, was Herr Reimann da sagte, zusammenhängt, sondern mit dem, was Herr Heinz gesagt hat. Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, daß er diese Klarstellungen hier schon getroffen hat, und will mich deswegen auch nicht ergänzend dazu äußern. Nur frage ich Sie folgendes, Herr Heinz.

Zunächst: Wir haben uns vor Wochen in einem sehr langen und ausführlichen Telefongespräch unterhalten, und da habe ich Ihnen am Schluß angeboten und gesagt, Herr Heinz — wir haben das ja festgehalten; daß wir es festhalten wollten, hatten wir vereinbart; es ist nicht hinterrücks festgehalten worden, sondern vereinbart gewesen —: Wenn Sie etwas wissen, was uns mehr Informationen verschafft im Hinblick auf die Vorwürfe, die Sie uns gemacht haben oder machen, dann kommen Sie doch bitte! — Nun, das hat der Herr Ministerpräsident schon dargelegt. Ich füge noch hinzu: Ich habe erklärt: Ich komme Ihnen so weit entgegen, daß ich Verständnis dafür habe, daß Sie nicht gleich jeden Informanten nennen wollen; ich bin auch zufrieden, wenn Sie mir sachlich präzise sagen, was dort ist; dann verzichte

ich sogar darauf, daß Sie mir Informanten namhaft machen. — Ich wollte es Ihnen damit erleichtern, das alles sagen zu können.

Lieber Herr Heinz — ja, ja, Herr Ministerpräsident, das sage ich aus langer Bekanntschaft heraus; wir haben lange in einer uns beiden gemeinsamen, sehr liebenswürdigen Kreisstadt gelebt — wenn dies der Fall ist — und wenn Sie es bestreiten wollen, bitte, tun Sie es; ich habe das schriftlich —, wie kommen Sie dann dazu — das muß ich einfach fragen, und da bitte ich wirklich um Verständnis für diese Frage —, hier von „verschaukeln“ zu sprechen, was gibt Ihnen dann den Mut, zu behaupten, hier wären Leute, die Sie verschaukeln wollten? Wenn ich das Ganze, was Sie mir damals gesagt haben, hier verlesen würde, dann würde noch deutlicher werden, wie unverständlich dies für mich ist, würde noch deutlicher werden, daß ausschließlich der Wille zur Sauberkeit, Ehrlichkeit und Korrektheit miteinander im Spiele war. Und dann allerdings liegt die Aussage „verschaukeln“ auf einem Feld, das Sie selbst weit von sich gewiesen haben. Kommen Sie doch, wenn Sie etwas haben, habe ich Sie gebeten und Wochen gewartet. Sie waren bisher nicht bei mir, haben aber hier gesagt, Sie seien verschaukelt worden.

Ich bitte um Verständnis, daß ich das hier noch loswerden mußte, damit in einer so wichtigen Frage man mit dem, was in einer Regierung Vertrauen heißt, nicht leichtfertig umgeht. Dies ist mit diesem Ausdruck, soweit ich das übersehen kann, Ihrerseits geschehen, und ich bedauere sehr, daß das passiert ist. — Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Prof. Dr. Bardong.

Abg. Prof. Dr. Bardong, CDU:

Herr Kollege Reimann, Sie haben heute Ihre Jungferrede gehalten; ich beglückwünsche Sie gern dazu. Sie sind hier sehr selbstbewußt und sehr selbstsicher aufgetreten. Das war erfrischend, möchte ich sogar sagen; auch dieses Kompliment dem Jungferredner. Nur, es war halt zum größten Teil falsch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Herr Reimann, Sie haben bei Ihrer Rede das Gefühl gehabt und gesagt: Jetzt bin ich gleichberechtigt. — Herr Reimann, Sie sind gleichberechtigt. Auch vor der Jungferrede waren Sie das; das muß auch in anderen Bereichen so gelten; wie kämen wir sonst aus mit Junggesellen und Jungfrauen! Sie sind gleichberechtigt!

(Heiterkeit bei der CDU.)

Aber, Herr Reimann, man muß auch zuhören lernen, und da ist Ihnen und anderen gelegentlich einiges passiert, weil Sie nicht genau zugehört haben. Ich brauche das nicht noch einmal in extenso darzulegen. Der Herr Kollege Volkert hat seinen Zwischenruf „Genau das wollen wir!“ — ich saß neben ihm — ausdrücklich auf die Forderung nach dem billigeren Strom bezogen.

Also, ich muß schon sagen, das war eine durchaus anregende wenn auch falsche Jungferrede.

Herr Heinz, das war bei Ihnen freilich anders. Sie sind längst kein Jungferredner mehr, sondern schon mit vielen parteipolitischen Wassern gewaschen oder gewaschen worden, eingetaucht, untergetaucht oder weggetaucht.

(Heiterkeit bei der CDU.)

(Prof. Dr. Bardong)

Herr Fleinz, wenn Sie formuliert haben „bei dem inzwischen entstandenen Durcheinander“, so muß ich sagen, daß das zu dem Zeitpunkt genau auch mein Eindruck von der Diskussion war.

(Erneute Heiterkeit bei der CDU.)

Wir haben Sie durch Zwischenrufe immer wieder an Roß und Reiter zu erinnern versucht: am Schluß hätten Sie mehrere Rösser nennen müssen; aber es ist Ihnen nicht leicht gewesen. Wir waren zwischen- durch mal der Meinung, ob das denn vielleicht mehrere Rösser und immer derselbe Steckenpferdreiter wären;

(Erneute Heiterkeit bei der CDU.)

aber da war nicht weiterzukommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm, CDU.)

— Gut, über das edle Geblüt der Rösser will ich mich hier gar nicht auslassen; das ist ein Bereich, in dem ich mich nicht auskenne, zumal da Rösser aus einer anderen Fraktion beteiligt sind, Herr Vorsitzender.

(Erneute Heiterkeit bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich muß aber auch noch einmal etwas zu anderen Stellungnahmen sagen. Heute morgen sind wieder die Besserverdienenden durch die Reihen begeistert. Ich habe den Kollegen Gerster schon einmal vor Wochen oder sogar vor Monaten gefragt, was denn seine Parteifreunde damit meinten. Ich habe gesagt, sie müßten doch ihn meinen. Da hat er ganz entschieden gesagt: Nein, er als Abgeordneter mit seinen Verdiensten könne mit den Besserverdienenden nicht gemeint sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Ich frage mich nur, wer da gemeint sein soll, wenn von den Besserverdienenden etwas herauskommen soll. Aber, meine Damen und Herren, die anderen Kollegen der SPD-Fraktion haben schon andere Wortgeschöpfe ins Rennen geführt. Ich glaube, Herr Scharping war es, der von den Höchstverdienenden gesprochen hat, und Herr Gerster von den Bestverdienenden. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Gerster, wenn Sie nur an die Bestverdienenden heranreten wollen, dann bringt das zu wenig für den Staatsäckel, und dann bringt Ihre ganze Diskussion um die Besser-, Höchst- und Bestverdienenden nichts.

Ich hoffe, daß ich bei einem anderen Gebiet, wo es vielleicht noch etwas bringt, noch einmal kurz ein paar Bemerkungen zum Überdenken anschließen kann. Es war von den zusätzlich angebotenen Ausbildungsplätzen die Rede. Herr Scharping hat mit seinem nörgelnden Dauerton

(Heiterkeit bei der CDU)

natürlich das auf die Schippe genommen und ganz streng formuliert gesagt: 1 800, wo sind sie geblieben? — Herr Scharping, diese Plätze sind alle da. Sie sind nur nicht alle besetzt worden. Herr Scharping, ich habe mir sagen lassen, in 49 Klassen sind noch 440 Plätze frei. Das ist vielleicht auch etwas, was Sie, Ihre Kollegen oder wir alle vor Ort nachprüfen können. Vielleicht kann man da noch etwas tun, damit das Angebot auch voll genutzt wird. Nur bitte, wenn man auch schon Meister im nörgelnden Dauerton werden sollte, dann muß man dann nicht unbedingt der Regierung, die sich das hat einfallen lassen und es auch schnell und unbürokratisch eingerichtet hat, Vorwürfe machen, sondern dann müssen wir etwa sagen, wo haben die denn gefragt? Sie haben bei denen gefragt, die es wissen müssen, nämlich bei der Arbeitsverwaltung. Und Sie haben doch auch keine besseren Standorte vorzuschlagen gewußt. Dann tun Sie jetzt etwas, damit die restlichen Plätze ausgefüllt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Es fehlen sehr viele Ausbildungsplätze, der Ministerpräsident hat für den Juni die Zahl 5 000 genannt, und es werden auch weiterhin viele, zu viele Ausbildungsplätze fehlen, das ist ganz klar. Nur müssen wir diese Diskussion in den realistischen Rahmen stellen. Es ist doch klar, daß sich erfahrungsgemäß diese Zahlen zum Beginn des Schuljahres reduzieren. Das dürfen wir zum Glück auch dann in den nächsten Wochen erwarten. Wir müssen dann auch einmal Geduld haben, können es aber nicht hinnehmen, wenn immer so selbstsicher dann von Personen wie Herrn Scharping und anderen diese Interpretationen kommen. Muß dann halt einmal abwarten, was die Arbeitsverwaltung für neue Zahlen geben wird. Aus der Arbeitsverwaltung können Sie hören, daß erfahrungsgemäß mit 30 bis 40 % weniger Ausbildungsplatzsuchenden nach dem Beginn des Schuljahres zu rechnen ist, nachdem die meisten ihre Stellen bekommen haben. Dann sind es nicht mehr 5 000, sondern 3 000 oder 2 000. Das sind immer noch zu viele, darin sind wir uns sicher einig. Wir müssen das aber in den rechten Rahmen stellen, denn die Ausbildungsplatzsuchenden haben sich zwar gemeldet, haben sich aber nicht wieder abgemeldet. Es wäre auch eine Zumutung, die an den Rand der Bürokratie ginge, wenn man meinte, man könne die Zahlen hundertprozentig gleich am nächsten Tag abfragen.

Meine Damen und Herren, ich bitte, in diesen wie in anderen Fällen um eine realistischere und vielleicht auch gelegentlich zurückhaltendere Interpretation. Das erlaube ich mir auch, dem Jungferredner für einige seiner Äußerungen zu sagen. Herr Reimann, wissen Sie, wir haben es noch sehr im Ohr, wie mit der SPD-Regierung in Bonn nicht nur die Demokratie erst angefangen hat, sondern wie andere gesagt haben, sie müßten die Belastbarkeit der Wirtschaft einmal ausprobieren.

(Reitzel, SPD: Wer hat gesagt?)

— Vertreter der SPD en masse. Ich habe das in mehreren Versammlungen selbst gehört.

(Zurufe von der SPD. — Schweitzer, SPD:
Das war ein Delegierter — —)

— Ich habe das auch in offiziellen Äußerungen der Jungsozialisten gelesen.

Meine Damen und Herren, die Belastbarkeit der Wirtschaft haben Sie ausprobiert, und es ist eindeutig, daß Sie sie überbelastet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Reimann meinte, dafür müsse die Landesregierung dann die Wirtschaft noch ein bißchen mehr beschimpfen. Herr Reimann, Ihr Fraktionsvorsitzender hat heute morgen gesagt, wir würden hier immer nur über Schuldzuweisungen diskutieren und nicht über Problemlösungen. Ich würde sagen — das ist eine Empfehlung, die man einem Jungferredner geben darf —. Sie sollten gelegentlich noch einmal mit dem Fraktionsvorsitzenden reden, damit wir dann in Ihrer nächsten Rede auch mehr über Problemlösungen als über Schuldzuweisungen hören. Ich zitiere Sie noch einmal, Herr Reimann.

(Zuruf des Abgeordneten Reitzel, SPD.)

— Das ist doch schön, wenn ein Jungferredner so oft zitiert wird.

(Reitzel, SPD: Aber nicht von Ihnen!)

— Auf Ihre giftigen Bemerkungen brauche ich gar nicht erst einzugehen.

(Reitzel, SPD: Gott sei Dank!)

die stehen uns längst oben.

(Beifall bei der CDU.)

(Prof. Dr. Bardong)

Herr Reimann, ich zitiere Sie noch einmal. Herr Reimann hört auch genau zu, das ist gut so. Sie haben gesagt, die Wende in Rheinland-Pfalz wäre Ihnen lieber. Herr Reimann, die Wende in Bonn ist nötiger, und darin liegt ein großer Unterschied unserer Betrachtungsweise. Danke schön.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich ganz herzlich auf der Tribüne Finanzanwärter aus Koblenz und Kreppekaffeedamen aus Nieder-Olm.

(Beifall im Hause.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rothley.

Abg. Rothley, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Professor Bardong, Ihre Bemerkungen zu dem, was unserer Wirtschaft not tut, haben sich nahtlos in das eingereiht, was wir von seiten Ihrer Fraktion heute zu diesem Thema gehört haben. Es war in einem gewissen Sinne einseitig. Ich werde versuchen, dies zu erklären, bevor ich zu dem Thema Giftgas ein paar Bemerkungen mache, zu dem ich mich zu Wort gemeldet habe.

Ich glaube, daß das, was Sie ökonomisch empfehlen, und das, was auch hier in den Reden heute zutage getreten ist, von dem Irrtum abhängt, als ginge es nur um die Angebotsseite, als käme es nur darauf an, die Angebotsbedingungen für die Wirtschaft zu verändern, um wieder die Konjunktur anzukurbeln. Ich halte dies für den zentralen ökonomischen Irrtum in dem, was Sie sagen. Allein mit Parolen „Zurückhaltung in der Lohnpolitik“ und allein mit Parolen wie „Gürtel-enger-Schnallen“,

(Wilhelm, CDU: Das hat der Bundeskanzler gesagt!)

„die Ansprüche zurückdrehen“, werden wir die Probleme nicht lösen. Ich möchte nur die Differenz in der Beurteilung dessen, was wir gegenwärtig vor uns haben, deutlich hervorheben. Sie meinen, daß in der Tat dadurch, daß wir die Angebotsbedingungen verbessern, die Probleme unserer Wirtschaft zu lösen sind.

(Wilhelm, CDU: Besser zu lösen sind!)

Völlig unabhängig davon, ob es anderswo, in England oder in den Vereinigten Staaten, exerziert worden ist, halte ich dies deswegen für falsch, weil Gewinnerwartungen, die natürlich Investitionsvoraussetzung sind, auch davon abhängen, ob die Güter, die produziert werden, auch verkauft werden können. Ohne die Verkaufsmöglichkeit gibt es keine Gewinnerwartung, und deswegen gibt es keine Investition. Das ist der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie einseitig, ohne auf diese Nachfrage-Seite achtzugeben, meinen, allein durch eine Änderung der Bedingungen im Angebotsbereich die Situation meistern zu können, dann glaube ich, ist dies ein tragischer Irrtum, der auch unserer Volkswirtschaft schweren Schaden zufügt.

(Wilhelm, CDU: Kann der noch größer werden?)

Ich meine nicht nur, daß das, was Sie vorhaben, sozial wenig angemessen ist.

Ich halte es darüber hinaus für ökonomisch nicht richtig. Ich bin der Meinung, daß in einer Zeit, in der wir es damit zu tun haben, daß

Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind, Investitionsappelle auf der einen Seite und Sparappelle auf der anderen Seite gleichzeitig ökonomisch einfach nicht zusammenpassen. Das paßt nicht aufeinander! Und deswegen glaube ich, daß wir achtgeben müssen, daß wir das, was wir gegenwärtig an Problemen haben, nicht einseitig darauf zurückführen, daß die Löhne zu hoch sind, nicht einseitig darauf, daß die Steuern- und Abgabenlast zu hoch ist, nicht einseitig darauf, daß die Sozialgesetze angeblich Investitionen im Wege stünden und daß vor allem administrative und politische Hemmnisse Investitionen verhinderten. Wer glaubt, damit die Probleme lösen zu können, ist auf dem Holzweg.

Ich sage hier ganz eindeutig: Für und wird es keine Lösung der Probleme auf dem Rücken der arbeitenden und der arbeitssuchenden Menschen in unserem Lande geben.

(Wilhelm, CDU: Bei 2 Millionen Arbeitslosen?)

— Ja, darum geht es, wie wir diese wegbekommen. Wir bekommen diese nicht dadurch weg, Herr Wilhelm, daß wir jetzt sagen: Wir müssen einseitig Investitionsanreize schaffen —, dies mit der Folge, daß ein Großteil dieser Investitionen ja Rationalisierungsinvestitionen sein wird, die im Grunde die Arbeitsplätze kaputt machen und nicht Arbeitsplätze schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm, CDU.)

Ich sage: Keine Lösungen auf dem Rücken der arbeitenden und arbeitssuchenden Menschen. Ich sage hier ganz eindeutig: Die Haushaltsbeschlüsse für den Etat 1983 gehen an die Grenze dessen, was wir Sozialdemokraten vertreten können. Manche von uns — und ich teile diese Meinung — sagen: Die Grenze ist überschritten. —

Wenn ein Arbeiter der AEG arbeitslos wird, übrigens aufgrund von Managementfehlern des CDU-Mitglieds Dürr — — —

(Widerspruch bei der CDU. — Zuruf des Ministerpräsidenten.)

— Wollen Sie sich von Ihrem Parteifreund distanzieren, Herr Keller? Ich sage nur: Wenn ein Arbeiter der AEG arbeitslos wird — es war leider Gottes von diesen Fehlern im Bereich des Managements heute überhaupt keine Rede — — —

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Doch, bei mir!)

— In einem Nebensatz, Herr Ministerpräsident, einverstanden in einem Nebensatz! Wenn ein Arbeiter bei AEG arbeitslos wird, dies aus Gründen, die er jedenfalls nicht zu verantworten hat, und er deswegen künftig weniger Rente soll bekommen können, dann ist für mich der Punkt erreicht, und ich bin sicher, daß viele Sozialdemokraten diese Meinung teilen, wenn er dafür weniger Rente bekommen soll, dann ist die Grenze dessen, was unzumutbar ist für die arbeitenden Menschen in unserem Lande erreicht, wenn nicht überschritten; für mich ist die Grenze dabei überschritten!

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte ein paar Bemerkungen zu dem Thema „Giftgas“ machen. Herr Ministerpräsident, ich habe eigentlich erwartet, daß wir einen aufklärenden Hinweis von Ihnen über das bekommen, was sich in dieser Sache tut. Das ist nicht der Fall. Sie haben, wie ich meine, den Fehler gemacht, dieses Problem mit der Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zu vermengen. Ich habe dies nicht so recht verstanden. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, Giftgas nicht herzustellen und nicht zu lagern. Das heißt, die Bundesrepublik Deutschland hat erklärt: Diese Waffe werden wir für unsere Verteidigungsbereitschaft nicht anwenden, und zwar unter keinen Umständen. Ich verstehe nicht, weshalb Sie dann überhaupt die Frage der Verteidigungsbereitschaft angesprochen haben. Ich nehme doch auch an, daß — nachdem 13 Jahre lang in Amerika dieses Giftgas nicht produziert worden ist — Sie in der

(Rothley)

Zwischenzeit nicht der Auffassung waren, daß dadurch die Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses gesunken sei; das kann ja wohl nicht ernsthaft gemeint sein. Es kann ja wohl auch keine Rede davon sein, daß die Verteidigungsbereitschaft dieses Landes geschwächt sei, weil beispielsweise sich keine bakteriologische Waffen hier befinden. Oder sollen diese auch her, damit die Verteidigungsbereitschaft noch erhöht wird? Ich halte es also nicht für richtig, dies in diesem Zusammenhang zu diskutieren, und ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen: Mit Antiamerikanismus hat dies überhaupt nichts zu tun! Es gibt sehr viele Amerikaner, die das kritisieren, da befinden wir uns in der besten Gesellschaft. Neuerdings gibt es sogar eine Mehrheit im Senat und im Kongreß, die sagt: Wir wollen das nicht! — Diese haben es doch gestoppt. Wir sollten nur nicht der Versuchung unterliegen, noch amerikanischer zu sein als die Amerikaner.

Ich habe Dutzende von Briefen von Kongreßabgeordneten, die an den Verteidigungsminister schreiben und fragen: Was sagen denn eigentlich die Deutschen dazu? Dort wird es doch eingesetzt, nicht bei uns in Amerika. — Diese werden wahrscheinlich den Kopf schütteln, wenn sie die Erklärungen hören, die zu diesem Thema von mancher Seite, auch von Ihrer Seite, Herr Ministerpräsident, abgegeben werden.

Wir sind der Auffassung, daß es nur konsequent ist, wenn die Bundesrepublik sich verpflichtet hat, auf die Herstellung und die Lagerung dieses Kampfstoffes zu verzichten, daß wir dann auch den Einfluß nehmen auf unseren Bündnispartner, daß er auch auf eine Waffe verzichtet, deren militärische Nützlichkeit ohnehin mehr als zweifelhaft ist. Ich weiß, daß wir viele Probleme dabei bedenken müssen, auch die Tatsache, daß der Amerikaner, daß die alliierten Streitkräfte in der Westpfalz ein bedeutender Arbeitgeber sind, gar keine Frage. Das haben wir bedacht, und die pfälzischen Sozialdemokraten sind in dieser Frage auch mit der zuständigen ÖTV völlig einer Meinung, nicht nur mit dem DGB-Landesbezirk, auch mit der ÖTV.

Ich habe mir gedacht, ein Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz könnte zu diesem Thema Giftgas stichpunktartig folgendes sagen: Wir möchten Frieden, und Freiheit, natürlich, beides zugleich, das unterstreichen wir. Wir sind allerdings der Meinung, daß unsere Verteidigungsfähigkeit von dieser Waffe nicht abhängt. Es ist erstmals Giftgas eingesetzt worden im Ersten Weltkrieg von den Deutschen; deswegen haben wir eine besondere Verantwortung in diesem Bereich, und dieser Verantwortung wollte die Bundesrepublik Deutschland ja dadurch Rechnung tragen, daß sie als erstes Land gesagt hat: Wir verzichten auf diese Waffe. — Wir verzichten auf eine Waffe, die im zweiten Weltkrieg nicht eingesetzt wurde.

Ich meine auch, es hätte von seiten des Ministerpräsidenten gesagt werden können, daß wir deshalb darauf hinwirken wollen, als Land Rheinland-Pfalz, daß dieses Kampfgas aus unserem Lande verschwindet, zumal es Verhandlungen darüber seit einigen Jahren, genau, seit die neue amerikanische Administration im Amt ist, nicht mehr gibt. Die Verhandlungen sind nicht mehr aufgenommen worden.

(Rocker, CDU: Das ist Sache der Bundesregierung!)

— Nein, es waren bilaterale Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zu diesem Thema in Genf.

Seit Reagan Präsident der Vereinigten Staaten ist, sind diese Verhandlungen nicht weitergeführt worden.

Man hätte darauf hinweisen können, daß wir ein Zeichen setzen wollen, und da kommt der entscheidende Punkt: In einer Zeit allgemeiner Hoch-, Zu- und Aufrüstung; ein Zeichen setzen können, daß wir den Willen haben, diesen Prozeß umzukehren, wenigstens in einem Bereich, und zwar einseitig damit beginnen, in der Erwartung, daß natürlich auch im Osten die Waffenlager entfernt

werden. Aber wir müssen damit beginnen, und da ist der Punkt, wo wahrscheinlich die Differenz liegt. Es wird notwendig sein, daß wir sagen; Wir werden damit beginnen, um ein Zeichen zu setzen und den Prozeß des Rüstens umzukehren.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu der Frage „Tourismus“ machen, die Sie, Herr Ministerpräsident, in diesem Zusammenhang angesprochen haben. Ich habe dies für eine, verzeihen Sie, törichte Bemerkung gehalten, zu sagen, das Gerede darüber schade dem Tourismus. Ich weiß, daß dieses Land wirtschaftlich nicht sehr entwickelt ist und daß es dringend — — —

(Zuruf des Ministerpräsidenten.)

— Nun, das war jedenfalls Presseberichten zu entnehmen; das haben Sie auch bei der Kreisbereisung in Pirmasens, ausweislich von Presseberichten, gesagt: es ist mehrfach gesagt worden. Ich halte es also nicht für richtig, auf diese Art und Weise zu argumentieren, obwohl ich Verständnis für die Menschen dort in diesem wirtschaftlich sicher nicht sehr entwickelten Land habe. Ich meine, daß wir Sorge dafür tragen, daß diese Tatsachen, die zum Reden Anlaß geben, beseitigt werden.

Zusammenfassend, Herr Ministerpräsident: Ich hätte mir gewünscht, daß diese Landesregierung ganz einfach sagt: Sollten diese Meldungen zutreffen, daß es dieses Giftgas bei uns gibt, so werden wir in Übereinstimmung mit dem erklärten politischen Ziel diese Republik, und zwar von allen Parteien getragen, darauf hinarbeiten und hinwirken, daß die Bundesregierung ihren Einfluß geltend macht, daß dieses Giftgas entfernt wird. — Wir pfälzischen Sozialdemokraten sind in dieser Frage eindeutig: Dieses Giftgas muß weg. Vor allem muß die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Zustimmung zur Lagerung neuen Kampfgases nicht erteilt wird.

Wenn wir jetzt sagen, die Bundesregierung, dann ist das nun einmal nicht so einfach, Herr Wilhelm, daß man immer sagt, nicht Mainz, sondern Bonn. Eines der Probleme, mit dem wir es noch in diesem Zusammenhang zu tun haben, ist doch, wieweit die Bundesregierung selbst darauf Einfluß nehmen kann. Das ist doch ein Bestandteil des Problems.

Wir können gemeinsam auch als betroffenes Land darauf hinwirken, darauf kommt es an, daß diese Gefahr weggemittelt. Darum geht es. Man kann dies nicht mit solchen schönen Sätzen, die Sie geredet haben, Herr Ministerpräsident, bewältigen. Man kann nicht von der Verteidigungsfähigkeit und all diesem Zeug reden, wo es ganz schlicht und einfach darum geht, zu sagen, wir möchten, daß dieses Zeug verschwindet.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keller.

Abg. Keller, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer aus der Pirmasenser Gegend kommt und dort zu Hause ist, und wer die Menschen in Fischbach kennt, wer so wie ich jeden Weg und Steg um Fischbach herum kennt, der möchte auch gerne etwas dazu sagen, was den Leuten dort mit der Diskussion in ihrem Bemühen um den Fremdenverkehr in den letzten Wochen und Monaten angetan worden ist. Es sind Bemühungen von vielen Jahren, den Fremdenverkehr zu fördern, zu entwickeln, was zweifellos in unserem Bereich ein Erwerbszweig ist, der lange Zeit vernachlässigt worden ist. Er ist dort von der Bevölkerung deshalb lange Zeit vernachlässigt worden, weil die Möglichkeiten dort vielleicht lange Zeit nicht gesehen worden sind. Was der Bevölkerung damit angetan worden ist, das können diejenigen, die das inszeniert haben, überhaupt nicht

(Keller)

ermessen. Ich meine die Bevölkerung denkt darüber ganz anders als die, die von Rockenhausen oder noch von sehr viel weiter her dorthin gereist kommen und versuchen, dort etwas zu inszenieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bürgermeister von Fischbach hat vor einigen Tagen im Fernsehen seine Meinung geäußert. So denkt dort die Mehrheit der Menschen. Wir denken und wir setzen uns dafür ein, daß jede Initiative zur Abrüstung in Ost und West unterstützt wird. Wir sind bereit, uns dafür einzusetzen, daß eine Verringerung der Waffenarsenale erreicht wird, wenn sie ausgewogen und kontrolliert vor sich geht. Wir sind für die Ächtung und für die Abschaffung aller Massenvernichtungsmittel, insbesondere aller chemischen und bakteriellen Waffen. Aber die Menschen bei uns verstehen nicht, daß sich eine Initiative gegen die Waffen widersinnigerweise nicht wendet, die auf uns gerichtet sind,

(Beifall bei der CDU.)

sondern daß sich die Initiative gegen die Waffensysteme richtet, die im Gegenteil von den Amerikanern hier sind, um in Europa einen Krieg zu verhindern, um unsere Freiheit zu sichern, wie dies seit fast 40 Jahren mit Erfolg geschieht.

Ich verstehe nicht, wieso der Kollege Rothley davon spricht, daß diese Waffen bei uns eingesetzt werden sollen. Der Inhalt der Politik muß sein, daß überhaupt keine Waffen mehr in Mitteleuropa eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, die Menschen bei uns in der Westpfalz im Fischbacher Raum haben kein Verständnis dafür, daß sich eine solche, für ihren Fremdenverkehr, für das, was sie mit Mühe in vielen Jahren aufgebaut haben, schädliche Kampagne auf Gerüchte stützt, die von Radio Moskau und der französischen kommunistischen Zeitung L'Humanité ausgestreut werden.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte doch noch darauf hinweisen, daß für die Stationierung der amerikanischen Truppen und für die Lagerung ihrer Waffen einzig und allein die Bundesregierung zuständig ist und daß es der Bundeskanzler Brandt war, der 1971 darüber einen Vertrag unterschrieben hat, und daß es die Regierung Schmidt ist, die es gegenüber dem Bundestag abgelehnt hat, sich gegen die Lagerung chemischer Waffen in der Bundesrepublik zu wehren und zu wenden.

Meine Damen und Herren, diese Politik der Bundesregierung ist bis zur Stunde vom ganzen Deutschen Bundestag, vom ganzen Verteidigungsausschuß, von allen Parteien einmütig getragen worden. Ich muß Ihnen sagen, ich habe diese Politik bis jetzt für richtig gehalten und halte sie heute noch für richtig, ich erwarte allerdings, das sage ich jetzt auch in diesem Hause und ich bitte, es zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bundesregierung ihre Versicherung, daß es keine Gefährdung für die Zivilbevölkerung gibt, diese Erklärung, die sie gegenüber dem Plenum des Deutschen Bundestages durch den Mund des parlamentarischen Staatssekretärs Penner abgegeben hat, diese Erklärung, die sie dem Ministerpräsidenten gegeben hat, einhalten und sicherstellen kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung anschließen. Mir gefiel der Pfälzerwald ohne Waffenlager besser. Aber wir tragen diese Belastung, daß wir schöne Hügel und Täler seit vielen Jahren und Jahrzehnten im Bewußtsein darüber opfern müssen, daß wir einen Dienst für die ganze Bundesrepublik Deutschland tun.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Das Wort hat der Herr Justizminister.

Prof. Dr. Schreckenberger, Minister der Justiz:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Rothley, ich möchte zu Ihren Ausführungen kurz einige Bemerkungen machen. Die Sache fällt nicht unmittelbar in die Zuständigkeit der Justiz, aber es wird immerhin die Sicherheit — die Sicherheit ist ja auch eine Frage, die einen Justizminister in besonderem Maße angeht — angesprochen.

Ich hatte vor einigen Wochen Gelegenheit, im Pentagon vorzusprechen. Dort ging es natürlich primär um Justizfragen, denn immerhin haben wir über 100 000 Amerikaner im Lande, und da gibt es selbstverständlich fast täglich irgendwelche Probleme, die auch die Justiz berühren. Dabei kam auch die Sprache auf chemische Waffen. Ich darf Sie versichern, daß von den leitenden Offizieren durchaus die gleiche Wertung hinsichtlich Bedeutung und hinsichtlich des Zweckes solcher Waffen, wie wir sie teilen, gegeben worden ist. Man würde selbstverständlich am liebsten auf solche Waffen verzichten.

Es gab keine Angaben über irgendwelche Orte, dafür sei die Bundesregierung zuständig, es sei dies nicht Sache des einzelnen Landes, erläuterten die Gesprächspartner. Ich wollte nur versichern, daß die Amerikaner nicht eine andere Strategie verfolgen. Es ist eine Strategie — und diese geht über das Militärische hinaus, wie ich einen Gegner zu einem gewünschten Verhalten veranlassen kann. Das ist ja im Grunde Ihre Fragestellung. Sie meinen, das sei durchaus fast biblisch, möglich, indem man nicht nur die eine Wange, sondern auch die andere hinhält; aber das ist kein militärstrategisches Konzept. Das ist eben ein biblisches und auch ein moralisches Konzept, das im individuellen Verkehr unter Menschen sehr zur Befriedung beitragen kann. Aber alle Menschheitserfahrungen sprechen dagegen, daß dies auch ein strategisches Konzept sei, so daß Vorleistungen auch im Hinblick auf solche Waffen durchaus nicht die Erwartung rechtfertigen, daß das von uns gemeinsam gewünschte Ziel, solche Waffen überhaupt als Mittel zur Lösung menschlicher Konflikte aus dem Verkehr zu ziehen, erreicht wird. Es spricht nichts dafür. Sie müßten einige Gründe dafür anführen, daß wir durch eine derartige Vorleistung und daß die Amerikaner durch eine derartige Vorleistung nicht irgend etwas bewegen könnten.

Denken Sie an die KSZE und an die langwierigen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle. Daran sehen Sie, wie mühsam es ist, dem östlichen Gegner irgend etwas abzuhandeln. Eine Position der Stärke veranlaßt ihn dazu, auf unsere Wünsche einzugehen.

Vielleicht sollte man das etwas kühler ins Kalkül ziehen — und nicht die vollen Emotionen ins Spiel bringen, wie Sie dies — wie ich einräume — durchaus überzeugend und geschickt getan haben und immer wieder tun —, wie wir ein gewünschtes Verhalten eines Gegners herbeiführen können. Ich glaube, ein Vorschlag von Ihnen, daß man selbst zunächst auf solche Waffen verzichtet, ist mit hohen Risiken verbunden. Das muß man deutlich sehen. Es ist dies nicht die Politik der Bundesregierung, und zwar erklärtermaßen nicht die Politik des Bundesverteidigungsministers, den ich dieser Tage in Frankfurt gehört habe. Er hat gesagt, daß mit einer derartigen Politik des Verzichtes oder der Vorleistungen irgend etwas zu bewegen sei. Das hätte ebenso ein Minister der CDU sagen können, aber es war der Verteidigungsminister dieser Bundesregierung.

(Zuruf des Abgeordneten Werle, SPD.)

Wie Herr Abgeordneter Keller dies auch deutlich gemacht hat, ist daher überhaupt nichts gewonnen, indem Sie wiederum eine große Unruhe unter die Bevölkerung bringen; denn es wurde mir ebenso

(Staatsminister Prof. Dr. Schreckenberger)

klar versichert, daß die Amerikaner alle Anstrengungen unternehmen, um die Sicherheit der Bevölkerung, die bisher in keinem Punkt und zu keiner Zeit irgendwie gefährdet war, zu wahren.

Solche Waffen muß man nach ihrem Konzept bemessen, das verfolgt wird. Es handelt sich hierbei um ein reines Verteidigungskonzept. Sie können in keiner strategischen Überlegung der westlichen Staaten auch nur Ansatzpunkte für ein aggressives Verhalten erkennen. Man muß unter Umständen Ihrer Argumentation entnehmen, daß vielleicht doch über die Abschreckung hinaus solche Waffen für einen Einsatz geplant sein könnten.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rothley?

Prof. Dr. Schreckenberger, Minister der Justiz:

Gern.

Abg. Rothley, SPD:

Herr Minister, würden Sie der Feststellung zustimmen, daß die Bundeswehr diese Waffen zu keinem Zeitpunkt und unter keinen Umständen nach geltendem Recht einsetzen darf?

Prof. Dr. Schreckenberger, Minister der Justiz:

Wenn nach dem Recht gefragt wird, muß der Justizminister mit der gebotenen Zurückhaltung antworten. Ob die Bundeswehr das nach dem geltenden Recht nicht darf, vermag ich aus dem Stegreif nicht zu beantworten. Aber sie wird es nicht tun. Sie verfügt auch nicht über solche Waffen. Wir stehen aber in einem Bündnis. Der Bündnispartner hat sich ja bekanntlich vertraglich die Rechte über die Verfügbarkeit derartiger Waffen vorbehalten.

(Zuruf des Abgeordneten Reitzel, SPD.)

Sie wissen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz in dieser Frage eine Verfassungsbeschwerde angestrebt hat. Ich habe ihn schon vor einiger Zeit gebeten, mir die Verfassungsbeschwerde zugänglich zu machen. Er hat mir das auch zugesagt, ich habe aber die Argumente, die für die Verfassungswidrigkeit der Lagerung sprächen, bisher nicht erhalten. Ich gehe bisher davon aus, daß verfassungsrechtliche Gründe dem nicht entgegenstehen, aber ich lasse mich gern eines Besseren belehren. Dazu müßte mir aber endlich die Argumentation zugänglich gemacht werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Herr Abgeordnete Gerster hat um eine persönliche Bemerkung gemäß § 32 der Geschäftsordnung gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gerster, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf einen Beitrag eingehen, den

der Herr Abgeordnete Dr. Bardong in meiner Abwesenheit gegeben hat. Dabei hat er offensichtlich auf ein angebliches Gespräch zwischen ihm und mir Bezug genommen, in dem es um Besserverdienende in unserer Gesellschaft ging und wie sie mehr zu belasten seien. Ich hätte in diesem Gespräch gesagt, da gehörten die Abgeordneten sicherlich nicht dazu. Ich will hier in aller Deutlichkeit sagen, daß ich mich an ein solches Gespräch nicht erinnern kann. Bei einer ernsthaften Auseinandersetzung über diese Frage über eine gestufte Mehrbelastung derer, die leistungsfähig sind, kämen sicherlich die Abgeordneten auch nicht ungeschoren weg.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz wegen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1980

dazu:

- a) **Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1980**
Antrag der Landesregierung
– Drucksache 9/1907 –
- b) **Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 1980**
Antrag des Rechnungshofs
– Drucksache 9/1998 –
- c) **Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1980**
Unterrichtung durch den Rechnungshof
– Drucksache 9/2061 –
- d) **Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1980 (Drucksache 9/2061)**
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 9/2117 –

Weiterhin rufe ich hierzu den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses** auf, der Ihnen in der Drucksache 9/2452 vorliegt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Thorwirth; ich erteile ihm das Wort.

Abg. Thorwirth, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Rechnungsprüfungskommission und der Haushalts- und Finanzausschuß des Hohen Hauses haben die Ihnen überwiesenen Drucksachen zur Haushaltsrechnung des Landes für das Jahr 1980, den Bericht des Rechnungshofs und die Stellungnahme der Landesregierung beraten und mit den Vertretern der Ministerien und dem Rechnungshof erörtert. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt Ihnen in dem Bericht – Drucksache 9/2452 – vor. In dieser Drucksache empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuß dem Hohen Haus mit Mehrheit – mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. – den Bericht in der Fassung der Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß und die Beschlussempfehlung in dieser Fassung zur Annahme.

(Thorwirth)

Ich füge hinzu, daß die im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossene Fassung des Berichtes in einem Berichtsgegenstand von der Fassung des Berichtes der Rechnungsprüfungskommission und der Beschlußempfehlung der Rechnungsprüfungskommission, wie diese sie einstimmig nach ihrer Arbeit verabschiedet hat, abweicht. Diese Abweichung – ich zitiere sie im Anschluß – haben die von der SPD gestellten Mitglieder im Haushalts- und Finanzausschuß für so gewichtig eingeschätzt, daß sie dem Bericht und der Beschlußempfehlung, also der Entlastung der Landesregierung, im Haushalts- und Finanzausschuß die Zustimmung verweigert haben. Es handelt sich dabei um die Nummer 22 des Berichtes – Landwirtschaftliche Domänen –. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt dem Hohen Hause, Vorgehen und Verhaltensweise des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in dem in Nummer 22 des Berichtes und den korrespondierenden Prüfungsstellen des Rechnungshofs geschilderten Fall des Verkaufs einer landwirtschaftlichen Domäne zu mißbilligen. Dabei fiel ersahrend ins Gewicht, daß auch dem Finanzminister bei der Einholung seiner Zustimmung zu der Veräußerung dieser Domäne die Existenz eines wesentlich höheren Kaufangebots nicht bekannt gemacht wurde.

Im Bericht der Rechnungsprüfungskommission war darüber hinaus – es handelt sich um die Vorarbeiten, die dem Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegt worden sind – die Feststellung enthalte – ich zitiere –, die Diskrepanz zwischen den beiden vorliegenden Kaufangeboten war so hoch, daß die getroffene Entscheidung auch unter Beachtung agrarpolitischer Gesichtspunkte im vorliegenden Fall nicht zu rechtfertigen ist.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat nach erneuter Erörterung und nach erneutem Vortrag des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten auf diese Feststellung verzichtet und das Ersuchen an die Landesregierung anders formuliert. Das heutige Ersuchen an die Landesregierung lautet,

- a) bei der Veräußerung weiterer Domänen vor dem Abschluß von Kaufverträgen den Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und den Haushalts- und Finanzausschuß – unbeschadet der nach der Landeshaushaltsordnung erforderlichen Zustimmung – zu informieren und
- b) eine wirtschaftliche und pflegliche Vermögensverwaltung sicherzustellen.

Die Mehrheit im Haushalts- und Finanzausschuß hat – ich darf das hier sagen – die nochmalige Äußerung des zuständigen Ministers und die Erläuterungen seiner Gründe für die Entscheidung als ausreichend angesehen und auf die weitergehenden Vorhaltungen und Erfordernisse verzichtet.

Zu dem unumstrittenen Berichtsteil habe ich meinerseits noch folgende Erläuterungen hinzuzufügen:

Ich glaube, ich kann mir hier ersparen, die Beschlußempfehlung vorzulesen. Und ich will auch das Hohe Haus nicht damit belasten, Wiederholungen aus dem schriftlich vorgelegten Bericht zu zitieren.

Aber ich glaube, es ist erforderlich, zu einigen Punkten Unterstreichungen oder auch Ergänzungen vorzunehmen. Ich meine, daß wir durchaus gemeinschaftlich konstatieren könnten, daß aus dem Ablauf der Haushaltswirtschaft des Jahres 1980 und auch der Planungen, wenn ich das hinzufügen darf, eine weitere Einengung der Gestaltungsfähigkeit und des Spielraums unseres Haushalts erkennbar ist. In dieser Lage, kommen Feststellungen des Rechnungshofs, die Möglichkeiten zur Entlastung des Haushalts in verschiedenen Bereichen aufzuzeigen, wie ich finde, eine ganz besondere Bedeutung zu.

Es haben sich im Jahre 1980, glaube ich, auch jene Tendenzen fortgesetzt, aus denen sich eine Verengung des Handlungsspielraums widerspiegelt, als da sind: Belastungen durch Kreditfinanzierung, Verringerung der Investitionsquote, Erhöhung der Zinssteuerquote

und der Kreditfinanzierungsquote. Ich glaube, daß wir auch bei der Feststellung, der anerkennenden Feststellung, daß die Absicht sehr wohl erkennbar ist, sorgfältige Haushaltswirtschaft zu betreiben, aber auch aus dem Anlaß der Verabschiedung der Entlastung der Landesregierung dies als Hinweis für sparsame Ausgabenwirtschaft und sorgfältigster Mittelverwendungsplanung zu unterstreichen haben.

Das gilt – ich glaube, das ist selbstverständlich – ja nicht nur in Zeiten angespannter Haushaltslage. Das gilt nicht nur in Zeiten rückläufiger Steuereinnahmen oder stagnierender Produktivität unserer Volkswirtschaft, sondern das gilt, ich sage jetzt, gerade besonders auch in Zeiten einer besseren Konjunktur. Ich finde, wir mußten uns ganz ernst vornehmen, daß wir dann, wenn wir über die Lage der öffentlichen Haushalte sprechen, nicht nur antizyklische Haushaltspolitik in Festvorträgen preisen, sondern sie in der Tat auch in der Praxis vollziehen. Dies scheint mir eine wichtige Lehre aus den Erfahrungen der letzten Jahre.

Ich habe einige Bemerkungen zu den immer wiederkehrenden Feststellungen darüber zu machen, daß über- und außerplanmäßige Ausgaben erfolgten, die ohne Einwilligung des Finanzministers getätigt worden sind. Ich will hier kritisch auch zumindest die Frage erwähnen, wie sie in der Diskussion bei uns gestellt worden ist, die nämlich darauf abzielt, zu eruieren: Sind das hier immer glaubhaft Versäumnisse, Versehen, Irrtümer, oder muß man auch möglicherweise damit rechnen, daß dort, wo man mit der Zustimmung des Finanzministers nicht rechnet oder sie als zweifelhaft ansieht, möglicherweise auch ein solcher Irrtum programmiert werden könnte? Es gibt dafür nach Bestätigung des Rechnungshofs keine Anzeichen. Aber ich wiederhole die Mahnung, daß man hier wirklich durch Einholung der Zustimmung und Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften Zweifel dieser Art eben ausräumen sollte.

Meine Damen und Herren, ich empfehle das Kapitel „Entwicklung der Stellen und der Ausgaben für das Personal“ der besonderen Aufmerksamkeit jedes einzelnen Mitglieds des Hohen Hauses, und zwar aus drei Gründen: Das ist einmal die Gesamtbedeutung, die diese Frage für die Haushaltspolitik eines Landes hat, und ich meine, auch wegen der besonderen Empfindlichkeit, die Personalfragen dieser Art haben – es sind Menschen, und daß sie dort sitzen, wo sie sitzen, ist mehr unsere, als ihre Veranlassung –, aber auch wegen der Unterschiedlichkeit der aufgabenbezogenen Entwicklung des Personalbedarfs in den verschiedensten Bereichen unserer Landesverwaltung. Die geschriebenen Konsequenzen und Empfehlungen, die wir aussprechen, sind zu lesen.

Ich füge eine weitere, eigentlich selbstverständliche, aber vielleicht die wichtigste hinzu, nämlich die, daß wir und jedermann, der daran mitwirkt, jede neue Aufgabe, die man dem Land stellt, vorher sorgfältig prüfen möge.

Die Ziffer 5 unseres Berichtes befaßt sich mit der Einhaltung der Arbeitszeit bei den Dienststellen des Landes. Über das Geschriebene hinaus von mir hier folgende Anmerkung: Ich glaube, wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine erfreulich verkürzte Arbeitszeit, und wir haben eine großzügige individuelle Gestaltungsmöglichkeit für deren Einhaltung. Dies bedeutet, daß die Gesellschaft, die den öffentlichen Dienst bezahlt, Anspruch auf strikte Korrektur hat. Dies ist dem allergrößten Teil öffentlich Bediensteter – und auch dies war Ergebnis der Überprüfung des Rechnungshofs zu diesem Kapitel – zu attestieren. Diese übergroße Mehrheit hat auch Anspruch, davor geschützt zu werden – das sage ich jetzt auch –, daß eine kleine Minderheit auf ihre Knochen und auf Kosten ihres Ansehens gewissermaßen schlaubergerisch Mißbrauch betreibt.

(Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

Da es diesen Mißbrauch gibt, muß man sich, glaube ich, korrekt um Kontrolle bemühen. Dazu sind Anregungen gegeben worden. Man mag dazu sagen können, leider, vielleicht auch unerfreulich, aber, wie

(Thorwirth)

die systematische Befassung mit diesem Thema bewiesen hat, ich glaube, unvermeidlich.

Wenn man das Kapitel „Schlüsselzuweisungen und damit Ausgleich von Soziallasten im kommunalen Finanzausgleich“ angeht und überhaupt das ganze Kapitel „Finanzen der Gemeinden“, „kommunaler Finanzausgleich der verschiedensten Art“, dann werden, glaube ich, Schwachstellen deutlich. Erstens, hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit der Ortsgemeinden. Dies ist auch ausgelöst, wie wir wissen, durch die Höhe von Kreis- und Verbands- und Sonderumlagen, und hinsichtlich der Höhe der Leistungsansätze. Ein sorgfältiges Beobachten der Einzelstatistik zeigt, daß teilweise die Finanzkraft kommunaler Gebietskörperschaften durch die Einflüsse des Finanzausgleichs nicht ausgeglichen, sondern geradezu umgekehrt worden ist. Dies ist dann eine Aufgabe, die dem Parlament gestellt ist, natürlich auch der Regierung, daran mitzuwirken, daß wir in einem an sich in seiner Entwicklung durchaus bewährten Finanzausgleichsgesetz diese Einflüsse durch Korrekturen beseitigen.

Den eindeutigen Feststellungen hinsichtlich des Ausgleichs von Soziallasten ist, glaube ich, nichts hinzuzufügen. Sie kennen und wissen, daß es im Norden unseres Landes ein Hallenwellenbad gibt, das schon in der Vergangenheit und in der Zeit seines Entstehens Probleme ausgelöst hat. Dies ist auch heute noch der Fall. Und ich glaube, wir müssen hier die Anregung unterstreichen, daß die Anstrengungen verstärkt werden müssen, den heutigen Zustand zu beseitigen, daß über viele Jahre auf Kosten anderer Gemeinden aus dem Finanzausgleich nicht nur Investition, sondern auch der Betrieb eines solchen Bades teilweise subventioniert und finanziert wird. Dies ist, glaube ich, im Interesse der anderen Gemeinden notwendig. Mehr hier zu sagen, erübrigt sich sicherlich. Aber diese Bitte will ich doch mit Nachdruck hier auch vor der Öffentlichkeit und vor dem gesamten Parlament aussprechen. Und das Wichtigste, was man, glaube ich, sagen kann: Ich hoffe, daß alle daraus ihre Lehren gezogen haben. —

Der Rechnungshof befaßt sich — und wir beraten seine Arbeitsergebnisse — erfreulicherweise intensiv mit der Veranschlagung von Hochbaumaßnahmen und mit der Planung und Ausführung von Hochschulbauten. Wer sich dieses Kapitel besonders vornimmt, wird feststellen, daß er sich auch erfolgreich damit befaßt, erfolgreich im Sinne, daß geplante Ausgaben zurückgeführt werden. Teilweise gelingt dies, wenn die Prüfung vor Beginn einer Maßnahme erfolgt. Teilweise ist dies nicht mehr geschehen. Aber ich glaube, wir sollten gerade im Hochschulbau darauf hinwirken, daß, soweit dies möglich ist, der Rechnungshof Großmaßnahmen, die dort in Gang gesetzt werden, vor ihrer Verwirklichung und die Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte überprüft. Gerade bei dem Zusammentreffen besonderer Umstände im Bereich der Hochschulen, der Planung und der Ausführung von Bauten und auch der Tatsache, daß es sich hier um Gemeinschaftsfinanzierung handelt und wie wir ja leider wissen, letztlich keines der Parlamente sich so ganz in der Verantwortung für deren Gestaltung fühlen kann, scheint mir dies besonders angebracht zu sein.

Es ist beim Vorlegen eines schriftlichen Berichts, meine Damen und Herren, natürlich immer eine gewisse Willkür, zu welchen Prüfungsgegenständen der Berichterstatter ergänzende Anmerkungen macht. Dies vorausgeschickt, treffe ich für mich die Feststellung, daß ich jedenfalls bemüht war, die Auswahl zu treffen nach der über den Einzelfall oder die Einzelfeststellung hinausgehende allgemeine Bedeutung.

Ich habe noch eine allgemeine Bemerkung zu treffen. Es ist sehr häufig beim Rechnungsprüfungsverfahren so, daß die Landesregierung den Prüfungsfeststellungen des Rechnungshofs beipflichtet und für die Zukunft Einhaltung gelobt. Dies ist erfreulich, weil man daraus den Schluß ziehen kann, daß richtige Anregungen des Rechnungshofs auch richtig aufgenommen und durchgeführt werden. Ich glaube aber, wir sollten uns kritisch fragen, ob es nicht auch da und dort ein Zeichen dafür sein kann, daß man bei unangenehmen und unpolu-

lären Entscheidungen wartet, bis der Rechnungshof die Anregung gibt. Ich hoffe, daß diese kritische Besorgnis unnötig ist, aber ich wollte sie hier äußern, weil ich glaube, der Rechnungshof darf nicht in diesem Sinne zur Berufsinstanz für Entscheidungen werden, die die Verwaltung von sich heraus treffen muß.

(Beifall bei der SPD.)

Im übrigen, meine Damen und Herren, bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung zu den erbetenen Beschlüssen, die die Entlastung der Landesregierung und den Rechnungshof Rheinland-Pfalz betreffen, dies jedoch nicht, ohne vorher dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofs und seinen Mitarbeitern, ich schließe die Mitarbeiter der Ministerien, besonders des Finanzministeriums, die für die Haushaltsführung besondere Verantwortung tragen, hier mit ein, auch für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit herzlichen Dank zu sagen. Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Eicher.

Abg. Dr. Eicher, F.D.P.:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mit der Feststellung des Rechnungshofs zur Haushaltslage und ihrer Entwicklung beginnen. Der Rechnungshof führte aus: Im Jahre 1980 wurden in vermehrtem Umfange Kredite beansprucht. Die Ausgaben wurden zu elf Prozent mit Krediten finanziert.

Die Schulden stiegen auf annähernd zehn Milliarden DM an. Für die Zinsen wurde rund acht Prozent der Steuereinnahmen und allgemeinen Finanzaufwendungen benötigt. Nach der Planung sind die Schuldendienstleistungen ab dem Jahre 1982 höher als die Investitionsausgaben. Diese Vorbelastungen engen die Finanzierungsmöglichkeiten von neuen Investitionen durch Kredite zunehmend ein.

In unserer Beschlußvorlage wird die Analyse der Haushaltswirtschaft durch den Rechnungshof durch einen Blick in die Zukunft ergänzt. Aus dem Ablauf der Haushaltswirtschaft im Jahre 1981 und der Haushaltsplanung für die Jahre 1982/1983 ist eine weitere Einengung der Gestaltungsfähigkeit des Haushalts erkennbar — beängstigend, meine Damen und Herren.

Ich bin der Meinung, der Rechnungshof hat uns mit dieser seiner von mir soeben vorgetragenen Feststellung aufgefordert, uns über diese Frage, ja fast über die Ausweglosigkeit der Haushaltslage Gedanken zu machen.

Ich würde mich sehr wundern, wenn der Herr Präsident des Rechnungshofs an dieser Stelle meiner Ausführungen nicht deutlich seine Zustimmung zu erkennen geben würde. Ich kann ihn leider nicht sehen, da wir den unabhängigen Präsidenten des Rechnungshofs bei der Sitzordnung in diesem Hause unter die weisungsgebundene Beamtenschaft in die zweite Reihe der Regierungsbank einordnen.

(Dr. Danz, F.D.P.: Dafür sitzt er aber unter der Hambacher Fahne!)

Ich habe im Urlaub einen imponierenden Vorschlag für eine Lösung der Haushaltsmisere aufgespürt. Da finden alljährlich die Innsbrucker Tage, initiiert von einem Unternehmer aus Rheinland-Pfalz, mit illustrier Beteiligung statt. Auch unser Ministerpräsident war dabei. Ich erhielt wenigstens das gut aufgemachte Protokoll über diese Tagung.

In der Diskussion unterhielt man sich über Sinn und Unsinn der Subventionen. Da meinte der Professor, der die Tagung leitete: Wenn

(Dr. Eicher)

die Politiker nicht das Geld dafür haben, können sie auch keine Subventionen zahlen. Nur so kann man das verhindern. Wenn wir also – fuhr er fort – den Strukturwandel wollen und nicht die Strukturkonservierung, dann müssen wir eben verhindern, daß die Politiker dieses Geld für solche Zwecke in die Hand bekommen. – Ein faszinierender Gedanke.

Wir – ich meine damit alle öffentlichen Hände – haben uns bei der Haushaltswirtschaft bis zum Jahre 1982 exakt gegenteilig verhalten. Wir haben nicht nur jede eingenommene Mark den Politikern, das heißt den Ministern, in die Hand gedrückt, wir haben darüber hinaus Milliarden-Kredite aufgenommen und sie wiederum den Ressorts geradezu aufgezwungen und waren sogar böse, wenn diese sie in dem vorgesehenen Zeitraum nicht ausgegeben haben.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat allerdings sehr früh schon gegen diese verantwortungslose Haushaltspolitik Front gemacht.

Die Antwort auf die sorgenvolle Feststellung des Rechnungshofes: Wir manövrieren uns in eine totale Unbeweglichkeit der Haushaltsgestaltung –, kann nur in der Befolgung des Rates des klugen Professors von Innsbruck bestehen. Wir müssen unseren Ministern, unseren Ressorts, weniger Geld in die Hände geben.

Walter Scheel bestätigte diese Auffassung in diesen Tagen, als er forderte: Zur Lösung unserer finanzpolitischen Lage bleibt nichts anderes übrig – wir müssen weniger Geld in die Verteilungsmaschinerie geben. Daß es dann auch geht, hat mir ein Minister der Landesregierung vor kurzem bestätigt.

(Wilhelm, CDU: Wer war das?)

– Wollen Sie wieder ein Roß?

(Zuruf von der CDU: Den Reiter!)

In diesem Falle bin ich bewußt etwas zurückhaltend. Er sagte mir: Ich verfüge jetzt über 25 Millionen DM weniger, und Herr Eicher, ich sage Ihnen, es geht auch. –

(Wilhelm, CDU: Vor der Fraktion hat er das noch nie gesagt!)

Wenn die Ressorts über weniger Geld verfügen, Herr Kollege Thorwirth, dann gehen sie mit diesem Geld auch sorgfältiger um!

Ich verspüre jetzt geradezu den Widerspruch von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, der sich so artikulieren läßt: Wir sind in Rheinland-Pfalz doch nicht autark. Wir sind eingebunden in die Haushaltslage des Bundes, und solange die da oben am Ruder sind, kann man doch keine eigenständige Haushaltspolitik machen.

Ich kann da nur antworten: Erstens: Ich habe mit meinem Vorschlag auch „die da oben in Bonn“ gemeint. Und zweitens: Machen wir den Schlendrian ruhig weiter, bis der Rechnungshof feststellt: Wir brauchen alles für Tilgung und Zinsen; die Entwertung des Geldes steht vor der Tür.

Ich möchte vorab ein Wort zu dem Domänenverkauf sagen, den der Herr Berichterstatter erwähnt hat und der in den letzten Tagen so viel Staub aufgewirbelt hat.

Wenn ich dem Rechnungshof, wo auch immer, begegne, dann verspüre ich die richterliche Unabhängigkeit, empfinde Hochachtung vor ihm. Ich habe daher in den langen Jahren, da ich der Rechnungsprüfungskommission angehöre, den ausgewogenen Empfehlungen des Rechnungshofs fast stets zugestimmt. Dieses Vertrauen in die Arbeit des Rechnungshofs hindert mich aber nicht daran, daß ich eine von der Rechnungsprüfungskommission übernommene Empfehlung des Rechnungshofs nach erneuter Beratung anders bewerte und mich für eine Änderung unserer Empfehlung einsetze.

Dieses Recht lasse ich mir von niemandem streitig machen, schon gar nicht unter dem formalen, unverständlichen Hinweis, ich hätte doch der Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission bereits zugestimmt.

Ich habe es daher im Grunde nicht nötig, für meine höchstpersönliche Entscheidung mich zu rechtfertigen. Dennoch eine kurze Erläuterung zu meiner Haltung im Falle des Verkaufs der Domäne Marienberger Hof.

Wir haben in der Rechnungsprüfungskommission die Empfehlung des Rechnungshofes wesentlich verschärft. Wir haben Vorgehen und Verhaltensweise des Landwirtschaftsministeriums und damit des Landwirtschaftsministers wegen der unterbliebenen Einschaltung des Landtags ausdrücklich mißbilligt. Daran hat sich nichts geändert. Und diese Mißbilligung enthielt – das möchte ich ausdrücklich hervorheben – die Empfehlung des Rechnungshofs nicht.

Wir haben ferner in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof vorgeschlagen, die Landesregierung zu ersuchen, a) die Frage der Verantwortlichkeit und Haftung für die Mindereinnahmen zu prüfen und b) eine wirtschaftliche und pflegliche Vermögensverwaltung sicherzustellen. Der Buchstabe b ist unverändert geblieben.

Nach den Erklärungen des Landwirtschaftsministers in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses war für mich der Buchstabe a nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Minister hat erklärt, daß er die Verkaufsverhandlungen selbst geführt und zum Abschluß gebracht habe und die Verantwortung für den Verkauf trage. Er hat weiter erklärt, daß auch beim Verkauf der Domäne Marienberger Hof wie in allen früheren Fällen von Domänenverkäufen der Ertragswert zugrunde gelegt worden sei. Ich habe nochmals alle Unterlagen, die der Rechnungsprüfungskommission vorlagen, nachgelesen. Weder der Präsident des Rechnungshofs noch der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums haben etwas davon erwähnt, daß der Minister selbst die Verkaufsverhandlungen geführt habe. Auch aus der Stellungnahme der Landesregierung ergab sich dafür nichts.

Nach der Stellungnahme des Ministers erschien es mir geradezu absurd, die Landesregierung aufzufordern, die Frage der Verantwortlichkeit zu prüfen. Aber auch die Frage nach der Haftung stellte sich für mich nicht mehr nach der unwidersprochen gebliebenen Erklärung des Ministers, daß die Domäne sogar über dem festgestellten Ertragswert verkauft worden sei und aus agrarpolitischen Gründen, die mir einleuchten, der Verkauf der Domäne an den langjährigen Pächter zu rechtfertigen, ja geboten war. Man kann doch nicht die Landesregierung eine Frage prüfen lassen, deren Beantwortung bereits einwandfrei feststand.

Ich habe das Argument gehört, so einfach könne man es sich doch nicht machen, daß der Minister die Verantwortung übernehme, und damit sei die Sache erledigt. Ich bin da anderer Meinung. Einmal ist das gar nicht so üblich, daß sich ein Minister, wie hier, zu seiner Verantwortung bekennt. Und dann: Er hat sich ja nicht nur zu seiner Verantwortung bekannt; er hat ja sein Verhalten auch einleuchtend begründet. Und das, was er falsch gemacht hat, die eindeutige formale Nichtbeteiligung des Landtags am Verkauf der Domäne, haben wir ja ausdrücklich mißbilligt.

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß ich – wie ich es gelesen habe – aus nicht sachlichen Gründen, etwa, weil die F.D.P. eine besondere Wertschätzung für den Minister Meyer habe – mir ist übrigens davon nichts bekannt,

(Heiterkeit bei der CDU)

kann für mich also auch nicht Motiv gewesen sein –, ein Monitum der Rechnungsprüfungskommission abgeschwächt hätte. Ich war auch nicht mit der Textkorrektur der CDU-Kollegen einverstanden. Ich habe vielmehr meine Meinung völlig eigenständig begründet; das wird jeder bestätigen müssen, der im Haushalts- und Finanz-

(Dr. Eicher)

ausschuß anwesend war. Und dieses Recht — ich betone es nochmals — lasse ich mir von niemanden streitig machen.

Ich stelle abschließend fest, daß der Buchstabe a in der Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission für mich einfach nicht aufrechterhalten war. Ich habe mich daher für seine Streichung eingesetzt.

Auch wenn ich in diesem Fall von der Stellungnahme der Landesregierung nicht unbeeindruckt geblieben war, so muß ich doch nach dem Verlauf der Sitzungen der Rechnungsprüfungskommission kritisch anmerken, daß bei den Vertretern der Landesregierung der Respekt vor dem Rechnungshof nur mäßig entwickelt ist. Diese Vertreter stehen grundsätzlich in Abwehrstellung. Es kommt nur selten vor, daß eine Beanstandung widerspruchslos hingenommen wird. Dafür wird man sogar noch

(Wilhelm, CDU: Was normal ist!)

ein gewisses Verständnis haben müssen. Man läßt sich nicht gerne eine Verfehlung anlasten. Wenn man dann aber erleben muß, wie das Landwirtschaftsministerium bei der Behandlung des Punktes Landeslehr- und -versuchsanstalten überwiegend mit völlig neuen Gründen operierte, die längst dem Rechnungshof hätten vorgetragen werden müssen, dann liegt darin ein nicht zu billigender Umgang mit dem Rechnungshof. Ich habe bei den Ausführungen der Vertreter dieses Ressorts den Präsidenten des Rechnungshofs beobachtet.

Er schüttelte immer wieder sein Haupt, weil er ununterbrochen mit völlig neuen Einwendungen konfrontiert wurde. Meine Damen und Herren, so geht das einfach nicht. Daß auf diese Weise unser Beschluß aus dem vergangenen Jahr, die Edelreiserproduktion zu privatisieren, auf unbestimmte Zeit ausgesetzt wurde, habe ich ganz besonders bedauert. Meine Damen und Herren, was bin ich mit diesem Privatisierungsvorschlag aufklärend durch die Lande gezogen.

Sammelt man die Vorwürfe in dem Jahresbericht des Rechnungshofs gegenüber der Verwaltung, dann kommt man auf eine beachtliche Zahl. Ich möchte nur eine kleine Auslese nennen: „Verstoßen sind die Verwaltungen nicht entschieden genug entgegengetreten; das Maß der Hilfe wurde teilweise nicht sachgerecht beurteilt; die Folgen haushaltswirtschaftlichen Fehlverhaltens wurden nicht erkannt; Kostenerhöhungen beruhten auf unzutreffenden Kostenermittlungen; die Planung überschritt den Bedarf; die Ausführung war teilweise zu aufwendig; verzögerte Anpassung führte zu vermeidbaren Einnahmeausfällen; Mittel sind für nicht förderungsfähige Maßnahmen verwendet worden“. Meine Damen und Herren, das ist nur eine winzige Auslese aus dem Prüfungsbericht 1980. Wenn man nun bedenkt, daß der Rechnungshof in seinem Jahresbericht nur etwa 1 bis 2 % der gesamten Verwaltungstätigkeit des Landes aufgreifen kann, dann wird einem angst und bange, was sich da in einem Jahr an Unzulänglichkeiten in der Verwaltung, die Millionen verschlingen, ereignen. Ich wollte damit den Eindruck vermeiden, als hätten wir mit unseren Bemerkungen die Mängel, Fehler und Unzulänglichkeiten in der Verwaltung auch nur annähernd korrigiert.

Nun noch zu einigen Feststellungen des Rechnungshofs, die mir besonders bemerkenswert erscheinen. Der Rechnungshof kritisiert zu Recht das unheimliche Anwachsen der Personalkosten. Dieses Problem muß uns die größten Sorgen bereiten, denn wir haben es bei den Haushaltsberatungen erlebt, wie unendlich schwer es ist, die einmal eingeleitete Entwicklung zu stoppen oder gar rückgängig zu machen. Wenn wir empfehlen, die Landesregierung zu ersuchen, mit Nachdruck auf eine stärkere Begrenzung der Zahl und der Bewertung der Stellen hinzuwirken, dann ist das fast ein bißchen pharisäerhaft, denn die Ausweitung des Personals haben doch in erster Linie wir, das Parlament, zu vertreten. Wir haben doch die Stellen genehmigt und Beförderungsstellen ausgebracht und sind oft über die Vorstellungen der Landesregierung hinausgegangen. Ich will damit sagen, hier ist auch das Parlament aufgerufen, auf eine stärkere Begren-

zung der Zahl der Stellen hinzuwirken. Das wird nur in einem langjährigen Prozeß gelingen, der aber konsequent einzuleiten und zu verfolgen ist.

Die Feststellung des Rechnungshofs, daß die Landesbediensteten die gleitende Arbeitszeit mißbrauchen und die Verwaltungen die Arbeitszeit nicht ausreichend überwacht haben, hat mich erschreckt und erschüttert. Es ist ein Skandal, daß unsere Bedienstete, die wir in den letzten 20 Jahren laufend besser gestellt haben, sich nicht scheuen, die gleitende Arbeitszeit schamlos auszunutzen. Es ist aber genauso zu beanstanden, daß die Verwaltung diesen Mißbrauch nicht abstellen konnte.

(Beifall im Hause.)

Von unseren Bediensteten mit ihrem sicheren Arbeitsplatz muß erwartet werden, daß sie sich ab sofort mit ihrer Arbeitszeit korrekt verhalten. Wir müssen sonst überlegen, die gleitende Arbeitszeit abzuschaffen. Meine Damen und Herren, ich wäre dazu bereit.

Wie viele platonische Erklärungen haben wir schon abgegeben, daß die Finanzausstattung der Ortsgemeinden verbessert werden mußte. Nun hat uns der Rechnungshof bestätigt, daß die meisten Ortsgemeinden in der Entwicklung ihrer Finanzausstattung hinter den übrigen Körperschaften zurückgeblieben sind und durch die Kreis- und Verbandsumlagen noch zusätzlich belastet werden. Das ist kein Ruhmesblatt des für den kommunalen Finanzausgleich zuständigen Ressorts. Es muß alles getan werden, um in Zukunft die Ortsgemeinden besser zu stellen. Die verdienstvollen Anregungen des Rechnungshofs sind dabei auszuwerten, und Konsequenzen müssen umgehend von der Landesregierung gezogen werden.

Geradezu aufregend mit leicht kriminellem Hintergrund ist die Feststellung des Rechnungshofs über die Errichtung eines Hallenwellenbads einer Gemeinde, die zum totalen finanziellen Ruin der Gemeinde führt. Wie hier die Aufsichtsbehörden versagt haben, ist Gott sei Dank kein alltäglicher Vorgang.

Wenn man mit unseren Hochschulen spricht — die F.D.P.-Landtagsfraktion hatte vor kurzem ein Gespräch mit dem Senat der Universität Mainz — und hört ihre Klagen auch über Raummangel, dann schmerzt geradezu die Feststellung des Rechnungshofs, daß bisherige Baumaßnahmen den Bedarf bei weitem überstiegen und die Ausführungen zu aufwendig wären. Eine Ursache liegt sicherlich darin, daß es sich beim Hochschulbau um eine Gemeinschaftsaufgabe handelt, bei der man glaubte, großzügig sein zu können. Aber der Bauaufsicht des Landes und den Baubehörden der Universitäten bleiben Vorwürfe nicht erspart. Schmerzlich ist auch die Feststellung des Rechnungshofs, daß bei einer wissenschaftlichen Hochschule der Bedarf an wissenschaftlichem Personal um 39 Stellen überschritten wird und an Lehrräumen eine Überkapazität besteht. Hier hat es am weitschauenden Übersicht gefehlt. Dafür muß jetzt der Steuerzahler herhalten.

Mit Genugtuung hat die F.D.P.-Landtagsfraktion die Feststellung des Rechnungshofs quittiert, daß noch Möglichkeiten bestehen, die Schulaufsicht durch organisatorische Maßnahmen wirksamer zu gestalten. Wir sind immer noch schockiert über die maßlosen Besserstellungen der Schulaufsicht bei den letzten Haushaltsberatungen. Das Meisterstück der Schulaufsicht Neustadt, der Erlaß über die Glatteisauswirkungen, wirkt bei uns immer noch nach. Wir begrüßen daher die Empfehlung an die Landesregierung, die vom Rechnungshof aufgezeigten organisatorischen Verbesserungsmöglichkeiten für eine wirksame Schulaufsicht zu nutzen. Wir bestätigen damit der Landesregierung, daß das bisher versäumt wurde.

Meine Damen und Herren, es kann nicht der Sinn einer Aussprache sein, alle kritischen Feststellungen des Rechnungshofs nochmals zu durchleuchten. Unsere Empfehlungen, die Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses dazu, bedürfen keines weiteren Kommentars.

(Dr. Eicher)

Die F.D.P.-Landtagsfraktion dankt dem Herrn Präsidenten Schreiner und seinen Mannen für den gehaltvollen Jahresbericht 1980. Würde man bei jeder Feststellung des Rechnungshofs am Rande den Betrag auswerfen, der bei Funktionieren der Verwaltung hätte erspart werden können, so käme man doch auf eine beachtliche Summe und das bei der Prüfung – ich wiederhole es – von nur 1 bis 2 % des Verwaltungsgeschehens.

Imponiert hat bei der Beratung in der Rechnungsprüfungskommission der Präsident des Rechnungshofs wieder durch seine enorme Verwaltungserfahrung, mit der er allen Ministerialbeamten weit überlegen war. Nochmals aufrichtigen Dank.

Ich danke Ihnen, Herr Kollege Thorwirth, für die vorbildliche, faire und sachkundige Leitung der Rechnungsprüfungskommission. Dank auch den Kollegen der Rechnungsprüfungskommission; die Zusammenarbeit war mustergültig.

Die F.D.P.-Fraktion stimmt der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zu. – Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt im Hause.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Das Wort hat der Abgeordnete Prof. Dr. Preuss.

Abg. Prof. Dr. Preuss, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Jahresbericht des Rechnungshofs über das Haushaltsjahr 1980 sowie zum Bericht und zur Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses an das Plenum mit einigen Vorbemerkungen einleiten. Der jährliche Bericht des Rechnungshofs über die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes zeigt nicht nur auf, wie die Landesregierung mit den von den Bürgern des Landes erbrachten Steuern und den vom Parlament durch Gesetz bewilligten Finanzmitteln umgeht, sondern er ist zugleich für das Parlament, insbesondere aber für eine Oppositionsfraktion, ein wichtiges Instrument zu einer wirksamen Finanzkontrolle der Regierung. Das Parlament erwartet mit Recht vom Rechnungshof einen objektiven und ungeschminkten Bericht darüber, in welchen Bereichen der Landesverwaltung unwirtschaftliches Handeln vorliegt, wo gegen den Grundsatz einer sparsamen Haushaltsführung verstoßen wird und wo evtl. Fehler unverzüglich zu korrigieren sind und eine für die Bürger des Landes effektivere Arbeit der Landesbehörden notwendig oder möglich ist.

Der vorliegende Bericht wird selbstverständlich nicht nur diesen Anforderungen gerecht, sondern enthält zugleich sehr gewichtige Aussagen, die, wenn das Parlament ihnen folgt, nicht ohne Einfluß auf die Finanzpolitik des Landes in einigen Bereichen sein werden; ich werde noch darauf zurückkommen.

Ich möchte daher vor diesem Hohen Hause dem Herrn Präsidenten Schreiner des Rechnungshofs und seinen Mitarbeitern für diesen umfangreichen und gehaltvollen Jahresbericht im Namen der SPD-Fraktion unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Ich schließe in diesen Dank auch die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission ein, die in vier Sitzungen den Jahresbericht des Rechnungshofs und die Stellungnahme der Landesregierung mit Vertretern von Rechnungshof und Regierung erörtert haben und dann schließlich zu einer einstimmigen Empfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuß gekommen sind.

Vom Rechnungshof aufgezeigte Verstöße oder Fehler oder die daraus resultierende Kritik des Parlaments in dem einen oder anderen Punkt an der Haushaltsführung der Regierung können naturgemäß bei den betroffenen Institutionen oder aber auch Personen Empfindlichkeiten auslösen. Dies ist nicht auszuschließen, wenn das Parlament seine von der Verfassung aufgetragene Kontrollfunktion ausübt.

Die Regierung zu kontrollieren, meine Damen und Herren, ist die Aufgabe aller Fraktionen dieses Hohen Hauses.

(Beifall der SPD.)

Daß dies mitunter für eine die Regierung tragende Fraktion sehr viel schwieriger sein kann als für eine Oppositionsfraktion, ist möglicherweise in der Sache und in dem Rollenverständnis von Regierung und Opposition in einer parlamentarischen Demokratie begründet, darf jedoch wegen des Verfassungsauftrags für das politische Handeln der Parlamentsfraktionen von keiner Bedeutung sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Mitglieder im Haushalts- und Finanzausschuß haben einen Beschluß der Rechnungsprüfungskommission, der dort einstimmig, das heißt mit den Stimmen der CDU-Vertreter, auch mit der Stimme des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses, gefaßt wurde, in dem zum Thema „Landwirtschaftliche Domänen“ eine Mißbilligung und Kritik der Haushaltsführung des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten ausgesprochen worden ist, ihre Zustimmung verweigert. Die Nichtübernahme dieses Beschlusses bedeutet eine wesentliche Abmilderung und eine erhebliche Entschärfung der dort festgestellten Tatbestände.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Sie haben mit diesem Beschluß im Haushalts- und Finanzausschuß dem Parlament keinen guten Dienst erwiesen.

(Beifall der SPD.)

Sie schaffen mit diesem wohl einmaligen und auch für die Bürger dieses Bundeslandes unverständlichen und nicht begründbaren Verhalten, das aus meiner Sicht – ich will das vorsichtig sagen – nun mehr taktisch motiviert sein kann, als daß es mit einer objektiven Beurteilung der vom Rechnungshof in diesem Bereich festgestellten Tatbestände etwas zu tun hat, eine Lage, in der es meiner Fraktion unmöglich ist, der Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1980 zuzustimmen. Der Kollege Herr Thorwirth wird anschließend etwas näher auf diesen Punkt eingehen und dem Parlament in dieser Frage die Haltung der SPD-Landtagsfraktion erörtern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Sie können natürlich mit Ihrer absoluten, wenn auch sehr knappen Mehrheit in diesem Hause allein, ohne auf die Unterstützung der Opposition angewiesen zu sein, Maßstäbe für politisches Handeln setzen, und Sie werden diese, wie wir es jetzt auch wieder sehen, durchsetzen, dies unbeschadet der Tatsache, daß in der Vergangenheit und auch während der Beratung dieses Jahresberichts in der Rechnungsprüfungskommission zwischen Opposition und Mehrheitsfraktion die Kriterien unstrittig waren, mit denen die Haushaltsführung der Landesregierung zu messen und auch zu bewerten ist, was letztendlich dazu geführt hat, daß die Rechnungsprüfungskommission einen einstimmigen Beschluß in ihren Empfehlungen an den Haushalts- und Finanzausschuß gegeben hat. Nein, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, mit dieser Entscheidung, der einstimmig gebilligten Formulierung der Rechnungsprüfungskommission nicht nachzukommen, haben Sie die Parteipolitik vor die Aufgabe des Parlaments als Kontrollinstrument gestellt.

(Beifall der SPD.)

Sie decken damit das fehlerhafte Vorgehen der Landesregierung, ich betone, in diesem Sachbereich.

Daß der Vertreter der F.D.P. im Haushalts- und Finanzausschuß diesen Weg der CDU mitgegangen ist, bedaure ich persönlich sehr.

(Dr. Eicher, F.D.P.: Absolut falsch! Ich bin nicht mitgegangen, sondern ich habe meine eigene Meinung dort vertreten! –
Beifall der F.D.P.)

(Prof. Dr. Preuss)

– Das können Sie so sagen.

Nun eine allgemeine Bemerkung zur Stellungnahme der Landesregierung zum Bericht des Rechnungshofs. Die Landesregierung stimmt in sehr vielen Fällen den Prüfungsfeststellungen und den damit verbundenen Änderungsvorschlägen des Rechnungshofs zu, ohne zu erklären, warum sie oder die Landesbehörden den vom Rechnungshof aufgezeigten und nun auch von der Regierung als richtig erkannten Weg nicht schon längst gegangen sind, obwohl sie doch eigentlich dazu verpflichtet gewesen wären. Der Rechnungshof, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf unter keinen Umständen in eine Rolle gedrängt werden, in der er mit seinen Prüfungsfeststellungen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen etwa der Landesregierung unbequeme Entscheidungen abnimmt. Dies wäre eine für das Parlament unbefriedigende Situation. Wir fordern daher insbesondere den Herrn Finanzminister auf, in Zukunft beim Vollzug des Haushalts noch schärfer, als er es bisher getan hat, auf die Grundsätze einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung zu pochen und vorbeugend die notwendigen Maßnahmen, auch wenn sie unpopulär und schwer durchsetzbar sind, zu treffen und damit nicht erst abzuwarten, bis evtl. die Prüfungsergebnisse des Rechnungshofs dann dazu zwingen würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zu einigen Textziffern des Rechnungshofsberichts, die wegen der Bedeutung in ihrer Aussage bei dieser Debatte nicht unerwähnt bleiben dürfen, und zwar zuerst zu der sehr angespannten Haushaltslage des Landes. Der Herr Finanzminister Dr. Wagner hat vor einigen Tagen von einem Fehlbetrag in Höhe von 150 Millionen DM am Ende dieses Jahres gesprochen. Ich möchte hier anmerken, als der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion diese Summe vor der Sommerpause nannte, wurde dies von Ihnen, Herr Dr. Wagner, als unbegründet zurückgewiesen. Wegen der sehr angespannten Haushaltslage des Landes bekommen die Bemerkungen des Rechnungshofs zur Haushaltslage und ihrer Entwicklung ein besonderes Gewicht.

Das Haushaltsjahr 1980 war gekennzeichnet durch einen drastischen Anstieg der Nettokreditaufnahme um 78 % gegenüber dem Vorjahr und erreichte im Jahre 1980 die stolze Höhe von 1,215 Milliarden DM. Im Jahre 1979 waren es nur 684 Millionen DM. Einhergehend mit der Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote und der Steigerung der Zinssteuerquote sowie einer Verringerung der Investitionsquote hat sich im Jahre 1980 der Gestaltungsspielraum des Landeshaushalts wieder eingengt. Die Nettokreditaufnahme lag nur noch mit 458 Millionen DM unter den Investitionen des Landes minus den Investitionszuweisungen, die durch den Bund gewährt werden. Im Vorjahr betrug dieser Unterschiedsbetrag noch 799 Millionen DM, und am Ende des Jahres 1981 wird dieser Unterschiedsbetrag bei einer Nettokreditaufnahme von 1,4 Milliarden DM und 1,6 Milliarden DM Investitionskosten des Landes, wieder minus die Investitionszuweisungen des Bundes, nur noch 200 Millionen DM betragen. Wir sehen also, daß wir uns in den letzten Jahren doch sehr bedenklich der von der Landesverfassung gezogenen Obergrenze der Schuldenaufnahme nähern, deren Überschreiten – da sind wir uns alle einig –, abgesehen von verfassungsrechtlichen Bedenken, eine ordnungsgemäße Haushaltswirtschaft des Landes nahezu unmöglich machen würde.

Selbst wenn wir diese Grenze nicht überschreiten, ist die Situation trotzdem schwierig, denn der Verfassungsgeber hat sicherlich mit der Einführung des entsprechenden Artikels in der Landesverfassung nicht daran gedacht, daß wir uns dauernd unterhalb dieser Verfassungsgrenze bewegen. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang nur noch einmal in Erinnerung bringen, daß im Jahre 1982 die Schuldendienstleistungen des Landes erstmals die Investitionsausgaben des Landes mit mehr als 200 Millionen DM übersteigen werde. Das Aufzeigen dieser Haushaltsentwicklung durch den Rechnungshof sollte nicht nur als eine Aufforderung zu sparsamster und wirtschaftlichster Haushaltsführung an die Landesregierung verstanden werden, sondern sollte zugleich auch eine Mahnung zur Selbstbeschränkung des Parlaments sein, das heißt, an alle Fraktionen dieses

Hohen Hauses gerichtet sein, bei der Verabschiedung neuer Gesetze oder aber die Forderung nach Übernahme neuer notwendiger Aufgaben durch den Staat keine weitere Ausgabenflut zu veranlassen. Die Haushaltsplanberatungen der nächsten Jahre werden uns allen viel abverlangen, wenn wir das Ziel der Haushaltskonsolidierung erreichen wollen, nämlich notwendige Ausgaben mit den vorhandenen Einnahmen bei möglichst sinkender Kreditfinanzierung ins Gleichgewicht zu bringen, ohne daß dabei – das betone ich – der Staat seinen finanziellen Spielraum zur Gestaltung der Politik verliert.

Während der Abbau von Haushaltsresten Fortschritte macht – wir registrieren diese Bemühung des Finanzministers anerkennend und danken ihm dafür –, können wir die außer- und überplanmäßigen Ausgaben, die ohne Einwilligung des Herrn Finanzministers getätigt werden, nicht ohne Kritik hinnehmen. Dieses Ansteigen der Summe – im Jahre 1980 waren es nahezu 900 000 DM in 18 Fällen; im Jahre 1979 waren es dagegen nur 132 000 DM in ebenfalls 18 Fällen – sollte den Finanzminister ernsthaft veranlassen, seine Ressortkollegen zu einer stärkeren Haushaltsdisziplin anzuhalten.

Meine Damen und Herren, vom Grundsätzlichen einmal abgesehen, geht es doch wohl nicht an, daß auf der einen Seite das Parlament große Anstrengungen unternimmt, um Ausgabenkürzungen, wenn auch oft nur mühsam und in sehr kleinen Beträgen, zu erreichen und auf der anderen Seite einzelne Minister, aus welchen Gründen auch immer, ohne die Zustimmung des Finanzministers gleichsam in den Ausgabentopf greifen. Eine Beurteilung der Haushaltssituation ohne gleichzeitige Betrachtung der Entwicklung der Stellenzahl des Personals und der Personalausgaben wäre unvollständig. Die Untersuchungen des Rechnungshofs liefern ein sehr anschauliches Bild, in welchen Bereichen überproportional Stellenvermehrung und Ausweitung der Personalkosten zu verzeichnen ist. Es soll hier einmal festgestellt werden, daß dies die Bereiche Bildungswesen und Gesundheitswesen sind, in denen heute sich ein von allen Fraktionen gewollter und geforderter Ausbau des Leistungsangebots niederschlägt.

Die Personalkosten beanspruchten im Jahre 1981 fast die Hälfte der Einnahmen des Landes Rheinland-Pfalz ohne Krediteinnahmen oder nahmen zwei Drittel der Steuereinnahmen, der Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und der Ergänzungszuweisung des Bundes in Anspruch. Hier ist ein Limit erreicht. Ich darf an die Verabschiedung des Doppelhaushalts 1982/1983 erinnern, in dem der Landtag erstmals Konsequenzen aus dieser Entwicklung gezogen hat und – von allen drei Fraktionen in diesem Punkte unterstützt – zu einer Stelleneinsparung in dem Doppelhaushalt in Höhe von 1,5 % gekommen ist.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt daher die Feststellung des Rechnungshofs, daß die Landesregierung ihre Anstrengungen noch verstärken muß, um durch Verbesserung der Organisation in allen Verwaltungen zu Personaleinsparungen zu kommen. Wir unterstützen auch das Ersuchen der Rechnungsprüfungskommission und des Haushalts- und Finanzausschusses an die Landesregierung, mit Nachdruck auf eine stärkere Begrenzung der Zahl und Bewertung der Stellen hinzuwirken und bei unterschiedlicher Entwicklung der Aufgaben für einen flexibleren Einsatz des Personals zu sorgen und möglichst Einsparungen vorzunehmen, das heißt, bei rückläufigen Aufgaben muß das Personal auch in Bereiche umgesetzt werden, in denen heute noch Personallücken bestehen.

Ich sehe in diesem Ersuchen des Parlaments an die Regierung zugleich aber auch einen Appell an das Parlament selbst. Ich muß nicht besonders darauf hinweisen, daß die Umsetzung dieser Aufforderung des Parlaments ein länger andauernder Prozeß sein wird und nur im Rahmen des Vollzugs der Stellenpläne in den nächsten Jahren auch zu erreichen sein wird.

(Beifall bei der SPD.)

(Prof. Dr. Preuss)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von gewichtiger Bedeutung für das Parlament sind die Feststellungen, die der Rechnungshof zu den Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich getroffen hat. Der Anteil der Ortsgemeinden an den gesamten Schlüsselzuweisungen ging in den letzten Jahren erheblich zurück. Eine der Ursachen für diese ungünstige Entwicklung war, daß die Schlüsselzuweisungen A, die für die finanzielle Mindestausstattung von besonderer Bedeutung sind, geringer anstiegen als die übrigen Schlüsselzuweisungen. Hinzu kommt, daß sich die Verbandsgemeinde- und Kreisumlagen in der gleichen Zeit ebenfalls stark erhöhten und insgesamt zu einer Schwächung der Finanzkraft der Ortsgemeinden beigetragen haben. Der Anteil der Schlüsselzuweisung aufgrund von besonderen Leistungsansätzen stieg stark an, was insgesamt den Anteil der kreisfreien Städte und Landkreise an den gesamten Schlüsselzuweisungen erhöhte, wogegen der Anteil der Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und den verbandsgemeindefreien Gemeinden und Städte zurückging. In einigen Landkreisen mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft, zum Beispiel im Landkreis Bitburg-Prüm, bewirkten die Schlüsselzuweisungen A, daß die Gemeinden dieses Landkreises mit einer Steuerkraft, die hinter dem Landesdurchschnitt zurückblieb, in dem Gesamtbetrag von Steuerkraft und Schlüsselzuweisung A den Landesdurchschnitt dieser Einnahmen übertrafen. In anderen Landkreisen mit überdurchschnittlicher Steuerkraft, wie zum Beispiel Ludwigshafen oder Bad Dürkheim, lagen die Verhältnisse umgekehrt. Hier wird doch der Sinn und Zweck des Finanzausgleichsgesetzes geradezu in das Gegenteil verkehrt. Als Ergebnis der Feststellung des Rechnungshofsberichts ist festzuhalten, daß trotz der Neuordnung des Finanzausgleichs die meisten Ortsgemeinden in der Entwicklung ihrer Finanzausstattung hinter den übrigen kommunalen Gebietskörperschaften zurückgeblieben sind und damit die Ausgleichsfunktion für die Ortsgemeinden in Frage gestellt ist, obwohl es doch unbestritten ein Anliegen aller Fraktionen bei der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes war, den Ortsgemeinden zu helfen.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Umlagen sagen. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht Vorschläge gemacht, wie die Umlagebelastung der Gemeinden im einzelnen gesenkt werden kann. Es muß insgesamt gewährleistet sein, daß den Gemeinden Steuer- und allgemeine Finanzmittel in ausreichender Höhe verbleiben. Daher hat der Rechnungshof gefordert, daß die Umlagen in vertretbaren Grenzen gehalten werden müssen. Das kann naturgemäß nur dadurch erreicht werden, daß die Kriterien für die Genehmigungspflicht der Umlagen enger gesetzt werden. Die Grenze liegt zur Zeit bei 30 %-Punkten für die Kreisumlage und bei 40 %-Punkten für die Verbandsgemeindeumlage.

Eine Herabsetzung der Umlagegrenzen führt zwangsläufig zu mehr genehmigungspflichtigen Haushalten. Ich glaube aber, daß dies im Interesse der Ortsgemeinden ist, der schwächsten Glieder in unserem mehrfach gegliederten Finanzsystem, und insofern auch nicht als eine staatliche Bevormundung der Kommunen zu verstehen ist. Der Rechnungshof hat entsprechende Vorschläge unterbreitet. Die Landesregierung hat bei der Vorlage eines Haushaltsstrukturgesetzes diesen Forderungen entsprochen und wollte die entsprechenden Sätze auf 20 bzw. 30 %-Punkte herabsetzen.

Die SPD-Fraktion hat in dieser Frage eine etwas differenziertere Haltung eingenommen. Wir wollten die im Jahre 1980 im Durchschnitt erhobenen Sätze als genehmigungspflichtige Grenze einführen. Das waren 25 %-Punkte für die Kreisumlage und 35 %-Punkte für die Verbandsgemeindeumlage. Meine Damen und Herren, dieser Antrag der SPD-Fraktion hat bei den Haushaltsberatungen und bei der Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes keine Mehrheit gefunden. Wir erwarten — da schließe ich mich den Forderungen des Herrn Kollegen Dr. Eicher an, — daß in der nächsten Legislaturperiode das gesamte Finanzausgleichsgesetz einmal auf den Prüfstand gestellt wird. Die Benachteiligung der Ortsgemeinden muß beseitigt werden; denn dort erfolgt Selbstverwaltung auf der wichtigsten, wenn auch untersten Ebene. Es handelt sich um eine Ebene, bei der die Demokratie noch unmittelbar von den Bürgern

gestaltet und erlebt wird und auch die Entscheidungen noch nachvollzogen werden können. Die Finanzausstattung der Ortsgemeinden muß in Zukunft besser garantiert sein, als das heute der Fall ist.

Meine Damen und Herren, eine eindeutige Bestätigung hat die SPD-Fraktion durch die Feststellung in dem Bericht des Rechnungshofs gefunden, daß der Verwaltungsaufwand des Landes bei der Bewilligung zweckgebundener Zuweisungen an die Gemeinden noch wesentlich zu verringern ist. Das bedeutet im Umkehrschluß, daß dieser Verwaltungsaufwand in diesem Bereich noch viel zu hoch ist. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die letzten Haushaltsberatungen, als unsere Fraktion einen Antrag auf Umwandlung eines Teils der Zweckzuweisungen in sogenannte investitionsgebundene Zuweisungen gestellt hat, mit der Maßgabe, diese direkt an die kommunalen Gebietskörperschaften zu geben nach einem am objektiven Bedarf orientierten Schlüssel. Wir hatten gleichzeitig beantragt, die Richtlinien der Vergabe der noch verbleibenden Zweckzuweisungen weitestgehend zu vereinfachen oder aber gegebenenfalls aufzuheben. Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Sie haben damals unsere Vorstellungen als nicht machbar abgelehnt. Aber wir haben es dennoch begrüßt, daß auch Sie als regierungstragende Fraktion während der Haushaltsberatungen die Landesregierung zur Vereinfachung der Richtlinien aufgefordert haben. Nur darf ich Sie noch einmal daran erinnern, daß für die in diesem Lande übergroße Bürokratie und verfehlte Richtlinienpolitik doch wohl nicht die Oppositionsfraktion, sondern nach mehr als 35 Jahren CDU-Regierung einzig und allein die Landesregierung und die sie tragende Fraktion die Verantwortung haben.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde begrüßen wir es, daß die Landesregierung im Mai dieses Jahres einen Zwischenbericht zu diesem Themenkomplex vorgelegt hat. Sie hat uns in diesem Zwischenbericht aber leider nur erläutert, nach welchen Kriterien sie eine Überprüfung der Zweckzuweisungen und der Vereinfachung der Vergaberichtlinien durchführen will. Meine Damen und Herren von der Regierung, über dieses Thema ist nun lange genug geredet worden. Die Gemeinden, aber auch Einzelantragsteller, wie Betriebe, erwarten endlich einmal Taten in diesem Bereich. Wir fordern Sie noch einmal nachdrücklich auf, diese Arbeiten zu beschleunigen, um zu einer Vereinfachung der oft unverständlichen, zu komplizierten und letzten Endes auch den Verwaltungsablauf und die Wirtschaftsabläufe hemmenden Richtlinien in diesem Lande zu kommen.

Meine Damen und Herren, noch einige Aspekte, die im Bericht des Rechnungshofs angesprochen worden sind. Der Rechnungshof hat sich bei seinen Prüfungen mit Recht nicht nur der Hochbaumaßnahmen angenommen, sondern sich auch dem Kapitel Hochschulbauten gewidmet. Wir alle wissen, insbesondere die Kollegen aus dem Haushalts- und Finanzausschuß, daß wir uns sehr oft mit den Kostensteigerungen bei Hochbaumaßnahmen haben beschäftigen müssen. In diesem Bereich ist es oft zu einer unerträglichen Kostensteigerung gekommen. Die Ursachen in den früheren Jahren sind vermutlich darin zu suchen, daß bei der Etatisierung der Baumaßnahmen die Planungen sowie auch die Kostenschätzungen nicht realistisch waren. Wir nehmen zur Kenntnis — das sollte man auch mit Anerkennung tun —, daß im Jahre 1980 immerhin 86 % der verfügbaren Mittel im Hochbaubereich in Anspruch genommen worden sind. Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang für die Zusage des Herrn Finanzministers im Haushalts- und Finanzausschuß, daß er in Zukunft nur noch etatfreie Baumaßnahmen, das heißt Maßnahmen mit ordnungsgemäßen Bauplänen und Kostenrechnungen, vorlegen wird und er es in Zukunft verhindern wird, daß Planungsänderungen und zusätzliche Wünsche der Nutznießer zu weiteren Kostensteigerungen führen.

Das Kapitel Hochschulbau ist ebenfalls schon von dem Herrn Kollegen Dr. Eicher angesprochen worden. Hier gibt es gravierende Feststellungen des Rechnungshofs. Ich möchte nur einige zitieren,

(Prof. Dr. Preuss)

und zwar: übersetzte Raumprogramme für zwei Mensen, Planungen und Bauvorhaben sind geprüft worden, trotzdem hat in einigen Fällen auch danach noch die Planung den Bedarf überschritten. Es entstanden z.B. Umplanungskosten in Höhe von 1,1 Millionen DM. Trotz dieser hohen Planungsänderungskosten ist das, was nachher tatsächlich gebaut wurde, immer noch in der Kapazität zu hoch gewesen. Es wurden Anmerkungen zu unwirtschaftlicher Planung von Erweiterungsbauten, unzureichenden Bauvorbereitungen und unwirtschaftlichen Bauausführungen, unzureichender Nutzung des Wettbewerbs bei der Vergabe von Bauleistungen und übersetztem Aufwand für Außenanlagen gemacht. Das ist für wahr eine ganze Latte von Beanstandungen. Dies ist sicherlich kein Ruhmesblatt der staatlichen Hochbauverwaltung, daß sie diese Mängel hat vorab nicht verhindern können.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß es sich bei dem Hochschulbau um einen empfindlichen Bereich handelt, weil es sehr viele Entscheidungsträger gibt. Es gibt den Planungsausschuß und den Wissenschaftsrat, die zuerst einmal den Bedarf zu untersuchen haben, aufgrund dessen dann die Hochschulplanungen erfolgen. Es gibt sicherlich auch den berechtigten Wunsch der Hochschulen, ihre Hochschulen so zu gestalten — auch in räumlicher Hinsicht —, daß sie ihren Aufgaben in Lehre und Forschung optimal nachkommen können. Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal an das erinnern, was ich während der Haushaltsberatungen zu diesem Punkt gesagt habe. Wir werden in den nächsten Jahren noch eine steigende Anzahl von Hochschulzugängern zu verzeichnen haben. Das heißt, die vorhandenen Kapazitäten werden nicht ausreichen, weder in personeller noch in räumlicher Hinsicht. Wenn wir neue Hochschulbauten planen, muß uns das aber dazu veranlassen, auch an den Tag zu denken, an dem die Zugangszahlen zu unseren Hochschulen abnehmen werden. Wir können es uns gerade in der heutigen Zeit, in der die Mittel auch für das Hochschulwesen knapper geworden sind, nicht leisten, überschüssige Kapazitäten zu schaffen, evtl. Bauten oder Investitionen zu tätigen, die nachher, ähnlich wie es uns im Bereich der Schulen gegangen ist, wenn ich einmal an die zum Teil leerstehenden Schulhäuser erinnere, in den 90er Jahren nicht mehr benötigt werden. Ich glaube, unsere Hochschulen brauchen heute mehr einen weiteren qualitativen als einen quantitativen Ausbau. Wir werden uns in nächster Zeit sehr viel Gedanken über den Zugang der jungen Menschen zu den Hochschulen machen müssen; denn wir müssen erkennen, daß wir nicht nur heute schon in den Lehrerberufen, sondern in den nächsten Jahren auch in sehr viel anderen Disziplinen viel zuviel ausgebildete qualifizierte akademische Kräfte haben werden, die keinen entsprechenden Arbeitsplatz auf dem Arbeitsmarkt finden.

Meine Damen und Herren, die Redezeit neigt sich langsam dem Ende zu. Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen. Es ist vom Rechnungshof die Überkapazität der EWH gerügt worden. Hier sind — das unterstützen wir ausdrücklich — von der Landesregierung die richtigen Weichen gestellt worden. Die Landesregierung hat die Ausbildung der Realschullehrer der Universität Mainz weggenommen und sie der EWH übertragen. Wir fordern die Landesregierung auf, konsequent noch einen Schritt weiterzugehen und auch die Ausbildung der Realschullehrer von der Universität Kaiserslautern, einer Technischen Hochschule, wegzunehmen.

Diese Hochschule ist in ihrer Kapazität ohnehin ausgelastet, und es wäre sicherlich venünftig, wenn man die dort vorhandenen Fächer für die Realschullehrerausbildung, Mathematik und Physik, auch noch an die EWH überweist und nicht etwa den verhängnisvollen Weg geht und zusätzlich dieser Hochschule die Fächer Biologie und Chemie für die Realschullehrerausbildung zuweist.

(Beifall bei der SPD.)

Ein weiterer Punkt waren die Rügen und Beanstandungen des Rechnungshofs in Bezug auf energiesparende Maßnahmen in landeseigenen Gebäuden. Dieses Thema ist während der letzten Haushaltsplanberatung eingehend diskutiert worden. Der Rechnungshof hält

Einsparungen bis zu einer Höhe von 20 % für möglich. Es sind bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes entsprechende Konsequenzen gezogen worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung, wenn wir von den Bürgern energiesparende Maßnahmen verlangen, dann muß der Staat in diesem Bereich als Vorbild vorangehen.

(Beifall bei der SPD.)

Hätten Sie unseren Anträgen schon vorher Folge geleistet, dann wäre es zu dieser Beanstandung durch den Rechnungshof nicht gekommen.

Zum Schluß möchte ich noch auf einige Beanstandungen des Rechnungshofes eingehen, die wegen der finanziellen negativen Auswirkung, gemessen am Umfang des Haushaltsvolumens beziehungsweise am Etatsatz, gering, aber dennoch von grundsätzlicher Bedeutung sind, weil sie unmittelbare Auswirkung auf die betroffenen Bürger selbst haben.

Ich möchte einmal die Leistungen nach dem Wohngeldgesetz ansprechen. Der Rechnungshof hat bei Prüfungen in den Jahren 1979 bis 1981 festgestellt, — und man höre einmal gut zu —, daß die Fehlerquote bei bearbeiteten Wohngeldbescheiden im Durchschnitt 13,5 % betragen hat, in fünf überprüften Kreisverwaltungen über 20 % und daß teilweise sogar noch gegenüber den Prüfungen der vorangegangenen Jahre die Arbeitsergebnisse sich gerade in den Bereichen, in denen es vorher schon zu Beanstandungen gekommen ist, noch verschlechtert haben. Ich weiß daß die Vorschriften sehr kompliziert sind. Aber es muß trotz alledem — und die Landesregierung hat Maßnahmen eingeleitet — durch eine entsprechende Schulung des Personals möglich sein, zu einer Senkung der Fehlerquote zu kommen.

Das gleiche gilt sicherlich auf für die Steuerveranlagung: Die Überprüfung hat dazu geführt, daß es zu einer Steuer-Nacherhebung in Höhe von nahezu 10 Millionen DM und zu einer Steuer-Rückzahlung von 1 Million DM gekommen ist. Es hat auch Steuerausfälle dadurch gegeben, daß fehlerhafte Veranlagungen nicht mehr berichtigt werden konnten oder verjährt sind. Ich gebe zu, daß die Summen, gemessen an der Steuersumme, die die Finanzämter in unserem Lande einnehmen, gering sind. Trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Rechtssicherheit unserer Bürger müssen diese Fehlerquellen unbedingt ausgeschaltet werden. Der Bürger muß, gerade in solchen Bereichen, wie Steuerveranlagung oder aber auch Berechnung von Sozialleistungen oder Wohngeldleistungen, zu einer Verwaltung Vertrauen haben, daß das, was sie dort festsetzt, auch richtig ist; denn in den allermeisten Fällen werden die Bürger selbst gar nicht in der Lage sein, überhaupt zu erkennen, ob der ausgeteilte Bescheid richtig oder nicht richtig ist und sich dann auch gar nicht gegen einen fehlerhaften Bescheid entsprechend wehren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Zeit ist abgelaufen. Es blinkt hier schon.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Theisen, CDU.)

Lassen Sie mich nur noch folgendes feststellen.

(Keller, CDU: Nur die Redezeit!)

Es ist interessant, daß es oft sicherlich auch Verfehlungen gibt, die völlig überflüssig sind und in einer Verwaltung nicht auftreten sollten. Es mögen zwar Lappalienfälle sein, aber wir appellieren trotzdem an die Regierung, diese abzustellen. Ich erinnere nur daran, daß in den Schatzkammern unserer Weinbaudomänen für mehr als 500 000 DM über 40 000 Flaschen hochwertigen alten Weines lagern und daß diese überhöhten Bestände oft in der Vergangenheit ihren Sinn und Zweck einfach dadurch verloren haben, daß der In-

(Dr. Preuss)

halt verdorben war. Hier ist also die Landesregierung aufzufordern, vorher diese alten Bestände zu verkaufen.

(Beifall der SPD. — Heiterkeit im Hause.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre ja nichts dagegen einzuwenden, wenn eventuell nach getaner Arbeit auch wir davon einmal etwas probieren könnten.

(Heiterkeit im Hause.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend sagen: Der Rechnungshof hat einen sehr umfangreichen, einen sehr gehaltvollen Bericht geliefert und hat in vielen Fällen Anmerkungen und auch Empfehlungen, die die SPD-Landtagsfraktion in Anträgen und auch bei Haushaltsberatungen gegeben hat, bestätigt. Ich freue mich nicht darüber, daß wir durch die Untersuchungen des Rechnungshofs im nachhinein recht bekommen haben.

(Rocker, CDU: Sind Sie mal nicht so bescheiden!)

Ich möchte aber die Landesregierung auffordern, in Zukunft vielleicht auch einmal mehr Mahnung und Anregung der Opposition in diesem Hause zu befolgen.

(Beifall der SPD.)

Abschließend möchte ich noch einmal dem Rechnungshof und seinem Präsidenten, aber auch allen Mitarbeitern in den Ministerien, die am Vollzug des Haushaltes beteiligt waren, danken.

Wir werden nachher eine getrennte Abstimmung verlangen. Es ist selbstverständlich, daß wir der Entlastung des Präsidenten des Rechnungshofs zustimmen. Herr Kollege Thorwirth wird anschließend unsere Haltung zu dem Bereich „Landwirtschaftliche Domänen“ erläutern.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich entschuldigen für das Überschreiten der Redezeit. Es ist wirklich schwer, in einer halben Stunde ein so umfangreiches Werk entsprechend zu würdigen. Ich möchte Ihnen für Ihre Geduld und Ihr Zuhören danken.

(Beifall der SPD.)

Vizepräsidentin Frau Hermans:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoppe.

Abg. Hoppe, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will mich in meiner Stellungnahme für die CDU-Fraktion auf einige wichtige Prüfungsgegenstände beschränken und, Herr Kollege Dr. Preuss, gleich mit dem beginnen, was Sie zur Haushaltslage und der Finanzentwicklung, insbesondere der neuen Kreditaufnahmen im Jahre 1980, gesagt haben.

Auch wir teilen hier voll die Bedenken, die uns der Rechnungshof in seinem Bericht vorgelegt hat, auch den Hinweis — und den nehmen wir sehr ernst —, daß die Landesverfassung in Artikel 117 eindeutig vorschreibt, daß die Einnahmen aus der neuen Kreditaufnahme nicht höher sein dürfen als die Ausgaben für Investitionen im laufenden Haushaltsjahr.

Nun haben Sie das auch angesprochen und haben allerdings dann die Bundeszuweisungen, die ja auch für Investitionen gegeben werden, ausgeklammert. Tatsache ist — wir wollen nichts beschönigen, aber man sollte auch die Zahlen nennen, die der Rechnungshofsbericht

enthält —, daß im Jahre 1980 rund 1,2 Milliarden DM neuer Kredite aufgenommen wurden, also die Nettokreditaufnahme so hoch war, daß wir in diesem Jahr 2,1 Milliarden DM an Investitionen geleistet haben, so daß sich die Schere von 1,2 auf 2,1 so um rund 900 Millionen DM stellt und das mit den Zuweisungen des Bundes. Es steht nirgendwo, daß man die abziehen muß. Aber darüber gibt es einen akademischen Streit. Ich will ihn nicht vertiefen. Ich will es nur sagen.

Wichtig ist, daß diese Schere gegenüber den Vorjahren enger geworden ist und daß sie sicher in den folgenden Jahren 1981 und 1982 noch enger geworden ist. Das ist eben das Bedenkliche an dieser Entwicklung. Und das nehmen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr ernst und danken dem Rechnungshof dafür, daß er uns noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen hat.

Wir müssen diese Entwicklung sorgfältig beobachten, und wir müssen die Grenzen der Neuverschuldung einhalten. Herr Kollege Dr. Preuss, ich hoffe nur, und das mit Ihnen, daß diese Mahnungen des Rechnungshofes, von mir, von Dr. Eicher, von Ihnen, bei der nächsten Haushaltsberatung auch wirklich gehalten werden, daß sie dann auch so lange halten, daß sie auch wirklich ernst genommen werden. Denn ich erinnere mich noch an das Jahr 1979, alle erinnern sich daran, welche Forderungen insbesondere von der SPD-Fraktion für den Doppelhaushalt 1980 und 1981 hier im Plenum vorgetragen worden sind. Ich darf sie stichpunktartig nennen: mehr Lehrerstellen, mehr Stellen für die Polizei — es sollte schneller gehen; das Konzept des Innenministers sollte schneller verwirklicht werden —, die Personalkostenzuschüsse für Kindergärten sollten natürlich höher ausfallen, als wir es vorhatten.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Preuss, SPD.)

Es sollte noch anders werden nach Ihrer Meinung. Das wissen wir doch noch genau. Es sollten die Kosten für die Schülerfahrten noch verbessert werden. Es sollte ein neues Modell für die Lernmittelfreiheit beschlossen werden. — Alles Ausgaben, die Sie beantragt hatten.

(Zuruf des Abgeordneten Helzer, SPD.)

Hätten wir das damals übernommen, Herr Kollege Helzer, hätten Sie heute, Herr Dr. Preuss, sagen müssen, weil ja keine anderen Steuereinnahmen sichtbar waren, entweder die Neuverschuldung über diese 1,2 Milliarden hinausgewachsen mit diesen weiteren Beschlüssen, oder wir hätten, was Sie auch beklagen, was wir auch feststellen müssen, auf der anderen Seite die Investitionsquote noch weiter zurücknehmen müssen.

Die Investitionsquote ist geringfügig niedriger als im Vorjahr; nominal ist sie zwar höher — es sind sehr viel mehr Millionen zur Verfügung gestellt worden —, aber im Verhältnis zum Gesamtvolumen des Haushalts ist sie geringfügig gesunken. Und wenn nun Herr Kollege Klein heute morgen aufgezählt hat, meine Damen und Herren, was jetzt alles notwendig wäre an neuen Programmen — mehr Investitionen für Abwasseranlagen und Dorferneuerung, mehr Mittel für die Kommunen um die Investitionen dort anzureizen —, ja, bitte, dann müßte man natürlich im gleichen Augenblick auch sagen, wie das finanziert werden kann, wenn man auf der anderen Seite die rote Lampe der hohen Verschuldung aufmacht. Ich finde, das ist doch wohl selbstverständlich, daß das in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden muß; und auf den möchte ich nur hinweisen.

Ich möchte dann auch zu dem Punkt Stellenentwicklung und Personalausgaben einige Bemerkungen machen. Wir hatten in diesem Rechnungsjahr 1980 immerhin einen Anstieg der Personalkosten um 7,9 %, allerdings nur einen Steuerzuwachs von 5,5 %. Da sehen wir also auch, wie die Dinge auseinandergehen.

Die Stellenzahl hat sich in 20 Jahren, um das nur in Erinnerung zu bringen, von rund 47 000 auf rund 86 000 erweitert, wobei die Per-

(Hoppe)

sonalkosten in diesem Zeitraum von 0,6 Milliarden auf 4,5 Milliarden in 1980 angestiegen sind. Dabei war der Zuwachs in den einzelnen Bereichen ganz unterschiedlich, am größten im Hochschulbereich, fast 283 %. Wir alle wollten das; wir wollten den zügigen Ausbau unserer Hochschulen; das ist damit natürlich auch dokumentiert. Die Schulen haben sehr viel Personal verschlungen, auch das Gesundheitswesen, meine Vorredner haben im einzelnen dazu Stellung genommen.

Unsere Bewertung dieser Entwicklung ist ganz eindeutig: Wir müssen den in diesem Haushaltsjahr begonnenen Abbau von Stellen fortsetzen. Wir müssen auch die unterschiedliche Aufgabenentwicklung sehen und durch Umsetzungen und Umschichtungen flexibel auf neue Aufgabenstellungen reagieren. Hier, Herr Kollege Dr. Preuss, ist nicht nur die Landesregierung angesprochen, wie Sie es getan haben, sondern sind wir als Parlament angesprochen, darauf hinzuweisen und Vorsorge zu treffen, daß das in den entsprechenden Haushaltsberatungen auch so geschieht. Aber, ich meine, daß auch in der Bewirtschaftung der Stellen — da wende ich mich an die Landesregierung — und im Vollzug der Stellenpläne bereits Weichen gestellt werden können, zugleich in Richtung der Stellenbewertung, für die nächsten Jahre.

Meine Damen und Herren, es ist von der Prüfung der kommunalen Finanzen, insbesondere der Schlüsselzuweisungen und der Umlagebelastung, gesprochen worden. Es ist ganz eindeutig — und das sollte auch hier gesagt werden —, daß der Landesrechnungshof es anerkennt, daß durch das neue Finanzausgleichsgesetz die Finanzausstattung der Gemeinden ganz erheblich verbessert worden ist. Man sollte auch diese Leistungen nicht immer verschweigen, sondern hier einmal deutlich mit ansprechen.

(Beifall bei der CDU.)

Ebenso sind ungleiche Entwicklungen festgestellt worden, insbesondere bei der Zuteilung von Schlüsselzuweisungen A. Weil diese Entwicklung so uneinheitlich ist — sie ist dort anders als in anderen Bereichen —, ist es unseres Erachtens notwendig, die Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes auf die einzelnen Kommunen durch Vergleichsberechnungen auf der Grundlage einer mehrjährigen Beobachtung zu überprüfen.

(Vizepräsident Dr. Eicher übernimmt den Vorsitz.)

Was die Änderungen im System anbelangt — wir haben ja im Jahre 1977 ein neues Finanzausgleichssystem per Gesetz beschlossen —, ist es sicher sehr problematisch, ob diese dringend geboten sind. Die diesbezügliche Entwicklung, auch hinsichtlich der Frage, ob Änderungen in Teilbereichen, was die sogenannten Soziallasten oder andere Ansätze, die im Finanzausgleich vorgesehen sind, betrifft, notwendig werden, sollte unserer Auffassung nach — und da sind wir in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof — beobachtet werden. Wir sollten hier nach einer sorgfältigen Analyse der Prüfungsergebnisse werten.

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Problematik der Umlagebelastung deutlich geworden. Es geht darum, die Verbands- und Kreisumlage so zu begrenzen, daß die Gemeinden das behalten, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben dringend benötigen. Aber wir meinen — und darüber haben wir auch in der Haushaltsberatung diskutiert; es war ein Punkt des Haushaltsfinanzierungsgesetzes —, ehe es zu einer allgemeinen Genehmigungspflicht für Umlagen kommt — wir haben jetzt eine teilweise Genehmigungspflicht —, sollte man erst andere Wege gehen. Es kann eigentlich nur das letzte Mittel sein, eine allgemeine Genehmigungspflicht einzuführen. Wir finden, es sollte an die kommunalen Gremien appelliert werden, in freiwilliger Selbstbeschränkung den Gemeinden ihren Teil zu belassen. Das jedenfalls entspricht mehr unserem Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung. Dazu gehört natürlich dann auch, die vorhandenen Instrumente zu nutzen. Die bestehenden Gesetzesregelungen, die Kommunalaufsicht, aber auch die Prüfberichte des

Rechnungshofs sind sicher hilfreich, um hier Mißbräuche zu begegnen, sie zu verhindern und da, wo sie eingetreten sind, sie wieder zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, zum Prüfungsgegenstand Veranschlagung von Hochbaumaßnahmen: Hier mußten wir feststellen, daß es erhebliche Kostensteigerungen gab, insbesondere durch nachträgliche Planänderungen und unzutreffende Kostenermittlung. Deshalb sind wir hier ganz eindeutig für drei wichtige Schritte.

Der erste: Es muß künftig der Bedarf sorgfältig erfaßt werden. Nach Bedarfserfassung sollte es unserer Meinung nach keine Planänderungen mehr geben, und es sollten dann auch keine zusätzlichen Wünsche mehr nachgeschoben werden können. Wenn die Bedarfserfassung sorgfältig war, dann ist alles überflüssig.

Zweitens muß eine aktuelle Kostenermittlung geschehen. Auch da sind Zusagen gegeben und mittlerweile ja auch realisiert.

Und schließlich drittens: Bei der Planung und Ausführung muß nach unserer Auffassung auch das, was wir hier schon einmal diskutiert haben in Bezug auf vereinfachtes, kostengünstigeres Bauen, stärker zum Zuge kommen, daß wir runterkommen von den überzogenen Standards und DIN-Normen und hier, in diesem Bereich der Veranschlagung von Hochbaumaßnahmen des Landes, diesen Weg wirklich zügig weiter beschreiten.

Ein Wort zu den Hochschulbauten. Herr Dr. Preuss, ich bin erstaunt über Ihre Äußerung, wir hätten zu viel ausgebildete Leute. Nun, ich will ja nicht fragen: Wer hat denn die Leute alle dahin geschickt, oder wer hat denn eigentlich immer die Türen geöffnet, daß so viele kamen?

(Prof. Dr. Preuss, SPD: Ach!)

— Na ja, ich will es nur aufnehmen, weil Sie es gesagt haben und das hier so ein bißchen in Fragestellung gekleidet haben.

Wir wissen, daß die Grundsätze der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit besonders im Hochschulbaubereich schwer durchsetzbar sind. Sie sind auch sehr unübersichtlich und von uns nicht immer so zu greifen. Deshalb begrüßen wir es, daß frühzeitig durch die Einschaltung des Landesrechnungshofes, durch seine sogenannte Maßnahmeprüfung, Hilfestellung gegeben werden kann.

Herr Kollege Dr. Preuss, Sie haben dann einige Punkte angesprochen, wo Bürger unmittelbar betroffen sind. Ich will insbesondere die Fragen der Steuerveranlagung noch einmal ansprechen; das war ja ein Thema auch im Ausschuß. Wir haben dort festgestellt, eigentlich übereinstimmend, daß die Finanzbehörden sehr solide gearbeitet haben — das wurde auch noch einmal ausdrücklich bestätigt — und daß die hauptsächliche Fehlerquelle für die Fehlveranschlagungen, eigentlich in der komplizierten Steuergesetzgebung zu suchen ist. Also, sorgen wir gemeinsam dafür, daß diese Geschichte einfacher und übersichtlicher wird; ich glaube, dann wird das künftig auch abgestellt werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und nun zu dem Thema Verkauf einer landwirtschaftlichen Domäne. Hier hat die SPD erklärt, daß an diesem Prüfungsgegenstand diesmal die Zustimmung zur Entlastung scheidet. Wir bedauern das, weil bisher diese Entlastung immer einstimmig erteilt wurde. Aber ich will noch einmal sehr deutlich unsere Auffassung seitens der CDU-Fraktion klarstellen.

Es ist eindeutig klar — und hier stimmen wir mit allen Fraktionen und auch mit dem Landesrechnungshof voll überein —, daß Ausnahmen von dem Haushaltsgrundsatz, daß Vermögensgegenstände des Landes nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden dürfen (§ 63 der Landeshaushaltsordnung), der Zustimmung des Landtags, sprich, weil es in diesen Größenordnungen delegiert ist, der Zustim-

(Hoppe)

mung des Haushalts- und Finanzausschusses, bedurft hätten. Also, die Einschaltung des Haushalts- und Finanzausschusses war dringend geboten, als dieser Verkauf im Jahre 1974 anstand.

Das ist nicht erfolgt, und das ist auch eindeutig klargestellt und in den Beschlußempfehlungen mißbilligt worden. Dazu steht die CDU-Fraktion, und da gibt es auch keine Abstriche.

Nun komme ich aber zu der inhaltlichen Seite. Im Ergebnis wird die Entscheidung der Landesregierung von uns gebilligt, weil fiskalische Gesichtspunkte bei der Domänenveräußerung nicht allein entscheidend sind. Beim Verkauf landwirtschaftlicher Domänen müssen — und das ist im Ausschuß durch den Vortrag des Ministers sehr deutlich geworden — agrarpolitische Gesichtspunkte in besonderer Weise berücksichtigt werden. Das Grundstücksverkehrsgesetz verpflichtet das Land dazu. Es heißt dort im § 9 Abs. 1, daß eine ungesunde Verteilung des Grund und Bodens verhindert werden soll, das heißt, daß dem hauptberuflichen Landwirt beim Erwerb von Grund und Boden ein Vorzug eingeräumt werden soll, um ihn gegen Spekulationskäufe von Kapitalanlegern zu schützen.

Es kommt ein weiteres hinzu, was erst als neue Mitteilung im Ausschuß durch den Vortrag des Ministers bekannt wurde. In der Vergangenheit wurden Domänenverkäufe von der Landesregierung immer nach dem sogenannten Ertragswert getätigt, das heißt also nach dem Inhalt des Grundstücksverkehrsgesetzes. Der jeweilige Verkaufspreis orientiert sich bei den bisherigen Verkäufen von Domänen weitgehend an der vorgenommenen Ertragswertschätzung. Dieses Verhalten hat auch der Rechnungshof bei seiner Prüfung im Jahre 1972 nicht beanstandet. Die Landesregierung hat mit diesem Vorgehen der Sicherung bäuerlicher Familienbetriebe, in dem Fall eines Familienbetriebes, den Vorrang gegenüber rein fiskalischen Gesichtspunkten eingeräumt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das findet die volle Billigung der CDU-Fraktion. Agrarpolitischen Zielen ist also auf lange Sicht eine höhere Bedeutung beizumessen als punktuellen fiskalischen.

Ich komme nun zu der Frage, die hier vom Kollegen Dr. Preuss angesprochen worden ist, warum nämlich einige Kollegen der Rechnungsprüfungskommission im Ausschuß anders abgestimmt haben. Sie wissen ganz genau, daß es insbesondere um die Beschlußempfehlung A ging, wonach die Verantwortlichkeit und die Haftung in dieser Frage zu überprüfen seien. Nachdem der Minister eindeutig im Ausschuß gesagt hat, daß er diese Entscheidung persönlich getroffen habe und daß er auch dafür verantwortlich sei, war eigentlich für uns als Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission, die im Ausschuß sind, überhaupt kein Anlaß mehr gegeben, diese Beschlußempfehlung erneut aufzunehmen und sie Ihnen heute vorzulegen, weil nämlich die Verantwortlichkeit, die Sie wollten, damit klargestellt war. Wenn heute der Minister durch diesen Landtag die Entlastung in dieser Frage erfährt — ich muß davon ausgehen, nachdem der Ausschuß mit Mehrheit so votiert hat —, dann ist es doch eindeutig, da er dem Parlament politisch verantwortlich ist, daß es keine Fragen der Haftung mehr gibt, wenn das Parlament diese Handlungsweise billigt. Auch die Verantwortung ist damit klargestellt. Ich meine, das ist eindeutig und dazu müßte ich keine weiteren Ausführungen mehr machen.

(Beifall bei der CDU.)

Im übrigen haben wir Sorge dafür getragen, daß künftig bei weiteren Domänenveräußerungen entsprechende Regelungen eintreten, damit die zuständigen Ausschüsse — der Fachausschuß und der Haushalts- und Finanzausschuß — frühzeitig vor dem Verkauf von Domänen informiert werden, damit diese Dinge sich nicht wieder ereignen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und vor allen Dingen sehr verehrter Herr Präsident Schreiner, ich schließe mich auch dem Dank meiner Vorredner an Sie an. Für uns ist die unabhängige Kontrollfunktion des Landesrechnungshofes ein unverzichtbarer Teil un-

serer parlamentarischen Demokratie. Ihre kritischen und konstruktiven Feststellungen im Jahresbericht 1980 sind für die Landesregierung aber auch für dieses Parlament nicht nur hilfreich, sondern dringend notwendig, auch wenn — das muß ich zugestehen — die Opposition den einen oder anderen Punkt herausucht, um dort eine Pfeile zu spitzen. Das ist ihr gutes Recht. Herr Präsident Schreiner, vielen Dank an Sie, an das Kollegium des Rechnungshofes und Ihre weiteren Mitarbeiter. Ich meine, wie könnte man Ihre Arbeit besser würdigen, als daß bereits ein großer Teil Ihrer Mahnungen und Empfehlungen in den Doppelhaushalt 1982/83 aufgenommen worden ist, ihnen also Rechnung getragen worden ist. Sicher wird es immer ein paar Punkte geben, bei denen unterschiedliche Auffassungen bestehen. Damit können Sie und auch wir als Parlamentarier leben.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Bericht und den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses und damit der Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1980 und der Entlastung des Rechnungshofes zu. Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Thorwirth.

Abg. Thorwirth, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für Rheinland-Pfalz meines Wissens — ich muß das mit der Einschränkung sagen — erstmalig, jedenfalls kann ich mich an einen Vorgang dieser Art nicht erinnern, und insoweit auch ungewöhnlich, daß der Landesregierung nach dem jetzigen Stand der Diskussion nicht von allen Fraktionen des Hohen Hauses Entlastung erteilt wird. Ich weiß, daß zwischenzeitlich in den Landtagen da und dort Entlastungen heute schon unter politischen oder parteipolitischen Gesichtspunkten wie Haushaltsberatungen oder sonstige Gesetzesarbeit entschieden werden. Wir sehen dies nicht so. Für uns ist das Entlastungsverfahren ein Vorgang anderer Art und die Verweigerung etwa nur aus dem Grund, nicht an der Regierung beteiligt zu sein oder aus allgemeiner politischer Gegnerschaft zur Landesregierung, wäre nicht ausreichend.

Ich schicke dies vorweg, weil ich klarmachen möchte, daß es für uns ganz besondere, und wie wir jedenfalls meinen, gewichtige Gründe gibt, der Entlastung zu widersprechen. Sie sind da und sie addieren sich. Ich will sie im Detail begründen. Dabei muß man natürlich Vorgänge zumindest bis zu der Grenze dessen bewerten, was einen in den Stand setzt, eine weitere Erörterung in einer bestimmten Form für nötig zu halten, wie wir gesagt haben, nämlich Verantwortlichkeit und Haftungsfrage prüfen, bevor man für sich sagen kann, man kann das Buch zumachen. Diese Bewertung ist natürlich im nachhinein immer mit ein Problem, das will ich gerne zugeben, aber sie muß sein.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof leitet seinen Bericht zu dem Kapitel „Landwirtschaftliche Domänen“ so ein — ich zitiere —: „Bei der Veräußerung von vier landwirtschaftlichen Domänen blieb der Erlös hinter dem tatsächlichen Wert der Grundstücke zurück. Allein bei einer Domäne hätte ein Mehrerlös von fast 1,3 Millionen DM erzielt werden können.“ Daraus ist ersichtlich — und dies ist meine erste begründende Feststellung —, daß es wirklich nicht um eine Bagatelle geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

„Zu weiteren Mindereinnahmen kam es dadurch, daß Ansprüche auf Mehrerlös bei der Weiterveräußerung von Grundstücken nicht

(Thorwirth)

oder nicht in voller Höhe geltend gemacht worden sind. Außerdem liegen die Pachtzinsen bei den Domänen, deren Veräußerung noch aussteht, zum Teil weit unter den Marktpreisen. Der Rechnungshof hat beanstandet, daß Vermögensgegenstände — abweichend vom Haushaltsrecht — nicht zu ihrem vollen Wert veräußert worden sind.“

Der Rechnungshof betont in seinem Prüfungsbericht zum Thema „Unterwertiger Verkauf von Domänen“ im Detail: „Für eine Domäne von rund 100 Hektar hatte ein Interessent einen Kaufpreis von 2 Millionen DM geboten. Die Domäne wurde dagegen an den bisherigen Pächter für 710 000 DM verkauft. Dabei betrug allein der Zeitwert der Gebäude nach den Unterlagen der Bezirksregierung über 900 000 DM. Eine öffentliche Ausschreibung ist nicht erfolgt.“ Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist anzumerken, daß natürlich auch die Einwilligung des Landtages nicht eingeholt worden ist, obwohl bei einem Angebot von 2 Millionen DM für das Objekt von einem vollen Wert etwa in dieser Höhe hätte ausgegangen werden müssen. In diesem Bericht steht weiter: „Es ergab sich eine Mindereinnahme von 1,29 Millionen DM.“

Meine Damen und Herren, eine Frage, die ich daran anknüpfe, ist, ob die agrarpolitischen Gründe, wie sie die Landesregierung auch in ihrer schriftlichen Stellungnahme geltend macht — im ersten Satz beginnt sie damit — ausreichend waren, um die Diskrepanz rechtfertigen zu können. Die zweite Frage ist, wer eine solche Entscheidung treffen durfte. Nach unserer festen Überzeugung — darin besteht Übereinstimmung — durfte das nur der Landtag allein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Für uns, aber nicht allein für uns, sind es Zeichen von Eigenmächtigkeiten und von einer Mißachtung des Parlaments, aber auch Zeichen einer Mißachtung des Haushaltsrechts, daß diese Entscheidung allein vom Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten getroffen worden ist. Ich sage ganz offen, meine Damen und Herren, daß es mich in der Rechnungsprüfungskommission fast vom Stuhl gehauen hat, als auf meine Frage, was den Finanzminister bewogen habe, in Kenntnis dieses Sachverhalts der Veräußerung der Domäne zu diesem Preis zuzustimmen, der Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß auch dem Finanzministerium von der Existenz eines weit höheren Kaufangebots nichts bekannt gewesen sei. Er hat sein Zustimmung ohne Kenntnis des Sachverhalts in vollem Umfang getroffen, meine Damen und Herren. Dies ist etwas, was nach meiner Überzeugung wirklich ein außerordentlich schwerer Verstoß gegen den Umgang mit Landesvermögen ist, denn darum geht es letztlich dabei. Ich sage einmal ganz offen, und es ist meine feste Überzeugung, daß im Rahmen der Landesregierung eine solche Entscheidung nicht hätte solo von einem Ministerium allein vorbereitet und getroffen werden dürfen und schon gar nicht von einem, das in einem — ich sage es ganz zurückhaltend — besonderen Maße der Landwirtschaft verbunden ist. Hier meine ich, daß die weitgehende Beteiligung des Finanzministeriums, die das Gegengewicht hätte darstellen müssen, nämlich die Wahrung der Interessen des Landes, unabdingbar gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Güterabwägung zwischen Agrarinteressen und fiskalischen Interessen des Landes ist dagegen einseitig vom Landwirtschaftsminister getroffen worden, ein Vorrang, der in meinen Augen und in den Augen meiner Fraktion ein schlimmer ist und der Konsequenzen erfordert.

Ich muß hier feststellen, daß der Landwirtschaftsminister durch sein Verhalten und durch seine Entscheidung ohne Parlament sowohl dem Finanzminister als auch dem Parlament die gesetzlich ihnen zustehenden Möglichkeiten versagt hat, zur rechten Zeit eine wichtige, wenn auch strittige Frage zu bewerten. Die unübersehbar große Diskrepanz zwischen beiden Kaufangeboten auch unter Beachtung

agrarpolitischer Gesichtspunkte hat — so sehe ich das — die Rechnungsprüfungskommission — und ich glaube in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof — für nicht verantwortlich gehalten. Die Mehrheit im Haushalts- und Finanzausschuß hat sie verantwortet, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich hier mit aller Zurückhaltung sagen, daß natürlich keine weitergehenden oder neuen sachlichen Gesichtspunkte im Haushalts- und Finanzausschuß in seiner zweiten Debatte gebracht worden sind. Der Minister hat dort — das ist richtig, und insoweit ist dies ein Vorgang für sich, der neu war — erklärt, er übernehme die uneingeschränkte Verantwortung. Im übrigen ist bei der Bewertung des Vorganges immer noch von der Annahme ausgegangen worden, so habe ich jedenfalls den Eindruck, als hätten wir es nur mit jenem spektakulären Vorgang des Verkaufes einer Domäne zu tun. Es ist völlig außer acht gelassen worden, daß die Feststellungen und der Hinweis auf Verantwortungsfeststellung und Haftungsprüfung auch für andere Zusammenhänge, die mit dem Verkauf dieser Domäne überhaupt nichts zu tun haben, getroffen worden sind. Was heißt das übrigens, wenn der Minister sagt, daß er die Verantwortung übernimmt? Dann drängt sich mir die Frage auf, wie und wodurch. Es reicht nicht aus, die Bücher über den Vorgang zu schließen, wenn der Minister erklärt, er sei verantwortlich, denn das ist er nach der Verfassungslage ohnedies, und das ist wohl für jeden erkennbar.

Nun ein paar Bemerkungen zu der Preisrechtfertigung durch die Landesregierung. Ich empfehle hier dringend, über die Frage, wie Vermögensobjekte dieser Art und diesen Umfangs künftig behandelt werden sollen, wenn man sie veräußert, abstrakt und ohne einen konkreten Fall im Haushalts- und Finanzausschuß zu sprechen, weil ich glaube, daß es gut wäre, wenn einmal für die Zukunft wirklich alle Gesichtspunkte, die dann auch einen solchen Vorgang nicht mehr möglich machen, in vorheriger Abklärung besprochen werden. Deshalb empfehle ich dringend, daß der Haushalts- und Finanzausschuß sich nicht erst dann, wenn wieder eine Domäne oder ein ähnliches Vermögensobjekt zum Verkauf anstehen, damit befaßt, sondern schon vorher.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage ganz offen, je mehr ich mich mit dem Vorgang befaßt habe umso mehr muß ich sagen, daß mir eine solche Preisdifferenz unter dem Hinweis auf agrarpolitische Gesichtspunkte immer weniger erklärlich wird. Ich sage, diese Diskrepanz. Man kann sicher über die Frage reden, ob unter Gesichtspunkten der verschiedensten Art ein Verkauf an den bisherigen Pächter unter besonderen Umständen vorgenommen wird. Ich glaube aber, in der Zukunft muß wirklich im Interesse der Vermögenswerte unseres Landes ausgeschlossen werden, daß in diese Maße etwas unter einem erzielbaren Wert verkauft wird nur aus Gründen, wie sie bisher hier genannt worden sind.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Agrarpolitik und Wertermittlung sind hier in einem solchen Vorgang keine abstrakten Begriffe, denn hier geht es unter anderem um recht handfeste Geschäftsvorgänge. Für den oder die Käufer macht sich nachweisbar die Einhaltung agrarpolitischer Gesichtspunkte in klingender Münze bezahlt und die verschafft ihm oder ihnen Vorteile, wenn der Kaufpreis zum landwirtschaftlichen Ertragswert so festgelegt wird, „landwirtschaftlicher Ertragswert“ muß man hier betonen, denn außerhalb der Landwirtschaft ist häufig der Ertragswert über dem Bestandwert zu sehen, während wir es hier, das ist etwas ganz besonderes, wegen der besonderen Art der Ertragsmöglichkeiten landwirtschaftlich genutzten Geländes mit einem sehr viel niedrigeren Ertragswert bei einem Gebäudewert allein, der einen Zeitwert von 900 000 DM hatte, zu tun haben. Daß der Kaufpreis unter dem festgestellten Wert der Aufbauten lag, daß er bei diesem Quadratmeterpreis lag, scheint mir einfach unverträglich und eine nicht beiden Interessen, die dabei abzuwägen gewesen wären, gerecht gewordene Entscheidung zu sein.

(Thorwirth)

Der Ertragswert war mit 525 000 DM beziffert. Das andere ist wohl — so verstehe ich es — als Bewertung für Aufbauten und Gebäude zum Kaufpreis von 710 000 DM zugeschlagen worden. Es ist erklärt worden, daß Teile der Gebäude nicht in den Preis einbezogen worden sind, weil der Käufer nach seinen Angaben — ich zweifle diese nicht an — zu diesem Zeitpunkt keinen Nutzungseffekt darin gesehen hätte. Meine Damen und Herren, niemand hat aber danach gefragt — sie waren vorher für viel Geld in Ordnung gebracht worden —, was möglicherweise in drei Jahren ist, vielleicht höchstens derjenige, der für dieselbe Domäne 2 Millionen DM geboten hatte. Wenn ich all dies zusammennehme, dann scheint es mir, daß hier die Festlegung, sie so zu bewerten, unter Außerachtlassung wichtiger Teile des Gebäudewertes, auch in Anbetracht von besonderen Gesichtspunkten und Rücksichten auf langjährige Pächter nicht vertretbar ist. Ich habe den Eindruck, daß diese Auffassung nicht nur bei uns geteilt wird.

Daß diese Frage „Zeitwert oder Ertragswert“ ja nicht nur Theorie ist, ergibt sich aus folgendem: Der Rechnungshof hat ebenfalls festgestellt — ich zitiere den Bericht —:

Beim Verkauf einer Domäne wurde mit dem Erwerber vereinbart, daß Mehrerlöse gegenüber dem Kaufpreis von rd. 1,80 DM/m², die sich bei einer Weiterveräußerung ergeben, an das Land abzuführen sind. Inzwischen wurden in jener Domäne etwa 50 ha überwiegend als Bauland weiterveräußert, aber keine Beträge an das Land abgeführt.

Der Rechnungshof hat auch beanstandet, daß die Verwaltung es versäumte, auch nur Ermittlungen über die Höhe der etwaigen Mehrerlöse anzustellen. Das Ergebnis ist zwischenzeitlich ermittelt worden, aber es steht immer noch aus.

Es geht dann weiter, und der Rechnungshof sagt an einer anderen Stelle:

Im Jahre 1971 wurde ein 83 ha große Domäne zum Preis von 360 000 DM veräußert. Hierbei wurde ebenfalls vereinbart, daß bei Weiterveräußerungen erzielte Mehrerlöse an das Land abzuführen sind. Inzwischen wurde eine Teilfläche von über 19 ha sowie ein Betriebsgebäude zu einem Preis von rund 121 000 DM weiterveräußert. Als Mehrerlös waren nur 10 000 DM ermittelt worden.

Bei der Berechnung dieses Mehrerlöses war die Verwaltung davon ausgegangen, daß beim Verkauf der Domäne für die Gebäude im Kaufpreis ein Wert nicht angesetzt worden war. Zudem hatte sie einen „Geldwertschwund“ von 5 % pro Jahr berücksichtigt.

Der Rechnungshof hat diese Verfahrensweise beanstandet und eine Neufestsetzung des Mehrerlöses verlangt. Die Verwaltung ist dieser Forderung inzwischen nachgekommen und hat die Abführung eines weiteren Mehrerlöses in Höhe von rund 39 000 DM gefordert.

Meine Damen und Herrn, dies ist doch Schlamperei im Umgang mit Landesvermögen, die hier ans Tageslicht kommt!

(Starker und anhaltender Beifall der SPD.)

In dem heute hier verabschiedenden Bericht steht der Satz: Wegen unzureichender Vertragsgestaltung ist es fraglich, ob die Forderungen durchgesetzt werden können. — Damit wird ja wohl selbstverständlich die Frage der Verantwortung, ich sage es jetzt einmal, für solche Vorgänge nicht dadurch beantwortet, daß der Minister erklärt: Ich übernehme die Verantwortung für den Verkauf der Domäne Marienbergerhof. —

Meine Damen und Herren, das ist ja keine Agrarpolitik, wenn dieser Satz dort steht, sondern das ist ja wohl ein politischer und verwaltungsmäßiger Vorgang, für den die Verantwortlichkeit zu klären

und vor allem auch die Haftungsfrage zu prüfen ist. Genau dies, Klärung der Verantwortlichkeit und Haftung hat die Rechnungsprüfungskommission einstimmig beschlossen, und genau dies hat die Mehrheit dann geändert.

Da steht ein Kapitel über unzureichende Pachtzinsen, meine Damen und Herren. Dort steht:

Für eine Domäne, die eine Fläche von 144 ha aufweist, wurde im Februar 1980 mit Wirkung vom 1. Juli 1982 eine Erhöhung des jährlichen Pachtzinses von 9 000 DM (rd. 63 DM/ha) auf 15 000 DM (rd. 104 DM/ha) vereinbart. Gleichzeitig wurde das Pachtverhältnis, das am 30. Juni 1982 geendet hätte, bis zum 15. September 1985 verlängert.

Bei der Prüfung wurde festgestellt, daß die Pachtpreise sich in dieser Gegend seit Jahren auf 140 DM je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche beliefen. Auch hätte der Domänenpächter, der seit 1970 eine Teilfläche von 16 ha unterverpachtet hat, hierfür einen Pachtzins von 125 DM/ha erzielt.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Das ist etwa das Doppelte des Pachtzinses, den er gegenüber dem Land gezahlt hat.

Verzeihen Sie, meine Damen und Herren, das hat mit dem Verkauf der anderen Domäne nichts zu tun, aber bei diesen Vorgängen würden wir doch schon gerne wissen, wie das aussieht. Wir schreiben ja nicht zum ersten Mal in einen Rechnungshofbericht, daß wir die Haftungsfrage geklärt haben möchten, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD.)

Ich könnte das Kapitel fortsetzen. Auf die Forderung des Rechnungshofes, daß die Pachtpreise angemessen erhöht werden sollen, hat das Ministerium ausgeführt, daß es bisher durch eine verhaltene Pachtpreispolitik dämpfend auf die Preis habe einwirken wollen.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Es hat allerdings eingeräumt, daß es dies mit den wenigen Pachtobjekten nicht erreicht hätte.

Sehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist dies, was ich meine, wenn ich sage: Hier geht es nicht nur um einen vielleicht spektakulär beobachteten Vorgang, sondern hier geht es ja um einige andere Dinge mehr. Die Klärung der Verantwortlichkeit und die Prüfung der Haftungsfrage ist eben in unseren Augen unerlässlich, wenn einer Landesregierung Entlastung erteilt werden soll.

Natürlich, meine Damen und Herren, fragen sich alle, wo die Motive für den ungewöhnlichen Umgang mit Landesvermögen liegen. Ich sage sehr deutlich: Ich habe unseriöse persönliche Gründe immer entschieden verworfen. Und ich habe mir auch sehr die Frage gestellt, ob wir heute, im Jahre 1982, möglicherweise nicht anders und schärfer urteilen als in den 70er Jahren, in denen dieser Vorgang sich entwickelt hat. Ich räume diese Möglichkeit ein, und ich glaube, man muß fairerweise zugeben, daß sich natürlich auch Gesichtspunkte in einer Entwicklung befinden. Aber, meine Damen und Herren, die Gesetze waren ja die gleichen, auch wenn die Wertungen möglicherweise anders sind.

Ich sage hier einmal: Diese besondere Art Umgang mit Landesvermögen ist ein Musterbeispiel für eigenmächtiges Handeln. Und ich sage weiter: Er ist für mich auch ein Musterbeispiel für politische Überheblichkeit. Es ist eine Folge einer absoluten Mehrheit auf lange Zeit, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD.)

(Thorwirth)

Diese Selbstgerechtigkeit und die Unbekümmertheit, mit der hier ungenügende Interessenabgrenzungen vorgenommen worden sind, führt halt zur Interessenverfälschung. Dies ist genau nach meiner Überzeugung Motiv und Vorwurf, den man hier erheben muß.

(Beifall der SPD.)

In jenen Jahren ist der Regierung Kohl — ich weiß, wovon ich rede, meine Damen und Herren; ich habe in dieser Zeit schon öfter hier gestanden — der Vorwurf der Verfälschung öfter gemacht worden. Da kam immer jene Frage: Nennen Sie Roß und Reiter! — Dies wurde heute schon mehrfach diskutiert. Ich sage: Das war damals nicht immer ganz einfach, und es sind damals gegen uns Triumphe gefeiert worden, wenn wir nicht in der Lage waren, dies zu nennen. Hier ist ein solches Beispiel, meine Damen und Herren, wie ich glaube, auf das wir im nachhinein gestoßen sind.

Ich sage zum Schluß und füge das für die Fraktion zusammen: Die Entscheidung des Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, eine Staatsdomäne weit unter dem Wert eines Konkurrenzangebots zu verkaufen, und diese Differenz — ich habe sie genannt — auch dem Finanzminister zu verschweigen, was das Gebot angeht, hat die finanziellen Interessen des Landes nicht berücksichtigt. Aber auch in den anderen vom Rechnungshof kritisierten Fällen ist zumindest ein nicht sorgfältiger Umgang mit Vermögen des Landes festgestellt worden. Ich sage: Die Haftung hierfür bedarf der eindeutigen Klärung. Die Nichteinschaltung des Parlaments ist zu rügen; das steht hier. Für die unzureichende Wertermittlung und die unterlassene Geltendmachung von Mehrerlösen bei anderen Domänenverkäufen sowie die ungenügende Vertragsgestaltung muß die Verantwortlichkeit geklärt werden, ebenso für die möglicherweise nicht mehr zu behebbenden Schäden. Da dies aber nach dem Willen der Mehrheit unterbleiben soll, können wir Sozialdemokraten aus diesen Gründen der Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, die Landesregierung für das Rechnungsjahr 1980 zu entlasten, nicht zustimmen.

(Starker und anhaltender Beifall der SPD.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat Herr Staatsminister Meyer,

Meyer, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich aus den Anmerkungen von Herrn Abgeordneten Thorwirth zunächst, ehe ich auf den Domänenverkauf komme, zwei Punkte kurz herausgreifen. Da geht es einmal um die vom Rechnungshof beanstandeten Pachtzinsen für verpachtete Domänen. Wir haben ausdrücklich in der Entgegnung des Ministeriums darauf hingewiesen, daß die Brutto-Netto-Pacht anders zu berechnen ist als der Vergleich, der hier gezogen wird; denn es ist bei der Verpachtung unter Privatleuten nicht üblich, daß beispielsweise der Pächter, so wie im Falle der Verpachtung von Domänen, Steuern, Abgaben, Landwirtschaftskammerbeiträge usw. übernimmt, was noch einmal etwa 50 % der Pacht ausmacht und dem Pachtpreis zugeschlagen ist.

(Reitzel, SPD: Kammerbeiträge wohl!)

— Das ist nicht üblich, nein.

(Reitzel, SPD: Das gibt es in Rheinhessen jede Menge!)

— Herr Abgeordneter Reitzel, darüber können wir uns unterhalten. Es ist eine ganz klare Sache, das ist ein steuerrechtlicher Vor-

gang, daß der Kammerbeitrag vom Grundstückseigentümer angefordert wird und vom Grundstückseigentümer zu zahlen ist.

(Reitzel, SPD: Das ist eine Frage des Innenverhältnisses!)

Ob der Verpächter das abwälzt, das ist eine völlig andere Frage. Ich kann Ihnen nur sagen: Allgemein üblich im Land, und soviel kenne ich das Land, ist dies nicht.

Die zweite Frage, die Sie angesprochen haben, ist die Frage, inwiefern die Verwaltung die sogenannte Wertbesserungsklausel in den Fällen durchsetzt, in denen Grundstücke später zu einem höheren Preis verkauft wurden, als sie seinerzeit angekauft wurden. Diese Wertbesserungsklausel ist in jedem Kaufvertrag enthalten, und es ist Sache der Verwaltung, sie durchzusetzen. Wir werden darauf achten, daß die Bezirksregierungen dies tun.

Es gibt hier zum Teil, wie wir festgestellt haben, Nachlässigkeiten, es gibt aber auch Gegenrechnungen, die beispielsweise in dem Fall Roscheiderhof jetzt von dem Erwerber aufgemacht werden, nämlich von der Stadt Konz. Darüber kann man sprechen, sicher nicht hier, das würde zu weit führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist sicher nicht ganz einfach, die für Rheinland-Pfalz und die gesamte Bundesrepublik geltende agrarpolitische Konzeption, nämlich die Erhaltung einer familienbäuerlichen Struktur, wie sie auch das Grundstücksverkehrsgesetz absichern soll, mit dem § 63 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung, wonach Vermögensgegenstände des Landes nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden dürfen, in Einklang zu bringen. Daraus entstehen natürlich leicht Zielkonflikte, wie in diesem Fall. Ich räume deshalb ein, und ich sage das hier noch einmal, was ich auch im Haushalts- und Finanzausschuß gesagt habe, daß es richtig gewesen wäre, wenn diese Schwierigkeiten bei dem beabsichtigten Verkauf der Domäne Marienbergerhof — vielleicht schon zu einem früheren Zeitpunkt — im Haushalts- und Finanzausschuß beraten worden wären.

Herr Abgeordneter Thorwirth, wir werden uns in Kürze wegen der anstehenden Verkäufe weiterer Domänengrundstücke — in einem Fall die Domäne in Simmern — seitens der Landesregierung an die Ausschüsse wenden. Wir werden dort um eine Entscheidung bitten. Es stellt sich die Frage, ob in der Zukunft der Landwirt — nicht der seitherige Pächter, das steht hier nicht zur Diskussion — für Aufstockungszwecke zur Existenzsicherung noch eine Chance haben soll, dieses Land zu erwerben. Dann sage ich Ihnen von vornherein, daß dies nur zum Ertragswert und nicht zum Verkehrswert möglich ist. Wenn Sie den Verkehrswert zugrunde legen, dann geht dies an die Leute, die das Geld aus anderen Quellen haben, und nicht an die, die es aus der Landwirtschaft erwirtschaftet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will hier nicht das noch einmal wiederholen, was das Landwirtschaftsministerium bisher schon geantwortet hat und was aus den Anlagen auch nachzulesen ist. Lassen Sie mich aber kurz auf die Anwendung des Grundstücksverkehrsgesetzes eingehen. Nach § 1 Abs. 1 dieses Gesetzes soll eine ungesunde Verteilung des Grund und Bodens verhindert werden, das heißt, daß dem hauptberuflichen Landwirt zum Erwerb von Grund und Boden ein Vorzug eingeräumt wird, der ihn gegen Spekulationskäufe von Kapitalanlegern schützen soll. Eine Ausschreibung und ein späterer eventueller Verkauf nach Höchstgebot würde sicher zu dieser Bestimmung im Gegensatz stehen.

Meine Damen und Herren, stadtvdrängte Landwirte sollen natürlich die Gelegenheit haben, wieder eine entsprechende Existenz zu erwerben. Wir haben in zwei Fällen ja auch an solche Landwirte verkauft, natürlich dann zum Verkehrswert, weil sie ja ihren eigenen Grund und Boden außerhalb von Rheinland-Pfalz auch zum Verkehrswert verkauft hatten. Sie sollen dabei ja kein Geschäft machen. Gerade diese stadtvdrängten Landwirte, das muß ich hier

(Staatsminister Meyer)

sagen, haben mit ihren verfügbaren finanziellen Mitteln den Grundstücksmarkt oft erheblich in Unordnung gebracht.

Nun komme ich zur Preisgestaltung; hier möchte ich auf den § 9 Abs. 3 des Grundstücksverkehrsgesetzes verweisen, der bestimmt, daß der Kaufpreis nicht in einem groben Mißverhältnis zum Wert des Grundstücks stehen darf. Die Anwendung dieser Bestimmung bereitet sowohl bei den unteren Landwirtschaftsbehörden wie auch bei den Landwirtschaftsgerichten häufig große Schwierigkeiten. Es ist selbstverständlich, daß ein hauptberuflicher Landwirt mit seinen finanziellen Möglichkeiten gegenüber einem stadtdrängenden Landwirt in der Konkurrenz um Grundstücke hoffnungslos im Hintertreffen steht. Ein Erwerb zum sogenannten Verkehrswert ist für den Landwirt in den meisten Fällen nicht möglich. Deshalb wird als Ausgangspunkt bei Grundstücksverkäufen der Ertragswert zu berücksichtigen sein. Das ist nicht irgendeine unbekannte Größe. Fachleute wissen, daß der Ertragswert auf klaren Kriterien — alte Definition, das 25-fache des nachhaltig erzielbaren Reinertrages —, die auch für jeden Sachkundigen durchschaubar sind, aufgebaut ist.

Meine Damen und Herren, daß danach schon lange Verfahren wurde, geht aus folgendem hervor: Es gibt einen Beschluß des Landtages vom 29. März 1951 wonach die Domänengrundstücke im ehemaligen Regierungsbezirk Montabaur auf der Grundlage des Bodenreformgesetzes zu verkaufen sind. Nach diesem Beschluß und dem anschließenden Erlaß sollen die Grundstücke hauptsächlich an die bisherigen Pächter, Kleinlandwirte; Landarbeiter usw., veräußert werden. Diese Bestimmung sagt im § 12, daß im allgemeinen vom Ertragswert auszugehen ist. Hier hat man sich sicherlich schon etwas dabei gedacht.

Das Höfegesetz von Rheinland-Pfalz, ein Landesgesetz, bestimmt daß der Hofübernehmer die gesamte Abfindung der Miterben auf der Basis des Ertragswertes vornimmt. Meine Damen und Herren, eine vergleichbare Situation ist für das Land Rheinland-Pfalz gegeben, wenn es an einen langjährigen Pächter oder eine Pächterfamilie verkauft. Bei den bisherigen Verkäufen waren es in den meisten Fällen Pächterfamilien, die über Jahrzehnte auf diesen Höfen als Pächter saßen.

Meine Damen und Herren, aus einer Sozialverpflichtung des Landes gegenüber bewährten Pächtern kann das Land diese doch sicher nicht über eine Ausschreibung in Konkurrenz mit finanzkräftigen Kapitalanlegern bringen.

(Beifall bei der CDU.)

Das ist auch der Grund, weshalb seit 1958 acht von neun landwirtschaftlichen Domänen auf der Basis der Ertragswertschätzung verkauft worden sind. Ich habe im einzelnen nicht nachgeprüft, ob der Haushalts- und Finanzausschuß in allen diesen Fällen unterrichtet wurde, aber anhand von Einzelfällen kann ich davon ausgehen, daß die Veräußerung nach dem Ertragswert auch im Sinne des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgt ist. Das schließe ich aus folgendem:

Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags hat in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1965 der Veräußerung der Domäne Altengroßhofen/Westerwald zum geschätzten Ertragswert von 300 000 DM zugestimmt. Dies geht aus einem Bericht des Rechnungshofs vom 18. Juli 1972 hervor, der sich mit der Domänenverwaltung insgesamt befaßt.

(Bojak, SPD: Hat es da auch Alternativangebote gegeben?)

— Nein, niemals. Es ist niemals ausgeschrieben worden. Ich habe das Jahr 1965 selbst nicht zu vertreten, es ist niemals ausgeschrieben worden, sondern es wurde mit den Pächtern oder den Landwirten verhandelt. Darüber hinaus möchte ich ein Schreiben des Finanzministeriums vom 23. Dezember 1966 erwähnen, in dem dies den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses über den Verkauf der Domäne Kleebergerhof bei Hachenburg unterrichtet. In diesem

Schreiben hebt das Finanzministerium ausdrücklich hervor, daß in diesem Falle der Verkauf zum Verkehrswert auch deshalb für gerechtfertigt gehalten wird, weil der Käufer für seinen bisherigen landwirtschaftlichen Besitz außerhalb von Rheinland-Pfalz ebenfalls den Verkehrswert, und zwar bei dem Verkauf an die öffentliche Hand, erhalten hat.

Meine Damen und Herren, damit wird doch deutlich, daß es sich in diesem Fall um eine Ausnahme handelt. Mit anderen Worten; daß die Veräußerung von Domänen an Landwirte auf der Basis des Ertragswertes erfolgt.

Ein weiterer Anhaltspunkt ist ein Antwortschreiben des damaligen Staatssekretärs Dr. Friderichs vom 17. November 1972 auf Prüfungsbemerkungen des Rechnungshofs, indem er abschließend und zusammenfassend feststellt — wie er schreibt —, daß vom Ministerium die verstärkte Wirtschaftlichkeit für sechs Domänen auch dadurch angestrebt wird, daß bei einer Veräußerung einer Domäne für nicht landwirtschaftliche Zwecke — das sagte er ausdrücklich — der Verkaufspreis über dem landwirtschaftlichen Ertragswert liegen soll. Dem Antwortschreiben des Staatssekretärs Dr. Friderichs ist meines Wissens vom Rechnungshof nicht widersprochen worden. Auch daraus ist zu schließen, daß damals der Rechnungshof keine Einwände gegen den Verkauf einer Domäne zum Ertragswert an Landwirte hatte.

Meine Damen und Herren, ich habe nicht weiter nachgeforscht, wie sonst im Haushalts- und Finanzausschuß in den 50er und 60er Jahren entschieden wurde, es geht ja bis 1958 zurück — immer auf der Ertragswertbasis. Die Ausnahmen habe ich genannt. Aufgrund dieser Tatsache habe ich im Jahre 1972 den Auftrag gegeben, mit dem Pächter der Domäne Marienbergerhof auf der Basis einer von der Landwirtschaftskammer erstellten Ertragswertschätzung über einen Verkauf der Domäne zu verhandeln. Wegen der großen Schwierigkeiten des Pächters, den geforderten Kaufpreis zu beschaffen, zogen sich die Verhandlungen über zwei Jahre hin. Kurz vor Abschluß der Verhandlungen gab ein Gütermakler aus Baden-Württemberg, der durch Zufall von dem Verkauf der Domäne erfahren hatte, ein Angebot über 1,8 Millionen DM bis 2 Millionen DM ab. Er führte aber in seinem Schreiben vom 5. August 1974 wörtlich an — hier liegt es —, daß in der heutigen Zeit jeder bestrebt ist, größere Vermögenswerte so schnell wie möglich in entsprechende Sachwerte umzuwandeln.“ —

Er wollte die Domäne kaufen, ohne daß sein Auftraggeber, ein stadtdrängender Landwirt aus Schwäbisch Hall, die Domäne selbst bewirtschaften möchte. Ich sagte eben, daß ich den Fehler gemacht habe — dazu stehe ich —, nicht den Haushalts- und Finanzausschuß eingeschaltet zu haben. Meine Damen und Herren, aber in dem Moment, als der Pächter mitteilte, daß er den vom Land geforderten Kaufpreis von 710 000 DM akzeptiere, nachdem er sich zwei Jahre bemüht hatte das Geld zu beschaffen, bereit war, ein Haus in Koblenz zu verkaufen, das sein Altenteil werden sollte, hielt ich es für einen Verstoß gegen Treu und Glauben, den Hof an einen anderen Bewerber zu verkaufen, der im letzten Moment auftauchte.

(Beifall der CDU und bei der F.D.P.)

Ich sage noch einmal, es ist versäumt worden, damals den Haushalts- und Finanzausschuß einzuschalten, weil eben dieses zweite Angebot vorhanden war.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zum Zeitwert der Gebäude. Die Gebäude sind zum Teil aus dem Jahr 1880, zum Teil sind sie 1975 neu gebaut worden. Derjenige, der denkt, daß die Landwirtschaft noch so wie vor 100 Jahren in eingefahrenen Gleisen über Jahrzehnte produzieren könnte, macht einen entscheidenden Fehler. Gebäude, die einmal einer Produktionsrichtung und einer Betriebsorganisation dienen, die in dem Betrieb nicht mehr opportun sind, kann man doch vernünftigerweise nicht entsprechend anrechnen. Beispiel: ein Schweinestall ist mir 152 000 DM und ein Rindviehstall mit 281 000 DM veranschlagt, und zwar in einem Betrieb, der ver-

(Staatsminister Meyer)

nünftigerweise längst auf Rindfleischproduktion umgestellt hat. Hätte er es damals nicht getan, hätte er es jetzt längst tun müssen, schon allein aufgrund der Marktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft. In solche Betriebe gehört keine Milchproduktion, erst recht nicht dort, wo nur 500 Millimeter Niederschlag fallen. Meine Damen und Herren, trotzdem hat das Ministerium auf die Ertrags-wertschätzung von 525 000 DM einen Betrag für diese erneuerten Gebäude hinzugerechnet und 710 000 DM gefordert.

Meine Damen und Herren, zu erwähnen ist aber noch, daß dem stadterdrängten Landwirt, also jenem Bewerber aus Schwäbisch Hall, eine andere zum Verkauf anstehende Nachbarmäne angeboten wurde, deren bisheriger Pächter zwar an einer Weiterpacht interessiert war, der aber die Domäne nicht kaufen konnte. Somit bestand nach meiner Ansicht die beste Lösung darin, dem stadterdrängten Landwirt diese Domäne zu verkaufen, und zwar nicht zum Ertragswert, sondern zu einem mehr als doppelt so hohen Preis. Ich sagte eben, wie er seine Grundstücke verkauft hat. Die fiskalisch günstige Gelegenheit eines Verkaufes zu einem hohen Preis ist also genutzt worden, wenn auch durch den Verkauf einer anderen Domäne.

Im übrigen wurde dann dem bisherigen Pächter der Domäne Offen-thalerhof — das ist die Domäne, die dieser stadterdrängte Landwirt aus Schwäbisch Hall gekauft hat — vom neuen Eigentümer annehmbare Bedingungen für einen langfristigen Pachtvertrag eingeräumt. Dafür hat das Ministerium — wie ich meine — auch wegen seiner sozialen Verpflichtung gegenüber einer langjährigen Pächtersfamilie, die über 150 Jahre auf dem Hof saß, gesorgt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend noch einmal folgendes klar herausstellen: Die Landesregierung steht nach wie vor zu dem agrarpolitischen Ziel, eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft mit einem möglichst hohen Anteil an eigenem Grund und Boden zu erhalten. Die Landesregierung wird dabei die Grundsätze nicht außer acht lassen können, deren Beachtung sie selbstverständlich bei der Durchführung des Grundstückverkehrsgesetzes von den nachgeordneten Dienststellen als Genehmigungsbehörde erwartet. Meine Damen und Herren, ich glaube, diese agrarpolitischen Grundsätze, die zu einem gewissen Konflikt mit der Landeshaushaltsordnung führen, werden uns sicherlich im Verlauf der nächsten Wochen beschäftigen.

Ich bin aber der Meinung — deshalb sage ich es abschließend noch einmal —, daß ich seinerzeit so gehandelt und entschieden habe, entspricht früheren Entscheidungen des Haushalts- und Finanzausschusses und früheren Entscheidungen des Landtags. Ich verweise auf den Beschluß über den Verkauf von Domänengrundstücken im Anschluß an die Bodenreform. Ich habe so entschieden, wie ich es auch im Hinblick auf die Zielsetzung der Landesregierung in ihrer agrarpolitischen Konzeption zu verantworten glaubte, daß nämlich möglichst Bauernland in Bauernhand sein soll und Bauern möglichst auch auf Eigentum wirtschaften. Das waren Gesichtspunkte, nach denen ich geurteilt habe.

(Starker und anhaltender Beifall der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wilhelm.

Abg. Wilhelm, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich will für die CDU-Landtagsfraktion zu diesem Gesamtkomplex auch noch eine kurze Darstellung und Erklärung abgeben. Ich gebe sie auch deshalb ab, meine Damen und Herren, weil es in der langen Geschichte dieses Hauses wohl das erste Mal ist, daß eine Fraktion die Entlastung der Landesregierung verweigert. Das ist sicher ein bemerkenswertes Novum. Ich könnte mir vorstellen, daß der Vorsitzende der Rechnungsprüfungskommission, der zum letzten Mal in

dieser Funktion tätig ist, sicher ein anderes Ergebnis lieber gehabt hätte. Meine Damen und Herren, damit möchte ich unterstellen, daß die Ablehnung der SPD-Fraktion ausschließlich von sachlichen und weniger von parteipolitischen Erwägungen getragen wird.

Ich will über Regungen, die am Rande etwas unglücklich gelaufen sind, über Pressekonferenzen, die vorgezogen wurden, über das Verteilen von Unterlagen, die nicht verteilt werden durften, und über Erklärungen, welche Konsequenzen möglicherweise gezogen werden sollten, hier nicht länger reden, sondern — wie es Karl Thorwirth in weiten Teilen seiner Ausführungen gemacht hat — mich der Sache zuwenden; denn ich finde, nur die Sache zählt in diesem Fall.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Rechnungshof zu. Sie stimmt ihm allerdings nur zum Teil zu. Ausnahme von dem Haushaltsgrundsatz, daß Vermögensgegenstände des Landes nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden dürfen, bedürfen die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses. Das ist richtig. Insofern war das Nichteinschalten des Haushalts- und Finanzausschusses zu mißbilligen. Die CDU-Fraktion ist bereit, zu mißbilligen, wenn es etwas zu mißbilligen gibt. Wir verweigern die Mißbilligung dann, wenn ein ausreichender Grund zur Mißbilligung nicht gegeben ist. Im Ergebnis wird also die Entscheidung der Landesregierung dennoch gebilligt, weil fiskalische Gesichtspunkte bei der Veräußerung der Domäne nicht allein entscheidend sein können.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, bei dem Verkauf landwirtschaftlicher Domänen müssen, dies ist meine volle Überzeugung, auch agrarpolitische Gesichtspunkte mit ihrem besonderen Wert eingebracht werden und Berücksichtigung finden.

(Beifall bei der CDU.)

Das Grundstückverkehrsgesetz verpflichtet das Land auch dazu, Es soll eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden verhindert werden. Das bedeutet, daß dem hauptberuflichen Landwirt bei dem Erwerb von Grund und Boden ein Vorzug eingeräumt werden soll, um ihn gegen Spekulationskäufe von Kapitalanlegern zu schützen. Ich halte diese gesetzliche Bestimmung für richtig. In der Vergangenheit wurde dies von der Landesregierung genau so praktiziert.

Der Verkaufspreis orientierte sich bei den bisherigen Verkäufen von Domänen weitgehend an dem Ertragswert. Ich habe eben den Ausführungen von Otto Meyer entnommen, daß unter anderem auch der damalige Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium den Haushalts- und Finanzausschuß offenbar auch über dieser Tatbestände informiert hat, ohne daß hierüber gesprochen wurde und dagegen Bedenken geäußert worden sind. Dieses Verhalten hat auch der Rechnungshof bei seiner Prüfung im Jahre 1972 nicht beanstandet. Die Landesregierung hat bei diesem Vorgehen den Forderungen nach Verbesserung und Sicherung landwirtschaftlicher Strukturen den Vorrang gegenüber rein fiskalischen Gesichtspunkten eingeräumt.

Meine Damen und Herren, dies ist auch uneingeschränkt unsere Auffassung. Agrarpolitischen Zielen ist auf lange Sicht eine höhere Bedeutung als punktuellen fiskalischen beizumessen.

Ein Verkauf dieser Domäne an den Höchstbietenden hätte gegen die sozialpolitischen Grundsätze unserer Politik und zusätzlich gegen Treu und Glauben verstoßen.

Der langjährige bewährte Pächter konnte und durfte bei diesem Kauf nicht so ohne weiteres übergeben werden, zumal der zweite Kaufinteressent den Hof lediglich als Kapitalanlage erwerben wollte.

Es kann im übrigen nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion nicht angehen — und die Fraktion unterstützt auch in diesem Punkt

(Wilhelm)

die Landesregierung —, daß ein auswärtiger Interessent mit einem weit überzogenen Angebot von etwa 2 Millionen DM, das im übrigen offenbar sogar den Verkehrswert überschritt,

(Zuruf des Abgeordneten Reitzel, SPD)

vor einem alteingesessenen Kaufinteressenten den Zuschlag bekommen und diesen so von seinem seit Generationen gepachteten Hof verdrängt hätte.

Die Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Reitzel, daß dieser Anbieter mit seinen 2 Millionen — ich sage dies in Anführungszeichen — möglicherweise doof gewesen sei, läßt erkennen, daß die Zusammenhänge offenbar nicht gesehen werden.

(Dr. Theisen, CDU: Sehr richtig!)

Denn nur dann, wenn der stadterdrängte Landwirt sein Geld wieder in landwirtschaftliche Grundstücke anlegt, braucht er keine Steuer zu zahlen. Es ist doch seine Motivation, dann auch gegebenenfalls mit überhöhten Angeboten Einheimische aus dem Rennen zu werfen. Das ist doch das Problem.

Zwei Jahre waren, meine Damen und Herren, die Verhandlungen im Gange, und dann — wie Otto Meyer zu Recht ausführte — kurz vor dem Abschluß, als dieses zugegebenermaßen sehr hohe Angebot einging — — Ich habe viel Verständnis für dieses hohe Angebot; denn wenn man offenbar 8 Millionen oder wieviel insgesamt hat, kann man durchaus auch einmal ein überhöhtes Angebot, das über dem Verkehrswert liegt, machen.

Der Pächter, meine Damen und Herren, konnte davon ausgehen — ein nicht unwesentlicher Punkt bei der Betrachtung dieses Vorgangs —, daß ihm die Domäne verkauft würde. Dies um so mehr, als er selbst in den Jahren nach 1964 bereits 50 000 DM in die Instandhaltung von Gebäuden investiert hatte.

Der Pächter gehörte zudem einer Familie an, die seit 1925 den Hof bewirtschaftet. Meine Damen und Herren, wenn der Verkehrswert zum Maßstab des Verkaufs solcher Domänen gemacht würde, wenn in diesen Fällen jeweils, was ja nicht erfolgt ist, weil der Pächter immer den Vorzug bekommen sollte, eine Ausschreibung erfolgen würde, und da es in Deutschland sehr viel stadterdrängte Bauern gibt, die in ihrer Umgebung nichts mehr kaufen können, wage ich die Behauptung, daß kein einziger Pächter die Chance gehabt hätte, seinen Hof, der über viele Generationen von ihm gepachtet war, zu erwerben.

(Beifall der CDU.)

Diese Konsequenz, meine Damen und Herren, müssen Sie auch — ich wiederhole — aus sozialpolitischer Sicht sehen. Und ich bin etwas verwundert — ich darf dies so sagen —, daß dieser sozialpolitische Aspekt bei Ihrer Betrachtung nicht den Rang bekommt, der ihm an sich zukommt.

Wir haben — ich sage bewußt — vergleichbare Fälle in anderen Bereichen, wo beispielsweise von Kommunen im städtischen Besitz befindliche Wohnungen, von Familien seit langen Jahren oder Jahrzehnten bewohnt, aus wohnungspolitischen Gründen oder auch nur deswegen, weil sie Geld brauchen, nämlich die Kommunen, verkauft werden. Und alle, die wir hier sitzen, oder zumindest der größere Teil, hat solche Aktionen in seinem kommunalen Bereich mitgemacht. Das Ziel der kommunalen Vertretungskörperschaften war doch bei solchen Verkaufsaktionen, zumindest war das in einem Bereich so, daß sie hier vorrangig die Mieter dieser Wohnung mit dem Eigentum bedenken wollten. Und es war in aller Regel so gewesen, daß diese Wohnungen zu relativ günstigen Preisen angeboten wurden, die in aller Regel unterhalb des Verkehrswertes lagen.

Ich unterstütze dies nachdrücklich; denn hier sollen ganz gezielt wohnungsbaupolitische Ziele verfolgt werden, aus Mietern Woh-

nungseigentümer zu machen. Und da muß auch eine Kommune dann bereit sein — denn das ist das Ergebnis —, auf Einnahmemöglichkeiten zu verzichten.

(Reitzel, SPD: Auf zwei Drittel!)

Wenn ich, meine Damen und Herren, den Grundsatz der Sozialdemokraten in dieser Frage in dieser harschen Form, wie er hier vorgebracht wird, übertrage auf das von mir gewählte Beispiel der Wohnungen, wage ich die Prophezeiung, daß bei einem Angebot von Wohnungsbeständen aus Städten oder Kommunen, frei angeboten, kaum ein Mieter die Chance hätte, diese relativ günstigen Wohnungen zu kaufen, weil sie sie von Leuten, die über weitaus mehr Geld verfügen, vor der Nase weggeschnappt bekämen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bin der Auffassung, ein sozialpolitisch mehr als unbefriedigendes Ergebnis.

Ein anderer Fall liegt vor, wenn der Mieter nicht will, oder im vorliegenden Fall, wenn der Pächter nicht kaufen will. Dann muß unter Verkehrspreisaspekten die Sache an den Mann gebracht werden.

Ich wäre doch dankbar, auch den Sozialdemokraten, wenn dieses Anliegen, das doch mit voller Inbrunst immer in kommunalen Vertretungskörperschaften vorgebracht wird, ein bißchen auch für Pächter bäuerlicher Anwesen gelten könnte.

(Beifall der CDU.)

Ich finde, daß Sie Ihren sozialpolitischen Grundsätzen die Sie hier so häufig darstellen, bei der Behandlung dieses Vorganges untreu werden. Und deswegen mache ich noch einmal den Versuch, auch unter diesem von mir genannten Aspekt, wobei der sich formaler Betrachtungsweisen, Herr Kollege Reitzel, sicher entzieht, dies noch einmal zu überdenken.

Ich bin mit dem Herrn Kollegen Thorwirth einverstanden, daß wir, wie er vorgeschlagen hat, die Preisfestsetzung einmal abstrakt, wie er formuliert hat, im Haushalts- und Finanzausschuß erörtern. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Ich will allerdings hinzufügen, daß ich gewisse Zweifel habe, ob es uns gelingt, allgemeinverbindliche Regelungen für jeden Einzelfall tatsächlich zu finden.

Ich muß allerdings den Vorwurf zurückweisen, verehrter Herr Kollege Thorwirth, der nicht nur an der Stelle, sondern auch wiederholt an anderen Stellen erhoben wird, hier bewahrheitete sich wieder einmal die Überheblichkeit und die Ausnützung absoluter Mehrheiten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu diesem Thema nur einen Satz sagen. Wir wissen sehr wohl, daß wir, mit absoluter Mehrheit ausgestattet, eine besondere Verantwortung haben. Und wir bemühen uns mit großer Nachdenklichkeit, auch mit der Bereitschaft zum Kompromiß aber auch mit Engagement, dieser absoluten Mehrheit gerecht zu werden. Wir sind aber auch, meine Damen und Herren — das sollten Sie nicht vergessen, wir werden es auf jeden Fall nicht vergessen —, von der Mehrheit der Bürger dieses Landes mit einem absoluten Mehrheitsvertrauen ausgestattet worden. Wir müssen Erwartungen, die Bürger in uns investiert haben, in der Sache auch erfüllen, so daß sich Sachfragen oder gewisse Sachfragen, die wir politisch für richtig halten, dieser Kompromißfähigkeit entziehen. Und genau dies ist eine solche Frage. Wir können um des lieben Friedens willen nicht hier einen Kompromiß mit Ihnen eingehen. Wir sind in der Sache, meine Damen und Herren, von dem agrarpolitischen Ansatz, der als Grundlage der Entscheidung des Ministers gegolten hat, überzeugt.

(Beifall der CDU.)

(Wilhelm)

Die CDU-Fraktion hält aus den von mir genannten Gründen das Verhalten der Landesregierung in dieser Frage im Ergebnis für absolut richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Reitzel, SPD.)

Es ist überhaupt keine Frage, es ist eine Selbstverständlichkeit, die ich aber gerne wiederhole, daß der Landwirtschaftsminister unser uneingeschränktes persönliches und politisches Vertrauen hat.

(Starker Beifall der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thorwirth.

Abg. Thorwirth, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte ja keine Illusion, Herr Kollege Wilhelm, daß die CDU-Fraktion hier nicht die von ihr eingeschätzte Pflicht gegenüber der Landesregierung tun würde. Aber ich bin ganz sicher, daß die Bewertung dieses Vorgangs — und Sie werden ja wohl nicht in Abrede stellen, daß wir hier in einer sehr sauberen Sachlichkeit an das Thema herangegangen sind — daß die Bewertung dieses Vorgangs durch die Bevölkerung, soweit sie davon Kenntnis nimmt und sich damit befaßt, durchaus meine Auffassung teilt, daß hier — ich sage es jetzt ganz zurückhaltend — ein Umgang mit Parlament und ein Umgang mit Staatsvermögen gepflogen worden ist, wie er — und mögen die Gründe dafür von der persönlichen Einstellung noch so ehrenwert gewesen sein — in dieser Form nicht zu rechtfertigen war, meine Damen und Herren,

(Beifall der SPD)

und der — das ist meine feste Überzeugung — eben in der Tat aus einem Geist entsteht, zu glauben: man kann eigentlich gar keinen Fehler machen, und man hat eine Position, bei der man auch die riskantesten Dinge — die gar nichts mit einer Motivation zu tun haben, die gewissermaßen unehrenhaft wäre — wagen kann. Dies ist das, was ich meine, wenn ich sage, hier werden Interessen im Sinne von Verflechtung und Verfilzung und nicht im Sinne von Abwägung gesehen.

(Beifall bei der SPD. — Unruhe bei der CDU.)

Und ich habe eine zweite Bemerkung zu machen, Herr Kollege Wilhelm.

(Keller, CDU: Das war jetzt jenseits der Sache!
— Weitere Unruhe und Zurufe von der CDU.)

— Na ja! Meine Herren, wissen Sie, ich habe heute ja viel zugehört und dabei so manches vernommen, von dem ich den Eindruck hatte, daß wir uns erst noch daran gewöhnen müssen. Was da heute alles an Belehrungen gekommen ist! Da habe ich also Beiträge gehört, von denen ich ganz offen sagen muß, daß mir dabei ganz angst war. Da gewinnt man den Eindruck, als könne sich niemand mehr damit abfinden, daß es auch andere politische Positionen gibt.

(Beifall der SPD.)

Wenn ich da dauernd höre: das war falsch und das ist falsch, dann kann man doch sagen: in meinen Augen ist es anders. Meine Damen und Herren, da gibt es doch unterschiedliche Betrachtungen, das sollten wir doch mal gehen lassen.

(Dr. Volkert, CDU: Es geht jetzt nur um das Wort „Verfilzung“!)

Und nun zum Kollegen Wilhelm. Sehen Sie, da muß ich jetzt aufpassen. Denn es ist so getan worden: Seht, da kommen die bösen unsozialen Sozialdemokraten; doch hier steht die soziale CDU, die sich voll vor die Bauern stellt, so mit „Bauernland in Bauernhand!“

(Heiterkeit bei der SPD.)

— Demonstrativer Beifall bei der CDU.)

Ich habe übrigens nichts dagegen — ich komme jetzt darauf —; aber ich möchte doch gern sehen, zu welchem Wert, meine Damen und Herren. Es geht auch gar nicht darum, daß dem Pächter, wenn er kaufen will, jede Konkurrenz auf den Hals gehetzt werden soll.

(Helzer, SPD: Sehr richtig!)

Aber, meine Damen und Herren, wenn ich bei dem Beispiel der Wohnung in der Stadt bleibe: Ich habe natürlich schon erlebt, daß da in den Preisen ab- und zugegeben worden ist, wenn die Wohnungsinhaber drinbleiben wollten.

(Reitzel, SPD: Zehn, 20 Mark, ja!)

Aber ich kenne keinen Fall, meine Damen und Herren, wo jemand eine Dreizimmerwohnung für 20 000 Mark bekommen hat, nämlich zu einem Drittel des Zeitwertes.

(Beifall der SPD.)

Es geht hier doch nicht um die Frage eines Entweder — Oder, und dies habe ich doch wohl auch deutlich zu machen versucht, schon deshalb, damit hier unsere Absichten und Motive nicht falsch bewertet werden. Es geht also nicht um das Entweder — Oder, sondern es geht, so sage ich jetzt einmal, um das Wie. Wir haben sehr wohl und sehr bewußt formuliert, daß diese Diskrepanz — wir haben ja nicht gesagt, es darf überhaupt keine Diskrepanz geben — zwischen dem erzielten Preis und dem anderen Angebot nicht zu rechtfertigen war. Bei dieser Auffassung möchte ich allerdings bleiben.

(Beifall der SPD.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat die Absicht, der Entlastung der Landesregierung für 1980 wegen eines Vorgangs aus der Mitte der siebziger Jahre nicht zuzustimmen. Das ist bedauerlich, auch bedauerlich, weil es in diesem Haus nicht Usus ist: ein Unglück ist es nicht. Und es passiert gegenwärtig in Deutschland politisch gravierende Dinge, als daß eine Oppositionsfraktion einer Regierung für ein Jahr keine Entlastung erteilt.

Der Entscheidung der SPD-Fraktion, die zu respektieren ist, liegt eine Feststellung unseres Rechnungshofs zugrunde, die dieser Rechnungshof unter seiner Verantwortung getroffen hat und die ich nicht zu kritisieren habe. Denn es ist die Aufgabe des Rechnungshofs unter fiskalischen Belangen zu prüfen. Nur, meine Damen und Herren, Aufgabe der Politik ist es, diese fiskalischen Belange zu würdigen, aber mit anderen Würdigungen und Verpflichtungen, die wir haben, abzuwägen. Und in diesem Fall, den es hier abzuwägen gilt, gibt es den Gesichtspunkt der Erhaltung eines Familienbetriebs bäuerlicher Struktur und gibt es die Tradition, daß über zwölf Jahre hin bei acht Domänenverkäufen so verfahren worden ist, daß nach dem Ertragswert und nicht nach dem Verkehrswert entschieden wurde und daß nicht ausgeschlossen wurde. Wo Pächter wollten

(Ministerpräsident Dr. Vogel)

und konnten, ist eine entsprechende Domäne nach dem Ertragswert verkauft worden und ist darauf geachtet worden, daß der Bewirtschafter nicht nur Pächter, sondern auch Eigentümer wird.

Wir wollen nicht, meine Damen und Herren, daß in dem hier zur Rede stehenden Bereich sich der Verkehrswert gegen den Ertragswert durchsetzt. Das ist unsere politische Position.

(Beifall bei der CDU.)

Ich kritisiere nicht, Herr Kollege Thorwirth, daß Sie eine andere Position haben. Bitte schön! Aber wir haben das Recht auf unsere politische Position, und die ist hier in der bäuerlichen Struktur so, wie eben dargelegt.

Bei der in Rede stehenden Entscheidung hat sich der Landwirtschaftsminister eindeutig an der Tradition orientiert und nach dem in der Vergangenheit üblichen Verfahren gehandelt. Er hat sich im Sinne der bäuerlichen Struktur entschieden, und nach meiner Überzeugung hat er damit richtig gehandelt. Gut, er hätte den Haushalts- und Finanzausschuß damit befassen sollen; das hat er selbst betont und eingeräumt. Aber wichtig ist, daß er die Verantwortung übernommen hat und sich zu dieser Entscheidung bekennt. Meine Damen und Herren, wer nun den Mann kennt und nicht nur nach Berichten entscheidet, muß hinzufügen: er kann sicher sein, daß dieser Minister über diese Entscheidung nachgedacht hat und daß er nach seinem besten Wissen und Gewissen entschieden hat. Mit Selbstherrlichkeit hat dieser Mann weiß Gott überhaupt nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall der CDU.)

Und, meine Damen und Herren, auch zu relativ später Stunde fallen mir zum Stichwort Verfilzung viele Dinge ein, aber weiß Gott nicht die verantwortliche Entscheidung in einer solchen Sache, wo man eine politische Position beziehen muß. Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Gott sei Dank gibt es auch noch Leute, die Positionen beziehen und politische Entscheidungen wagen und hinterher sagen, daß sie dazu stehen und sie verantworten.

(Beifall der CDU.)

Der Landwirtschaftsminister hat im Kabinett seine Erläuterung zu dieser Sache gegeben. Die Erläuterung hat das Kabinett überzeugt, und ich füge ausdrücklich hinzu: Die Handlungsweise von Otto Meyer findet meine uneingeschränkte Billigung.

(Lebhafter Beifall der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Klein.

Abg. Klein, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur ein paar kurze Bemerkungen machen.

Es ist sicherlich richtig das erste Mal, daß die SPD-Fraktion die Entlastung ablehnt, und das ist auch ein Vorgang, der in der Beratung meiner Fraktion einen breiten Raum eingenommen hat, zumal — das muß man sagen — die Diskussion in unserer Fraktion anlief, um dem Ergebnis der Rechnungsprüfungskommission, was ja vorlag und was dort berichtet wurde, trotz mancher Bedenken zuzustimmen.

Das hat schon eine Diskussion von ein paar Stunden gebracht, aber die Entscheidung war praktisch schon gefallen.

Nun muß ich einmal fragen, wieso hier eine Sache in einem solchen Umfang verteidigt wird und der SPD Verhalten und Argumentatio-

nen unterstellt werden, die gar nicht stimmen? Es wird so getan, als wenn wir agrarpolitische Gesichtspunkte nicht gelten ließen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Das ist völlig falsch.

(Keller, CDU: Doch!)

— Nein, warum sagen Sie denn doch? Sie waren doch gar nicht im Haushalts- und Finanzausschuß dabei. Ich habe da doch meine Bedenken gesagt, das können Sie ja nachlesen. Das ist falsch. Ich habe im Haushalts- und Finanzausschuß gesagt, daß wir auch agrarpolitische Gesichtspunkte gelten ließen.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist des weiteren falsch, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, daß der Rechnungshof nach den gesetzlichen Bestimmungen, wie Sie meinen, nur fiskalische Belange zu prüfen hat. Das ist falsch.

(Schmalz, CDU: Das hat er nicht gesagt!)

Er — der Rechnungshof — hat Gesetzes- und Rechtsnormen einzuhalten, und zu den Rechtsnormen gehört auch das Grundstücksverkehrsgesetz.

(Beifall bei der SPD.)

Wieso kann man das einem Rechnungshof einfach so unterstellen?

Sie gehen doch her und wollen mit Ihrer Begründung uns und dem Rechnungshof sagen: Eigentlich ist doch nichts passiert. Die Verantwortung hat der Minister übernommen, und Konsequenzen werden nicht gezogen. — Das geht nicht. Auch wir sind bereit, agrarpolitische Gesichtspunkte gelten zu lassen, ebenso sozialpolitische. Ich habe im Haushalts- und Finanzausschuß nach einigen Debatten gesagt, nach denen ich gemerkt habe, daß es neben agrarpolitischen auch sozialpolitische Gesichtspunkte gab, daß man auch diese berücksichtigen muß. Ich stelle nun einmal die Behauptung auf, daß, wenn der Finanzminister gehört worden wäre, er wahrscheinlich so nicht zugestimmt hätte. Warum sage ich das? Jedenfalls wurde uns bis heute noch nicht mitgeteilt, daß etwa im nachhinein der Finanzminister die Zustimmung gegeben hätte. Oder haben Sie das gehört. Bis zur Stunde liegt die Zustimmung nicht vor.

(Beifall bei der SPD.)

— Keller, CDU: Das geht doch bis in die Mitte der 70er Jahre zurück.)

— Entschuldigen Sie, bis zur Stunde liegt die Zustimmung nicht vor.

(Zurufe von der CDU: Im Kabinett!)

— Entschuldigen Sie, es gibt ein Verfahren nach der Geschäftsordnung der Landesregierung — das brauche ich Ihnen nicht zu erläutern, das kennen Sie ja besser als wir — —

(Dr. Theisen, CDU: In der Tat!)

— Natürlich, wenn Sie es immer eingehalten hätten, hätten wir ja heute das Problem nicht, Herr Theisen.

(Beifall bei der SPD.)

— Dr. Theisen, CDU: — — — dummes Zeug reden. Das haben Sie schon so oft getan, das nimmt Ihnen niemand mehr ab.)

— Ja gut, wissen Sie, mit Ihnen haben wir unsere Erfahrungen, und Sie haben sie mit mir, das ist richtig, darüber können wir streiten, wenn wir wollen. Ich stelle jedenfalls fest, nach der Geschäftsord-

(Klein)

nung der Landesregierung hätte der Finanzminister gehört werden müssen, und die Zustimmung liegt nicht vor.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, auch wenn der Haushalts- und Finanzausschuß beschäftigt worden wäre, bin ich ganz sicher, daß die Summe von 1,8 oder 2 Millionen DM bei Berücksichtigung der agrarpolitischen Gesichtspunkte und bei Berücksichtigung der sozialen Gesichtspunkte in dieser Höhe nicht bestätigt worden wäre, und zwar jetzt unabhängig einmal davon, wer das nun bekommen hätte. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist übrigens auch die Meinung des Rechnungshofes.

(Kutscheid, CDU: Wieso ist denn dann ein Schaden in dieser Höhe entstanden?)

Ich sage noch einmal, wenn dies mit dieser Diskussion berichtet worden wäre, wäre nach meiner Auffassung das in dieser Höhe nicht bestätigt worden. Wo, das weiß ich nicht, das kann ich nicht sagen, im nachhinein ist das auch sehr schwer. Wissen Sie, meine Damen und Herren, was mich im Grunde genommen in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses so bedrückt gemacht hat — an sich ist in der ganzen Debatte nichts Neues gekommen, das konnte man ja alles nachlesen —, ist, daß immer wieder gesagt wurde, es ist früher, vor fünf oder vor zehn Jahren so gewesen. Der Präsident des Rechnungshofes teilt zusätzlich mit, daß für die Gebäulichkeiten dieses Hofes — ich will mich auf die Zahl nicht genau festlegen, ich konnte sie eben nicht finden —

(Reitzel, SPD: Mehr als 550 000!)

mehr als 550 000 DM Landesmittel ausgegeben worden sind. Wir gehen also hin, verkaufen diese Domäne zunächst bei einem Ertragswert von 560 000 DM für einen Erlös von 710 000 DM. Dann wurde erzählt und geschrieben, das seien zunächst 150 000 DM mehr als man erwartet hätte, und dann kommt auf einmal heraus, daß diese 150 000 DM den Landesmitteln zur Verbesserung der Gebäulichkeiten gegenübergestellt werden müssen, die 550 000 DM betragen. Das kann man nicht verantworten.

(Dr. Volkert, CDU: In welchem Zeitraum?)

— Das weiß ich nicht. Ich habe diese Mitteilung vom Präsidenten des Rechnungshofes im Haushalts- und Finanzausschuß gehört. Ich kann das nicht sagen. Man muß sich einmal vorstellen, daß man jetzt in der Öffentlichkeit etwas rechtfertigen und sagen soll, daß ein Hof für den Verkehrswert verkauft worden ist

(Zurufe aus dem Hause: Ertragswert!)

— Entschuldigung, Ertragswert —, und da man über Gebäulichkeiten anders redet, hat man sogar noch diesen Teil gar nicht berücksichtigt, wo das Land selbst Mittel gegeben hat. Das kann man doch nicht rechtfertigen, das können Sie doch selbst nicht. Ich meine, in allen Bemerkungen, die ich hier gehört habe, steckt auch im Grunde — ich verstehe ja, daß das nicht so einfach ist, weder für Sie noch für mich — das Stückchen schlechtes Gewissen. Darum sage ich Ihnen noch einmal, daß ich mich gegen diese Argumentation, wie sie hier geführt worden ist, als wenn der eine agrarpolitische Gesichtspunkte gelten ließe — und darum müsse man so verfahren — und der andere nicht und daß der eine soziale Gesichtspunkte berücksichtigen wolle und der andere nicht, verwahre.

(Keller, CDU: So ist es!)

Beides ist falsch, und beides habe ich im Haushalts- und Finanzausschuß so erklärt. Ich erkläre es auch heute und stelle dadurch fest, daß es wirklich bei Ihnen auch irgendwo aufgrund des schlechten Gewissens zu einer politischen Tat gekommen sein muß, sonst muß ich Sie fragen, warum Sie jetzt, nachdem Sie so schlechte Erfahrun-

gen mit diesem Problem gemacht haben, ausgerechnet hingehen und schlagen selbst eine Entscheidung für künftige Fälle vor, die dann schrecklich sein sollen. Der Minister hat gesagt: Dann bekommen wir keinen mehr einen Hof, sondern nur derjenige, der dann viel Geld hat. — Dennoch sagen und beschließen Sie heute hier, damit es nicht mehr passiert, werden künftig der Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und der Haushalts- und Finanzausschuß entsprechend berücksichtigt.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Dann muß ich Ihnen schon sagen, hier muß es dabei bleiben.

(Wilhelm, CDU: Wir testen Ihr soziales Gewissen!)

Wer der Sache redlich nachgeht, der muß dem Rechnungshof Rat geben. Er muß sich vergewissern, daß der Rechnungshof einen gesetzlichen Auftrag unterliegt, er muß wissen, daß der Rechnungshof in seinen Feststellungen auch Auswirkungen auf andere Feststellungen anderer Gebietskörperschaften haben kann. Es wird wohl darüber diskutiert werden, wie man dann über bestimmte Auslegungen, und darum müssen wir dabei verbleiben. So wie es steht die Verantwortung des Ministers fest. Wir wollten dies unter der Haftung in den entsprechenden Beschlußvorschlag hineinnehmen.

Zum 31. Dezember 1982 ist ein Bericht zu erstellen, was heute mitbeschlossen wird, und ich fürchte, daß die ganze Sache noch nicht am Ende hat. Ich fürchte, wir müssen alles im Interesse der Sache für die künftigen Entwicklungen bis zum Schluß durchdenken. Das müssen wir aus unserer Verantwortung heraus der Entlastung unterbreiten. Ihre Zustimmung verweigern.

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat Herr Staatsminister Meyer.

Meyer, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht mehr lange aufhalten, sondern nur noch sagen: Ich bin gespannt, wie dann die agrarpolitischen Gesichtspunkte der sozialdemokratischen Fraktion aussehen und lauten werden, wenn wir dann die nächsten Fragen, ob nach dem Verkehrswert verkauft wird, der dann von denen bestimmt wird, die viel Geld auf der Hand haben, nicht aus Erträgen aus der Landwirtschaft, — —

(Zurufe von der SPD.)

— Ich sage nur: Sie werden sich dann entscheiden müssen.

— — oder ob sich die Preise daran orientieren, was aus der Landwirtschaft erwirtschaftet werden kann. — Wir werden über diese Frage eingehend sprechen. — Das ist die erste Anmerkung.

Die zweite Anmerkung. Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen: Ich habe, als mir der Pächter mitteilte, daß er jetzt in der Lage sei den Kaufpreis zu finanzieren, was für ihn nicht ganz leicht war, erklärt, daß der Kaufvertrag ausgefertigt werden soll. Das war eine Entscheidung. Ich habe dem interessierten Bauer aus Schönbach-Hall gesagt, daß er sich durchaus um die gegenüberliegende Domäne Offenthalerhof bewerben könnte, für die er dann auch ein Angebot abgegeben hat. Diesen Hof hat er dann gekauft. Zwei Monate hätte er ohnehin nicht kaufen können — von den finanziellen Mitteln her vielleicht schon.

Dann ist dieser Kaufvertrag an das Finanzministerium gegangen. Damit es keine Fehlinterpretation gibt, Herr Abgeordneter Keller, das Finanzministerium hat von dem Angebot des Bauern

(Staatsminister Meyer)

Schwäbisch-Hall für diesen Hof nichts gewußt. Es ist dann ein neues Angebot für den Offenthalerhof abgegeben worden. Von dem Angebot für den Marienbergerhof war das Finanzministerium von uns nicht in Kenntnis gesetzt worden: Wir haben dann durch meine Entscheidung den Kaufvertrag vorgelegt. Das Finanzministerium hat diesem Kaufvertrag mit Schreiben vom 12. November 1974 zugestimmt.

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bojak.

Abg. Bojak, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wilhelm, Sie haben sich heute hier als Fachmann für agrarstrukturelle Fragen aufgespielt. Sie haben dies weniger unter finanzpolitischen Aspekten gesehen. Ich will einem nur vorbeugen, wenn es jetzt darum geht, den Landwirten dies begreiflich zu machen, was hier passiert ist. Deshalb muß ich feststellen: Bisher ist noch gar nichts darüber gesprochen worden, was man unter agrarstrukturellen Gesichtspunkten mit diesem Mehr an 1,3 Millionen DM für die Landwirtschaft für mehr Landwirte hätte machen können.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Die Eingeweihten wissen, was eine Aussiedlung kostet. Dies kann man entsprechend aufrechnen.

(Zurufe von der CDU.)

Ich kann nur feststellen: Wäre man dem Angebot nachgegangen, dann hätte die Landeskasse 1,3 Millionen DM mehr zur Verfügung gehabt. Hätte man das agrarstrukturell einsetzen können, dann hätte man, um ein anderes Beispiel hier vorzutragen — so werden wir dann mit unseren Landwirten draußen diskutieren — zum Beispiel die teuren Erschließungskosten bei Aussiedlungen fördern können. Jedermann weiß, daß es darum geht, diese verlorenen Zuschüsse aufzustocken. Um einmal eine Zahl in den Raum zu stellen, was man damit für die Landwirte auch hätte machen können: Wenn man 50 000 DM verlorenen Zuschuß zugelegt hätte, dann wäre — — —

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Volkert, CDU.)

— Ach hören Sie doch auf. — Wenn ich mit den Landwirten draußen spreche, wie ich das jetzt hier versuche vorzutragen, dann werden die sehr viel Verständnis haben. Bloß, für das, was dieser Minister getan hat, für die Landwirtschaft 1,3 Millionen DM zu verschleudern, dafür werden die Landwirte kein Verständnis haben.

(Widerspruch von der CDU. — Beifall von der SPD.)

Dies ist doch der Punkt.

(Zurufe von der CDU.)

— Ich werde auf Sie jetzt nicht mehr reagieren, sondern ich werde, wenn Ihre Kollegen sich im Landwirtschaftsausschuß das nächstmal beklagen, daß es da und dort knapp ist, dann sagen: Mit diesen 1,3 Millionen DM hätten wir auf jeden Fall mehr Landwirten helfen können als nur dem einen, und dem hätte man auch helfen können. Dies ist zahlenmäßig belegbar.

(Beifall von der SPD.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Grundlage ist die Drucksache 9/2452.

(Starke Unruhe im Hause.)

— Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe, unsere Stenographen können nicht mehr mitarbeiten, Herr Kollege Klein.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung I des Haushalts- und Finanzausschusses. Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden. Daher wird zunächst über die Nummern 1, 2 und 3 abgestimmt. Wer diesen Nummern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltung! — Damit ist die Beschlussempfehlung mit ihren Nummern 1 bis 3 mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der SPD angenommen und der Landesregierung nach § 114 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 1980 erteilt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummer 4 der Beschlussempfehlung. Wer dieser Nummer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltung! — Ich stelle fest, daß die Nummer 4 einstimmig angenommen wurde, daß heißt der Landtag erteilt dem Präsidenten des Rechnungshofs nach § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 1980.

Meine Damen und Herren, nach der Absprache im Ältestenrat und im Vorstand ist damit die 56. Plenarsitzung beendet. Ich lade Sie zur 57. Plenarsitzung morgen um 9.30 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ende der Sitzung: 20.47 Uhr.